

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mai 2002

II

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

<i>Wilfriede Otto</i> : Eine edle Idee im Notstand. Zur Zweiten Parteikonferenz der SED im Juli 1952 (mit zwei Dokumenten)	4
<i>Elke Scherstjanoi</i> : Sowjetische Reaktionen auf die Zweite Parteikonferenz der SED 1952 (mit Dokumentation)	23
<i>Detlef Nakath</i> : Deutschlandpolitik der DDR in Tradition der Zweiten SED-Parteikonferenz? Zur Geschichte der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten	35
<i>Jörg Roesler</i> : Die VEB in der Wende 1989/1990	55
<i>Petra Clemens</i> : Bilder aus dem VEB Forster Tuchfabriken - Spuren einer anderen fotografischen Praxis. Zum Umgang mit historischen Fotografien aus der Industrie	72
<i>François Melis</i> : Neue Rheinische Zeitung. Organ der Demokratie. Ein Redaktionsalltag - oder mehr? Köln, 14. November 1848	85

Regionalforschungen

<i>Peter Birke</i> : Die "rechte" Opposition in- und außerhalb der Hamburger KPD, 1928 bis 1935	108
---	-----

Biographische Skizze

<i>Gerlinde Grabn</i> : Erich Baron (1881-1933)	127
---	-----

Diskussion

<i>Michael Brie</i> : Das Projekt der sozialen Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts	141
--	-----

Berichte

<i>Harald Lange</i> : Das gescheiterte "konstruktive Mißtrauensvotum" vom 27. April 1972	144
---	-----

Rezensionen

Peter Wende (Hrsg.) Große Revolutionen in der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart (<i>Stefan Bollinger</i>)	148
Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe, Erste Abteilung: Werke, Artikel, Entwürfe. Band 14: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Artikel, Entwürfe, Januar bis Dezember 1855 (<i>François Melis</i>)	149
Karl Michael Scheriau: Kunstgenossen und Kollegen. Entstehung, Aufbau, Wirkungsweise und Zielsetzung der Gewerkschaftsorganisation der deutschen Buchdrucker von 1848 bis 1933 (<i>Gerhard Fischer</i>)	153
Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors (<i>Rolf Richter</i>)	156
Volker Sieger: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der KPD von 1945 bis 1956 (<i>Herbert Mayer</i>)	158
Ulrich Pfeil (Hrsg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989 (<i>Joachim Eichler</i>)	160
Werner Kilian: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen BRD und DDR 1955-1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien (<i>Ulrich van der Heyden</i>)	162
Brigitte Stolz-Willig/Mechthild Veil (Hg.), Es rettet uns kein höh'eres Wesen... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft (<i>Anneliese Braun</i>)	163

Annotationen

Willi Harzheim 1904-1937. Arbeiterschriftsteller aus Horst (<i>Fritz Zimmermann</i>)	165
Günter Gleising: Heinz Renner. Eine politische Biographie (<i>Herbert Mayer</i>)	166
Dokumente der Polnischen Arbeiterpartei Protokol obrad KC PPR. Maj 1945; Protokoly posiedzen Biura Politycznego KC PPR. 1944 - 1945; Protokoly posiedzen Sekretariatu KC PPR. 1945 - 1946 (<i>Gerd Kaiser</i>)	168
Jerzy Kochanowski: W polskiej niewoli. Niemieccy jency wojenni w Polsce. 1945-1950. (In polnischer Gefangenschaft. Deutsche Kriegsgefangene in Polen 1945-1950) (<i>Gerd Kaiser</i>)	170

Thüringen 1989/90. Quellen zur Geschichte Thüringens. Bd. 17/I und Bd. 17/II. "Thüringen 1989/90". Hrsg. Bernhard Dornheim und Stephan Schnitzler (<i>Erhard Dietz</i>)	171
Peter Russig: Das Dresdner "Volkshaus" der Gewerkschaften 1902 bis 1999 (<i>Wolfgang Heyn</i>)	172
NachSatz	172
Autorenverzeichnis	173
Bildnachweis	174
Impressum	174

Eine edle Idee im Notstand. Zur Zweiten Parteikonferenz der SED im Juli 1952 (mit zwei Dokumenten)

Wilfriede Otto

Der zäsurbildende Platz, den die II. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juli 1952 in der offiziellen Historiographie der DDR einnahm, veränderte sich. Nicht unbegründet rückten in der neueren Literatur vor allem außenpolitische Aspekte¹ – im Zusammenhang mit der deutschen Frage, der Friedensvertragsproblematik oder den Kreml-Vorgaben – sowie militärpolitische Veränderungen in der DDR² in den Vordergrund. In Längsschnitten erscheint das Ereignis nur allgemein oder ist einem Kontinuitätskonstrukt von barem Unrecht zugeordnet; in Diskussionen wird zum Teil ängstlich vermieden, einen Zusammenhang zum Krisenjahr 1953 zu sehen. Natürlich wird die Konferenz im Jahrhundertverlauf zu einer Anmerkung in der Geschichte, was ihre relative Schlüsselfunktion, die sie im Jahr 1952 einnahm, dennoch nicht gänzlich aufheben kann. Deshalb meine Nachfragen und Überlegungen.

Als Walter Ulbricht³ am 9. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle den berühmten Satz verkündete, das ZK habe beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, "daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird"⁴, wurde ein kompliziertes Gesellschaftsprojekt als Überraschungseffekt angeboten. Eine zeitgenössisch relativ gängige Idee tauchte laut Protokoll in den langanhaltenden Beifall sowie in Hochrufe von mehr als 4500 Anwesenden (1565 Delegierte, 494 Gastdelegierte sowie 2509 Gäste aus 25 Ländern) ein. Otto Buchwitz⁵ drückte es durchaus korrekt aus, wenn er stellvertretend für viele Menschen emotionsgeladen an traditionsgebundene und bittere Lebenserfahrungen erinnerte: "Ich dachte vor allen Dingen an die Alten draußen im Lande, die 30, 40, 50 und mehr Jahre in der deutschen Arbeiterbewegung stehen. Wir haben es immer gewollt! Wir haben es ersehnt! Wir haben es in uns getragen wie einen heiligen Schatz! Wir haben gekämpft! Wir haben gelitten und Opfer gebracht, wie sie ein einzelner für diese große, schönste und herrlichste Idee nur bringen kann. Nun eröffnet sich für uns, die wir am Ausgang des Lebens stehen, eine Perspektive. Eine Perspektive, die wir ersehnt, die wir erträumt haben, die für uns in den dunklen Jahren unseres Lebens, im Zuchthaus oder im KZ, der innere Fundus war, an den wir uns klammerten, an deren Sieg wir glaubten, was uns hinwegbrachte über die Jahre der Not und der Finsternis."⁶

1. Die Suche nach dem Ausgangspunkt

Bei allem Verständnis für die Entscheidungssituation bleibt jedoch die Frage nach den Ursachen für den Attacke-Charakter im Umgang mit der Sozialismus-Idee zurück. Selbst das Zentralkomitee erfuhr erst kurz vor der Konferenz von dem Entschluß,⁷ Nicht nur gestandene Funktionäre wie Karl Schirdewan⁸, sondern auch viele SED-Mitglieder sahen sich überrascht. Das allgemeine sozialistische Zukunftsziel der Partei,

in den "Grundsätzen und Zielen der SED" von 1946 wie auch im Parteistatut von 1950 fixiert, war bekannt; es wurde aber nicht als Tagesaufgabe verstanden.⁹ Der strategische Schwenk der II. Parteikonferenz war nicht zwingend, weil er nach der Logik des abgelaufenen Geschichtsprozesses mit dem Zick-Zack-Kurs in der DDR nicht unbedingt erforderlich war; eher stand er ihr im Wege. Den Beschluß der Konferenz als eine große strategische Entscheidung zu verstehen, begründete Ulbricht umfassend. Gegenüber der stenographischen Niederschrift der Konferenz¹⁰ ist das publizierte Protokoll sogar ausführlicher in bezug auf die politisch zugespitzte Einschätzung des anderen deutschen Staates sowie auf die Vorgeschichte der DDR bis 1952¹¹. Aktivkonferenzen, die auf Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees der SED stattfanden, sollten dem Verständnis nachhelfen. So erklärte Hermann Axen in Leipzig, daß der Parteikonferenz "in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in der Geschichte unseres Volkes eine besondere Bedeutung zu [kommt]. Auf ihr wurde der historische Beschluß gefaßt, in der Deutschen Demokratischen Republik den Sozialismus planmäßig aufzubauen. Damit hat unsere II. Parteikonferenz... dem Inhalt und der Tragweite ihres Beschlusses nach den Charakter eines Parteitages bekommen."¹² Das Gleichsetzen der Konferenz mit einem Parteitag bekräftigte den prinzipiellen Platz. Ausgeblendet blieb der statutenwidrige Charakter des Vorgangs; denn nur ein Parteitag war laut Statut befugt, über strategische Entscheidungen zu befinden.

Weder eine solide Diskussion im ZK noch in der SED-Mitgliedschaft, noch eine gesellschaftliche Konsenssuche waren der Konferenz vorausgegangen. Ernst Wollweber¹³ war "platt" über das Herangehen und Karl Schirdewan nannte den Beschluß undemokratisch aufgrund der Zusammensetzung der SED aus ehemaligen Mitgliedern der KPD und der SPD.¹⁴ Die SED selbst befand sich mit dem Stalinisierungsprozeß und den Säuberungen in der Polizei, im Staatsapparat und im Apparat der gesellschaftlichen Organisationen sowie in ihren eigenen Reihen besonders seit 1951 in einer widersprüchlichen Verfassung, die es erschweren mußte, eine sozialistische Vision demokratisch in praktische Politik umzusetzen und im Dialog mit anderen Bürgern eine antifaschistisch-demokratische Übereinstimmung an einen sozialistischen Konsens heranzuführen. Trotz Zehntausender Neuaufnahmen hatte die SED von Januar 1949 bis Dezember 1951 mehr als 500 000 Mitglieder und Kandidaten verloren, allein im Jahre 1951 162 972 (durch Verweigerung der Überprüfung, Austritte, Ausschluß und Streichung).¹⁵ Die politische Festigung der eigenen Reihen begleiteten nicht nur quantitative Verluste, sondern ebenso Defizite an innerparteilicher Demokratie durch repressive politische Ausgrenzungen und präventive Disziplinierung; Kommandieren, Administrieren und Bürokratismus waren nicht überwunden. Seit den Wahlen 1949 hatten sich die meisten damals gewählten Leitungen und leitenden Parteiorgane in großem Umfange geändert. "Haben wir Demokratie innerhalb der Partei und haben wir sie staatspolitisch gesehen?... Haben wir überhaupt noch gewählte Leitungen in der Partei?", woran liegt es, "daß oft ein Mangel an Vertrauen bei unseren Mitgliedern oder bei den Menschen im allgemeinen ist?"¹⁶, kritisierte Buchwitz auf dem 8. Plenum des ZK im Februar 1952. In Erkenntnis der krisenhaften Erscheinungen starteten Politbüro

und ZK seit Ende 1951 die Kampagne "Kritik und Selbstkritik", die Kritik von oben nach unten nun durchstellen sollte, vor allem Partei- und Staatsfunktionäre ins Visier nahm und sich in einem entsprechenden Beschluß der 8. Tagung des ZK niederschlug.¹⁷ Für Aktivismus und Demotivation, die sich in der SED die Hand gaben, konnte der Sozialismus-Beschluß Ansporn sein. Es war jedoch, wie Schirdewan in seinen Erinnerungen festhielt, "für uns eine unglückliche Situation, daß der Sozialismus administrativ – von oben verordnet – eingeführt werden sollte"¹⁸.

Begründet erscheint, daß die Ursprungsidee für eine Parteikonferenz inhaltlich umfunktioniert wurde. Nach den Gesprächsnotizen Wilhelm Piecks¹⁹ vom 12. Dezember 1951, zu einer Zeit, als in Moskau bereits an dem ersten Entwurf eines Vorschlags für einen Friedensvertrag mit Deutschland gearbeitet wurde²⁰, verständigten sich Pieck und Wladimir S. Semjonow²¹ darauf, daß das ZK der SED für Juli 1952 eine Parteikonferenz vorbereitet.²² Das Signalwort für den Inhalt der Konferenz lautet bei Pieck "Polit-Ökon. theoretisch"²³. Es könnte das Indiz dafür sein, daß ökonomische Probleme der DDR sehr grundsätzlich angesprochen bzw. die Diskussion um ökonomische Probleme des Sozialismus, die in Moskauer Fachkreisen im Gange war²⁴, für die DDR ausgewertet werden sollten. Auf dem 8. Plenum des ZK der SED vom 21. bis 23. Februar 1952, das die Vorbereitung der Parteikonferenz einleitete, wurden zwar Probleme der inneren Entwicklung deutlich markiert, aber auch Zeichen für den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages gesetzt. Ulbricht wandte sich gegen sogenannte spitzfindige Diskussionen und erklärte, wir "haben bei uns keine sozialistische Ordnung", wir müssen uns auch bei der Formulierung der ökonomischen Probleme "von unserer gesamtnationalen Politik leiten lassen", die Besonderheit unserer Lage bestehe darin, "daß wir den Kampf um die nationale Einheit eines demokratischen Deutschland führen".²⁵ Für die SED wies er an, das Studium der Geschichte der KPdSU (B) zu vertiefen, um "auf dem Weg einer Partei neuen Typus" weiter voranzukommen.²⁶ Das Plenum bestätigte einstimmig das Referat Ulbrichts. Es beauftragte "das Politbüro mit der Ausarbeitung der Entschließung für die II. Parteikonferenz, die bis Ende Mai 1952 zu veröffentlichen ist."²⁷

Nicht ausgeklammert werden kann das Kernproblem im Ost-West-Konflikt - die deutsche Frage. Hofften Bürger in beiden deutschen Staaten, daß politische Aktivitäten der vier Alliierten und der Regierung der BRD wie der Regierung der DDR einen Kompromiß ausloten und einen Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands öffnen könnten, so enttäuschte sie die Politik. Hatte die Regierung unter Konrad Adenauer²⁸ wegen ihres erklärten Kurses der Westintegration und den damit verbundenen Verträgen mit den westlichen Großmächten Vorschläge der DDR (15. 9., 2. 11. und 26. 11. 1951, 9. 1. 1952) für gesamtdeutsche freie Wahlen zu einer Nationalversammlung abgelehnt bzw. für zwecklos gehalten,²⁹ so waren für die Regierung der DDR Gegenvorschläge (27. 9., 16./17. 10. 1951), Wahlen mittels internationaler Kontrolle durch eine neutrale Kommission der UNO und unter Obhut der vier Mächte durchzuführen, nicht akzeptabel. Einschneidend wirkte sich der diplomatische Notenwechsel zwischen den Alliierten im Frühjahr 1952 um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutsch-

land auf die politische Situation aus. Das Schreiben der Regierung der DDR an die vier Großmächte vom 13. Februar 1952 mit der Bitte, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen, war ein von sowjetischer Seite initiiertes Schritt. Er bereitet den Sprung für die sowjetische Note an die drei Westmächte vom 10. März 1952 vor, der der Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages beigelegt war.³⁰ Am 9. März informierte die sowjetische Seite Pieck über den Inhalt der Note³¹, die im Politbüro noch am Abend des 10. März behandelt wurde. Das Thema Friedensvertrag und deutsche Einheit bestimmte den Notenaustausch zwischen den Westmächten (25. 3., 13. 5., 10. 7., 23. 9. 1952) und der UdSSR (9. 4., 24. 5., 23. 8. 1952) bis zum Herbst 1952,³² wobei die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, begleitet vom Wohlwollen und Druck Adenauers, eine militärische Neutralität Deutschlands ablehnten, an den einseitigen Verträgen mit der Bundesrepublik sowie an der Forderung nach freien Wahlen unter internationaler Kontrolle festhielten. Gravierende Entscheidungen fielen jedoch bereits mit dem Ablehnen jeglicher Verhandlungsbereitschaft mit der Sowjetunion und mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten (Deutschlandvertrag – zeitgenössisch Generalvertrag) und des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG – scheiterte am 30. 8. 1954 an dem Votum der Französischen Nationalversammlung) durch Adenauer am 26./27. Mai 1952.

Wenn auch noch nicht endgültig, so waren doch bis 1952 im "Kampf um Deutschland" wesentliche Würfel gefallen. Verhandlungen, die in westlichen Kreisen befürwortet wurden, fanden zugunsten einer Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis nicht statt. Nach dem Ausbleiben des "Testfalls" läßt sich schwer einschätzen, wie sich die sowjetischen Vertreter am Konferenztisch verhalten und nach Vorteilen – aber welchen? – gesucht hätten, was auch Valentin Falin anmerkt.³³ Als Indizien für Kompromißchancen können gelten, daß es der UdSSR vor allem um den militärischen Status ging und Josef W. Stalin die Dokumente des Westens schon kurz nach ihrem Entstehen kannte³⁴, daß bei der SKK 1951 noch eine Abteilung für die deutsche Frage gebildet worden war, daß dem offiziellen SED-Kurs für die Parteikonferenz erst im letzten Moment grünes Licht gegeben wurde und daß die Sowjetunion in Korea auf Kompromißbereitschaft (Waffenstillstandsverhandlungen) setzte.³⁵ Mögliche Meinungskämpfe im Kreml, wie sie nun mittlerweile offen liegen, und die nach wie vor schlechte ökonomische und soziale Lage (Wohnungsbau, Landwirtschaft, Versorgung) im Innern des Landes können nicht außer acht bleiben.

2. Interne Vorbereitungen der Parteikonferenz

Während der Vorbereitungen zur SED-Parteikonferenz traten Wendungen, Probleme infolge des Stalinschen Konzepts sowie politische Merkwürdigkeiten auf. Eine Zäsur setzte das Politbüro des ZK der SED am 4. März 1952. An diesem Tag bestimmte es die Kommission, die bis zum 18. März "Thesen für die Entschließung zur II. Parteikonferenz"³⁶ vorlegen sollte. Neben Ulbricht als Vorsitzendem gehörten dem Gremi-

um die Mitglieder bzw. Kandidaten des Politbüros Fred Oelfner³⁷, Anton Ackermann³⁸ und Rudolf Herrnstadt³⁹, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Bruno Leuschner⁴⁰, die Mitglieder des Sekretariats des ZK Hans Lauter⁴¹ und Paul Verner⁴² sowie Albert Schäfer⁴³, Leiter der Abteilung Landwirtschaft beim ZK, an. Am Sonnabend, dem 15. März, und am Dienstag, dem 18. März, wurden Thesenpapiere bei Wilhelm Pieck zu Hause und im Politbüro diskutiert.⁴⁴ Das Sekretariat des ZK beschloß am 15. März den Organisationsstab für die Vorbereitung der Konferenz, der kontinuierlich arbeitete und die Konferenz professionell mit allem Notwendigen vorbereitete.⁴⁵

Laut Protokoll stimmte das Politbüro am 18. März dem Entwurf der "Thesen im Prinzip" zu, wobei Änderungsvorschläge an die Kommission übergeben werden sollten. Gleichzeitig erhielt die Kommission den Auftrag, für alle Fragen, die bis zur Parteikonferenz geklärt werden mußten, bis zum 20. März eine Beschlusvorlage auszuarbeiten. Dafür lag bereits am 18. von Ulbricht ein stichwortartiges Arbeitspapier "Probleme, die bis zur II. Parteikonferenz geklärt werden müssen",⁴⁶ vor. Für die außerordentliche Sitzung des Politbüros am 20. März vermerkte das Protokoll, daß im ersten Tagesordnungspunkt die "Thesen" für die Parteikonferenz und im zweiten Tagesordnungspunkt "Vorschläge in Verbindung mit der Vorbereitung der II. Parteikonferenz"⁴⁷ bestätigt wurden. Obwohl die "Thesen" als Anlage im Protokoll fehlen und das Originaldokument bisher nicht aufgefunden wurde, und auch nicht, wie beabsichtigt, ein Entschlußentwurf veröffentlicht werden konnte, bestätigte sich die Vermutung der Autorin von 1991, daß dem Politbüro des ZK der KPdSU (B) ein umfangreiches Dokument mit Vorstellungen der SED zugegangen sein muß.⁴⁸ Der norwegische Forscher Stein Bjornstad fand in Moskau heraus, daß Semjonow ein Material der SED nach Moskau geschickte hatte, das bei dem Leiter der III. Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums am 27. März die Kritik hervorrief, die Thesen seien "so aufgebaut, als ob die SED-Regierung davon ausgeht, daß die existierende Teilung Deutschlands ewig andauern wird."⁴⁹

Selbst wenn nach den Äußerungen aus dem sowjetischen Außenministerium der Eindruck entsteht, als hätte die SED-Spitze bereits im März an die Proklamierung des Sozialismus gedacht, so sprechen die erwähnten und weitere Fakten dagegen, insbesondere die bisherige Entwicklung, die weder an Moskau noch an der SKK vorbei laufen konnte, wie auch die sowjetische Entscheidungsdominanz in der deutschen Frage. Zum anderen blieben Optionen offen. Entsprechende Schlüsse lassen sich aus den schon benannten Arbeitspapieren ziehen. Der bis zur Parteikonferenz zu klärende Fragenkatalog vom 18. März enthielt an erster Stelle die Frage: "Was geschieht, wenn der Generalvertrag durch die Bonner Regierung verabschiedet wird?"⁵⁰ Ihr folgten Fragen nach dem "Wie" des demokratischen Kampfes in der Bundesrepublik sowie Vorschläge für die Neueinführung einzelner staatlicher Kontrollfunktionen und für die Verbesserung der Lage insbesondere für Arbeiter (Lohnerhöhungen, Betriebskonsum, Betriebsessen, Wohnungsfrage). Das Papier "Vorschläge in Verbindung mit der Vorbereitung der II. Parteikonferenz" vom 20. März beinhaltete vier Schwerpunkte: den Kampf um

einen Friedensvertrag und die Gewinnung demokratischer Kräfte in der Bundesrepublik; Gegenreaktionen bei der Beratung des Deutschlandvertrages im Bundestag (Erklärungen, Demonstrationen, Konferenzen u. a.); Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter in Berlin und in der DDR; Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates, die eine Konkretisierung der vorgesehenen Neueinführung von Kontrollfunktionen darstellten.⁵¹

Am 20. März legte das Politbüro den Zeitpunkt der Konferenz auf den 9. bis 12. Juli fest und bestätigte das Thema des Referats von Ulbricht noch mit dem Titel "Die neuen Aufgaben im Kampf um den Friedensvertrag, für die Einheit Deutschlands und für das nationale Aufbauwerk".

Schlüsse lassen sich auch aus den bis jetzt bekannten Materialien ziehen, die die Reise Piecks, Ulbrichts und Grotewohls⁵² nach Moskau vom 29. März bis 10. April 1952 begleiteten. Mit den von Pieck mitgeführten Aufzeichnungen und dem Plan für die Besprechung anstehender Fragen war die Delegation gut vorbereitet und auf die Grundfragen eingestellt. In den Plan waren die vorher im Politbüro behandelten Vorschläge und bestätigten Papiere eingegangen.⁵³ Allerdings wurden zum ersten Mal Fragen nach einem "Massenkampf zum Sturz der Adenauer-Regierung" durch Wahlen und nach militärischen Konsequenzen für die DDR aufgeworfen. Was Pieck unter dem Stichwort "Thesen" festhielt, thematisierte die innere Lage der SED, die Situation im Kampf um den Frieden, die Rolle der Sowjetunion, die Wirtschaft in der DDR, Aufgaben der Landwirtschaft, die kulturpolitische Arbeit, die Verbesserung der staatlichen Arbeit, die Weiterentwicklung der SED zur Partei neuen Typs und Vorschläge zur sozialen Lage der Arbeiter.⁵⁴ Das Wort Sozialismus findet sich darin nicht. Die Delegation kam in den mehr als 10 Tagen nur am 1. (2 Stunden) und am 7. April (1,5 Stunden und 10 Minuten) im Politbüro der KPdSU zusammen (mit Stalin, Wjatscheslaw M. Molotow, Georgi M. Malenkow, Anastas I. Mikojan und Nikolai A. Bulganin). Antworten, die Stalin am 7. April auf Fragen Piecks⁵⁵ vom 1. April erteilte, befreiten die Delegation nicht völlig von ihren Problemen. Nach Piecks Niederschrift ging es vor allem um die militärische Aufrüstung (300 000 Mann-Armee) der DDR ("Volksarmee schaffen – ohne Geschrei. Pazifistische Periode ist vorbei"), um die Bildung paramilitärischer Organisationen, um die Sicherung der Demarkationslinie als "gefährliche Grenze", für die Stalin selbst Anweisungen gab, um die akute Rohstofflage der DDR, um landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und um Lohnfragen für Arbeiter und Ingenieure. Nicht behandelt wurden die "Thesen" sowie die Problematik Partei und Parteikonferenz. Über die zentralen Punkte Einheit und Friedensvertrag hieß es lakonisch: "weiter agitieren". Die von Wladimir Wolkow aufgefundene sowjetische Niederschrift über das Spitzengespräch und die Antworten Stalins bekräftigt Piecks Notizen. Sie widerspiegelt allerdings noch eindeutiger das Gewicht des militärischen Komplexes, die Auffassung Stalins, mit den Westmächten keinen Kompromiß mehr erreichen zu können, da sie Europa beherrschen wollten und "Westdeutschland in den Atlantik-Pakt hineinziehen" würden.⁵⁶ Stalins Instruktionen waren tatsächlich als "sozialistische" zu verstehen; auf Rückfragen Ulbrichts blieb er jedoch nach wie vor bei dem Standpunkt:

"nicht angebracht, lauthals vom Sozialismus zu reden".⁵⁷ Obwohl die militärischen Vorgaben schriftlich festgehalten wurden, wissen wir immer noch nicht alles. Auf die brennende Frage von Grotewohl, ob die SED an ihrer bisherigen Argumentation für die Einheit Deutschlands festhalten oder Veränderungen vornehmen solle, antwortete Stalin verneinend: "Man muß die Propagierung der Einheit Deutschlands die ganze Zeit fortsetzen."⁵⁸ Das Propagieren verknüpfte sich bei ihm mit dem Gedanken, daß weitere sowjetische Vorschläge nur dazu dienen sollten, "die Amerikaner zu entlarven".⁵⁹ Der letzte Moskauer Gipfel weniger als ein Jahr vor dem Tod Stalins verschärfte die außen- und innenpolitischen Zwänge für die DDR und entließ sie zusammen mit der sowjetischen Note vom 9. April als de facto "Begleitpapier" in einen Circulus vitiosus.

3. Sozialismus im Zwielficht

Was sollte das Politbüro anderes tun? Es nahm am 11. April die Moskauer Vorschläge als Grundlage an. Spitzenbesprechungen zwischen Pieck, Ulbricht, Grotewohl und dem Chef der SKK, Wassili I. Tschujkow,⁶⁰ Semjonow und anderen Vertretern konzentrierten sich sofort fast ausschließlich auf die militärischen und Sicherheitsfragen.⁶¹ Eine rasch ausufernde Werbekampagne für die Stärkung bestehender militärischer Formationen zur Bildung der Kasernierten Volkspolizei (KVP) wurde vor allem unter der Jugend betrieben. Direktiven für die Erfüllung des Reparationsplanes im Jahre 1952 ergingen an die entsprechenden Minister.⁶² Delegationen bereiteten sich auf das Studium von Erfahrungen der Sowjetunion vor (Staatsapparat, Justiz, Landwirtschaft). Maßnahmen für die Auflösung der Länder und die Bildung der Bezirke und Kreise wurden vorbereitet, worüber dann die Parteikonferenz beschloß. Seit Anfang Mai wirkten Maßnahmen, um die Thüringer Grenze zu schließen und das "besondere Grenzregime", verbunden mit der Aussiedlung von Bürgern aus den Grenzkreisen, durchzusetzen. Mit Blick auf die Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften setzte das Politbüro am 3. Juni eine Kommission zur Förderung des Genossenschaftsgedankens unter der Leitung Ulbrichts ein. Am gleichen Tag beschloß es, die Parteikonferenz einzuberufen; doch das Thema für das Referat Ulbrichts hieß schlicht: "Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED". Neben all diesen Veränderungen erfolgte die politische Arbeit zur Erläuterung der sowjetischen Vorschläge und zur Unterstützung von Aktionen in der Bundesrepublik gegen die Ratifizierung des Deutschlandvertrages. Die Unterzeichnung des Letzteren sowie des Vertrages über die EVG durch Adenauer am 26./27. Mai förderte die Entschlußkraft des Politbüros. Am 24. Juni standen die Losungen für die Demonstration anläßlich der II. Parteikonferenz fest, in die nun das Wort Sozialismus eingeführt wurde, die jedoch noch nicht veröffentlicht werden sollten. Die Losung "Es lebe die SED, der Vortrupp des deutschen Volkes im Kampf um Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus" stand an der Spitze.

Am 1. Juli fielen die Würfel. Das Politbüro bestätigte "nach eingehender Diskussion" den Entwurf des Referats von Ulbricht auf der Parteikonferenz und einigte sich auf einen Brief an Stalin. In dem fast vierseitigen Schreiben bat das Politbüro "um die Stellungnahme des Politbüros des ZK der KPdSU(B)" zu folgenden Fragen. Erstens

zur Einschätzung der SED: "Die SED hat sich zu einer marxistisch-leninistischen Partei entwickelt. Vor der Partei steht die geschichtliche Aufgabe, die Arbeiterklasse auf dem Wege des Aufbaus des Sozialismus vorwärtszuführen..."⁶³ Zweitens zur Charakteristik der Adenauer-Regierung - neben der kritischen Wertung des "Wiedererstehens des westdeutschen Militarismus" und des Ziels der Westintegration wird die Adenauer-Regierung charakterisiert als "die Regierung der reaktionärsten, militaristischen, profitgierigsten Kreise des westdeutschen Finanzkapitals..."; die Adenauer-Regierung sei "eine Vasallenregierung der USA".⁶⁴ Drittens ging es um die Entwicklungsstadien in der DDR: Nach der Charakteristik des antifaschistisch-demokratischen Regimes, des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft, der Entwicklung sozialistischer Planwirtschaft wurde das Kernproblem so formuliert: "Es sind damit die entscheidenden Voraussetzungen für den Übergang zum Aufbau des Sozialismus und die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft geschaffen. Das Hauptwerkzeug bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht, die sich von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zur demokratischen Volksmacht, zur Volksdemokratie entwickelt hat."⁶⁵ Daran knüpften sich die Schlußfolgerungen, das deutsche Volk werde sich in freien gesamtdeutschen Wahlen für eine Nationalversammlung entscheiden, die DDR würde als Volksdemokratie überzeugend auf "breite Massen der Arbeiterklasse und der Werktätigen" in der Bundesrepublik wirken und die Initiative der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in der DDR bedeutend entwickeln. Schließlich wurde erklärt, die vorstehenden Formulierungen entsprächen der "einmütigen Auffassung" des Politbüros. Der Brief trägt das Datum 2. Juli. Im Zusammenhang mit dem Vermerk Piecks "2. Mittwoch, 10-Tschui-Besprechung zu Hause"⁶⁶ läßt sich darauf schließen, daß Pieck als Verantwortlicher der Allgemeinen Abteilung⁶⁷ den Brief – nun wahrscheinlich in Russisch – an Tschujkow übergab, der ihn weiterleitete. Vermutlich wußten Pieck und Ulbricht, daß am 8. Juli das Politbüro des ZK der KPdSU(B) tagen würde, da das Politbüro am 1. Juli den Termin für die 9. Tagung des ZK auf den 8. Juli um 17. 00 Uhr festlegte.⁶⁸

Als am 8. Juli erst das Politbüro und um 17.00 Uhr das ZK der SED zusammenkamen, mußte Ulbricht die Entschließung, die der II. Parteikonferenz vorgelegt werden sollte, vorlesen. Sie konnte nicht einmal mehr vervielfältigt werden.⁶⁹

Pünktlich um 10.00 Uhr begann am 9. Juli die Parteikonferenz, und Ulbricht verkündete in seinem Referat den Aufbau des Sozialismus als grundlegende Aufgabe. Obwohl im Politbüro und im Organisationsstab bis zuletzt mit der Teilnahme einer sowjetischen Delegation gerechnet wurde, deren Vertreter als erster von den ausländischen Gästen sprechen sollte, nahm keine sowjetische Delegation teil. Diesen Affront korrigierte auch nicht die Grußadresse des ZK der KPdSU an die Konferenz, die in deutscher Sprache als Archivadokument vorliegt und mit Ausnahme sprachlicher Verbesserungen dem Text im Protokollband entspricht.⁷⁰ Begrüßt wurde nicht die Proklamation des Sozialismus, sondern es wurde die Überzeugung ausgesprochen, daß die historische Aufgabe gelingen möge, "ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches, friedliebendes Deutschland zu schaffen".⁷¹

Das löst Fragen aus: Drückte die einzuholende Zustimmung zur Entschließung der Konferenz die politische Vormundschaft oder Übereinkunft im sozialen Anliegen aus? War die Diktion im Begrüßungsschreiben an die Konferenz ein Propagandatrick? War alles ein Ausdruck für Meinungsdualismus oder waren das reine Formalia? Wo stand die DDR, der gerade eine militärische Bollwerkfunktion aufgedrückt wurde, im außenpolitischen Sicherheitskonzept der UdSSR wirklich? War sie für den Staat, der sie aus der Taufe gehoben und an sich gebunden hatte, Spielball, Faustpfand oder tatsächlich nur Provisorium? Letzteres würde allerdings für die Ernsthaftigkeit sowjetischer Angebote in der deutschen Frage sprechen. Doch Chancen, die die konkrete historische Situation bot, wurden von allen vier Großmächten zugunsten ihrer imperialen Macht- und Sicherheitsinteressen an Deutschland nicht geprüft.

So kann der Beschluß der II. Parteikonferenz nicht als "Schnäppchen" gegen Stalin, sondern eher als ein Stück Offenheit im Unterschied zu dessen janusgesichtiger Politik gesehen werden. Neu war allerdings außer der Losung nichts, denn alles war bereits im Gange. Die Konferenz widerspiegelte keinen neuen theoretischen Ansatz. Ein besonderer deutscher Weg gehörte seit 1948 zum Feindbild, und die Grundzüge des sowjetischen Modells blieben trotz Variationen anerkannt. Am Parteimodell gab es keine Abstriche. Ulbricht ließ sich in seinem Referat vom ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus inspirieren, wie es Stalin Anfang 1952 formuliert hatte.⁷² Lebendig war der genossenschaftliche Weg in der Landwirtschaft, der vorerst mit differenzierten Überlegungen eingeschlagen wurde und schon aufgrund wirtschaftlicher Erfordernisse sowie wegen der verlassenenen Höfe, die zu bewirtschaften waren, Sympathisanten fand. Er tangierte den allgemein tragfähigen und in der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung verwurzelten Genossenschaftsgedanken. Andere Veränderungen griffen von oben tief in die Gesellschaft ein, insbesondere die KVP, Kasernenbau, Rüstung und Waffenimport sowie die militärische Sicherung der Grenze zur Bundesrepublik mit dem Makel inhumaner Aussiedlung und Abschottung. Die Preisgabe des traditionellen Länderföderalismus durch die Bildung der Bezirke, was strukturell alle Staatsorgane, Parteien und die Staatssicherheit nachvollziehen mußten, war der SED-Führung nicht einmal eines verfassungsändernden oder -ergänzenden Gesetzes wert. Zentralismus und Kontrolle wurden gestärkt. Die Parteimitglieder wurden erneut präventiv diszipliniert mit dem warnenden Hinweis auf die "Tätigkeit der Gruppe Slansky"⁷³ in der Tschechoslowakei und der Forderung, "die Partei mit kämpferischem Geist und größter Unduldsamkeit gegen alle Abweichungen, Fehler und Schwächen zu erfüllen"⁷⁴ und eiserne Disziplin zu wahren.

Der Beschluß der Parteikonferenz löste natürlich Zustimmung unter SED-Mitgliedern, bei den Vorsitzenden der CDU, LDPD, NDPD, bei Kleinbauern und Landarbeitern, in einigen Gruppen der Werk tätigen und in Teilen der Jugend aus. Mit dem 10. Juli und vor allem dem 11. Juli griffen Telegramme und Grußadressen das Stichwort Sozialismus immer häufiger auf. Eine interne Analyse der Abteilung Parteiorgane beim ZK der SED wußte jedoch von Ängsten vor allem unter Handwerkern, Gewerbetreibenden und kleinen Unternehmern. Der Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann⁷⁵ und andere zeigten sich erst nach Diskussionen bereit, die Entschließung

ihres Vorstandes zu unterschreiben. In allen Parteien, besonders in der LDPD und in der CDU, traten stärkere Differenzierungen ein, kam es zu Parteiaustritten. Solche internen Analysen erreichten auch die SKK. Selbst für SED-Mitglieder stellte man fest, daß Fragen auftraten, was nun eigentlich zu tun sei, was das alles konkret bedeuten würde.⁷⁶ Ungute Stimmung löste die massive Werbung für die Volkspolizei aus. Als sich herumsprach, daß junge LDPD- und CDU-Mitglieder nur nach einem Parteiaustritt ihren Dienst antreten könnten, erhielten diese Parteien Zulauf. Die Republikflucht ging nicht zurück. Die positive Ausstrahlungskraft auf die Bundesrepublik Deutschland, wie im Brief an Stalin erwartet, blieb aus.

Dokument 1

Aus: Stenographische Niederschrift der 9. Tagung des ZK der SED am 8. Juli 1952, Abschrift⁷⁷

6 Exemplare

Unkorrigiert

Stenographische Niederschrift
der 9. Sitzung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am
8. Juli

1952 in Berlin, Haus der Einheit, 17.00.

(Vors. Wilhelm Pieck eröffnet um 17,15 Uhr die Konferenz.⁷⁸)

Vors. Wilhelm Pieck:

Die Tagung des Zentralkomitees ist eröffnet. Wir werden zuerst die Verlesung des Protokolls der letzten Tagung entgegennehmen.

(Folgt Verlesung des Protokolls der 8. Sitzung des ZK durch die Genossin Edith Baumann.⁷⁹)

Wünscht jemand das Wort zum Protokoll? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich wohl das Protokoll als bestätigt annehmen. Das ist der Fall.

Genossinnen und Genossen! Die Tagesordnung ist Euch zugegangen. Wir haben einen Punkt auf der Tagesordnung:

Fragen der Zweiten Parteikonferenz.

Berichterstatter ist der Genosse Walter Ulbricht.

Sollen noch weitere Punkte auf die Tagesordnung gesetzt werden? – Das ist nicht der Fall. Dann bleibt es dabei.

Das Wort hat also nun der Genosse Walter Ulbricht.

Walter Ulbricht:

Genossinnen und Genossen! Das Politbüro hat in mehreren Sitzungen zu den grundlegenden Problemen Stellung genommen, die auf der Zweiten Parteikonferenz beantwortet werden sollen. Die Kerngedanken sind in dem Entwurf einer EntschlieÙung für die Zweite Parteikonferenz niedergelegt. In der EntschlieÙung sind nur die Hauptgedanken behandelt, das heißt die Analyse der Lage. Gewisse Einzelfragen sind bewußt ausgelassen worden, so daß die EntschlieÙung die grundlegenden Aufgaben enthält, während im Referat eine eingehende Einschätzung der Lage gegeben wird und im Ergebnis der Einschätzung der Lage diese Aufgaben ausführlich entwickelt werden.

Meine Aufgabe ist es heute, im Auftrage des Politbüros den Inhalt, den Text des Entwurfes der EntschlieÙung der Zweiten Parteikonferenz zu verlesen, damit die Mitglieder des Zentralkomitees ihre Meinung dazu sagen können. Es war uns nicht möglich, den Text vorher zu vervielfältigen.

Der Entwurf der EntschlieÙung lautet:⁸⁰

(Folgt Verlesung des Entwurfs.)

Das ist der Entwurf für die EntschlieÙung der II. Parteikonferenz.

Ich möchte nur zu einem Punkt eine Bemerkung machen. Im Zusammenhang mit der grossen historischen Aufgabe des Aufbaues des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik steht die Aufgabe, in der Landwirtschaft die Grundlage des Sozialismus zu schaffen. Die Genossen in den Bezirken und Kreisen sind schon vor einiger Zeit über diese bevorstehende Aufgabe informiert worden. Das Politbüro ist der Meinung, dass die Schaffung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nach dem Grundsatz der strengsten Freiwilligkeit erfolgen muss. Das heisst, wir geben nicht die Direktive an die Parteiororganisationen, dass sie etwa landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften organisieren sollen, sondern dann, wenn sich die Landarbeiter und werktätigen Bauern zusammenschließen, um einen Organisationsausschuss für die Bildung einer Produktionsgenossenschaft zu schaffen und dabei die Genossen der Kreisleitung oder der örtlichen Parteileitungen ersuchen, hierbei anwesend zu sein, sollen unsere Genossen in diese Zusammenkünfte gehen. Aber sie sollen nicht von sich aus eine ganze Karawane von Vertretern aller möglichen Organe der Partei und der Massenorganisationen auf die werktätigen Bauern loslassen, wie das in einigen Fällen beinahe geschehen wäre.

Das ist sozusagen ein Kommentar zu dem betreffenden Punkt in dem Entwurf der EntschlieÙung. Im Referat werde ich ausführlich über diese Fragen sprechen.

Meine Ausführungen werden sich aber auf die Wiedergabe dessen beschränken, was die Landarbeiter und werktätigen Bauern eingeleitet haben, ohne dass also in dem Referat irgendwelche Direktiven oder Ratschläge gegeben werden. Wenn die Parteigenossen, die Mitglieder der Produktionsgenossenschaften sind, als Diskussionsredner

auf der Parteikonferenz über das berichten, was die [sic – W. O.] gemacht haben, dann ist das ausgezeichnet. Aber wir werden keine Direktiven geben, weder im Referat noch in der EntschlieÙung, sondern wir werden die Maßnahmen unterstützen, die die Landarbeiter und werktätigen Bauern in vollständiger Freiwilligkeit selber vereinbaren und beschließen.

Soviel als Kommentar zu dieser Frage!

Vors. Wilhelm Pieck: Der vorgelesene EntschlieÙungsentwurf steht nunmehr zur Diskussion. Wir bitten die Genossen, sich an Hand der gemachten Notizen zu der Angelegenheit, die – wie Walter ausführte – eine ganze Reihe sehr ernster Probleme enthält und in der Partei neu sind, äussern. Das betrifft auch die Einschätzung des gegenwärtigen Zustandes in unserer Republik.

Hertha Bergmann:⁸¹ Ich habe nur eine Frage. Ich möchte gern wissen, ob in der EntschlieÙung oder auch im Referat auf die sehr wichtige Bewegung der kollektiven Stachanow-Arbeit in unserer DDR eingegangen wird. Diese Bewegung hat sich zum Ziel gesetzt, das zu verwirklichen, was der Genosse Rossiski in bezug auf die Stachanow-Arbeit wiedergegeben hat. Ich halte die Arbeit dieser Bewegung, die gleichzeitig auch eine Parallele in der Wismut AG hat, für ausserordentlich wichtig. Ich schneide diese Frage auch deshalb hier an, weil diese Genossen bis jetzt alleingestanden haben. Sie haben weder durch die Parteiorganisation des Werkes die richtige Führung erhalten, noch durch die Kreisleitung, die diese Arbeit ebenfalls völlig unterschätzt hat. Ebenso ist das auch in der Landesleitung geschehen, wahrscheinlich deshalb, weil diese Genossen der Landesleitung darüber bisher nur schlecht informiert worden sind. Ich denke, daß diese neue wichtige Bewegung bei uns gebührend beachtet werden muß. Andernfalls würde ich das sehr blamabel für unsere II. Parteikonferenz halten.

(Walter Ulbricht: Ich gehe darauf im Referat ein.)

Johannes R. Becher:⁸² Mir ist etwas aufgefallen. Ich weiss nicht, ob diese Frage im Referat sehr stark betont werden wird; aber in der Resolution ist das zu wenig zum Ausdruck gekommen. Ich meine die kulturellen Fragen, die Fragen des Kampfes für eine grosse nationale Kultur und für die Verteidigung unserer Kultur. Denn in der Resolution wird nur allgemein von der Hebung des kulturellen Niveaus gesprochen. Aber die großen Kulturfragen, die in der Aussprache selbstverständlich eine ausserordentliche Popularität haben und auch nach Westdeutschland gehen, müssen doch auch von uns, die wir als die Vorkämpfer für die Entwicklung einer grossen deutschen Kultur auftreten, in der EntschlieÙung ebenfalls betont werden. Ich glaube, daß das notwendig ist.

(Walter Ulbricht: Einverstanden. Nur in dem einen Abschnitt wird über die Entwicklung des kulturellen Lebensniveaus gesprochen.)

Das ist zu wenig!

(Walter Ulbricht: Aber wir können das auch im vorhergehenden Abschnitt ausführlicher machen. Ich bin damit einverstanden.)

Vors. Wilhelm Pieck: Die grosse Bedeutung der Parteikonferenz wird ja darin bestehen, daß sich die Genossen aus den Bezirken zu den grundlegenden Fragen, die in dem Bericht angedeutet werden, äussern. Wir legen das grösste Gewicht auf eine breite Diskussion. Aus diesem Grunde hat das Politbüro auch beschlossen, daß von den Mitgliedern des Politbüros nur vier Genossen sprechen werden, und zwar der Genosse Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, ich und Genosse Herrstadt, der über Berlin sprechen soll. Auch der Genosse Matern⁸³ soll noch sprechen. Es wird dadurch also Platz frei für die Genossen aus den Bezirken.

Wir haben ausserdem eine so grosse Zahl von ausländischen Gästen auf der Konferenz. Ich glaube, es sind etwa 30 Genossen, die aus den verschiedensten Ländern kommen werden.

Der Zeitplan über die Abwicklung unserer Konferenz liegt in der Mappe vor. Das Politbüro hat sich verständigt, daß ich zu Beginn des zweiten Tages über die Frage des Bonner Vertrags und der Organisierung der Verteidigung der DDR sprechen werde. Am 11. Juli wird zu Beginn der Genosse Grotewohl über die Fragen des Staatsapparates sprechen.

(Otto Grotewohl: Über die Reformen im Staatsapparat.)

Der Abschluß der Konferenz wird am 12. Juli um 20 Uhr ein Empfang der Parteikonferenz durch den Präsidenten im Schloßpark sein.

Am 11. Juli wird eine Demonstration der Berliner Arbeiterschaft stattfinden.

Am 10. Juli findet um 20,30 Uhr eine Kulturveranstaltung statt. – Die Genossen werden also auf dieser Konferenz sehr in Anspruch genommen werden.

Die Anfangszeiten sind ebenfalls schon festgesetzt: am ersten Tag um 10 Uhr, an den drei anderen Tagen um 9 Uhr. Wir bitten die Genossen, dafür zu sorgen, dass die Delegierten eine Viertelstunde vor Beginn im Saale anwesend sind, damit wir pünktlich beginnen können. Da in dem grossen Saal sonst ja Eisveranstaltungen stattfinden, haben wir die Hoffnung, dass es dort nicht so warm sein wird wie hier.

Am 12. Juli wird dann noch um 17 Uhr das Richtfest für die neuerstandenen Wohnkomplexe in der Stalinallee sein.

Herbert Warnke:⁸⁴ Ich habe noch eine Frage, der Hinweis, daß vier Mitglieder des Politbüros sprechen werden, ist doch nicht so zu verstehen, daß nicht auch vom Zentralkomitee noch jemand sprechen könnte?

(Wilhelm Pieck: Wir sprechen nur vom Politbüro.)

Walter Ulbricht: Wir legen auch Wert darauf, daß möglichst wenig Minister sprechen. Es sollen also möglichst viele Delegierte zu Worte kommen.

Alfred Oelssner:⁸⁵ Ich möchte fragen, ob auf der Konferenz der Ersatz der beiden Revisoren vorgenommen werden soll?

Vors. Wilhelm Pieck: Jawohl! – Wir haben aber auch von uns aus noch die Ersatzwahl für die Kandidaten der Zentralen Revisionskommission vorzunehmen. Der zweiten Parteikonferenz ist folgender Antrag zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

(folgt Verlesung des Antrages)...⁸⁶

Dokument 2

Aus: Arbeitsprotokoll der 9. Tagung des ZK der SED am 8. Juli 1952, Abschrift⁸⁷

Zur Bestätigung (3)

Protokoll Nr. 9

der Tagung des Zentralkomitees am 8. Juli 1952⁸⁸

Behandelt:

1. Protokollbestätigung:

Beschlossen:

Das Protokoll Nr. 8 der Tagung des Zentralkomitees am 21., 22. und 23. Februar wird bestätigt.

2. Fragen der II. Parteikonferenz:

Berichterstatter: Ulbricht

Die informativischen Ausführungen des Genossen Ulbricht zum Referat und der Text der Entschließung zur II. Parteikonferenz werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das Zentralkomitee beschließt einstimmig, der II. Parteikonferenz den Genossen Alfred Baumann,⁸⁹ Zwickau, zur Wahl als Kandidat des Zentralkomitees vorzuschlagen. Die außerdem zu wählenden 3 Kandidaten des

Zentralkomitees werden der Konferenz nach Absprache mit den Delegierten vorgeschlagen; als ordentliches Mitglied der Zentralen Revisionskommission Genossin Margarete Langner⁹⁰, bisher Kandidat der Zentralen Revisionskommission, als Kandidaten der Zentralen Revisionskommission die Genossen Hans Sonntag⁹¹, Halle, und Alfred Dittmar,⁹² Ruhla.

3. Ausschluß von Walter Krebaum aus der SED:⁹³ Nach Begründung des Vorschlages der Zentralen Parteikontrollkommission auf Ausschluß von Walter Krebaum aus der Partei durch den Genossen Hermann Matern beschließt das Zentralkomitee einstimmig, der Parteikonferenz vorzuschlagen, Walter Krebaum, bisher stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Landwirtschaft beim ZK, aus der Partei auszuschließen.

Der Ablauf der Tagung des Zentralkomitees wurde stenographisch aufgenommen. Das Stenogramm ist dem Protokoll beigelegt.

1 Siehe Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994; Michael Lemke: "Doppelte Alleinvertretung". Die nationalen Wiedervereinigungskonzepte der beiden deutschen Regierungen und die Grundzüge ihrer politischen Realisierung in der DDR (1949-1952/53), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 1992, Heft 40, S.531-543; Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994; Rolf Badstübner: Vom "Reich" zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999; Gerhard Wettig: Bereitschaft zu Einheit in Freiheit. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945-1955, München 1999; ders.: Die Interessen der Mächte angesichts der Stalin-Note vom 10. März 1952. Stand der Ost-West-Konfrontation in Deutschland 1952, in: Deutschland Archiv 2002, Heft 2, S.231-236; Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949-1953. Eine Dokumentation. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und eingeleitet von Elke Scherstjanoi, München 1998; Wladimir K. Wolkow: Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947-1952), in: ZfG 2000, Heft 1, S.20-49; Jürgen Zarusky (Hrsg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. Mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 2002, Bd. 84.

2 Siehe Torsten Diedrich: Der "Dienst für Deutschland" (1952-1953), in: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke, Berlin 1998, S.153-167; ders.: Die Grenzpolizei der SBZ/DDR (1946-1961), in: Im Dienste der Partei, S.201-223; ders.: Die Kasernierte Volkspoli-

- zei (1952-1956), in: Im Dienste der Partei, S.339-369; Paul Heider: Gesellschaft für Sport und Technik (GST), in: Die Parteien und Organisationen in der DDR. Ein Handbuch, hrsg. v. Gerd-Rüdiger Stephan, Andreas Herbst, Christine Krauss u. a., Berlin 2002, S.678-700; Inge Bennewitz/Rainer Potratz: Zwangsausiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente, Berlin 1994.
- 3 30.6.1893-1.8.1973, Generalsekretär des ZK der SED, Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK.
- 4 Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 9.-12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin 1952, S.58.
- 5 27.4.1879-9.7.1964, Mitglied des ZK, Alterspräsident der Volkskammer. Im folgenden werden politische Funktionen nur für das Jahr 1952 angeführt.
- 6 Protokoll der Verhandlungen, S.257.
- 7 Siehe Anhang Dokument 1.
- 8 14.5.1907-14.7.1998, 1952 1. Sekretär des SED-Landesleitung Sachsen bzw. der SED-Bezirksleitung Leipzig.
- 9 In Schulungsmaterialien für die SED hieß es 1951 noch eindeutig, daß "gegenwärtig nicht die Aufgabe steht, den Sozialismus zu errichten".
- 10 Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden SAPMO-BArch), DY 30/IV 1/2/1, Bl. 24-158 (Rede Ulbrichts), insb. Bl.24-63.
- 11 Siehe Protokoll, S.33-35, 39f. (BRD), Bl.53-56 (DDR).
- 12 Hermann Axen. Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees. Die II. Parteikonferenz weist uns den Weg. Referat auf der Tagung des Parteiaktivs des Stadtkreises Leipzig am 13. August 1953, Berlin [1952], S.1.
- 13 28.10.1898-3.5.1967, 1952 Staatssekretär im Ministerium für Verkehrswesen.
- 14 Siehe Wilfriede Otto (Hrsg.): Ernst Wollweber: Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (im folgenden BzG), 1990, H.3, S.357; Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, Berlin 1994, S.34f.
- 15 Siehe Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Teil 1 und 2, Frankfurt/Oder 1997, S.195-213, 496-499; Bericht der Zentralen Kommission zur Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten vom 22.4.1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/108, Bl. 25f.
- 16 Otto Buchwitz: Die innerparteiliche Demokratie entwickeln, in: 8. Tagung des Zentralkomitees der SED. Walter Ulbricht: Die ideologisch-politisch-organisatorische Arbeit der Partei und die Vorbereitung der II. Parteikonferenz, Berlin 1952, S.81.
- 17 Siehe Entschließung des Zentralkomitees der SED zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik und zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung, in: 8. Tagung, S.7-13.
- 18 Schirdewan, Aufstand, S.35.
- 19 3.1.1876-7.1.1960, Vorsitzender der SED, Präsident der DDR.
- 20 Wettig, Bereitschaft zu Einheit, S.205-208. Obwohl das Anliegen, Bewegung in die deutsche Frage zu bringen, die DDR-Seite selbst mit dem Vorschlag für eine "gesamtddeutsche Beratung" unterstützte, den sie in ihrem Brief an die Regierung der BRD vom 15.9.1951 unterbreitete, waren Pieck die Internas der sowjetischen Vorbereitungen natürlich nicht bekannt.
- 21 16.2.1911-18.2.1992, Politischer Berater des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) in Deutschland.
- 22 Siehe Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.380.
- 23 Ebenda.
- 24 Schulungsmaterialien der SED stützten sich in Fragen einer politischen Ökonomie des Sozialismus insbesondere auf die "Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang" (1939), auf den Sammelband mit Reden Stalins "Fragen des Leninismus" (1924) und die "Kritik des Gothaer Programms" (1875) von Karl Marx. Angesichts der außerordentlich schwierigen Situation für die UdSSR nach dem 2. Weltkrieg hatte Stalin großes Gewicht auf Analysen zur Lösung ökonomischer Probleme gelegt und einen engen

Kontakt zu dem von ihm sehr geschätzten Nikolai A. Wosnessenski, Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied des Staatlichen Verteidigungskomitees, nach 1945 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU (B), gepflegt. 1950, kurz vor Abschluß des neuen Buches "Politische Ökonomie des Kommunismus" von Wosnessenski, ließ Stalin auch ihn im Zusammenhang mit der Massenrepressalie "Leningrader Fall" (1948-50) verhaften und am 1. Oktober 1950 erschießen. Diskussionen um die Ökonomie setzten sich fort mit der Vorlage des Entwurfs für ein Lehrbuch der politischen Ökonomie im November 1951, worüber sich Stalin seit 1. Februar 1952 zu äußern begann. Die "Bemerkungen" Stalins bis zum September 1952 fanden in der Broschüre "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" Niederschlag. Sie erschien 1952 auch in der DDR. Siehe Dmitri Wolkogonow: Triumph und Tragödie. Politisches Porträt des J. W. Stalin, Bd. 2/2, Berlin 1990, S.20-23, 46, 50, 56-59, 63, 188; Schauprozesse unter Stalin 1932-1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer, Berlin 1990, S.391-392.; J. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1952, S.3.

25 8. Tagung, S.68f.

26 Ebenda, S.68ff.

27 Arbeitsprotokoll der 8. Tagung des ZK, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/104, Bl. 2.

28 5.1.1876-19.4.1967, Bundeskanzler.

29 Die Wahlen sollten auf der Grundlage des Reichswahlgesetzes der Weimarer Republik, ergänzt durch DDR-Erfahrungen, vorbereitet werden. Siehe Wettig, Bereitschaft zu Einheit, S.200-205.

30 Siehe Zarusky, Die Stalin-Note.

31 Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.381.

32 Siehe Rolf Steininger: Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Bonn 1985; Reinhard Neebe: Wahlen als Test: Eine gescheiterte Initiative des Politischen Planungsstabs im State Department zur Stalin-Note vom 10. März 1952, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1989, Heft 1, S.139-162.

33 Siehe Valentin Falin: Politische Erinnerungen, München 1993, S.308-314.

34 Siehe ebenda, S.311. Im Rückschluß aus Verhandlungsversuchen im Frühjahr 1953 wäre vermutlich vor allem an finanzielle Forderungen sowie an das Interesse an der Uran-Ausbeute in der DDR zu denken.

35 Gemeint ist der Krieg in Korea 1950-1953, in dem seit Sommer 1951 sich entlang des 38. Breitengrades die Front stabilisiert hatte und ein Patt entstanden war.

36 Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros vom 4. 3. 1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/198, Bl. 3.

37 27.2.1903-7.11.1977, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Chefredakteur der theoretischen Zeitschrift "Einheit".

38 25.12.1905-4.5.1973, Kandidat des Politbüros des ZK der SED, Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

39 18.3.1903-28.8.1966, Kandidat des Politbüros des ZK der SED, Chefredakteur des "Neuen Deutschland", unter falschen Anschuldigungen 1953 aus dem ZK und 1954 aus der SED ausgeschlossen.

40 12.8.1910-10.2.1965, Mitglied des ZK der SED.

41 Geboren 22.12.1914.

42 26.4.1911-12.12.1986.

43 7.2.1914.

44 Siehe Pieck-Vormerkkalender, SAPMO-BArch, NY 4036/27.

45 Siehe Vorlage von Otto Schön an das Sekretariat am 15.3.1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 1/2/5, Bl. 1-2.

46 Siehe Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros vom 18.3.1952, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2/202, Bl. 12.

47 Anlage 1 zum Protokoll Nr. 203 vom 20. März 1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/203, Bl. 3-5.

48 Siehe Wilfriede Otto: Sowjetische Deutschlandnote 1952. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks, in: BzG 1991, Heft 3, S.374-389, hier 374-375.

- 49 Siehe Elke Scherstjanoi: Sowjetische Reaktionen auf die Zweiten Parteikonferenz der SED 1952, in diesem Jahrbuch. Insofern teilt die Autorin nicht die Vermutung von Günter Benser, daß das Papier "Vorschläge in Verbindung mit der Vorbereitung der II. Parteikonferenz" mit den sogenannten Thesen identisch gewesen sei, zumal sich auch Pieck bei den Gesprächen in Moskau Anfang April 1952 wiederholt auf "Thesen" bezog. Siehe Günter Benser: Als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde. Eine Rückschau auf die II. Parteikonferenz der SED mit Dokumentenanhang, hefte zur ddr-Geschichte 75, Berlin 2002, Anm. 19.; Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.383, 389, 392, 397.
- 50 Arbeitsprotokoll 18.3.1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/202, Bl. 12.
- 51 Siehe Anlage 1 zum Protokoll vom 20.3.1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/203, Bl. 3-5.
- 52 11.3.1894-21.9.1964, Ministerpräsident, Vorsitzender der SED, Mitglied des Politbüros des ZK.
- 53 Siehe Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.382-399.
- 54 Siehe ebenda, S.392/393.
- 55 Die Fragen umfaßten folgende Probleme: 1. Perspektiven für den Abschluß eines Friedensvertrages, gesamtdeutsche Wahlen, Kampf in Westdeutschland; 2. Aufgaben nach dem Abschluß des "Generalvertrages"; 3. militärische Verteidigung der DDR. Das Gespräch selbst drehte sich vor allem um die wirtschaftliche Lage der DDR. Stalin schlug vor, die Erörterung der deutschen Frage, der Lage in der Bundesrepublik und der Perspektiven des "Generalvertrages" auf ein zweites Treffen zu verschieben. Siehe Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.383-384; Wladimir Wolkow, Die deutsche Frage, S.43-45.
- 56 Siehe Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.396-397; Wolkow, Die deutsche Frage, S.44-45.
- 57 Wolkow, Die deutsche Frage, S. 46.
- 58 Ebenda, S.47.
- 59 Ebenda. Am 25. März 1952 war die ablehnende Note der Westmächte ergangen, die vor dem Abschluß eines Friedensvertrages die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung auf der Grundlage freier Wahlen forderte und nationale Streitkräfte zugunsten der Einbeziehung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft ablehnte. Siehe Steininger, Eine Chance zur Wiedervereinigung, S.162. Die Regierung der UdSSR erteilte am 9. April ihre Antwort, mit der sie auf den Vorschlag gesamtdeutsche freie Wahlen einging. Die noch in Moskau weilende SED-Delegation erfuhr vor Ort davon offensichtlich nichts.
- 60 12.2.1900-März 1982, Kandidat des ZK der KPdSU(B), Armeegeneral.
- 61 Siehe Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.400-403.
- 62 Siehe Anlage 2 zum Protokoll des Politbüros vom 22.4.1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/208, Bl. 12-16.
- 63 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/218, Bl. 11.
- 64 Ebenda, Bl. 11-12.
- 65 Ebenda, Bl. 12-14.
- 66 Pieck-Vormerkkalender, SAPMO-BArch, NY 4036/27.
- 67 Die Allgemeine Abteilung war seit Gründung der SED die wichtigste Verbindungsstelle der SED-Führung zu Offizieren der SMAD/SKK in Berlin-Karlshorst, zur Parteiführung der KPdSU sowie zu den Diplomaten der UdSSR in der DDR. Sie unterstand von 1946-1977 direkt den SED-Vorsitzenden (Pieck und Grotewohl, ab 1952 Ulbricht, ab 1971 Honecker, ab 1977 zeichnete Hermann Axen verantwortlich). Ab 1981 wurde sie zu einer Arbeitsgruppe heruntergestuft.
- 68 In dem Beschluß des Politbüros des ZK der KPdSU "Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik", der einer SED-Delegation, die vom 2.-4. Juni 1953 in Moskau weilte, übergeben wurde, kehrt das Datum 8. Juli mit dem Text wieder: "Unter den heutigen Bedingungen (ist) der Kurs auf eine Forcierung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR, der von der SED eingeschlagen und vom Politbüro des ZK der KPdSU(B) in seinem Beschluß vom 8. Juli gebilligt worden war, für nicht richtig zu halten." Rolf Stöckigt (Hrsg.): Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: BzG 1990, Heft 5, S.652.
- 69 Siehe Dokument 1.
- 70 Siehe Protokoll, S.7-8.
- 71 Ebenda, S. 8.
- 72 Siehe Anm. 23; Stalin: Ökonomische Probleme, S.41; Protokoll, S.61. "Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft

- durch das ununterbrochene Wachstum und die Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchsten Technik."
- 73 Beschluß der II. Parteikonferenz, Protokoll, S.496. Das bezieht sich auf Rudolf Slánský, Generalsekretär der KP der Tschechoslowakei, der November 1951 wegen falscher Anschuldigungen verhaftet und November 1952 zum Tode verurteilt wurde.
- 74 Diskussionsbeitrag Hermann Matern, in: Protokoll, S.303.
- 75 19.1.1893-22.2.1969.
- 76 Ein überraschender Parallelbeweis ist das von Elke Scherstjanoi veröffentlichte Dokument in diesem Heft.
- 77 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/105, Bl. 1-7.
- 78 Von 51 Mitgliedern des ZK waren 4 entschuldigt, von 23 Kandidaten des ZK 2.
- 79 1.8.1909-7.4.1973, Mitglied des Sekretariats des ZK der SED und Mitglied des Bundesvorstandes des DFD.
- 80 Der Entschließungsentwurf liegt weder dem Protokoll der 9. Tagung des ZK der SED noch der stenographischen Niederschrift der Parteikonferenz bei. Damit läßt sich die Differenz zwischen dem Beschluß der 9. Tagung, daß der Text der Entschließung zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, und der Mitteilung von Anton Ackermann im Auftrag der auf der Parteikonferenz gewählten Redaktionskommission, daß die Redaktionskommission den Beschlußentwurf ausgearbeitet hat, nicht aufklären. Siehe dazu Dokument 2 und die Abänderungen am Entschließungsentwurf sowie die auf der Parteikonferenz angenommene Entschließung "Beschluß der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus", in: Protokoll S. 474-481, 489-497. Vorsitzender der Redaktionskommission war Walter Ulbricht. Dazu gehörten u. a. auch sechs Mitglieder der sog. Thesenkommission (Walter Ulbricht, Fred Oelßner, Anton Ackermann, Rudolf Herrnstadt, Hans Lauter, Paul Verner, Bruno Leuschner und Albert Schäfer).
- 81 Richtig: Herta Bergmann, geboren 13.8.1926; Mitglied des SED-Landesvorstandes Sachsen, bis 1954 Sekretär für Kultur und Volksbildung der SED-Bezirksleitung Chemnitz bzw. Karl-Marx-Stadt, Ende 1953/Anfang 1954 wegen verschwiegener Angaben aus ihrem Leben vor 1945 von der Funktion abberufen.
- 82 22.5.1891-11.10.1958, seit 1954 Minister für Kultur der DDR.
- 83 Hermann Matern, 17.6.1893-24.1.1971, Mitglied des Politbüros des ZK und Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission des ZK.
- 84 24.2.1902-26.3.1975, Vorsitzender des FDGB-Bundesvorstandes.
- 85 30.8.1879-13.6.1962, Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission der SED.
- 86 Nachfolgend verständigte sich das ZK bis zum Ende der Tagung um 18.00 Uhr über die Ersatzwahl für die Zentrale Revisionskommission, über die Aufnahme neuer Kandidaten in das ZK und über den Ausschluß eines ZK-Mitglied wegen des Verschweigens von Angaben aus seinem Leben vor 1945.
- 87 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/106, Bl. 1f.
- 88 Links am Rand der Vermerk: "bestätigt 18.11.52", was sich auf die Bestätigung für die Vorlage des Protokolls auf der 10. Tagung des ZK (20.-22.11.1952) bezieht.
- 89 27.4.1900-?, Initiator der "Bewegung der freiwillig erhöhten Normenfestlegung", Ingenieur im VEB "Karl-Marx-Werk" (Bergbau) in Zwickau.
- 90 19.1.1906-8.7.1992, ab 1952 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam.
- 91 Geboren 8.12.1925, Stellvertretender Leiter der Deutschen Notenbank in Sachsen-Anhalt, 1954 Flucht in die Bundesrepublik Deutschland.
- 92 Richtig: Albrecht Dittmar, geboren 28.1.1928, Hauptbuchhalter, 1958 wegen "leichtfertigen Umgangs mit der Schußwaffe abberufen".
- 93 Links am Rand der Vermerk: 38 – Ablage.

Der Aufsatz

Elke Scherstjanoi

Sowjetische Reaktionen auf die Zweite Parteikonferenz der SED 1952 : (mit Dokumenten)

Seite 23-34

steht nur in der Druckausgabe zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an Ihre Bibliothek.

Deutschlandpolitik der DDR in der Tradition der Zweiten SED-Parteikonferenz? Zur Geschichte der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

Detlef Nakath

Der Terminus "Deutschlandpolitik" galt in den siebziger und achtziger Jahren als ein originär westlicher Terminus. Gleichwohl ist dieser Begriff auch von der SED in einigen Dokumenten in den fünfziger Jahren verwendet worden. Im Westen leitete er sich aus der Präambel des Grundgesetzes ab, wonach für jede Bundesregierung das "Wiedervereinigungsgebot" galt.¹ Deutschlandpolitik war demnach kein Bestandteil der Außenpolitik sondern eine innerdeutsche Angelegenheit.

Ähnlich verfuhr die SED in den fünfziger Jahren, als sie zumindest verbal die Herstellung der deutschen Einheit auf demokratischer Grundlage forderte. Dies wurde auch noch bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre hinein bei der offiziellen Bezeichnung staatlicher DDR-Institutionen deutlich (z. B. "Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel", "Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen", "Deutsche Akademie der Wissenschaften"). Verfassungsrechtlich ging die DDR lange Zeit von der Existenz einer "deutschen Nation" aus und änderte den Artikel 1 der Verfassung erst Anfang Oktober 1974.

Die Instrumentarien der Deutschlandpolitik der SED waren im Laufe der vierzigjährigen Existenz der DDR einem häufigen Wandel ausgesetzt. Die SED-Führung war jedoch zu jeder Zeit daran interessiert, umfangreiche Handelsbeziehungen mit der wirtschaftlich überlegenden Bundesrepublik zu unterhalten, um auf diesem Wege am technologischen Fortschritt des Westens zu partizipieren.

Die SED strebte nach ihrer Gründung im April 1946 zunächst die Fortexistenz eines einheitlichen deutschen Staates an. Sie hielt an der auf der Potsdamer Konferenz von den Siegermächte bezogenen Position, Deutschland solle als einheitliches staatliches und wirtschaftliches Gebilde fortexistieren, fest. In der von Anton Ackermann im Februar 1946 formulierten und vom Parteivorstand der SED sowie der übergroßen Mehrheit der Parteimitglieder mitgetragenen These vom "besonderen deutschen Weg zum Sozialismus"² galt das Weiterbestehen Deutschlands als einheitlicher Staat für unverzichtbar. Dies entsprach auch den damaligen Vorstellungen der sowjetischen Parteiführung und somit der Politik der SMAD.

Der Vorsitzende der SED Wilhelm Pieck erklärte im Bericht des Parteivorstandes auf dem II. SED-Parteitag im September 1947: "Von nicht geringerer Bedeutung, als es die Einheit der Arbeiterbewegung im Kampfe für Frieden, Demokratie und Sozialismus ist, ist auch die Herstellung der Einheit Deutschlands, weil sie das Territorium ist, auf dem sich die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung auswirken und zur gestalterischen Kraft werden muß."³

Auch nach der "doppelten Staatsgründung" 1949 änderte sich an dieser Auffassung wenig. Pieck erklärte nach seiner Wahl zum DDR-Präsidenten am 11. Oktober 1949 vor der Volkskammer: "Nicht eher werden wir ruhen, bis die widerrechtlich von Deutschland losgerissenen und dem Besatzungsrecht unterworfenen Teile Deutschlands mit dem Deutschen Kerngebiet, mit der Deutschen Demokratischen Republik in einem einheitlichen demokratischen Deutschland vereinigt sind."⁴

Wenig später machte die SED-Führung in einer Erklärung zum Jahreswechsel 1949/1950 deutlich, daß der "Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands auf staatlicher Grundlage" die Pflicht aller Parteimitglieder sei.⁵ Im Juli 1950 definierte der III. Parteitag der SED den Kampf um die Sicherung des Friedens als "erstrangige Hauptaufgabe" und stellte zugleich fest: "Der Friede in Europa kann aber nur als gesichert betrachtet werden, wenn ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland besteht, die Zerreißung Deutschlands überwunden ist, wenn durch einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen die nationale Unabhängigkeit unseres Volkes wiederhergestellt ist."⁶ Solche Aussagen waren zu Beginn der fünfziger Jahre keinesfalls nur propagandistische Thesen. Sie entsprachen den tatsächlichen Vorstellungen und Absichten der Parteiführung und standen im Einklang mit außen- und deutschlandpolitischen Zielen der Sowjetunion. Die Moskauer Parteispitze hatte sich ohnehin gegenüber der SED vorbehalten, über alle wichtigen Fragen der Deutschlandpolitik selbst zu entscheiden, und überließ der DDR auf diesem Gebiet nicht den geringsten Spielraum. Die Deutschlandpolitik wurde durch Stalins Zielstellung dominiert, ein einheitliches Deutschland in den Grenzen vom Sommer 1945 zu schaffen, das politisch und militärisch neutral blieb. Die Bundesrepublik, so die Absicht der sowjetischen Außenpolitik, sollte weder direkt noch indirekt über die angestrebte Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in das westliche Militarbundnis eingegliedert werden. Dieses Ziel verfolgte die "Stalin-Note" vom 10. März 1952 mit dem sowjetischen Vorschlag an die Westmächte, über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu verhandeln.

Die SED-Führung trat diesem Plan mit Skepsis gegenüber und proklamierte wenige Monate später im Juli 1952 auf der 2. Parteikonferenz das Programm für die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. Darin hieß es zur deutschen Frage: "Der Aufbau des Sozialismus in der DDR und in Berlin kann sich auf den Kampf um ein einigtes, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland nur günstig auswirken. Wir halten nach wie vor an unseren Vorschlägen zur Herbeiführung eines Friedensvertrages und der Einheit Deutschlands fest."⁷ Aus der Sicht der SED-Führung hatte nunmehr der Aufbau des Sozialismus gegenüber der Einheit Deutschlands Priorität, auch wenn es die Führungsmacht Sowjetunion im Notenwechsel mit den Westmächten aus machtpolitischen Gründen durchaus anders gesehen hatte. Andreas Malycha geht davon aus, daß sich im März 1952 vor dem Hintergrund der "Stalin-Note" die "propagandistische Hervorhebung der Einheit Deutschlands" als Ziel der SED noch verstärkte. Allerdings seien nach dem Scheitern der sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland die "auenpo-

litischen Zwänge für die bisherigen Rücksichtnahmen der SED-Führung zur Propagierung des Sozialismus Stalinscher Prägung" weggefallen.⁸

Mit der Strategie der Priorität des inneren Aufbaus vor der Vereinigung befand man sich durchaus in Übereinstimmung mit der Politik der Adenauer-Regierung in der Bundesrepublik. Diese strebte die Westintegration als primäres politisches Ziel an und wollte die Wiedervereinigung Deutschlands aus einer Position der Stärke heraus realisieren, sah folglich in den fünfziger Jahren die deutsche Vereinigung keineswegs als ihr primäres Ziel an. Sie wurde in ihrer Deutschlandpolitik von den Westmächten - vor allem von der Eisenhower-Administration der Vereinigten Staaten von Amerika - nach Kräften unterstützt. Vor diesem Hintergrund hatte der von Moskau forcierte Notenwechsel mit dem Westen zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland 1952/53 kaum eine Realisierungschance.

Nachdem die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1953 am Veto der französischen Nationalversammlung gescheitert war, wurde die Bundesrepublik im Mai 1955 mit der Ratifizierung der Pariser Verträge in das im April 1949 gegründete Nordatlantische Verteidigungsbündnis (NATO) aufgenommen. Der Osten reagierte mit der Bildung des Warschauer Paktes, zu dem die DDR als Gründungsmitglied gehörte. Walter Ulbricht forderte wenige Wochen später auf der 24. ZK-Tagung Anfang Juni 1955 in einem 10-Punkte-Katalog den Westen auf, auch vor dem Hintergrund der Einbeziehung beider deutscher Staaten in unterschiedliche Bündnissysteme über elementare politische Fragen wie Abrüstung, Verbot von Atomwaffen, den Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland sowie den "Abschluß eines Friedensvertrages mit einem bündnisfreien Deutschland und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten" mit der Sowjetunion und der DDR zu verhandeln. Das Modell des österreichischen Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 - Herstellung der Einheit des Landes, Abzug der Besatzungstruppen sowie "immerwährende Neutralität" - erwies sich jedoch, wie sich auf der Genfer Vier-Mächte-Konferenz im Sommer 1955 herausstellte, für Deutschland nicht gangbar. Zu unterschiedlich waren die Interessen der Siegermächte und nicht zuletzt die beider deutscher Staaten. Die Zuspitzung des Kalten Krieges auch im Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik am Ende der fünfziger Jahre war somit vorprogrammiert. Dazu trug bei, daß nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion während des Adenauer-Besuchs in Moskau im September 1955⁹ die Bundesregierung in Bonn im Dezember 1955 die "Hallstein-Doktrin" verkündete und damit ihren "Alleinvertretungsanspruch" unterstrich.

Erst nach dem Bau der Mauer in Berlin 1961 kam in den sechziger Jahre wieder Bewegung in die verkrusteten Strukturen deutschlandpolitischer Überlegungen diesseits und jenseits von Elbe und Werra.

Willy Brandt - damals Regierender Bürgermeister in Westberlin - erläuterte unter der Überschrift "Koexistenz – Zwang zum Wagnis" im Herbst 1962 in den USA seine politische Berlin-Erfahrung. Sie lautete: Der Westen müsse sich auf eine lange Periode der Koexistenz mit der Sowjetunion einstellen. Den noch von Lenin stammenden

Begriff der "friedlichen Koexistenz" verstand Brandt allerdings anders als die Führung in Moskau, nämlich als Instrument für eine friedliche und dynamische Transformation der anderen Seite mittels zahlreicher gemeinsamer Projekte. Die Politik des "roll back" und des "Containment" war offenkundig gescheitert.

Diese angestrebte Transformation überschrieb Willy Brandts damaliger Pressesprecher Egon Bahr ein Jahr später im Sommer 1963 vor der Evangelischen Akademie in Tutzing mit der Formel "Wandel durch Annäherung", eine politische Strategie die damals sofort scharf kritisiert worden ist. Herbert Wehner sprach von "Ba(h)rem Unsinn", und Otto Winzer sah sie als "Konterrevolution auf Filzlatzchen".

Mehr als drei Jahrzehnte später – die vollzogene deutsche Vereinigung bereits vor Augen – erinnerte sich Bahr noch immer an die Heftigkeit der Reaktionen. Von politischem Tabubruch war die Rede. Bahr schrieb: "Erst die öffentliche Reaktion machte klar, wie weit das eigene Denken schon dem öffentlichen Bewußtsein enteilt war. Wenn ein Tabu im Kopf zerbrochen ist, erscheint es nach einiger Zeit auch nicht mehr als Tabu, sondern nimmt fast den Charakter des Banalen an. Erst wenn das inzwischen als natürlich Eingestufte ausgesprochen wird und ein wütendes oder empörtes Echo auslöst, merkt man, daß für die Allgemeinheit das Tabu noch immer lebt."¹⁰ Doch der Weg zum "fast Banalen" war noch lang. Genauer gesagt, er war zunächst nur erdacht, aber noch standen die ersten Schritte aus. Diese ersten Schritte waren bekanntlich "kleine Schritte". Darunter befand sich mit dem ersten Berliner Passierscheinabkommen schon ein größerer. Mancher Verbündete der Bundesrepublik, darunter auch die USA und Frankreich, war bereits in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in der Ostpolitik mutiger. Aber erst mit dem Eintritt der SPD in die Regierung Ende 1966 und vor allem nach der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler im Oktober 1969 begann man in Bonn nicht nur umzudenken, sondern auch zu handeln.¹¹

Bereits seit dem 23. Mai 1949 heißt es in der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."¹²

Während die DDR-Verfassung vom 6. April 1968 noch den Anspruch artikulierte, "der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen", und die DDR im Artikel 1 als "ein sozialistischer Staat deutscher Nation" definierte, hieß es in der veränderten Fassung der Verfassung vom 7. Oktober 1974: "Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei."¹³ Jeder Bezug auf die Fortexistenz einer gemeinsamen deutschen Nation war nunmehr aus der DDR-Verfassung getilgt worden, während man den Führungsanspruch der SED hinzugefügt hatte.

Zwischenzeitlich arrangierten sich die Regierungen beider deutscher Staaten vertraglich. Dies entsprach dem herrschenden Zeitgeist, der von Entspannungspolitik und dem Streben nach Zustandekommen einer Europäischen Sicherheitskonferenz geprägt war.

Nach dem Transitabkommen und dem Verkehrsvertrag schlossen DDR und Bundesrepublik am 21. Dezember 1972 den "Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen" ab. In dessen Präambel legten beide Seiten dar, daß sie diese Vereinbarung "unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage" schließen würden.¹⁴ Am Tage der Unterzeichnung übergab ein Mitglied der westdeutschen Verhandlungsdelegation in der Poststelle des DDR-Ministerrates den "Brief zur deutschen Einheit", der für die Bundesregierung die verfassungsmäßige Absicherung ihrer Berechtigung zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit der DDR darstellte. Der inzwischen zum Bundesminister für besondere Aufgaben in Willy Brandts Kanzleramt avancierte Egon Bahr argumentierte darin im Namen seiner Regierung, "daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt".¹⁵

Die DDR-Führung betrachtete den "Brief zur deutschen Einheit" als einseitige Angelegenheit und notwendiges Legitimationsbedürfnis der Bundesregierung und setzte ihre Abgrenzungspolitik unbeeindruckt fort. Auf dem SED-Parteitag im Mai 1976 verabschiedete die Partei ein neues Programm, in dem sie von der Entwicklung der "sozialistischen deutschen Nation" ausging. Diese sei "ein untrennbarer Bestandteil der Gemeinschaft sozialistischer Nationen"¹⁶. Unter der Überschrift "Kampf um friedliche Koexistenz" widmete das SED-Parteiprogramm auch dem Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik lediglich einen kurzen Abschnitt.¹⁷

Inzwischen hatte sich der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes mit den deutsch-deutschen Beziehungen beschäftigt. In einem Urteil vom 31. Juli 1973 wies er eine Klage des Freistaates Bayern gegen den Grundlagenvertrag zurück und stellte dessen Konformität mit dem Grundgesetz fest.

Diese gegensätzliche rechtliche bzw. programmatische Sicht auf das Verhältnis beider deutscher Staaten blieb bis zum Honecker-Besuch in der Bundesrepublik 1987 und darüber hinaus bis zu seinem erzwungenen Rücktritt im Herbst 1989 die konstitutive Grundlage der Deutschlandpolitik beiderseits von Elbe und Werra.

Im Spannungsfeld jener konträren Positionen, vor dem Hintergrund der sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wandelnden Großmachtinteressen an der Spitze von NATO und Warschauer Pakt hatten sich die Akteure auf dem schwierigen Feld der deutsch-deutschen Beziehungen seit den siebziger Jahren zu bewegen. Sie taten dies auf beiden Seiten mit einem sehr unterschiedlichen Grad von Souveränität.

Die Abhängigkeit der DDR von ihrer politischen und militärischen Führungsmacht Sowjetunion war in der gesamten Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit, besonders aber seit 1955, größer als die der Bundesrepublik von ihren Verbündeten in der NATO. Zweifellos hat auch die sich entwickelnde ökonomische Stärke hin zur stärksten Wirtschaftsmacht der Europäischen Union den politischen Bewegungsspielraum der Bundesrepublik wesentlich erhöht. Diese Faktoren hatten erheblichen Einfluß auf die

Gestaltungsmöglichkeiten der DDR im Verhältnis zur Bundesrepublik. Die sowjetischen Interessen mußten immer beachtet werden. Jede wichtige Frage wurde mit der Moskauer Führung konsultiert und defacto von der Sowjetunion entschieden.

So entwickelten sich die deutsch-deutschen Beziehungen praktisch in einem politischen Dreiecksverhältnis mit den Koordinaten Bonn-Berlin-Moskau.¹⁸

Noch bevor Erich Honecker im Mai 1971 die Nachfolge Walter Ulbrichts an der Spitze der SED angetreten hat, begann der von sowjetischer Seite beargwöhnte deutsch-deutsche Dialog.¹⁹ Bundeskanzler Willy Brandt hatte in seiner Regierungserklärung im Oktober 1969 Gesprächsbereitschaft mit der DDR signalisiert und gleichzeitig seinem Staatssekretär Egon Bahr den Auftrag erteilt, in Moskau über einen deutsch-sowjetischen Vertrag zu verhandeln.²⁰

Ulbricht hatte nach Konsultation in Moskau dem Bundespräsidenten Gustav Heinemann am 17. Dezember 1969 brieflich den Entwurf eines "Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD" übermittelt. Heinemann antwortete Ulbricht bereits zwei Tage später und schrieb: "Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß wir eine hohe Verantwortung für die Entspannung in Europa tragen [...]. Unser gemeinsames Anliegen ist es, die Einheit der deutschen Nation zu wahren. Ich begrüße deshalb die von Ihnen geäußerte Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen."²¹

In mehreren technischen Vorgesprächen schufen daraufhin Vertreter beider deutscher Staaten die Voraussetzungen für die ersten beiden deutsch-deutschen Gipfelbegegnungen der Regierungschefs Willy Brandt und Willi Stoph am 19. März 1970 in Erfurt und 21. Mai 1970 in Kassel.²² Diese Gespräche brachten zwar keine greifbaren Ergebnisse, signalisierten jedoch die Möglichkeit eines deutsch-deutschen Dialogs für den Fall des Zustandekommens von Verträgen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Polen.

Das Bemühen der SED-Politik galt jetzt vor allem der diplomatischen Anerkennung der DDR und dem Durchbrechen der im Dezember 1955 formulierten "Hallstein-Doktrin". Dieses politische Konstrukt war praktischer Ausdruck des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik. Bonn vertrat seit Ende 1955 offiziell die Ansicht, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch dritte Staaten als "unfreundlicher Akt" anzusehen war, der diplomatische bzw. politische und wirtschaftliche Sanktionen nach sich zog. So brach die BRD 1957 zu Jugoslawien und 1963 zu Kuba die diplomatischen Beziehungen ab, weil diese Länder die DDR anerkannt hatten und mit ihr Botschafter austauschten. Vor dem Hintergrund des Anfang der siebziger Jahre beginnenden Ost-West-Dialogs verlor die "Hallstein-Doktrin" immer mehr an Bedeutung und wurde nach Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages endgültig aufgegeben.

Gespräche zwischen beiden deutschen Staaten auf Staatssekretärebene wurden am 27. November 1970 von Egon Bahr und Michael Kohl aufgenommen. Sie dienten dem Ziel, einen deutschen Beitrag zur Entspannungspolitik in Europa zu leisten.²³ Als Ergebnisse standen das am 17. Dezember 1971 unterzeichnete Transitabkommen,

der am 26. Mai 1972 abgeschlossene Verkehrsvertrag sowie der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten vom 21. Dezember 1972.

Am Ende der Verhandlungen zum deutsch-deutschen Verkehrsvertrag im April 1972 stand die Regierung von Willy Brandt unter Druck. Sie schien vor dem Hintergrund der Debatte um die Ratifizierung der Ostverträge ihre Mehrheit im Bundestag zu verlieren. Die CDU/CSU-Opposition versuchte, auf dem Wege eines konstruktiven Mißtrauensvotums, den Bundeskanzler und damit die sozialliberale Koalition zu stürzen. In der SED-Führung und auch in Moskau war man jedoch an der Fortexistenz der SPD/FDP-Regierung interessiert und versuchte, sie mit unterstützenden Maßnahmen zu stabilisieren.

Das SED-Politbüro nahm auf seiner Sitzung am 25. April 1972 einen als "Persönlich – streng vertraulich" eingestuften Bericht entgegen, den Willi Stoph, Hermann Axen, Peter Florin und Michael Kohl gemeinsam eingereicht hatten. Die Diskussion im Politbüro führte dazu, daß einige Formulierungen aus der Rede Gerhard Grünebergs, die für den Bericht des Politbüros an die zwei Tage später beginnende 5. ZK-Tagung vorgesehen waren, gestrichen bzw. entschärft wurden.²⁴ Das Führungszentrum der DDR unterließ alles, was der Regierung Brandt angesichts des beabsichtigten konstruktiven Mißtrauensvotums zusätzliche Schwierigkeiten bereitet hätte. Das ironische Wort von der "Brandt-Schutzwoche" machte in der DDR die Runde. Im veröffentlichten Bericht des Politbüros ging Grüneberg in moderaten Worten davon aus, "daß die internationale Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, einschließlich der Herstellung normaler Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, ein wichtiger Beitrag für den Frieden, die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sein würde."²⁵ Er verzichtete auf die ursprünglich vorgesehene Formulierung, daß das Transitabkommen "das erste völkerrechtlich verbindliche Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der BRD" sei, in dem die Regierung der Bundesrepublik "sowohl die Grenzen als auch die souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt" hätte. Mit Rücksicht auf das konstruktive Mißtrauensvotum strich das Politbüro eine weitere ursprünglich vorgesehene Formulierung aus dem Grüneberg-Bericht: "Der Imperialismus hat sein aggressives Wesen nicht geändert. Wir haben allen Grund, keine Minute lang in unserer politischen und militärischen Wachsamkeit und in der offensiven ideologischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus nachzulassen."²⁶ Im veröffentlichten Teil seiner Rede gab Grüneberg lediglich die von Honecker in einer Rede in Sofia zum Ausdruck gebrachte DDR-Position über die Möglichkeit weiterer Verhandlungen mit der Bundesrepublik über grundsätzliche bilaterale Fragen nach erfolgter Ratifizierung der Ostverträge durch Bonn wieder, die Honecker in einem am 26. April 1972 veröffentlichten Interview erneut bekräftigt hatte.²⁷

Zum Verkehrsvertrag informierte Grüneberg die ZK-Mitglieder: "Gestern wurden in der Hauptstadt der DDR, Berlin, die Verhandlungen über einen Verkehrsvertrag der DDR mit der Bundesrepublik erfolgreich abgeschlossen, so daß dieser jetzt zur Paraphierung vorliegt. Das Inkrafttreten des Vertrages sowie die damit verbundenen

Verkehrserleichterungen für Personen und Güter sind jedoch nur nach Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau möglich.²⁸ Und Hermann Axen ergänzte in seiner Diskussionsrede: "Auch mit den nun erfolgreich geführten Verhandlungen über einen Verkehrsvertrag mit der BRD bekundet die DDR ihre Bereitschaft, Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen der DDR und der BRD zu verwirklichen. Hauptanliegen des Vertrages ist es, nunmehr auch den Wechselverkehr und den gegenseitigen Transitverkehr auf Straße, Schiene und Wasserwegen völkerrechtlich verbindlich zu vereinbaren. Damit sollen auf einem weiteren Gebiet – diesmal in Gestalt des ersten Staatsvertrages – solche normalen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik hergestellt werden, wie sie zwischen souveränen und voneinander unabhängigen Staaten international üblich sind." Und er fügte in Bezug auf die Ratifizierungsdebatte hinzu: "Von dieser Abstimmung hängt ab, welchen politischen Weg die Bundesrepublik einschlagen will, ob sie weiterschreitet auf dem Weg zu Frieden und Sicherheit in Europa, zu friedlicher Koexistenz, oder zurückkehrt in die schlechtesten Zeiten des kalten Krieges. Wir gehen jedoch davon aus, daß die Verträge ratifiziert werden. Das wird zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD führen."²⁹ Im unveröffentlichten Teil seiner Rede hatte Axen wesentlich drastischer formuliert. Dort heißt es: "Gescheitert ist faktisch die gesamte Nachkriegsstrategie der NATO, deren erklärtes Ziel das Zurückrollen des Sozialismus in Europa war. Gescheitert ist damit insbesondere, wie Genosse A.A. Gromyko in der Ratifizierungsdebatte der außenpolitischen Ausschüsse des Obersten Sowjets der UdSSR hervorgehoben hat, die von den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik 20 Jahre lang betriebene Politik, die seit dem Entstehen dieses Staates auf die Unterminierung der Grundpfeiler der europäischen Sicherheit, auf die Revidierung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges gerichtet war."³⁰

Die Hoffnung der SED-Führung auf weiteren Bestand der Brandt-Scheel-Regierung in Bonn bestätigte sich. Am gleichen Tage, als in Berlin das SED-Zentralkomitee seine 5. Tagung begann, entschied der Bundestag erstmalig über ein konstruktives Mißtrauensvotum, das die CDU/CSU-Fraktion gegen Bundeskanzler Willy Brandt beantragt hatte. Ihr Antrag scheiterte, wenn auch denkbar knapp. Rainer Barzel, der als Kandidat für das Kanzleramt angetreten war, erhielt 247 Stimmen. 249 Stimmen wären jedoch erforderlich gewesen, um die notwendige absolute Mehrheit zu erreichen. Damit blieb Willy Brandt Regierungschef in Bonn. Die Fertigstellung des Verkehrsvertrages trug während der Zuspitzung in Bonn geradezu hektische und dramatische Züge, zumal beide Seiten ein äußerst starkes Interesse am Abschluß der Verhandlungen noch vor der Bonner Abstimmung hatten. Egon Bahr war am 26. April 1972, gegen 21.45 Uhr direkt aus Bonn kommend, wieder zum Gespräch mit Michael Kohl in Berlin erschienen. Er berichtete seinem Verhandlungspartner über das Ergebnis seiner Abstimmungsgespräche. Brandt habe das Verhandlungsergebnis über den Verkehrsvertrag begrüßt, aber wegen Zeitnot Bahr die Vollmacht erteilt, die nötigen Abstimmungen selbst herbeizuführen. Dies erwies sich in der Kürze der Zeit und vor dem Hintergrund der zugespitzten Situation als äußerst schwierig. Einige Minister

waren zunächst nicht erreichbar bzw. unternahmen den Versuch, sich noch im letzten Augenblick querzustellen. Insbesondere Horst Ehmke, Egon Franke sowie der West-Berliner Bundessenator Horst Grabert hätten sich im Sinne von Bahr stark engagiert. "Genscher", so berichtete Bahr, "habe man buchstäblich in letzter Minute kurz vor 20.00 Uhr in einem Wandelgang 'aufgetrieben', wo er dabei gewesen sei, Kühlmann-Stumm noch dafür zu gewinnen, am 27. für die Regierungskoalition zu stimmen."³¹

Michael Kohl notierte über diese Verhandlungen mit Bahr: "Dem Abschluß des Verkehrsvertrages und der Bekanntmachung der nach dem Inkrafttreten des Verkehrsvertrages möglichen Reiseerleichterungen maß Bahr größte Bedeutung zu. Dies könne vielleicht das Zünglein an der Waage sein, um einige CDU-Abgeordnete noch nachdenklich zu stimmen und einigen FDP/SPD-Abgeordneten das Rückgrat zu stärken. Er hoffe, daß es doch noch möglich sei, das Mißtrauensvotum der CDU/CSU zum Scheitern zu bringen."³² Am späten Abend des 26. April 1972, gaben M. Kohl und E. Bahr kurz vor Mitternacht vor der Presse den erfolgreichen Abschluß ihrer Verhandlungen bekannt.

Am Morgen des 27. April 1972, brachte Bahr vor seinem Abflug nach Bonn gegenüber M. Kohl zum Ausdruck, daß nach seiner Auffassung das Ergebnis der Abstimmung im Bundestag völlig ungewiß sei. Zuvor hatte er bereits die Meinung vertreten, er halte es für möglich, daß Helmut Kohl das Mißtrauensvotum nur deshalb befördere, um "Barzel auf die Nase fallen zu sehen". Beide Verhandlungsführer trafen noch die unverbindliche Absprache, daß für den Fall des Verbleibens der Regierung Brandt im Amt die Paraphierung des Verkehrsvertrages am 2. Mai 1972 in Bonn erfolgen könne. Bahr fügte schließlich hinzu, daß er sich noch von seinem Verhandlungspartner Kohl fernschriftlich verabschieden würde, falls die Brandt-Regierung gestürzt würde.³³

Die Befürchtungen Bahrs trafen bekanntlich nicht ein. Die Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt blieb im Amt, und der Verkehrsvertrag konnte wie vorgesehen paraphiert werden.

Zwei Wochen später ratifizierte der Bundestag am 17. Mai 1972 nach harten innenpolitischen Auseinandersetzungen die Verträge mit der Sowjetunion und Polen. Beide Verträge traten nach Austausch der Ratifikationsurkunden zusammen mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 am 3. Juni 1972 in Kraft.

Nach der Ratifizierung der Ostverträge war der Weg zur Unterzeichnung des Verkehrsvertrages zwischen der DDR und der Bundesrepublik frei. Egon Bahr und Michael Kohl unterschrieben mit Vollmacht ihrer Regierungen am 26. Mai 1972 damit den ersten deutsch-deutschen Staatsvertrag.³⁴ Willy Brandt ordnete später die Bedeutung des Verkehrsvertrages in einen größeren internationalen Rahmen ein. 1989 schrieb er: "Das Berlin-Abkommen war durch Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten auszufüllen. Schon im Dezember 1971 kam es zum Transitabkommen, durch das nun endlich die Gebühren pauschaliert wurden; der Berliner Senat schloß ein Besuchsabkommen ab. Besondere Bedeutung erlangte der Verkehrsvertrag mit der DDR vom Mai 1972, dem Monat, in dem die Verträge von Moskau

und Warschau den Bundestag passierten. Bevor der vorzeitig aufgelöste Bundestag im September auseinander ging, wurde der Verkehrsvertrag – ohne Gegenstimmen bei neun Enthaltungen – gebilligt. In jenem Mai 1972 nahmen Nixon und Breschnew viel weiter reichende Vorhaben ins Visier. Im Juni unterschrieben die Vertreter der Vier Mächte in Berlin ihr Schlußprotokoll und beseitigten damit die letzten Hürden, so daß das Abkommen nunmehr ins Leben trat; die Sowjets hatten diesen letzten Akt so lange hinausgezögert, bis er mit der Ratifizierung der Verträge einherging.¹³⁵

Das SED-Politbüro beschloß als Schlußfolgerung aus der neuen vertragsrechtlichen Situation auf seiner Sitzung am 30. Mai 1972 längst vorbereitete Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Transitabkommens sowie der Vereinbarungen mit dem Senat von West-Berlin.

Nach diesem "heißen Frühling" 1972 in der Ost- und Deutschlandpolitik war nunmehr der Weg zur Aufnahme von Gesprächen zwischen den Vertretern beider deutscher Regierungen über einen grundlegenden Vertrag zur Gestaltung ihrer bilateralen Beziehungen frei. Zusammenfassend läßt sich zur Situation im April/Mai 1972 feststellen:

1. Das Interesse der DDR- und SED-Führung an der Weiterexistenz der sozialliberalen Koalition im Frühjahr 1972 war eindeutig. Honecker und seiner Mannschaft schien diese Koalition angesichts der parteipolitischen Alternativen in der Bundesrepublik zweifellos die günstigste Variante zur Durchsetzung ihrer außen- und deutschlandpolitischen Ziele. Das außenpolitische Programm der DDR war bekanntlich auf dem 8. SED-Parteitag 1971 in fünf Punkten definiert worden und schloß die Entwicklung von Beziehungen zur Bundesrepublik und zu West-Berlin ausdrücklich ein. Nach Erfurt und Kassel, dem Viermächte- und dem Transitabkommen waren die Verhandlungen über den deutsch-deutschen Verkehrsvertrag abgeschlossen. Im SED-Politbüro war man sich einig, daß nur mit der Regierung Brandt/Scheel die Ostverträge und das deutsch-deutsche Vertragswerk in Kraft gesetzt werden konnte.

2. Auch die sowjetische Führung – nicht zuletzt KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew persönlich – war an der Fortexistenz der SPD/FDP-Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt interessiert. Der Weg zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz hatte aus Moskauer Sicht in der sowjetischen Europa- und Deutschlandpolitik eindeutige Priorität. Dieser Vorschlag lag bereits seit der Bukarester Tagung der Warschauer-Pakt-Staaten im Sommer 1966 auf dem Tisch. Das sowjetische Ziel, zu einer KSZE zu gelangen und damit die sowjetische Stellung als Supermacht zu festigen, war jedoch nur erreichbar, wenn die Verträge von Moskau und Warschau sowie das Berlin-Abkommen in Kraft gesetzt würden und auch das deutsch-deutsche Verhältnis sich normalisierte. Eine KSZE ohne gleichberechtigte Teilnahme der beiden deutschen Staaten wäre ohnehin undenkbar gewesen.

3. Willy Brandt genoß – wie kaum ein anderer Politiker aus der Bundesrepublik – unter der DDR-Bevölkerung hohes Ansehen. Auch von vielen SED-Mitgliedern wurde er wegen seiner Rolle im antifaschistischen Widerstand, aber vor allem wegen seiner Friedens- und Entspannungspolitik geschätzt. Seine Auszeichnung mit dem Frie-

densnobelpreis am 10. Dezember 1972 tat ein übriges. Brandt verkörperte nicht zuletzt auch für viele Intellektuelle in der DDR ein "anderes Westdeutschland" als Adenauer, Erhard, Kiesinger, Strauß und Barzel. Seine Forderung "Wir wollen mehr Demokratie wagen!" hat man auch in der DDR und selbst unter SED-Mitglieder so diskutiert, als gelte die Brandtsche Vision auch für die DDR. Dies bedeutete für die SED-Führung eine gewisse Gefahr. Einerseits sah man in Brandt und seiner Regierung einen zwar schwierigen aber zugleich zuverlässigen Partner in der Deutschland- und Sicherheitspolitik. Andererseits befürchtete man "tiefe ideologische Einbrüche" und attackierte Einflüsse des "Sozialdemokratismus" in Partei und Gesellschaft aufs schärfste.

4. Trotz der widersprüchlichen Lageeinschätzung und der inneren Probleme gab es in der SED-Führung keinen Zweifel: Die sozialliberale Regierung mußte gestützt, Kanzler Brandt im Amt gehalten werden "koste es, was es wolle". Die DDR rang zu dieser Zeit um ihre internationale Anerkennung. Noch war die "Hallstein-Doktrin" nicht außer Kraft. Nur mit Brandt und seiner Politik – so schien es, und letztlich hat sich das bewahrheitet – war die weltweite diplomatische Anerkennung der DDR möglich. Sie erfolgte schließlich nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrages Ende 1972 und in den folgenden Jahren. Jetzt war aus DDR-Sicht der "Brandt-Schutz" nicht mehr erforderlich. Zum einen verfügte die Koalition nach den Wahlen am 19. November 1972 über eine komfortable Mehrheit. Zum anderen schienen nun die "inneren Gefahren" sich wieder stärker auf die DDR-Politik auszuwirken. Als Brandt schließlich am 6. Mai 1974 nach der Guillaume-Affäre zurücktrat, war man in Moskau über den DDR-Anteil verärgert. Während Breshnew den Rücktritt von Brandt bedauerte, schien Honecker nicht unzufrieden: Mit dem kühlen "Macher" Helmut Schmidt schien aus DDR-Sicht Deutschlandpolitik einfacher und ungefährlicher zu sein, als mit einem charismatischen Bundeskanzler Willy Brandt.

Die deutsch-deutschen Vereinbarungen - vor allem der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 - wurden möglich, weil im August bzw. Dezember 1970 die Bundesrepublik mit der Sowjetunion bzw. mit Polen grundlegende Staatsverträge abgeschlossen hatte, in denen sie die in Europa nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Grenzen anerkannte. Außerdem schufen die vier Mächte mit dem Vierseitigen Abkommen über Berlin vom 3. September 1971 wesentliche Voraussetzungen für die danach folgenden ergebnisorientierten deutsch-deutschen Verhandlungen.

SED-Chef Honecker hatte in seiner Rede auf dem VIII. SED-Parteitag sein neues außen- und deutschlandpolitisches Konzept vorgestellt. Dieses Programm war mit Moskau abgestimmt worden und lehnte sich deutlich an das "Friedensprogramm" des XXIV. KPdSU-Parteitages (1971) an. Zu dem Fünf-Punkte-Programm gehörte die UNO-Mitgliedschaft der DDR, die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und – als Voraussetzung für den Weg nach Helsinki – die Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie der DDR zu Westberlin.³⁶ Wesentliche Teile dieses Programms waren nach Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin am 3. September 1971³⁷ sowie mit der Unterzeichnung des deutsch-deutschen

Grundlagenvertrages realisiert worden. Es begann eine Phase der eingeschränkten Normalität im Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, die inzwischen auch als "zweite Etappe der Deutschlandpolitik" bezeichnet worden ist.³⁸ In dieser Phase dominierte zumeist die unspektakuläre Umsetzung der im Grundlagenvertrag und seinem Zusatzprotokoll formulierten Aufgaben.

1973 wurden beide deutsche Staaten in die UNO aufgenommen und tauschten nach zähen Verhandlungen am 2. Mai 1974 Ständige Vertreter mit Sitz bei den jeweiligen Regierungen in Bonn und Berlin aus.

Wenige Tage später trat Willy Brandt, der in Würdigung seiner Verdienste für die Entspannungspolitik in Europa am 10. Dezember 1971 in Oslo mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden war, wegen der Guillaume-Affäre vom Amt des Regierungschefs zurück. Helmut Schmidt folgte ihm für mehr als acht Jahre im Amt des Bundeskanzlers.

Nach Inkrafttreten des europäischen Vertragswerkes sowie dem Zustandekommen der Schlußakte von Helsinki Anfang August 1975 ging die SED-Führung in ihrer Politik zur Gestaltung des Verhältnisses zur Bundesrepublik grundsätzlich von "normalen völkerrechtlichen Beziehungen" aus. Im neuen Parteiprogramm der SED, das ihr IX. Parteitag 1976 beschloß, fehlten direkte Aussagen zur Deutschlandpolitik. Lediglich unter der Überschrift "Kampf um friedliche Koexistenz" hieß es: "Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands tritt dafür ein, daß die Beziehungen zwischen der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland als Beziehungen zwischen souveränen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Normen des Völkerrechts entwickelt werden. Angesichts des grundlegenden Gegensatzes der Gesellschaftsordnungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland kann nur eine Politik der gegenseitigen Achtung der Souveränität eine weitere Normalisierung der Beziehungen und eine friedliche Koexistenz beider Staaten eine sachliche, gleichberechtigte und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit im Interesse des Friedens fördern."³⁹ Darüber hinaus trat die SED für die strikte Einhaltung des Vierseitigen Abkommens sowie aller anderen von der DDR abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge und Vereinbarungen ein und maß dem mit der Helsinki-Schlußakte geschaffenen kollektiven Sicherheitssystem in Europa grundlegende Bedeutung bei.

Für die Beziehungen zur Bundesrepublik bedeuteten diese Aussagen den programmatischen Nachvollzug einer seit Anfang der siebziger Jahre forcierten Politik der Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik, dem Abschied von der deutschen Nation als letztem verbindendem Element beider deutscher Staaten sowie den Auftrag für die staatlichen Organe, sich um gute, möglichst konfliktarme bilaterale Beziehungen zur Bundesrepublik auf der Grundlage völkerrechtlicher Normen zu bemühen.

Neben den zahlreichen Verhandlungsebenen über Sachfragen nahmen nunmehr auch informelle Gesprächskontakte an Bedeutung zu. Mitte der siebziger Jahre entstanden auf der Grundlage des Zusatzprotokolls zu Artikel 7 des Grundlagenvertrages

verschiedene deutsch-deutsche Verhandlungsebenen. So tagte regelmäßig die gemeinsame Grenzkommission und die Transitkommission, während Delegationen beider Seiten über Fragen der Rechtshilfe, der kulturellen Beziehungen, der Kontakte in Wissenschaft und Technik sowie des Umweltschutzes berieten. Im Oktober 1986 unterzeichneten die Oberbürgermeister von Eisenhüttenstadt und Saarlouis die erste Vereinbarung über eine Städtepartnerschaft. Diesem Beispiel folgten bis Ende Oktober 1989 noch 69 weitere derartige Partnerschaften.

Dennoch war die Qualität der deutsch-deutschen Beziehungen nicht allein von den beiden deutschen Partnern abhängig. Die sowjetische Führung entschied letztlich, ob und in welchem Umfang die SED ihre Kontakte zur Bundesrepublik entwickeln durfte.

Als sich Ende der siebziger Jahre das internationale Klima und vor allem das Verhältnis der Supermächte erheblich zuspitzte (Afghanistan-Einmarsch der SU-Truppen Ende 1979, Boykott der Olympischen Spiele in Moskau 1980 seitens des Westens, NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979), überschattete dies auch die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Helmut Schmidt sagte einen für August 1980 geplanten Besuch in der DDR wegen der "Lage in Polen" ab. Honecker reagierte wenig später am 13. Oktober 1980 in einer Rede vor dem SED-Parteikongress in Gera mit weiteren Forderungen zur Deutschlandpolitik. Vier Tage zuvor hatte die DDR außerdem den Mindestumtausch für Besucher aus der Bundesrepublik drastisch erhöht.

Den sogenannten Geraer Forderungen kam aus der Sicht der SED grundsätzliche Bedeutung zu. Honecker forderte von der BRD die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft (später war moderater von "Respektierung" die Rede), die Auflösung der "Zentralen Erfassungsstelle" in Salzgitter, die Umwandlung der 1974 eingerichteten Ständigen Vertretungen in Botschaften sowie die Festlegung des Grenzverlaufs auf der Elbe in der Flußmitte.⁴⁰

Trotz dieser Zuspitzung fand ein Jahr später vom 11. bis 13. Dezember 1981 der Besuch Helmut Schmidts am Werbellinsee statt. Honecker und Schmidt hatten sich bereits 1975 in Helsinki und 1980 in Belgrad persönlich getroffen. Die SED wertete die Schmidt-Visite, deren Ergebnisse mager blieben und die überdies durch die Verhängung des Kriegsrechts in Polen überschattet wurden, als großen Erfolg der DDR-Außen- und Sicherheitspolitik und Aufwertung der Staatlichkeit der DDR.⁴¹

Das deutsch-deutsche Gipfeltreffen war jedoch mehr eine politische Demonstration mit dem gemeinsamen Ziel, zum Abbau von Spannungen in Europa beizutragen, denn eine ergebnisorientierte Begegnung. Konkrete Resultate gab es kaum.

Als knapp ein Jahr nach dem Gipfel am Werbellinsee Helmut Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum als Bundeskanzler gestürzt worden war, setzte sein Nachfolger, der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl, in der Politik gegenüber der DDR auf Kontinuität. Auch die SED-Führung wollte keinen Bruch. Sie betrieb ihre Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren im wesentlichen auf drei Ebenen:

1. In kontinuierlicher Fortsetzung der offiziellen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik wurden die Verhandlungen auf der Ebene von Ministern bzw. deren Beauftragten weitergeführt. Hinzu kam der Kontakt von Politbüro-

mitgliedern zu BRD-Politikern auf Bundes- und Länderebene. Außerdem nahm die Ständige Vertretung in Bonn im Auftrage der SED-Führung ihre Aufgaben wahr. West-Berlin wurde nicht als Bestandteil der Bundesrepublik angesehen. Mit den Regierenden Bürgermeistern Richard von Weizsäcker, Eberhard Diepgen und Walter Momper führte Honecker seit 1987 gesonderte Gespräche.

2. Über Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski und Rechtsanwalt Wolfgang Vogel ließ Honecker - ohne Abstimmung mit dem Politbüro - informelle Gespräche mit Spitzenpolitikern und Wirtschaftsvertretern der Bundesrepublik über finanzielle und humanitäre Fragen führen. Diese Kontakte waren bereits in den siebziger Jahren hergestellt worden.

3. Neben der offiziellen DDR-Außenpolitik stellte die SED-Führung Parteibeziehungen zur oppositionellen SPD her. Im August 1987 einigten sich Vertreter beider Parteien auf das Strategiepapier "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit"⁴². Zuvor hatten Arbeitsgruppen beider Parteien Vereinbarungen über gemeinsame Positionen beim Ringen um eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa sowie bei der Ächtung chemischer Waffen erreicht. Diese direkten Parteibeziehungen zwischen SED und SPD sind von konservativer Seite als "Nebenaußenpolitik" kritisiert worden, obwohl auch Gespräche mit Politikern von CDU und CSU regelmäßig stattfanden.

Zur Deutschlandpolitik der SED hatte Honecker auf dem XI. Parteitag im April 1986 erklärt: "Friedenssicherung war und bleibt auch in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland die entscheidende Frage. Kein bundesdeutscher Politiker kann sich an den Realitäten vorbeimogeln, wie sie im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden sind. Dazu gehört im Herzen Europas die Existenz von zwei souveränen, voneinander unabhängigen deutschen Staaten, der DDR und der BRD, die verschiedene soziale Systeme verkörpern und verschiedenen Bündnissen angehören."⁴³ Lediglich völkerrechtliche Prinzipien wie Unverletzlichkeit der Grenzen, territoriale Integrität und Souveränität beider deutscher Staaten sollten die Grundlage für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen bilden. Von der gemeinsamen deutschen Nation war schon seit Anfang der siebziger Jahre keine Rede mehr.

Als Höhepunkt der Deutschlandpolitik Erich Honeckers gilt sein offizieller Besuch in der Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Der SED-Generalsekretär wurde von allen Bonner Spitzenpolitikern sowie verschiedenen Ministerpräsidenten der Bundesländer empfangen. Während des Besuchs unterzeichneten Vertreter beider Staaten drei Regierungsabkommen. Im Gemeinsamen Kommuniqué stellten Kohl und Honecker fest, "daß das Verhältnis der beiden Staaten zueinander ein stabilisierender Faktor für konstruktive West-Ost-Beziehungen bleiben" müsse. Von ihm sollten "positive Impulse für friedliche Zusammenarbeit und Dialog in Europa und darüber hinaus ausgehen".⁴⁴ Zugleich betonten sie unterschiedliche Auffassungen, darunter zur Frage der Nation.

Nach Honeckers Besuch in der Bundesrepublik verblieb die Deutschlandpolitik der SED in ihren tradierten Bahnen. Innovative Konzepte gingen vom Staatsbesuch nicht aus. Lediglich die Besuchsdiplomatie weitete sich aus. Nach seiner Bonn-Reise konfe-

rierte der SED-Chef bis zu seiner Erkrankung im Juli 1989 mit 24 Politikern aus der Bundesrepublik.⁴⁵ Viel Neues trat jedoch nicht zutage. Während sich die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik unter Gorbatschow öffnete, blieb die SED bei ihrer traditionellen Abgrenzungspolitik. Dennoch strebte sie eine vertiefte Wirtschafts-kooperation mit Unternehmen der Bundesrepublik an.

Angesichts der tiefen gesellschaftlichen und politischen Krise des Landes am Ende der achtziger Jahre erwies sich die SED als unfähig, ihre Deutschlandpolitik neu zu definieren. Das aus Moskau seit dem Amtsantritt Gorbatschows kommende "Neue Denken" führte lediglich zu einigen neuen Überlegungen im militärpolitischen Bereich, nicht aber in der Deutschlandpolitik. Ein neuer Ansatz im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten hätte noch vom Honecker-Besuch in Bonn ausgehen können. Er blieb aus und damit auch die Möglichkeit einer längerfristig angelegten und geordneten Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.

Gedanken an eine deutsche Konföderation wie in den fünfziger und sechziger Jahren galten in den späten achtziger Jahren als parteischädigendes Verhalten und führten zu Parteistrafen oder Ausschlüssen. Diese wären aber 1988/89 der einzige gangbare Weg gewesen, um das totale Fiasko der Partei und des Landes zu verhindern.

Die Deutschlandpolitik im Zeitraum von 1971 bis 1989/90 war im wesentlichen durch vier Phasen gekennzeichnet:

1. Die Phase zur Herstellung von vertraglich geregelten Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten (1970/71 bis 1975),
2. Die Phase der "kleinen Schritte" und der Verhandlungen zur Ausgestaltung des Grundlagenvertrags und der übrigen Verträge in der Regierungszeit von Helmut Schmidt (1975 bis 1982),
3. Die Phase der Kontinuität und Ausweitung der politischen und kommerziellen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten in der Zeit der Kanzlerschaft von Helmut Kohl (1982 bis 1989).
4. Die Phase der Vorbereitung auf die Herstellung der deutschen Einheit nach der Wende in der DDR bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 (1989/90).

In diesen fast zwei Jahrzehnten hatte sich ein breit gefächertes Geflecht von Beziehungen entwickelt und fest etabliert. In der DDR war die Deutschlandpolitik schon unter Ulbricht Chefsache und blieb es auch unter Honecker. Dem kam entgegen, daß die Beziehungen zur DDR in der Bundesrepublik im Kanzleramt (nicht im Auswärtigen Amt) koordiniert wurden. Dem SED-Chef gelang es vor allem in den achtziger Jahren, sich unter Vernachlässigung anderer wichtiger Politikfelder auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik zu profilieren. Er wurde im Westen als Gesprächspartner geschätzt und hofiert. Seit Mitte der siebziger Jahre unterhielt Honecker über seine Beauftragten Kontakte zu beiden großen Parteien in der Bundesrepublik und baute seit 1983 neben den offiziellen Regierungskontakten Parteibeziehungen mit der SPD zu außen- und sicherheitspolitischen Themen auf.

Zweifellos hat sich in der Ära Honecker seit 1971 im Verhältnis beider deutscher Staaten viel bewegt. Ohne das gesamteuropäische Entspannungsklima der frühen sieb-

ziger Jahre und eine partielle Abkehr der Supermächte von der scharfen Konfrontationspolitik im kalten Krieg der fünfziger und sechziger Jahre hätte eine deutsch-deutsche Annäherung jedoch kaum eine Chance gehabt.

Die sowjetische Zielsetzung, zu einer europäischen Sicherheitskonferenz zu gelangen, erwies sich für das DDR-Interesse an diplomatischer Anerkennung und UNO-Mitgliedschaft sowie normalen Beziehungen zur Bundesrepublik als vorteilhaft. Erich Honecker war 1971 angetreten, diese Chance mit sowjetischer Unterstützung zu nutzen. Die Gipfeltreffen von Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt und Kassel im Frühjahr 1970 hatten noch unter den mißtrauischen Blicken der sowjetischen Führung stattgefunden, weil parallel dazu Egon Bahr und Andrej Gromyko in Moskau über ein deutsch-sowjetisches Gewaltverzichtsabkommen verhandelten. Aus sowjetischer Sicht hatte dies eindeutige Priorität. Nach den 1970 abgeschlossenen Verträgen von Moskau und Warschau befand sich nun auch der neue SED-Chef im außen- und deutschlandpolitischem Gleichschritt mit der KPdSU-Spitze. Transitabkommen und Verkehrsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik waren das deutsch-deutsche Ergebnis der Übereinkunft der vier Mächte im Berlin-Abkommen vom 3. September 1971. Der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 ging ein großen Schritt weiter: Beide deutsche Staaten erkannten praktisch ihre jeweilige Staatlichkeit an und erklärten "unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage", daß sie sich "von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung".⁴⁶

Die deutsche Zweistaatlichkeit prägte über Jahrzehnte die politischen Verhältnisse im Zentrum Europas. Mit dem Mauerbau 1961 in Berlin wurde die europäische Bipolarität und damit auch die deutsche Zweistaatlichkeit buchstäblich zementiert. Es bedurfte weiterer zehn Jahre, bis man ernsthaft an die vertragliche Ausgestaltung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ging.

In den Jahren seit der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik haben sich die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten enorm entwickelt. Dies läßt sich in folgenden Überlegungen zusammenfassen:

1. Mit Beginn der Neuen Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr wurden die deutsch-deutschen Beziehungen auf eine neue, eine vertragliche Ebene gehoben. Dies vollzog sich vor dem Hintergrund eines Klimas der Entspannung zwischen den Blöcken und den Supermächten. Die Deutschen holten nach, was andere europäische Staaten bereits in den sechziger Jahren begonnen hatten und öffneten sich in Richtung Osten. Die neue Ost- und Deutschlandpolitik war zeitgemäß und überdies im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten.

2. Die gesamte Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition war zu jeder Zeit in die Außen- und Sicherheitspolitik des westeuropäischen Bündnisses eingebunden. Willy Brandt und Egon Bahr sowie Helmut Schmidt gingen davon aus,

daß alle ihre ost- und deutschlandpolitischen Schritte mit den Vertretern der drei Westmächte abgestimmt wurden, wenngleich das Abstimmung, Konsultation und nicht Antrag auf Genehmigung bedeutete. Die Bundesregierung entwickelte in dieser Phase eigene Interessen einer Deutschlandpolitik, die von der Fortexistenz der deutschen Nation und dem Ziel der Herstellung der deutschen Einheit ausging.

3. Ein wesentlicher Bestandteil der deutsch-deutschen Beziehungen war die Vertragspolitik, die mit dem Abschluß des Grundlagenvertrages im Dezember 1972 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag war der wichtigste Staatsvertrag zwischen beiden deutschen Staaten bis zum Einigungsvertrag von 1990. Er bildete die Basis für ein umfangreiches bilaterales Vertragswerk, das in den siebziger und achtziger Jahren immer stärker ausgebaut worden ist. Ohne dieses deutsch-deutsche Vertragswerk wäre die vom Westen gewollte Politik des "Wandels durch Annäherung" nicht möglich gewesen. Insoweit schuf die Vertragspolitik der siebziger und achtziger Jahren auch wesentlich Voraussetzungen für den 1989/90 vollzogenen Weg in die deutsche Einheit.

4. Zu den unverzichtbaren Bestandteilen der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik gehörte zu jeder Zeit die Einbeziehung von West-Berlin. Dafür schufen die vier Mächte, aber auch die beiden deutschen Staaten, im Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 die entscheidende Voraussetzung. Danach war die Dreistaatentheorie der DDR praktisch nicht mehr umsetzbar. Die Lebensbedingungen der Bürger der Stadt und ihre Beziehungen zum Umfeld haben sich nach dem Viermächte-Abkommen und den davon abgeleiteten Verträgen mit der DDR (Transitabkommen, Verkehrsvertrag) maßgeblich verbessert.

5. Die deutsch-deutschen Beziehungen vollzogen sich zu jeder Zeit in starker Abhängigkeit von der Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Praktisch kann man von einem Dreiecksverhältnis zwischen Bonn, Moskau und Ost-Berlin sprechen. Die Bundesregierung hat sowohl in den siebziger als auch den achtziger Jahren ihre offiziellen und inoffiziellen Kanäle zur sowjetischen Führung genutzt, um unter Beachtung der sowjetischen Interessen in den Beziehungen zur DDR Fortschritte zu erreichen, die im Sinne der Menschen in beiden deutschen Staaten waren.

6. Das Dreiecksverhältnis zwischen Bonn, Moskau und Ost-Berlin basierte auf der schon bei Konrad Adenauer anzutreffenden Erkenntnis, daß der "Schlüssel zur Wiedervereinigung" in Moskau läge. Die DDR war weder in ihrer Außenpolitik noch in der Deutschlandpolitik souverän. Dennoch hatte sie eigene Interessen. Diese lagen vor allem in der Durchsetzung der weltweiten diplomatischen Anerkennung und der UNO-Mitgliedschaft beider deutscher Staaten. An den sowjetischen Zielen mußte ebenso wie an den Interessen der DDR angeknüpft werden, um eigene Zielstellungen durchzusetzen.

7. In den siebziger und achtziger Jahren hat es trotz unterschiedlich zusammengesetzter Regierungen in der Bundesrepublik eine bemerkenswerte Kontinuität gegeben. Nach dem Oktober 1982 knüpfte die neue Bundesregierung unter Helmut Kohl an die Deutschlandpolitik ihrer Vorgängerin an und entwickelte diese vor allem auf

kommerziellem Gebiet weiter. Die bestehenden Verträge wurden respektiert und das Vertragswerk 1986/87 erheblich ausgebaut. Für die DDR war in dieser Phase der offizielle Besuch von SED-Generalsekretär Erich Honecker im September 1987 in der Bundesrepublik der Höhepunkt ihrer Deutschlandpolitik.

Im Herbst 1989 war insgesamt ein dichtes Netz deutsch-deutscher Kontakte entstanden, zu dem auch die nie unterbrochenen Verbindungen der beiden großen Kirchen gehörten. Hinzu kamen die millionenfachen familiären Verbindungen, die im Laufe der 40-jährigen Zweistaatlichkeit weiter Bestand hatten.

Noch Ende der achtziger Jahre gingen nahezu alle deutschen Politiker von der Weiterexistenz der deutschen Zweistaatlichkeit aus. Kaum jemand konnte sich den politischen Zusammenbruch der Sowjetunion und des gesamten Ostblocks vorstellen. Das genau war aber die entscheidende Voraussetzung dafür, daß Ende 1989 ein Prozeß einsetzte, der kurzfristig die deutsche Zweistaatlichkeit überwand...

1 Siehe Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe, Bonn 1989, S.11. Dieter Haack u.a. (Hrsg.): Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes. Köln 1989.

2 Siehe Einheit (Berlin) 1946, H. 1, S.22f.

3 Protokoll der Verhandlungen des II. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. September 1947 in Berlin 1947, S.75.

4 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Band 1, Berlin 1954, S.16.

5 Siehe Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, Berlin 1950, S.383.

6 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Band 1, Berlin 1951, S.8.

7 Protokoll der Verhandlungen der 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin 1952, S. 62. Siehe dazu auch Andreas Malycha: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953, Paderborn u.a. 2000, S.459f.

8 Andreas Malycha, Die SED, S.461.

9 Siehe Josef Foschepoth: Westintegration statt Wiedervereinigung: Adenauers Deutschlandpolitik 1945-1955. In: Josef Foschepoth (Hrsg.): Adenauer und die Deutsche Frage. Göttingen 1990, S.52.

- 10 Egon Bahr: *Zu meiner Zeit*. München 1996, S.155.
- 11 Siehe Detlef Nakath und Daniel Küchenmeister: *Egon Bahr 80 - Gedanken zu seinem politischen Lebensweg*. In: *Architekt und Brückenbauer. Gedanken Ostdeutscher zum 80. Geburtstag von Egon Bahr*. Hrsg. von Daniel Küchenmeister und Detlef Nakath für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2002, S.206f.
- 12 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe. Bonn 1989, S.11. Siehe außerdem Dieter Haack u.a. (Hrsg.): *Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes*. Köln 1989. Dieser Band enthält Beiträge namhafter Politiker der verschiedenen im Bundestag vertretenen Parteien. Zu den Autoren zählten u.a. Helmut Kohl, Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Mischnick, Johannes Rau, Dorothee Wilms und Richard von Weizsäcker.
- 13 Siegfried Mampel: *Die Sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik*. Kommentar. Frankfurt a. M. 1982, S.31 und 81.
- 14 Ingo von Münch (Hrsg.): *Dokumente des geteilten Deutschland*. Bd. II: seit 1968. Stuttgart 1974, S.301.
- 15 Ebenda, S.316. In der DDR wurde der "Brief zur deutschen Einheit" bis Anfang 1990 nicht veröffentlicht.
- 16 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: *Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitagess der SED*. Band 2, Berlin 1976, S.251. Siehe dazu auch Jürgen Hofmann: *Ein neues Deutschland soll es sein. Zur Frage nach der Nation in der Geschichte der DDR und der Politik der SED*, Berlin 1989; Gottfried Zieger: *Die Haltung von SED und DDR zur Einheit Deutschlands 1949-1987*, Köln 1988.
- 17 Siehe ebenda, S. 254f.
- 18 Siehe dazu Detlef Nakath: *Das Dreieck Bonn – Ost-Berlin – Moskau. Zur sowjetischen Einflußnahme auf die Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen (1969-1982)*, in: Ulrich Pfeil (Hrsg.): *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989*, Berlin 2001; Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: *Das Dreiecksverhältnis Bonn - Moskau - Ost-Berlin. Aspekte der sowjetischen Einflußnahme auf die deutsch-deutschen Beziehungen in den siebziger und achtziger Jahren*. (hefte zur ddr-geschichte, 56), Berlin 1999; Fred Oldenburg: *Das Dreieck Moskau – Ost-Berlin – Bonn 1975-1989*. Aus den Akten des SED-Archivs, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, 54/1994.
- 19 Siehe dazu Karl Seidel: *Berlin-Bonner Balance. 20 Jahre deutsch-deutsche Beziehungen. Erinnerungen und Erkenntnisse eines Beteiligten*, Berlin 2002.
- 20 Siehe Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, S.284ff.
- 21 Ingo von Münch (Hrsg.): *Dokumente des geteilten Deutschland*, S.172f.
- 22 Siehe Detlef Nakath: *Erfurt und Kassel. Zu den Gesprächen zwischen dem BRD-Bundeskanzler Willy Brandt und dem DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph im Frühjahr 1970. Vorbereitung – Verlauf – Ergebnisse* (hefte zur ddr-geschichte 24), Berlin 1995; ders.: *Gewaltverzicht und Gleichberechtigung. Zu den deutsch-sowjetischen Gesprächen und den deutsch-deutschen Gipfeltreffen in Erfurt und Kassel im Frühjahr 1970*, in: *Deutschland Archiv* 1998, H.2; ders.: *Erfurt, Kassel und die Mächte. Zum Beginn des deutsch-deutschen Dialogs im Frühjahr 1970*, in: *Deutschland Archiv* 2000, H.2; Heinrich Potthoff: *Bonn und Ost-Berlin 1969-1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente*, Bonn 1997, S.135f.
- 23 Siehe Karl Seidel: *Berlin-Bonner Balance*, S.106ff.; außerdem ders.: *Erste Schritte zu normalen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD*, in: Detlef Nakath (Hrsg.): *Deutschlandpolitiker der DDR erinnern sich*, Berlin 1995, S.111.
- 24 Siehe SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2A/1584.
- 25 5. Tagung des ZK der SED, 27./28. April 1972. Aus dem Bericht des Politbüros an die 5. Tagung des ZK der SED, Berichterstatter: Genosse Gerhard Grüneberg, Berlin 1972, S.37.
- 26 SAPMO-BArch, DY 30 I IV 2/2A/1589.
- 27 Siehe *Neues Deutschland*, 26.4.1972. Dieses Interview Honeckers ist laut Politbürobeschuß vom 25. April 1972 neben Honecker persönlich von den Politbüromitgliedern Axen, Hager, Lamberz, Norden und Verner in der Schlußredaktion bearbeitet worden.

- 28 5. Tagung des ZK der SED. Bericht des Politbüros, S.37f.
- 29 5. Tagung des ZK der SED, 27./28. April 1972. Aus dem Referat des Genossen Hermann Axen zu Fragen der europäischen Sicherheit, Berlin 1972, S.23f.
- 30 SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2A/1589.
- 31 Ebenda. Der FDP-Bundestagsabgeordnete von Kühlmann-Stumm war einer der Mitglieder der FDP-Fraktion, die am 27. April 1972 für das von der CDU/CSU eingebrachte konstruktive Mißtrauensvotum stimmten.
- 32 Siehe ebenda.
- 33 Siehe ebenda.
- 34 Siehe Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über Fragen des Verkehrs vom 26. Mai 1972, in: Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland und zu Berlin (West), S. 28f. Er wurde durch Notenwechsel am 17. Oktober 1972 in Kraft gesetzt. Siehe Vereinbarte Mitteilung über den am 17. Oktober erfolgten Notenwechsel zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Inkraftsetzung des Vertrages über Fragen des Verkehrs, in: Ebenda, S.38.
- 35 Willy Brandt: Erinnerungen, Berlin/Frankfurt am Main 1989, S.232.
- 36 Siehe Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner Seelenbinder-Halle zu Berlin. Band 1, Berlin 1971.
- 37 Siehe Detlef Nakath: Berlin und Oreaanda. Zur Bedeutung des Viermächteabkommens.
- 38 Siehe Heinrich Potthoff: Eine zweite Etappe der Deutschlandpolitik. In: Deutschland Archiv, 1997, H. 1, S.116f; ders.: Bonn und Ost-Berlin, S.38f.
- 39 Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 18. bis 22. Mai 1976. Band 2, Berlin 1976, S.254f.
- 40 Siehe Erich Honecker: Reden und Aufsätze. Band 7, Berlin 1982, S.432f. Bei der "Zentralen Erfassungsstelle" ging es um das namentliche Erfassen von DDR-Bürgern, die nach Gesetzen der Bundesrepublik auf deren Boden verhaftet werden konnten.
- 41 Zu den deutsch-deutschen Gesprächen am Werbellinsee siehe Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980-1987, Berlin 1995; Heinrich Potthoff: Bonn und Ost-Berlin.
- 42 Siehe den Text des Dokuments in Neues Deutschland, 28.8.1987.
- 43 Protokoll der Verhandlungen des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 17. bis 21. April 1986, Berlin 1986, S.39.
- 44 Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik, Bonn 1988, S.37.
- 45 Siehe die dazu veröffentlichten Dokumente bei Heinrich Potthoff: Die "Koalition der Vernunft". Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S.662 f.; außerdem: Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987-1990, Berlin 1996, S.55f.
- 46 Ingo von Münch, Dokumente ..., S.423.

Die VEB in der Wende 1989/1990

Jörg Roesler

1. Die Betriebe in der Wende – eine bisher unterbelichtete Seite der Herbstrevolution

"Die Umwälzung, die in der DDR zunächst den 'real existierenden Sozialismus' zum Einsturz und schließlich das Staatswesen selbst um seinen Bestand gebracht hat, fand nach Feierabend statt. Der Betrieb, der in den Theorien von der Überwindung des Kapitalismus in aller Regel als der Glutherd der revolutionären Dynamik vorgestellt wurde, als jener soziale Erfahrungs- und Handlungsraum, in dem gemeinsam erfahrene gesellschaftliche Widersprüche zur Grundlage und zum Auslöser kollektiven Handelns werden, hat bei der Überwindung des 'real existierenden Sozialismus' als Handlungsfeld keine Rolle gespielt."¹ So wie die hier zitierten Sozialwissenschaftler Kädler und Kottwitz sieht die Mehrheit der sich mit der Wende befassenden Sozialwissenschaftler und Historiker das Verhältnis von Betrieb und "Straße" in den Jahren 1989 und 1990. Gegen diese Sicht sprach sich unter anderen Renate Hürtgen aus. Die Potsdamer Sozialhistorikerin, die in mehreren Publikationen das Verhalten der Belegschaften in DDR-Betrieben während der Wende untersuchte², kritisierte wiederholt die oben zitierte Auffassung als typisches Merkmal des "herrschenden Geists offizieller Geschichtsschreibung", in der die "Herbstereignisse" nur die Ouvertüre zur Einheit, bezogen auf die Industrie also zur Durchsetzung der Marktwirtschaft und des Privateigentums in diesem Bereich wie in der gesamten Volkswirtschaft, darstellten. Was vor 12 Jahren innerhalb der Belegschaften gedacht und getan wurde, scheint nicht brauchbar für heutige Verhaltensweisen und ist deshalb auch der mit öffentlichen Mitteln geförderten Forschung nicht wert. Und selbst "Kritiker der Übertragung des 'Modells Bundesrepublik' auf Ostdeutschland wollen", wie Hürtgen feststellte, "in den im Herbst 1989 auf betrieblicher Ebene stattfindenden mageren Versuchen der Etablierung eines selbstbestimmten Belegschaftsinteresses eher Vorboten des bekannten Endes vom Lied (nämlich des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik - J.R.) sehen."³

Die folgende Untersuchung stützt sich auf die Analyse von insgesamt 10 Konzerngeschichten, Firmengeschichten bzw. kombinierte Stadt- und Firmengeschichten, die seit 1995 entstanden sind und in denen "die Wende" mehr oder minder ausführlich thematisiert wird. Aus dem Spektrum der dort behandelten Ereignisse werden jene herausgegriffen, die das Verhältnis von gesamtstaatlicher Revolution und revolutionärer Umwälzung in den Betrieben und die Auseinandersetzungen um die Entscheidungsbefugnisse im Betrieb beleuchten. Es geht um die Frage nach der Beteiligung an der Entscheidung über das Schicksal der Betriebe, oder anders ausgedrückt: nach der in den Kombinat und Betrieben praktizierten Wirtschaftsdemokratie.

2. Die Revolution beginnt jenseits der Werktoore

Natürlich ist die These von der "Feierabendrevolution", der Revolution vor den Werktooren, nicht aus der Luft gegriffen. Sie ignoriert indes zwei Fakten. Erstens war die "Feierabendrevolution" lediglich eine Phase, und zwar die erste der Herbstrevolution in den Betrieben, sozusagen ihre Vorbereitungsphase. Zweitens impliziert die These von der "Feierabendrevolution", daß jenseits der Werktoore, "auf der Straße", ziemlich schnell überall im Land Demonstrationen und Kundgebungen einsetzten. Das stimmt so aber nicht. Der vergleichsweise späte Beginn der Herbstrevolution in diesem oder jenem Betrieb ist oft auch damit zu erklären, daß die Stadt, in deren Grenzen, an deren Rande oder in deren näherer Umgebung das Werk lag, den revolutionären Ereignissen selbst "hinterherhinkte". Der VEB Jenapharm z.B. profitierte davon, daß Jena zu jenen Städten gehörte, in denen es früh unruhig wurde. Hier traten die oppositionellen Gruppierungen, die nach den Kommunalwahlen vom Mai 1989 Zulauf erhalten hatten, ab Sommer 1989 mehr oder minder offen auf. Zu ihnen wurde von Werksangehörigen auch relativ schnell Verbindung geknüpft.⁴ Diese Möglichkeit hatten Unzufriedene im EKO nicht. Denn in Eisenhüttenstadt war die Situation im Jahre 1989 ganz anders. Oppositionelle Gruppierungen waren dort nicht entstanden. Selbst die Kirche wurde nicht zum Sammelbecken der Unzufriedenen. Die Opposition fand aus diesem Grund keine Nischen in Eisenhüttenstadt, und führende Vertreter wie Rolf Henrich orientierten sich nach Berlin oder Frankfurt/Oder.⁵

Typisch für die Zeit, als die Revolution noch jenseits der Werktoore stattfand, ist der Bericht eines Schichtelektrikers aus dem Pumpspeicherwerk Markersbach/Erzgebirge: "Wir haben in der Schicht Fernsehen geguckt – nebenbei. Da ist dann ständig diskutiert worden über alle möglichen Dinge, stundenlang. Aber immer eben nur diskutiert, und wenn man dann mal fertig war mit Diskutieren, dann war's das wieder gewesen."⁶ Da das bloße Diskutieren unbefriedigend blieb, entstand das Verlangen, aktiv an den Geschehnissen in den Brennpunkten teilzunehmen. Belegschaftsmitglieder taten das zunächst noch individuell, wie das eine Angestellte des bei Saalfeld (Ostthüringen) gelegenen Kraftwerks Hohenwarthe schildert: "Dann ging es halt los, daß dann in Leipzig die ersten Demos kamen. Das haben wir uns hier angehört auf Arbeit ... Na, wir waren dann ein paar Mal in Leipzig zur Demo und dann sind wir hier im Ort – es gab dann in Saalfeld Demonstrationen – demonstrieren gegangen."⁷

Selbst aus den wenigen vorliegenden Betriebsgeschichten läßt sich der Schluß ziehen, daß es bezüglich des Beginns der Herbstrevolution in den Betrieben einen umgekehrten Zusammenhang zwischen dem Grad der technischen Modernität und sozialer Privilegierung einerseits und der Bereitschaft, sich an den revolutionären Ereignissen zu beteiligen, andererseits, gab. Das Büromaschinenwerk Sömmerda gehörte zum Kombinat Robotron und kannte auch in den 80er Jahren keine Überalterungserscheinungen bei Maschinen und Anlagen. Die Werkleitung konnte es sich leisten, bis Anfang Dezember auf innerbetriebliche Schlußfolgerungen aus den Ereignissen, die die Republik erschütterten, zu verzichten.⁸ Aber auch in den Zweigen und Werken, bei denen in den 80er Jahren Investitionsmittel "eingespart" wurden, hatte man

entsprechend einer Verfügung der Regierung die umfangreichen Lohn- und sozialen Vergünstigungen, die aus der "Schwerpunktbetriebszeit" der Betriebe herrührten, nicht zurückgenommen. Im Stammbetrieb des Gaskombinats Schwarze Pumpe in der Lausitz z.B. lag der Durchschnittslohn eines Produktionsarbeiters mit an der DDR-Spitze und 15 Prozent über dem Durchschnitt. Als es in der nächstgelegenen Stadt, in Hoyerswerda, - mit deutlicher Verspätung gegenüber Leipzig und Dresden - zu ersten Demonstrationen kam, nahmen daran Vertreter der im Kombinat Beschäftigten offiziell nicht teil.⁹ Die ersten betrieblichen Aufrufe zur kritischen Auseinandersetzung mit den revolutionären Ereignissen enthielten dann auch oft einen Vorwurf, wie den in einem Flugblatt aus dem Kraftwerk Markersbach, das mit den Worten begann: "Kollegen, beendet euren Dornröschenschlaf!"¹⁰

3. Die Betriebsbelegschaften geraten in Bewegung

Über die kleinste Arbeitsgruppe hinaus nahm die Auseinandersetzung mit den kritikwürdigen Zuständen im Lande zunächst im Betrieb die Form einer "Zetteldiskussion" an. Ein Schichtleiter aus dem Kraftwerk Jänschwalde/Lausitz, erinnert sich: "Jeder hing seine Zettel an das 'Schwarze Brett' und der andere nahm sie wieder ab. Und da war richtig Stimmung in der Bude."¹¹ Anheften und abnehmen - das machten nicht nur die Kollegen untereinander. Auch die Werkleitung versuchte, sich auf diese Weise Informationen darüber zu besorgen, was im Betrieb vor sich ging. Über das Kraftwerk Hagenwerder/Ostsachsen berichtet ein Elektromaschinenbauer: "Im Speiseraum des Werkes III machten Kollegen an einer Holzgetäfelten Säule mit kleinen Zetteln, die sie dort anpinneten, ihrem Unmut Luft. Der Werkdirektor ließ diese Botschaften täglich von einem Mitarbeiter abholen. Ich will nicht sagen, entfernen, denn ich bin mir sicher, er und andere wollten wissen, wie die Belegschaft sich in der angespannten Lage verhielt."¹²

Mitte Oktober, wenige Tage nach den in der Regel noch ruhig verlaufenen betriebs-offiziellen Feiern zum 40. Jahrestag der DDR, zogen es die meisten Werkleitungen noch vor, die Geschehnisse "draußen" und die Anfänge des artikulierten Unwillens in ihren Betrieben zu ignorieren.¹³ Tatsächlich beschäftigten sich die Anschläge an den Kantinensäulen und Umkleideschränken zunächst meist mit Fragen von "draußen". Da wurde der Rücktritt des Politbüros einschließlich des FDGB-Vorsitzenden gefordert, Reisefreiheit bzw. die Freilassung von Inhaftierten. Dann tauchten erste Aufrufe auf, die von den Geschehnissen "draußen" auf die Probleme im Betrieb überleiteten. Schließlich wurde die gesamte Palette der in den letzten Jahren offen nicht mehr diskutierten innerbetrieblichen Probleme angesprochen.¹⁴ Noch ging es nicht um "große Probleme" und schon gar nicht um die "Machtfrage" im Betriebe. Vielmehr kam zur Sprache, was schon längst auf Produktionsversammlungen oder in der Planverteidigung hätte angesprochen werden sollen. Es dominierte die Kritik an Mißständen in der Produktion und bei der Entlohnung. In bitteren Worten wurden jahrelange Versäumnisse aufgelistet. Im EKO, wie in der Mehrzahl der untersuchten Betriebe, drehten sich die Diskussionen mit der "staatlichen Leitung" um Fragen der Leistungs-

stimulierung, um Vorschläge zur Einführung flexibler Arbeitszeitregimes und um Probleme des Umweltschutzes.¹⁵ In Buna, wichtigstes Werk der total überalterten DDR-Karbochemie, häuften sich Forderungen nach Zulagen für schwere bzw. gefährliche Arbeiten.¹⁶

Nur teilweise war die Sachkritik auch mit Kritik an der Person des "staatlichen Leiters" verbunden. Im Kombinat "Schwarze Pumpe" wurde von einem Gewerkschafter gefordert: "Räumen und säubern wir endlich unsere Betriebe von diesen Leuten, warten wir nicht auf Anordnungen von oben, die wieder nur dazu dienen werden, Zeit zu gewinnen, Papiere zu vernichten und abgessigte Funktionäre und Leiter den weiteren Sitz auf ihrem gut bemittelten Stuhl zu ermöglichen. Wir sind sehr wohl selbst in der Lage, ohne den Großteil der Genossen einen guten Weg zum Sozialismus zu finden. Wir sind auch bereit, wie bisher, unsere Arbeit zu machen."¹⁷

Daß die "staatlichen Leiter" mit den politischen Funktionären in den Betrieben in einem Atemzug genannt wurde und Rücktrittsforderungen erklangen, wie etwa Anfang Dezember 1989 gegenüber dem Generaldirektor Herbert Richter im Stammbetrieb des Kombinats "Schwarze Pumpe" oder Mitte Januar 1990 gegenüber Dr. Dietrich Lisiecki, dem Generaldirektor des Buna-Kombinats¹⁸, war die Ausnahme. Auch die Ablösung von Werkleitern wie z.B. Ende November 1989 im Kraftwerk Hirschfelde/Ostsachsen¹⁹, kam selten vor.

Genossen waren die Mitglieder der Leitungsgremien fast alle. Mit "Funktionäre" wurden vor allem die hauptamtlich im Betrieb beschäftigten Mitarbeiter von SED, FDJ, FDGB usw. bezeichnet.

Adressat der direkten Kritik aus den Werkstätten, Abteilungen und Büros der Betriebe war neben der Werkleitung in der Regel die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL bzw. ZBGL).²⁰

In Jenapharm brachte eine Gewerkschaftsgruppe die Auseinandersetzung mit der BGL ins Rollen, indem sie am 1. November 1989 forderte, daß die Gewerkschaft "als freie unabhängige Interessenvertretung der Werktätigen" wirken müsse.²¹ Einen Monat später hieß es dann: "Die BGL unseres Betriebes wird aufgefordert, sofort zurückzutreten, die Durchführung von Neuwahlen wird von einem zu bildenden Arbeitsausschuß unseres Betriebes übernommen".²² Über die Abwahl der alten ZBGL in seinem Betrieb, dem EKO, berichtete ein Teilnehmer dieses Ereignisses: "Am 6. Dezember 1989 haben wir ... die Wende eingeleitet. An diesem Tag fand eine Vertrauensleutevollversammlung der Gewerkschaft statt ... Der Saal im Haus der Gewerkschaft war gerammelt voll, etwa fünfhundert Vertrauensleute waren da. Die Erwartungen waren riesengroß. ... Was dann passierte war genauso wie ich es befürchtet hatte. Ein Präsidium sollte gewählt werden, wie immer mit den alten Kadern, dem Vorsitzenden der zentralen Betriebsgewerkschaftsleitung und den Genossen der SED-Leitung. Die hatten sich kaum gesetzt, da wurde von einem Schlosser aus dem Roheisenwerk auch schon der erste Mißtrauensantrag gestellt. Er wollte gleich alle rausschmeißen. Das war mir dann doch zu viel... Ich bin ans Mikrofon gegangen und habe versucht, die ganze Versammlung ein bißchen zu lenken. Wir haben die BGL von ihrer Funktion

entbunden und einen Sechserausschuss gewählt. ... Ziel war es u. a. die Bildung einer neuen demokratischen BGL im Werk vorzubereiten. ... Die Resonanz war riesig. Die Leute kamen im Werk auf uns zugestürmt und gratulierten."²³

Danach begann für die beauftragten oder selbst ernannten "Erneuerer" der Betriebsgewerkschaft der politische Alltag, ob nun in "Initiativausschüssen" oder "Demokratischen Räten" bzw. als informelle Gruppen innerhalb der Gewerkschaftsstrukturen oder als "AGL-Plattformen" wie im Falle von Jenapharm. Als schwierig stellte sich bald heraus, Kandidaten für die nächste "ordentliche" BGL zu gewinnen. Ehemalige BGL-Mitglieder galten häufig als vorbelastet und wurden nur in einem Teil der Betriebe als Kandidaten akzeptiert und in die Interessenvertretung gewählt. In den anderen waren die Vorurteile in bezug auf das Gremium BGL zu verfestigt.²⁴ Die Neukonstitution der Betriebsgewerkschaftsleitungen zog sich hin. Nicht nur, weil es an geeigneten Personen fehlte und weil die unterschiedlichen Vorstellungen der Initiativgruppenmitglieder erst unter einen Hut gebracht werden mußten, sondern auch, weil diese von ihren zuständigen Gewerkschaftsleitungen außerhalb des Betriebes kaum Rat erhielten. Der FDGB-Vorstand mit Harry Tisch an der Spitze war nach langem Zögern Ende Oktober 1989 zurückgetreten. Er war bestenfalls noch Adressat von Protestresolutionen aus den Betrieben. Anfragen bei den zuständigen Industriegewerkschaftsleitungen ergaben, daß dort keine Handlungsstrategien entwickelt worden waren, auch wenn die Leitungsgremien, was bei der IG Metall relativ früh der Fall war, "mit neuer Besetzung schon präsent waren".²⁵ Im Ergebnis blieben die Gewerkschaften auf Betriebs- bzw. Kombinatsebene in den Monaten November/Dezember 1989 bis Mitte Januar 1990 wenig sichtbar.

4. Ende der Lähmung – Neuorganisation der Belegschaftsvertretungen

"Die Kolleginnen und Kollegen der Betriebsgewerkschaftsleitung waren zu Beginn des Umbruchs fassungslos, sie waren erst einmal in ihrer Handlungsfähigkeit gelähmt", stellte die BGL-Vorsitzende von Jenapharm Ende Februar 1990 rückblickend in ihrem Rechenschaftsbericht fest.²⁶ Diese BGL war am 22./23. Februar 1990 gewählt worden. Sie konzentrierte sich vor allem auf vier Aufgaben: Die erste bestand darin, die sich rasch verändernden politischen Verhältnisse zu erfassen und die daraus resultierenden Konsequenzen für Betrieb und Belegschaft zu ziehen. Das betraf politische, betriebswirtschaftliche wie sozialpolitische Aspekte. Eine zweite Aufgabe sahen die Mitglieder der neuen BGL darin, "den Demokratisierungsprozess in unserem Betrieb zu unterstützen". Dabei ging es in erster Linie um die Beseitigung jener Strukturelemente, die in den Augen aller Belegschaftsmitglieder, vom Schichtarbeiter bis zum Werkleiter, politischen Charakter trugen. Hier waren es die Abteilung 1 (Ministerium für Staatssicherheit, Hauptabteilung XVIII "Sicherung der Wirtschaft"), die Abteilung Betriebssicherheit und ganz besonders der Bereich "Kader und Bildung".²⁷

So institutionell eindeutig wie im Falle von Jenapharm verlief die Entwicklung von der formaldemokratischen Belegschaftsvertretung der Honeckerzeit zur demokratisch legitimierten unter der Regierung Modrow in den untersuchten Betrieben jedoch sel-

ten. Vielfach hatten sich neben der Betriebsgewerkschaftsleitung Arbeiterräte, Belegschaftsräte, Demokratische Räte bzw. Betriebsräte gebildet.²⁸ Sie machten der traditionellen BGL oft Konkurrenz. Ganz besonders galt das für die Betriebsräte. Ihre Anziehungskraft als Alternative zur BGL rührte nicht aus der Betriebsrätetradition der 20er Jahre oder aus der Kenntnisse des Wirkens der Ende 1948 aufgelösten Betriebsräte im Ostdeutschland der Nachkriegszeit.²⁹ Die 30- bis 40jährigen "mittleren" Gewerkschaftsfunktionäre, die in den Betrieben nunmehr den Ton angaben, hatten diese überhaupt nicht mehr erlebt. Noch als von einer Wiedervereinigung kaum die Rede war, und unabhängig von dieser politischen Lösung orientierten sich die neuen ostdeutschen Betriebsräte an der Stellung der Betriebsräte in der Bundesrepublik.

Weniger Erfolg als Jenapharm hatte die Gewerkschaft des Buna-Kombinats bei der Neudefinierung ihrer Rolle im Betrieb. Nach Ablösung der alten war dort eine neue BGL gebildet worden. Aber der Personalaustausch half nicht. Die alte Gewerkschaft war derart diskreditiert, das die Mehrheit der Belegschaft kein Vertrauen mehr in deren Erneuerung fand. Eine Weile existierten im Buna-Werk die alte BGL und eine "Initiativgruppe Betriebsrat" nebeneinander. Anfang März drängte die Kombinatleitung, die in Mitbestimmungsfragen an einem Ansprechpartner interessiert war, auf Entscheidung. In einer stürmischen Belegschaftsversammlung wurde per Akklamation darüber abgestimmt, ob künftig die BGL oder die "Initiativgruppe Betriebsrat" die Interessen der Beschäftigten der Bunawerke gegenüber der Direktion vertreten sollte. Eine klare Mehrheit entschied sich für die Bildung von Betriebsräten. Nach diesem eindeutigen Votum fanden dann im März/April 1990 in Buna Betriebsrätewahlen statt.³⁰

In der Mehrzahl der untersuchten Fälle gelang es jedoch, zwischen den Anhängern der BGL und den Verfechtern der Betriebsratsidee nach einiger Zeit einen Kompromiß zu finden. Das war auch im Kraftwerk Boxberg/Lausitz der Fall. Als dort eine neue BGL gewählt werden sollte, scheiterte zunächst die Wahl an mangelnder Beteiligung. Den Ausweg aus dem Dilemma bot eine "Initiativgruppe zur Bildung eines Betriebsrates", in der sich "langjährige Betriebsmitglieder, die zum Teil bereits in ihren Bereichen als Sprecherräte gewählt wurden", zusammenfanden. Diese Initiativgruppe sah ihre Aufgabe "in der ordnungsgemäßen Vorbereitung einer freien und geheimen Wahl eines zukünftigen Betriebsrates" und "in einer sinnvollen Arbeitsteilung zwischen bestehender Betriebsgewerkschaftsleitung und Initiativgruppe". In den darauffolgenden Monaten saßen beide mit am Direktionstisch.

Die Entscheidung für Betriebsrat oder BGL bzw. die Entscheidung für eine "BGL auf Zeit" fiel im Kombinat "Braunkohlekraftwerke" (KBK) von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich. Während man sich im Kraftwerk (KW) Jänschwalde Mitte März wie im KW Boxberg auf eine "BGL auf Zeit" einigte, hatten die Kraftwerke Hagenwerder und Hirschfelde bereits im Januar "Demokratische Räte" gegründet, die eher der Betriebsratvariante entsprachen. Im Kraftwerk Lübbenau/Vetschau (Lausitz) setzte sich zuerst im KBK-Bereich die Auffassung durch, daß Betriebsräte die geeignete Interessenvertretung seien. Dort fanden bereits im März 1990 Betriebsratswahlen statt. Im

Kraftwerk Thierbach bei Leipzig bildete man eine "Interessenvertretung Betriebsrat" und begründete die Entscheidung damit, "daß dieser die einzig mögliche Interessenvertretung aller sei, also auch derjenigen, die aus der Gewerkschaft ausgetreten seien". Das war jedoch keine Absage an die Gewerkschaften überhaupt. Der spätere Betriebsrat des Kraftwerks erklärte dazu auf einer Gewerkschaftsversammlung: "Betriebsrat und Gewerkschaft dürften [sich] aber nicht konkurrierend gegenüberstehen, denn starke Betriebsräte brauchen starke Gewerkschaften."³¹

Hatten sich die Betriebe des KBK während des I. Quartals 1990 mehrheitlich für Betriebsräte gleich oder in naher Zukunft entschieden, so blieb es im Kombinat Schwarze Pumpe (nicht unumstritten) genau wie bei Jenapharm bei der BGL.³² Noch Anfang April 1990 fanden im Faserplattenwerk Ribnitz-Damgarten (Vorpommern) reguläre BGL-Wahlen statt.³³

Bereits vor einer Einigung über die beste Interessenvertretung im Betrieb oder Kombinat hatten die Belegschaftsvertretungen den Kampf um Mitentscheidung in den Betrieben und Kombinaten aufgenommen und begonnen, die Rolle der "staatlichen Leitung" in Frage zu stellen, der es in den ersten Revolutionsmonaten gelungen war, ihre Position zu festigen und in der Mehrzahl der untersuchten Unternehmen sogar auszubauen.

5. *"Doppelherrschaft": Konfrontation und Kooperation zwischen "staatlichen Leitungen" und Belegschaftsvertretungen im Frühjahr 1990*

Im Januar 1990 begannen die Belegschaftsvertretungen auf ihren Beratungen mit den Werkdirektoren, Forderungen zu stellen, die zunächst darauf hinausliefen, die zu DDR-Zeiten auf dem Papier stehenden Mitbestimmungsrechte in reale zu verwandeln. Bei Jenapharm stand beim zweiten "Runden Tisch" am 11. Januar 1990 das Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Gewerkschaft zur Diskussion. Die Gewerkschafter stellten, vom Arbeitsgesetzbuch der DDR (AGB) ausgehend, eine Reihe von Forderungen an den Betriebsdirektor. Diese betrafen die Informationspflicht des Betriebsdirektors gegenüber BGL und Belegschaft über wesentliche betriebswirtschaftliche Sachverhalte, die künftige Teilnahme eines BGL-Mitgliedes an den Dienstberatungen des Betriebsdirektors und die Gewährleistung der im AGB vorgesehenen gesellschaftlichen Kontrollrechte. Nachdem der Betriebsdirektor (BD), Dr. Dieter Taubert, diese Forderungen weitgehend akzeptiert hatte, verpflichtete sich die BGL ihrerseits "zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit dem BD bzw. staatlichen Leitern". Sie kündigte gleichzeitig an, die im Betriebskollektivvertrag verankerten Rechte "hart und unnachgiebig" durchzusetzen. Die am 11. Januar 1990 getroffenen Vereinbarungen gingen in den Entwurf zum Betriebskollektivvertrag für das Jahr 1990, der am 29. Januar 1990 vorlag, ein.³⁴

Bis März hatte das Selbstbewußtsein der inzwischen durch Wahlen legitimierten Belegschaftsvertretung deutlich zugenommen. Sie machte die ihrer Meinung nach unzureichenden Informationen, besonders was Westkontakte betraf, zum Ausgangspunkt für eine Forderung, die sich weder aus dem AGB noch aus westdeutschen

Mitbestimmungsformeln ableiten ließ: Es war die Forderung nach Ablösung des Betriebsdirektors und einiger Fachdirektoren. Am 22. März 1990 informierte der Vorsitzende der BGL Herrn Taubert davon, daß in Vorbereitung der noch für den gleichen Tag anberaumten Vertrauensleute-Vollversammlung an die BGL aus Kollektiven der Forschung, der Produktion und des kaufmännischen Bereichs vielfach die Forderung herangetragen worden war, "der Betriebsleitung die Vertrauensfrage zu stellen". Um auf der Versammlung eine Eskalation zu vermeiden, unterbreitete der Vorsitzende der BGL einige Vorschläge. Sie liefen darauf hinaus, eine zahlenmäßig kleine Geschäftsleitung zu bilden und den Personalbereich neu zu strukturieren. Dabei konnten ohne großes Aufsehen diejenigen Fachdirektoren aus ihren Stellungen entfernt werden, die im Zentrum der betriebsöffentlichen Kritik standen.³⁵

Auch in Böhlen, dem zweitwichtigsten Betrieb des Buna-Kombinates, wurden im beginnenden Frühjahr 1990 Konsequenzen an der Spitze des Werkes gefordert. Alle Führungskräfte sollten auf einer Belegschaftsversammlung am 21. Februar 1990, noch vor den Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990, die Vertrauensfrage stellen: "Dies ist notwendig, damit sich die Betriebsleitungen für künftige und weiterreichende Entscheidungen und den damit verbundenen Erhalt des Betriebes legitimieren." Alle Leiter, vom Direktor bis zum Abteilungsleiter, mußten sich auf Versammlungen bzw. in geheimen Abstimmungen dem Votum der Belegschaft stellen. Die Debatten verliefen offen, teilweise stürmisch und führten zu personellen Veränderungen.³⁶

Die in den Augen der Belegschaftsvertretungen verletzte Informationspflicht der Generaldirektion über ihre Verhandlungen mit den großen westdeutschen Energieversorgungsunternehmen, darunter das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) und Preußen-Elektra (PE), war im Kombinat Braunkohlekraftwerke der Anlaß für eine Konfrontation zwischen Belegschaft und Management Mitte März. Eine direkte Herausforderung an die Kombinatleitung enthielten zwei an den Generaldirektor des KBK und den Betriebsdirektor des KW Jänschwalde gerichteten Schreiben der Belegschaftsvertreter vom 14. März. Darin hieß es: "Die für den 15./16.3. 1990 vorgesehenen Verhandlungen mit dem RWE sind der Belegschaft unbekannt, und die Interessenvertretung der Belegschaft (BGL) ist völlig unzureichend von Ihnen ins Bild gesetzt worden. Dagegen legen wir schärfsten Protest ein. Bis zur Existenz eines arbeitsfähigen Aufsichtsrates wird der Kombinat- und Betriebsleitung untersagt, Verhandlung zu Eigentumsbeteiligungen zu führen und rechtsverbindliche Vereinbarungen abzuschließen. Ab sofort haben sich sämtliche Leiter (Generaldirektor bis Ebene Bereichsleiter) als amtierend zu betrachten und zu bezeichnen."³⁷

"Natürlich" wehrte sich das Management des KBK gegen die "Einmischung" und gegen den Anspruch auf Mitentscheidung in der Unternehmenspolitik. Die Belegschaftsvertretungen waren jedoch bereits so erstarrt und die Legitimation der staatlichen Leitung so weit in Frage gestellt, daß die Kombinat- bzw. Betriebsleitung in Jänschwalde sich den Forderungen nach Mitbestimmung im Bereich der Unternehmens- und Personalpolitik nicht mehr verschließen konnte. Für anderthalb Mo-

nate entschieden beide - "staatliche Leitung" und Belegschaftsvertretungen - in einer Art Doppelherrschaft über die Kombinatbetriebe und "regierten" auf der Grundlage von mehreren Betriebsvereinbarungen - keineswegs widerspruchsfrei - gemeinsam.

Eine der Hauptforderungen der Belegschaftsvertreter war in diesem Zusammenhang, daß den durch Wahlen legitimierten Vertretern der Belegschaft in Zukunft legitimierte Vertreter der Leitung gegenüberstehen sollten. Deshalb sollte den bisherigen Leitern von ihren Untergebenen die Vertrauensfrage gestellt werden. Nach einiger Verzögerung kam es am 27. März 1990 im Kraftwerk Jänschwalde zur Vertrauensabstimmung über den im Januar eingesetzten Betriebsdirektor Bernd Lipinski gemäß einem vom Rat der BGL entwickelten Verfahren. Bereits vier Tage zuvor hatten die BGL und der Rat der Vertrauensleute des KW Jänschwalde nicht nur die Modalitäten der Legitimierung der staatlichen Leitung, sondern auch einen Zeitplan für die weiteren Vertrauensabstimmungen festgelegt: Es sollten in einer ersten Phase bis 30. März der Betriebsdirektor, bis 15. April die Fachdirektoren und bis 30. April die Bereichsleiter einer Abstimmung unterworfen werden. In einer zweiten Phase, ab 15. Mai, sollte über die Abteilungsleiter entschieden werden. Gemäß Zeitplan wurde am 9. April über die Fachdirektoren abgestimmt. In Jänschwalde erhielten alle zur Wahl gestellten Leiter Mehrheiten, in einem Falle fiel sie knapp aus (48 Ja- zu 41 Nein-Stimmen).³⁸ Erstmals wählten damit Belegschaftsvertreter in deutschen Betrieben ihre Vorgesetzten bis hin zum Betriebschef! Ob die Leiter mit großer oder geringer Mehrheit oder überhaupt nicht wiedergewählt wurden, war für die historische Bedeutung des Vorganges zweitrangig. Aus der erst Ende 1989/Anfang 1990 erkämpften wirklichen Mitbestimmung war ein Mitentscheidungsrecht geworden. Für das Braunkohlenkombinat Senftenberg und das Kombinat "Schwarze Pumpe" bewertete diese Machtverhältnisse der spätere Aufsichtsratsvorsitzende des im Sommer 1990 zur ESPAG umgegründeten Kombinats, der ehemalige Bundesminister Hans Apel so: "Die Macht liegt in diesen Monaten der Wende auch im Kombinat Senftenberg bei den Vertretern der Arbeitnehmer."³⁹ In der Präambel der von einer gewerkschaftsdominierten Wirtschaftskommission des Jenapharm-Unternehmens erarbeiteten und am 6. März 1990 beschlossenen Grundsätze hieß es, daß "die Mitglieder der Wirtschaftskommission einen aktiven Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes nehmen" werden. Die Kommission erklärte die Absicht, in Zukunft bei allen wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen mitzuwirken, für den Interessenausgleich zwischen der Betriebsleitung und der Belegschaft aufgrund basisdemokratischer Entscheidungen zu sorgen, die demokratische Kontrolle über die Betriebsleitung auszuüben und der Leitung Vorschläge für die Entwicklung des Betriebes zu unterbreiten.⁴⁰

Die sich im Papier der Wirtschaftskommission von Jenapharm ankündigende Bereitschaft, von der Konfrontation abzugehen und zur Kooperation mit der Betriebsleitung zurückzukehren, war auch für die meisten der anderen untersuchten Unternehmen typisch. Die Ausarbeitung der Unterlagen für die Umwandlung der Kombinate und Betriebe in Aktiengesellschaften und GmbH vom 1. März 1990⁴¹, mit dem Gesetz über die Gründung der Treuhandanstalt⁴² verkündet, zwang zur Zusammenarbeit

und zu Kompromissen. Paragraph 2 des Umwandlungsgesetzes lautete im 2. Absatz: "Die Umwandlung gemäß Abs. 1 bedarf der Stellungnahme des Vertretungsorgans der Beschäftigten des umzuwandelnden Betriebes."

6. Revolutionsausklang: von der Regierung de Maiziere über die Währungsunion bis zur "Verwestlichung" des Top-Managements der ostdeutschen Betriebe

Die Regierung de Maiziere, nach den Wahlen vom 18. März am 12. April 1990 gebildet, wurde Anfang Mai im Bereich der Wirtschaft aktiv. Sie betrachtete sich selbst von Anfang an als Übergangsregierung, wenn auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht für den kurzen Zeitraum von 5 Monaten.⁴³ Von den beiden führenden Exekutivbeamten des Bereichs Kohle- und Energiewirtschaft, dem Minister Prof. Karl Steinberg und seinen Energie-Staatssekretär Dr. Uwe Pautz, ist bekannt, daß sie und ihre westdeutschen Berater als wichtigstes Ziel ihrer Amtszeit die Vorbereitung der Privatisierung der ostdeutschen Energiebetriebe an westdeutsche Konzerne betrachteten. Dies war schon der Fall, bevor mit dem 17. Juni 1990 das geänderte Treuhandgesetz verabschiedet wurde⁴⁴, welches die im März "zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums" geschaffenen Anstalt in eine reine Privatisierungsbehörde verwandelte.⁴⁵ Schon um den zukünftigen westdeutschen Eignern – im Energiewesen standen diese spätestens ab Juni 1990 namentlich fest⁴⁶ – keine Steine in den Weg zu legen, wurden von Seiten der Exekutive die in verschiedenen Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsmodellen funktionierenden Konzern- bzw. Betriebsleitungen als für die Zukunft unbrauchbar verworfen. Die ostdeutschen Leiter wurden gefügig gemacht, in dem man sie generell als Kombinat- bzw. Betriebsdirektoren absetzte und nur befristet als Vorstandsvorsitzende oder Niederlassungsleiter wieder einsetzte. Der Flensburger Wirtschaftswissenschaftler Harry Maier beschreibt das so: "Das verbleibende Management saß mit ... Verträgen von zwei Jahren auf einem Schleudersitz."⁴⁷ Bei wem zuviel Widerstand gegen die Politik der Exekutive erwartet wurde, der wurde, wie im Falle des Generaldirektors des KBK Wilfried Retschke, nicht wieder berufen.⁴⁸ Es scheint jedoch so, daß derartige direkte Eingriffe seitens der Wirtschaftsexekutive des Kabinetts de Maiziere nur dort vorgenommen wurden, wo bereits unmittelbare Übernahme-wünsche durch westdeutsche Konzerne bestanden.

In der Mehrzahl der analysierten Betriebe setzte sich dagegen die "Kohabitation" von Betriebsleitung und Belegschaftsvertretung noch mindestens bis zur Umwandlung der Kombinate und Betriebe in Kapitalgesellschaften fort. So stimmte im Chemiewerk Böhlen in Vorbereitung auf die Bildung einer Aktiengesellschaft am 21. Mai 1990 die Belegschaft noch über die Besetzung des vorläufigen neuen Vorstandes ab.⁴⁹ Ähnlich war es in anderen Betrieben. Als Ende Mai 1990 die Umwandlung des VEB Jenapharm in eine Jenapharm GmbH bevorstand, gab die BGL dazu eine Stellungnahme ab. Die Belegschaftsvertretung hielt es für erforderlich, die Konditionen für die Überführung des Betriebes in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Interesse ihrer Klientel zu beeinflussen. Deswegen knüpfte sie eine Reihe von Bedingungen an ihre Zustimmung zur Umwandlung. Erstens verlangte sie Auskunft über die ge-

plante Verwendung des nach dem Gesellschaftsvertrag an die Treuhandanstalt abzuführenden Gewinns. Zweitens wurde eine Gewinnrücklage von mindestens 80 Prozent gefordert, um dringend notwendige Investitionen vornehmen zu können. Die BGL des Betriebsteils Gotha lehnte die von der Betriebsleitung Jenapharm vorgelegten Umwandlungsunterlagen sogar grundsätzlich ab.⁵⁰

Derartigen Aktionen setzte allerdings das Gesetz über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (WWS) ein Ende. Es trat mit dem 1. Juli 1990 in Kraft. In dem wenig zitierten und beachteten, aber genau so wie der "Staatsvertrag" rechtsgültig werdenden "Gemeinsamen Protokoll über Leitsätze" hieß es eindeutig: "Rechtsvorschriften, die besondere Mitwirkungsrechte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, von Betriebsgewerkschaftsorganisationen und betrieblichen Gewerkschaftsleitungen vorsehen, werden nicht mehr angewendet."⁵¹ Auch das von der Regierung Modrow Anfang März 1990 beschlossene Gewerkschaftsgesetz, das den gewerkschaftlichen Grundorganisationen "das Recht auf Mitbestimmung bei allen betrieblichen Fragen, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen betreffen", garantierte und die Werkleitungen rechenschaftspflichtig gegenüber den Belegschaften gemacht hatte⁵², verlor gemäß Anlage III des WWS-Gesetzes seine Geltung. An Stelle der DDR-Gesetze, ob nun vor oder während der Revolution erlassen, traten das Betriebsverfassungsgesetz sowie weitere zwischen 1952 und 1972 in der Bundesrepublik verabschiedete Mitbestimmungsgesetze in der jeweils jüngsten Fassung.⁵³ Das bedeutete ein Ende der Vielfalt der Belegschaftsvertretungen, wie sie sich in der Revolution herausgebildet hatte. Es obsiegte die Variante des Betriebsrates bundesdeutscher Prägung.

In der Jenapharm GmbH bildete sich die BGL ab 1. Juli zum "amtierenden Betriebsrat" um. Sie nahm bis zur Betriebsratswahl im August 1990 die Mitbestimmungsrechte der Belegschaft wahr.⁵⁴

Ähnlich vollzog sich der Übergang von Mitbestimmung und Mitentscheidung praktizierenden Belegschaftsvertretungen zu den zur Mitbestimmung berechtigten Körperschaften im Sommer 1990 in den anderen untersuchten Betrieben. In der BWS AG Sömmerda erfolgte die Betriebsratswahl im September 1990⁵⁵, in der EKO Stahl AG Ende des Jahres.⁵⁶ In der VEAG hatten einzelne Betriebe bereits vor dem offiziellen Inkrafttreten der westdeutschen Mitbestimmungsgesetze ihren Betriebsrat nach den Regeln des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt, andere wählten später.⁵⁷

Parallel zur Schaffung von Betriebsräten nach westdeutschem Muster erfolgte die Übernahme der neugeschaffenen Vorstände und Aufsichtsräte der AG und GmbH durch Westmanager, ob sie nun bereits – was 1990 noch selten war – im Auftrage der neuen Eigentümer handelten oder im Auftrage der Treuhandanstalt. Dies war für die Durchsetzung westdeutscher Unternehmensorganisation und Unternehmenskultur noch bedeutsamer. Den ersten "westdominierten" Aufsichtsrat erhielten die Buna AG Ende August, die EKO Stahl AG Anfang September, die DWA AG Ende Oktober, die ESPAG im November und die VEAG im Dezember 1990, die Jenapharm GmbH dagegen erst im März 1991. Der neuernannte Aufsichtsrat bestimmte die Zusammen-

setzung des bei der AG-Bildung vorläufig eingesetzten Vorstands endgültig. Ein "west-dominierter" Vorstand lenkte die VEAG ab Ende 1990, die BWS GmbH ab Juni 1991, die DWA AG ab Ende 1991. Die EKO Stahl AG, an deren Spitze der ehemalige Kombinatdirektor und Vorsitzender des Unternehmensforum Karl Döring stand, war erst 1994 derart geprägt. In der Jenapharm GmbH ist der 1987 ernannte Betriebsdirektor des VEB Jenapharm bis heute Geschäftsführer der Jenapharm GmbH.⁵⁸

Natürlich müssen die Übernahme der westdeutschen Mitbestimmungsgesetze und die Übergabe der wichtigsten Aufsichtsrats- und Vorstandsposten an Westdeutsche noch nicht bedeuten, daß von diesem Tage an sämtliche wirtschaftsdemokratischen Errungenschaften der Revolutionszeit ad acta gelegt wurden. Manches im Verhältnis Konzernleitung und Belegschaftsvertretung blieb in den westdeutsch gewordenen Betrieben Ostdeutschlands vielleicht doch anders. Ein wissenschaftlich begründetes Urteil darüber zu fällen, ist vorerst nicht möglich. Statt dessen sollen einige Betriebsräte aus den Niederlassungen der Vereinigten Energiewerke AG zu Wort kommen. Sie urteilen aus zehnjährigen Erfahrungen mit der Mitbestimmung gemäß Betriebsverfassungsgesetz:

Günter Dittrich, langjähriger Betriebsratsvorsitzender des Kraftwerks Boxberg, beschreibt die Möglichkeiten der Betriebsräte, auf Unternehmensbelange Einfluß zu nehmen, so: "Es gibt im Betriebsverfassungsgesetz so gewisse Abstufungen: Wo habe ich nur Informationsrecht, wo habe ich Mitbestimmungsrecht? Zum Beispiel in wirtschaftlichen Dingen hat der Arbeitgeber in aller Regel nur Informationspflicht gegenüber dem Wirtschaftsausschuß des Betriebsrates. Da haben Sie nur eine Chance: Wenn Sie nachweisen, daß das Vorhaben wirtschaftlicher Unfug ist, dann können Sie das verhindern. Aber wollen mal ehrlich sein, wo gibt es einen Vorstand, der so etwas macht?! Das muß schon ein Glücksfall sein. Also, in aller Regel wird es schon wirtschaftlich sein. Da kann ich nichts machen. Wenn allerdings bei dieser wirtschaftlichen Änderung Personal betroffen ist, an der Stelle kommt dann die Mitbestimmung wieder hinein. ... Ich bin als Betriebsrat immer nur an den Auswirkungen beteiligt, aber nie an den Entscheidungen. Die Entscheidungen finden eine Etage höher statt, im Aufsichtsrat. Bloß, da (im mitbestimmten Aufsichtsrat - J.R.) ist es so, daß die Arbeitgeberseite die Doppelstimme hat. Also, quasi bin ich eigentlich gar nicht beteiligt. Selbst wenn alle Arbeitnehmervertreter dagegen wären, da würde der Aufsichtsratsvorsitzende in seinen Hut fassen, seine 2. Stimme ziehen. ... Es ist schon nicht schlecht ausgeklügelt, das Regelwerk, das die mal gemacht haben."⁵⁹

Aber selbst in der Frage der Entlassungen, wo den Betriebsräten nach westdeutschem Mitbestimmungsrecht noch die größten Einflußmöglichkeiten eingeräumt wurden, war es zumindest unter den ostdeutschen Bedingungen der 90er Jahre schwierig mit der Interessenvertretung. Wilfried Schreck, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats des VEAG-Konzerns meint darüber: "Viele haben gesagt: Das Erreichte, das ist ja gut, - da war ich trotzdem nicht zufrieden. Zum Beispiel, die Ergebnisse der Sozialplanverhandlung, daß die Leute auch eine ganze Menge Geld, sprich Abfindung, bekommen haben, dann war das sicherlich ein Ergebnis, wo man sagt: Ja, aus der Situation

heraus war das nicht schlecht. Aber was ich im Prinzip wollte, Arbeitsplätze schaffen, mehr Industrie ansiedeln – das habe ich nicht erreicht oder das haben wir nicht erreicht."⁶⁰

7. Abschließende Bemerkungen zur Rolle der Kombinate und Betriebe in der Herbstrevolution

Folgende verallgemeinernde Aussagen sind nach Auswertung der betrieblichen Ergebnisse des Jahres 1990 in vier ehemaligen Kombinaten mit (1989) 47 juristisch selbständigen Betrieben (VEB)⁶¹ sowie einigen weiteren VEB, soweit sie sich in relevanten Veröffentlichungen niedergeschlagen haben, zu wagen:

Erstens: Die Arbeiter und Angestellten in der volkseigenen Industrie spielten in der Herbstrevolution eine konstitutive Rolle. Und zwar nicht nur als Einzelpersonlichkeiten, sondern als Belegschaften. Die These von der Feierabendrevolution hat für die Monate September und Oktober 1989 ihre Berechtigung, für die Zeit danach ist sie nicht nur einseitig, sondern irreführend.

Zweitens: Die revolutionäre Entwicklung in den Betrieben folgte der auf der Straße mit einer deutlichen zeitlichen Verzögerung. Der konkrete Rückstand sollte nicht nur an den Demonstrationen von Leipzig und Berlin gemessen werden, sondern auch an den Ereignissen in jenen Städten, wo sich der (Haupt-)Betriebsstandort befand. Hält man sich an den Terminus Herbstrevolution für die Ereignisse "auf der Straße" und im politischen System, dann müßte man für die Kombinate und Betriebe eher von einer Winterrevolution sprechen. Und wenn man die von den Belegschaften tatsächlich erkämpften Mitentscheidungsrechte zum Kriterium revolutionärer Umwälzung erhebt, - von einer "Frühjahrsrevolution". Zum zeitlichen Verlauf ist noch festzustellen, daß die revolutionäre Entwicklung in den Betrieben anfänglich nicht nur hinterherhinkte, sondern schließlich auch länger andauerte. War staatspolitisch durch die Selbstauflösung des Runden Tisches und die Volkskammerwahlen bis Mitte März 1990 die im Herbst 1989 eingeleitete revolutionäre Entwicklung gestoppt, so lief diese in den VEB generell bis Anfang Mai und in den für westdeutsche Aufkäufer weniger interessanten Betrieben und Branchen zumindest bis zum 1. Juli 1990 weiter.

Drittens: Je stärker ein Betrieb seit Jahren oder Jahrzehnten sozial privilegiert war, je mehr er mit Investitionen ausgestattet worden war, je moderner er war, desto später nahmen die oppositionellen Kräfte im Betrieb den Kampf um Veränderungen auf. (Gleiches gilt auch für die Standort-Städte).

Viertens: Die von der "innerbetrieblichen Opposition" im Herbst 1989 erhobenen Forderungen an die Gewerkschafts-, Partei- und staatlichen Leitungen des Betriebes waren zunächst inhaltlich eine Kopie der Forderungen der "Straße" (Ablösung des Politbüros usw.). Dann wurden die Forderungen der "Straße" – oft eindimensional – auf den Betrieb übertragen (Forderung nach Ablösung der privilegierten und des Amtsmißbrauchs verdächtigten Angehörigen der staatlichen Leitung) und mündeten schließlich in betriebskonkrete Forderungen (Verbesserung der Leistungsentlohnung, Gewährung von Erschwerniszulagen bei gesundheitsschädigenden Arbeiten).

Fünftens: Eine Rückwirkung der revolutionären Entwicklung in den Betrieben auf die Ebene des Landes hat es kaum gegeben. Das hatte wesentlich damit zu tun, daß es den Akteuren in Kombinat und Betrieben nicht gelang, über Gremien im Landesmaßstab wirksam zu werden. Der "Arbeitnehmerseite" gelang es nicht, den FDGB-Zentralvorstand, seit Ende Januar 1990 reformiert, dafür einzusetzen. Die Industriegewerkschaften arbeiteten jeder für sich und – nach ihrer Liierung mit den entsprechenden westdeutschen IG – im Kampf um Gewerkschaftsmitglieder auch gegeneinander.⁶² Auf der "Arbeitgeberseite" gelang es, mit der Gründung des Unternehmensforums im März 1990 eine derartige Institution zustande zu bringen. Die Auseinandersetzungen mit den Belegschaftsvertretungen, die Schwierigkeiten der Umbildung in Kapitalgesellschaften und die ständigen Entlassungsdrohungen der Regierung de Maiziere belasteten die Kombinatdirektoren. Es gelang nicht mehr, das Unternehmensforum "im Republikmaßstab" wirksam werden zu lassen; es löste sich im Herbst 1990 selbst auf.⁶³ Von November 1989 bis März 1990 wirkte sich jedoch das Wirtschaftsreformprogramm der Regierung Modrow aus: Die Kombinatdirektoren beeinflussten durch Beratung und Expertisen das auch vom Runden Tisch akzeptierte Reformprogramm der Regierung Modrow von Anfang Februar 1990 sowie die auf dieser Grundlage erlassenen Gesetze über Joint Venture, zur Treuhand und das Gewerkschaftsgesetz.⁶⁴

Sechstens: Das vielfach behauptete Machtvakuum hat es in den Betrieben kaum gegeben. Der Macht- bzw. Einflußverlust der "gesellschaftlichen Leitungen" in den Betrieben – von der SED über den FDGB bis zur FDJ – führte zur Stärkung der oppositionellen Gruppierungen. Es konsolidierten sich aber auch die staatlichen Leitungen, die – anders als bis zum Herbst 1989, als sie sich weitgehend den übergeordneten wirtschaftsleitenden Organen vom Wirtschaftssekretariat des ZK bis zum Branchenministerium unterzuordnen hatten – bis Ende Januar/Mitte Februar 1990 zur "führenden Kraft" in den Betrieben wurden. Es folgten Auseinandersetzungen zwischen den erstarkten Belegschaftsvertretungen und den Betriebs- bzw. Kombinatleitungen, was zur Konfrontation, teilweise zur "Doppelherrschaft" und schließlich zur Kooperation beim Steuern des Unternehmens unter rasch wechselnden, die betriebliche Existenz zunehmend gefährdenden Bedingungen führte.

Siebtens: Die westdeutsche Seite – Gewerkschaften und Betriebsräte wie auch Vertreter der Konzernvorstände – befand sich zunächst (Januar bis März/April 1990) objektiv in der Funktion von Helfern in der Auseinandersetzung zwischen ostdeutschen Belegschaftsvertretungen und Betriebsleitungen. Ab Mai wurde sie selbst Akteur und bestimmte nach den Regeln der asymmetrischen Arbeitsteilung im Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik das weitere Schicksal der ehemaligen VEB.

Nimmt man die Revolutionsmetapher ernst und erhebt die Machtfrage (Verteilung der Entscheidungsbefugnisse über das wirtschaftliche Schicksal des Betriebes und das soziale seiner Mitarbeiter) zum Hauptkriterium der Revolutionsentwicklung, dann läßt sich für die Betriebe eine – keineswegs stetig – aufsteigende Linie bis zum März 1990 verfolgen. Die – wenn man so will – Konterrevolution wurde ab Mai von der

Wirtschaftsexekutive der Regierung der Maizière eingeleitet und im Sommer 1990 nach der Währungsunion, der Eingrenzung der Rechte der Belegschaftsvertretungen auf das Betriebsverfassungsgesetz und nach der Schaffung westdominierter Aufsichtsräte und Vorstände, flächendeckend. Eine Restauration der alten Verhältnisse in den Betrieben bedeutete das natürlich nicht.

Es ließe sich streiten, ob es seit 1991 mehr Mitbestimmungsrechte in den Betrieben gibt als vor der Revolution. Legt man allerdings wirtschaftsdemokratische Vorstellungen als Meßlatte an und vergleicht die drei Phasen - bis Februar/März 1990, bis Mai/Juni 1990 und seit Juli 1990 - dann heben sich die Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte auf dem Höhepunkt der Revolution in den Betrieben in Umfang und Substanz deutlich sowohl von denen der realsozialistischen als auch von denen der realkapitalistischen Mitbestimmung – ohne deren Unterschiedlichkeit leugnen zu wollen - ab. So gesehen kann man für die Zeit ab Juli 1990 durchaus von Restauration sprechen. Die Forderung nach mehr Wirtschaftsdemokratie wurde jüngst noch einmal vom Berliner Wirtschaftsminister Gysi erhoben.⁶⁵ Auf die Kenntnis und intellektuelle Verarbeitung der zeitweiligen Errungenschaften der Belegschaften der VEB in der Revolution von 1989/90 sollte bei deren Durchsetzung nicht verzichtet werden.

-
- 1 Jürgen Kädler/Gisela Kottwitz: Betriebsräte zwischen Wende und Ende in der DDR (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 42), Berlin 1990, S.1.
 - 2 Siehe Renate Hürtgen: Der Aufbau von Gewerkschaften im Stadtraum Frankfurt (Oder), in: Umbruch. Beiträge zur sozialen Transformation. Studien – Analysen – Standpunkte, Berlin 1996, S.15-22; dies.: Die "Ostmitgift" auf dem Weg nach West. - Ergebnisse einer Studie über die ersten Frauen in den Betriebs- und Personalräten der neuen Bundesländer, in: Umbruch. Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern, Band 1, Berlin 1996, S.171-192.
 - 3 Renate Hürtgen: "Die Erfahrung laß ich mir nicht nehmen!". Demokratieversuche der Belegschaften in den DDR-Betrieben zwischen Oktober 1989 und Januar 1990, in: Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau (Hrsg.): DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999, S.20.
 - 4 Siehe Wolfgang Mühlfriedel/Dieter Taubert u.a.: 50 Jahre Jenapharm.1950-2000, Jena 2000, S.101.
 - 5 Siehe Jenny Richter/Heike Förster/Ulrich Lakemann: Stalinstadt-Eisenhüttenstadt. Von der Utopie zur Gegenwart. Wandel industrieller, regionaler und sozialer Strukturen in Eisenhüttenstadt, Marburg 1997, S.105.
 - 6 Jörg Roesler/Dagmar Semmelmann: "...Ohne Energie geht gar nichts". Die ostdeutsche Energiewirtschaft von den Kombinat zu VEAG (1980-2001), Berlin 2001, S.68.
 - 7 Ebenda, S.67.
 - 8 Siehe Annet Schüle: BWS Sömmerda. Die wechselvolle Geschichte eines Industriestandortes in Thüringen 1816-1995, Erfurt 1995, S.340.
 - 9 Siehe Hans Apel: Zerstörte Illusionen. Meine ostdeutschen Jahre, Stuttgart 2000, S.33, 38.

- 10 Roesler/Semmelmann, Energie, S.74.
- 11 Ebenda, S.68.
- 12 Ebenda, S.70.
- 13 Siehe Schüle, BWS Sömmerda, S.340.
- 14 Siehe Roesler/Semmelmann, Energie, S.67.
- 15 Siehe Herbert Nicolaus/Lutz Schmidt: Einblicke. 50 Jahre EKO Stahl, Eisenhüttenstadt 2000, S.229.
- 16 Siehe Rainer Karlsch/Raymond Stokes: Die Chemie muß stimmen. 1990-2000. Bilanz des Wandels, Leipzig 2000, S.47.
- 17 Apel, Illusionen, S.34.
- 18 Siehe ebenda, S.44; Karlsch/Stokes, Chemie, S.47f.
- 19 Siehe Roesler/Semmelmann, Energie, S.78.
- 20 Aus Platzgründen kann auf das Schicksal der anderen politischen Leiter in den VEB nicht näher eingegangen werden.
- 21 Mühlfriedel/Taubert, 50 Jahre Jenapharm, S.102.
- 22 Ebenda.
- 23 Nicolaus/Schmidt, Einblicke, S.230f.
- 24 Siehe Richter/Förster/Lakemann, Stalinstadt-Eisenhütten, S.114f.
- 25 Ebenda, S.114.
- 26 Mühlfriedel/Taubert, 50 Jahre Jenapharm, S.101.
- 27 Siehe ebenda, S.101.
- 28 Siehe Apel, Illusionen, S.52.
- 29 Siehe Detlev Brunner (Hrsg.): Der Wandel des FDGB zur kommunistischen Massenorganisation. Das Protokoll der Bitterfelder Konferenz des FDGB am 25./26. November 1948, Essen 1996.
- 30 Siehe Karlsch/Stokes, Chemie, S.499.
- 31 Roesler/Semmelmann, Energie, S.75.
- 32 Siehe Apel, Illusionen, S.52f.
- 33 Siehe Autorenkollektiv: Die Hoffnung starb zuletzt. Das Beispiel Bestwood, Kückenshagen 1997, S.31.
- 34 Siehe Mühlfriedel/Taubert, 50 Jahre Jenapharm, S.109.
- 35 Siehe ebenda, S.110.
- 36 Siehe Karlsch/Stokes, Chemie, S.48.
- 37 Roesler/Semmelmann, Energie, S.78.
- 38 Siehe ebenda, S.78f.
- 39 Apel, Illusionen, S.51.
- 40 Siehe Mühlfriedel/Taubert, 50 Jahre Jenapharm, S.110.
- 41 Siehe Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften vom 1. März 1990, in: Gesetzblatt (GBl.) der DDR 1990, S.107f.
- 42 Siehe Beschluß zur Gründung der Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt) vom 1. März 1990, in: GBl. der DDR 1990, S.107.
- 43 Siehe Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, in: Neues Deutschland, 20.4.1990. Detaillierter erforscht ist von den wirtschaftsrelevanten Ministerien dieser Regierung durch Felix Christian Matthes die Politik des Staatssekretariats für Energie im Ministerium für Umwelt, Energie und Reaktorsicherheit.
- 44 Siehe Wolfgang Fischer/Harm Schröter: Die Entstehung der Treuhandanstalt, in: Wolfgang Fischer/Herbert Hax/Hans Karl Schneider: Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen, Berlin 1993, S.35ff.
- 45 Siehe Christa Luft: Die Lust am Eigentum. Auf den Spuren der deutschen Treuhand, Zürich 1996, S.48f.
- 46 Siehe Felix Christian Matthes: Stromwirtschaft und deutsche Einheit. Eine Fallstudie zur Transformation der Elektrizitätswirtschaft, Berlin 2000, S.306ff.
- 47 Hans Maier: Mittelstand in den neuen Bundesländern, in: Materialien der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit", Deutscher Bundestag, Bd. III/1, S.878.

- 48 Siehe Roesler/Semmelmann, Energie, S.87.
- 49 Siehe Günther Krug; Auf den Schienen des Erfolgs. Die Geschichte der DWA von 1989 bis 1998, Berlin 1998, S.115.
- 50 Siehe Mühlfriedel/Taubert, 50 Jahre Jenapharm, S.111.
- 51 Vertrag über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, in: Der Staatsvertrag. Grundlage der deutschen Einheit, Bonn 1990, S.33.
- 52 Siehe Gesetz über die Rechte der Gewerkschaften in der Deutschen Demokratischen Republik vom März 1990, in: GBl. der DDR 1990, S.110.
- 53 Betriebsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Dezember 1988, in: Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1989 Teil I, S.902, und weitere fünf Mitbestimmungsgesetze, darunter das Mitbestimmungsgesetz vom 3. Mai 1976, in: BGBl. 1976 Teil I, S.1153.
- 54 Siehe Mühlfriedel/Taubert, 50 Jahre Jenapharm, S.112.
- 55 Siehe Schüle, BWS Sömmerda, S.349.
- 56 Siehe Richter/Förster/Lakemann, Stalinstadt-Eisenhütten; Krug, Schienen, S.115.
- 57 Siehe Martin Martiny: Praktizierte Mitbestimmung, in: Unternehmensmitbestimmung in den neuen Bundesländern - Eine Dokumentation, Bochum 1994, S.91; Roesler/Semmelmann, Energie, S.111.
- 58 Siehe Apel, Illusionen, S.10; Mühlfriedel/Taubert, 50 Jahre Jenapharm, S.119; Nicolaus/Schmidt, Einblicke, S.246; Karlsch/Stokes, Chemie, S.54f; Roesler/Semmelmann, Energie, S.103; Schüle, BWS Sömmerda, S.352; Krug, Schienen, S.17, 27; Eisenhüttenstädter Lesebuch, Berlin 2000, S.314.
- 59 Roesler/Semmelmann, Energie, S.113.
- 60 Ebenda, S.115.
- 61 Siehe Anschriften von Kombinat und Betrieben der DDR, Berlin 1990.
- 62 Siehe Unternehmensmitbestimmung (Dokumentation), S.13ff., 125f.
- 63 Siehe Apel, Illusionen, S.57.
- 64 Siehe Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der DDR, Berlin 1990.
- 65 Siehe Neues Deutschland, 27.2.2002.

Bilder aus dem VEB Forster Tuchfabriken – Spuren einer anderen fotografischen Praxis.

Zum Umgang mit historischen Fotografien aus der Industrie

Petra Clemens

Fotografie ist heute der größte Erinnerungsspeicher. Oder zurückhaltender formuliert: Neben der sprachlichen Überlieferung (schriftlicher wie mündlicher) ist ein visuelles Gedächtnis gewachsen. Im Verlaufe des 20. Jahrhunderts ist es den Menschen in den Industrieländern möglich geworden, selbst eine Unmenge von Fotos zu produzieren. Wurden sie früher noch in Alben in eine Ordnung gebracht, häufig mit Texten versehen, verstaubt man sie seit längerem eher nur noch in Kästen aller Art oder belässt sie in den Hüllen der Fotogeschäfte und legt sie weg. Dient das private Fotografieren mit der Zeit immer mehr als "Archiv des Vergessens"?¹ Mit Erinnern und Vergessen hatte ich als eine, die sich der Methode der Oral History bedient, immer zu tun. In diesem Zusammenhang auf Fotos und das Fotografieren zu schauen, war mir nicht eingefallen. Den Paradigmenwechsel in der Geschichtswissenschaft hin zum Sozialen, zur Lebenspraxis der Individuen haben auch Fotohistoriker mitvollzogen. Sie verließen den Rahmen einer Geschichte von Technik und Ästhetik der Fotografie und wandten sich den sozialen Gebrauchsweisen von Fotografie zu, einschließlich der fotografischen Praxis der Vielen, der Amateurfotografie als sozialem Phänomen, dem "Knipser" und seiner Bilderwelt. Wie sie ihrerseits das Feld von Alltag, Lebensgeschichte und Erinnerung untersuchten, habe ich erst nachgelesen, nachdem das Projekt zur Erschließung des Bildnachlasses des VEB Forster Tuchfabriken abgeschlossen war. Beide Wege und Ergebnisse des Projektes sowie den Forschungsstand zur Industriefotografie möchte ich hier vorstellen.

Ein DDR-Betriebsfotobestand und das Ergebnis seiner Kontextualisierung: Fotoamateure - "sozialdemokratische Lichtbildpflege" - Betriebsfotogruppen

Schon vor der Erschließung der Bilder aus der Tuchfabrik wurde ich mehrfach konfrontiert mit Fotografien, mit ihrer Bedeutung als Medium der Erinnerung, mit dem nach der Wende offensichtlich gewachsenen Erinnerungswert von Fotos, die aus privaten wie öffentlichen Anlässen von Arbeit und Betrieb aufgenommen wurden.

Von 1996 bis 1998 habe ich auf der Basis von Oral History gemeinsam mit Frauen aus den Kraftwerken Lübbenau und Vetschau sowie dem Braunkohlewerk Cottbus der Geschichte der Frauen und der Frauenarbeit in diesen Industriebereichen nachgespürt. Da ich in diesem Geschichte-von-unten-Projekt das Vorgehen nicht alleine bestimmte, sondern den Ansätzen und Zugriffen der beteiligten Frauen Platz einzuräumen hatte, konnte ich z. B. entdecken, wie viele private Fotos vom Aufbau der Kraftwerke, von der Erschließung der Tagebaue existierten - als Erinnerung an die eigene

Arbeit, das eigene Abenteuer, als Fixierung einer neuen Lebens- und Arbeitsumgebung. Und nicht ich, sondern die Frauen kamen auf die Idee, Arbeitsplätze von Frauen in den Kraftwerken zu fotografieren, bevor sie stillgelegt wurden. Dazu engagierten sie eine ehemalige Kollegin und Fotoamateurin, Mitglied in der einstigen Betriebsfotogruppe des Kraftwerks. Zeitgleich zu unserem Projekt wurde an einer Manifestation des Gegengedächtnisses der Lausitzer Region gearbeitet: mittels Sammlung historischer Fotos von sorbischen Dörfern und Kulturgütern, die der Kohle zum Opfer gefallen waren. Und schließlich brachte uns ein ehemaliger Kraftwerker kurz vor Schluß eine von mehreren Kisten aus dem Betriebsarchiv des Kraftwerks Lübbenau, die er ergattert hatte.

Diese Eindrücke und Beobachtungen haben meinen Umgang im Dokumentations- und Ausstellungsprojekt mit den Fotos aus den Betriebsarchiv der Forster Tuchfabriken, das ich am Brandenburgischen Textilmuseum zwischen 1999 und 2000 realisieren konnte, mitbestimmt. An der Erschließung der Fotos haben wir von Anfang an ehemalige Betriebsangehörige beteiligt. Auf ihr Expertenwissen, mit dem sie Arbeits- und Betriebsabläufe, Arbeitsorte und -verhältnisse benennen, auch auf Details aufmerksam machen konnten, waren wir in Ermangelung von Bildbezeichnungen und -verzeichnissen angewiesen. Gleichzeitig ging es auch um ihre Kommentare und Reflexionen zu diesen Fotos, um das, woran diese sie möglicherweise erinnerten.

Fotos halten Gewesenes präsent und gleichzeitig vergegenwärtigen sie Vergangenes. Auf Fotos ist die Zeit angehalten. Vergangenes kommt ganz nahe, wird sozusagen Realität. So ist es gewesen, heißt es. Durch die Überlagerung des Stillstandes der Zeit mit dem Postulat des Es-ist-so-gewesen wird Fotografie zum Medium der Melancholie, betont Roland Barthes in seinem Buch "Die helle Kammer".² Fotos mögen den sich erinnernden Menschen melancholisch machen, sie verweisen ihn aber ebenso immer wieder auf sich als ein historisches Wesen. Beides hat bei den Bildbetrachtungen im Raum gestanden. Mit der Erschließung der Fotos sowie der anschließenden Ausstellung wurden Fotografien, die einmal zu ganz unterschiedlichen Zwecken entstanden und im Betrieb genutzt wurden, erneut in Gebrauch genommen: nun ausschließlich als "Erinnerung, an die Erzählung knüpft" (Klaus Tenfelde). Auf dieser Ebene war die Einbeziehung von ehemaligen Belegschaftsangehörigen bei der Erschließung des Fotobestandes aus den Forster Tuchfabriken wie die anschließende Ausstellung ein Angebot zu Selbstvergewisserung von Erinnerungen wie zum Gespräch über ein Stück DDR-Industrie- und Arbeitsgeschichte.

Auch mein alleiniger Anteil an der Bilderschließung war nicht vordergründig an der Erschließung von Bildinhalten (was, wo, wer, wann ist da zu sehen) fixiert. Mich haben die Fotos als Kulturwissenschaftlerin interessiert, und zwar als eine, deren Themen immer um den Zusammenhang von Arbeit, Alltag und Politik in der DDR, vorrangig als Erfahrung von Industriearbeiterinnen, kreisten. Ich wollte das Material wechseln, nicht die Fragen und die Untersuchungsebene. Was geben die Fotos vom Arbeits- und Betriebsalltag wieder? Haben sie etwas mit den Erfahrungen von Arbeiterinnen und Arbeitern zu tun? Aber zuerst und zunächst wollte ich wissen: Für wel-

chen Zweck und in welchen Konstellationen sind die Fotos entstanden? Wie sind sie im Betrieb verwendet worden? Wer hat da überhaupt fotografiert? Wie kam diese Fotosammlung eigentlich zustande? Die computergestützte Dokumentation der Fotos zielt auf eine adäquate Umsetzung solcher Erschließung.³

Speziell auf die Ermittlungsergebnisse zur Entstehung der Fotosammlung aus dem VEB Forster Tuchfabriken wie zu ihren Fotografen soll im Folgenden aufmerksam gemacht werden.

Die Bilder aus der Tuchfabrik (5646 Fotos, überwiegend Schwarz-Weiß-Abzüge) wurden bar jeder archivalischen Bearbeitung überliefert. Vereinzelt trugen sie Spuren verschiedener Ansätze von Ordnungsversuchen. Sie waren nicht eingebettet in betriebliches Schriftgut. Zur Rekonstruktion der Entstehung der Sammlung wie einzelner ihrer Teile blieben uns als Ansatzpunkte Namen von Fotografen auf der Rückseite von Fotos und Stichworte auf Bündelungen. Durch Gespräche mit denen, die fotografiert hatten oder in deren Zuständigkeitsbereich fotografiert wurde, über aufgetriebenes autobiografisches Material des Hauptfotografen und ersten Betriebsarchivars, durch die Auswertung von Betriebs- und anderen Zeitungen sowie Einsichten in Betriebsakten ergab sich im Verlauf der einjährigen Erschließungsarbeit nach und nach ein Bild.

Den Grundstock des Bestandes legte der erste Archivar des Betriebes, Erich Fabian (1902-1993). Er steuerte auch den größten Teil der Fotos bei. 1966 wurde Erich Fabian, der damals kurz vor dem Rentenalter stand, mit der Aufgabe betraut, bei der bis 1970 abzuschließenden Zusammenlegung aller staatlichen Forster Tuchbetriebe ein zentrales Archiv aufzubauen. Wenn dabei vorhandene Fotos aus den einzelnen Betrieben nicht verloren gingen, wenn er seinen Betrieb auf diesem Weg fotografisch begleitete, zur Erinnerung fotografierte, dann folgte er damit seinem Interesse, seiner Intention, seiner Passion als "Fotoliebhaber", als Amateurfotograf und fotografischer Chronist. Zudem brachte er den Fotofundus, den er zuvor in seiner 12jährigen Tätigkeit als Leiter des betrieblichen Kulturhauses angelegt hatte, mit ein.

Die Menge an Fotos, die er in beiden Funktionen machte, entstand zu Teilen im Eigenauftrag, zu Teilen auf Verlangen des Betriebes. Bereits während seiner Zeit im Kulturhaus der Textilarbeiter dokumentierte er über das kulturelle, politische und soziale Geschehen im Kulturhaus hinaus das "Betriebsgeschehen" - wie er es nannte: "alte und neue Zustände" an Maschinen und in Werksälen im Rahmen von Betriebszusammenlegungen und Modernisierung, Arbeitssituationen, "Pausen- und Schmutzecken" in den Werken, Aktivisten, Arbeitskollektive, Betriebsleiter und "Betriebsleitungskollektive", Brigadeversammlungen und -veranstaltungen, betriebliche Kommissionen aller Art (von der Veteranenkommission bis zum Luftschutzkomitee), Lehrlingsausbildung, Unterrichtstage in der Produktion, Schulpatenschaften, Betriebsferienlager, Betriebs sportfeste, den Betriebszug innerhalb des 1.Mai-Aufmarsches.

Als einer, der "nebenher noch den Fotoapparat in Anwendung zu bringen versteht", hinterließ Erich Fabian einen Berg von Bildern, in der Überzeugung: "... ist doch das Foto als werbender Faktor und gutes Propagandamittel eine wesentliche Hilfe in unse-

rer Arbeit." So formulierte er in einem Betriebszeitungsartikel von 1959.⁴ Zu dieser Überzeugung kam er nicht zu Zeiten von DDR, VEB und SED, deren Mitglied er war. Sie wuchs ihm zu in seiner sozialdemokratischen Sozialisation. Seine Auffassung von den Funktionen der Fotografie, sein Gebrauch von Fotos, nicht nur als Werbe- und Propagandamittel in der Kultur- und Bildungsarbeit, sondern auch als Medium der Erinnerung, sein Grundverständnis von Fotografie als "Fotokunst", die sich filtern ließen aus Artikeln in der Betriebszeitung, aus Programmheften des Kulturhauses, aus Tagebuchaufzeichnungen, entwickelte er in Anlehnung an "sozialdemokratische Lichtbildpflege".

Bis er 1931 hauptberuflich als Arbeitersekretär beim ADGB-Ortsverband Forst angestellt wurde, arbeitete er als Weber. Von 1930 bis 1933 war er zugleich Vorsitzender des Ortsverbandes der Textilarbeiter und im Vorstand des SPD-Ortsverbandes. Seit seiner Jugend fotografierte er im Rahmen sozialistischer Arbeiterjugend- und Wanderbewegung sowie auf Veranstaltungen von Arbeitersportvereinen der Niederlausitz. In der Zeitung "Der Vorturner", dem zentralen Blatt des Arbeiterturn- und Sportverbandes, das in Leipzig erschien, wurden Fotos von ihm veröffentlicht. Dem Lokalteil der "Lausitzer Volkszeitung", dem sozialdemokratischen Organ der Niederlausitz, war zu entnehmen, daß er Lichtbildervorträge der Lichtbildzentrale des Reichsausschusses für sozialistische Bildung präsentierte. Als sozialdemokratischer Funktionär las er diese Zeitung nicht nur, sondern lieferte Artikel für den Lokalteil, den er 1931 für ein viertel Jahr vertretungsweise redigierte. Die auch dieser Regionalzeitung beigegebenen Bildbeilage "Volk und Zeit" hatte er mit Sicherheit zur Hand.

Mit seiner sozialdemokratischen Vorgeschichte wurde Fabian nach seiner Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft Ende 1948 beruflich und politisch marginalisiert. Als Teil einer politischen und Berufsbiografie läßt sie sich erfassen. Vage bleibt sie als Umfeld und Prägung eines Amateurfotografen, der das "Betriebsgeschehen" in den Forster Tuchfabriken (vorrangig für die 1950er und 1960er Jahre) ins Bild setzte und dessen Anteil an der Fotosammlung m.E. so etwas wie eine "Ethnographie der Forster Tuchindustrie" visualisiert.

Im Fotobestand fanden sich auch zahlreiche "Innenansichten" von Werksälen sowie Ansichten von Werkhöfen, Fabrikturen und -einfahrten, die von anderen Fotos mit gleichen Motiven mehr oder weniger abstachen, durch die Realität, die sie zeigen, durch den gewählten Ausschnitt, durch Skurilität oder fotografischen Avantgardismus, den der Student der Fotografie von der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst, der später an der Auswahl der Bilder für die Ausstellung beteiligt war, bei seinem ersten Zugriff zu erkennen glaubte. Ein Verzicht auf die Klärung von Entstehungs- und Verwendungszusammenhängen, eine Beschränkung auf die Erfassung von Bildinhalten und -motiven hätte glatt den fotografischen Beitrag von Mitarbeitern der Abteilung "Ordnung und Sicherheit" des Betriebes am Zustandekommen der Fotosammlung unterschlagen. Die Aufschrift "Ordnung und Sicherheit" an einzelnen Fotobündeln gab uns aber einen sicheren "Hinweis". Bei diesen Fotos, oft Serien und als solche auch erst in der Erschließungsarbeit rekonstruiert, ging es um

Arbeits- und Brandschutz, um die technische, Verkehrs- und politische "Ordnung und Sicherheit" im Betrieb. Fotografiert wurden von Mitarbeitern der Abteilung in der Mehrzahl Situationen der realen Verletzung. Sie dienten ihnen als Beweis und Nachweis, als Absicherungswie Druckmittel, in einigen Fälle auch als Anschauungsmaterial für die gängigen Belehrungen der Belegschaft. Sie entstanden in den 1970er und 1980er Jahren, also seit der Gründung des Großbetriebes. Aus den Händen einzelner Mitarbeiter in die Fotosammlung im Betriebsarchiv kamen sie vermutlich erst mit der Auflösung des Betriebes 1992.

Seit den 1970er Jahren vergab die Abteilung Neuererwesen der Forster Tuchfabriken auf einer speziellen Strecke Aufträge für Fotos nach außen. Sie gingen immer an ein und dieselbe private "Werkstatt für Werbung" in Forst. Ihr Inhaber, Reinhard Richter (geb. 1930), gelernter Gebrauchswerber, hatte bis 1964 als Werbeleiter in einem staatlichen Tuchbetrieb gearbeitet. Fotografische Qualifikationen erwarb er sich in Kursen, die die Gesellschaft für Fotografie beim Kulturbund der DDR für Amateurfotografen ausrichtete. Mit seiner 6 x 6-Profikamera, den zusammengebastelten Schalen für die Entwicklung großformatiger Fotos und seiner kleinen Werkstatt wurde Reinhard Richter im Bezirk Cottbus zu der Adresse für Betriebe der kurzgehaltenen Textilindustrie, wenn die Ausstattung der jährlichen "Messen der Meister von Morgen" anstand. Auch für die Forster Tuchfabriken fotografierte er Neuerer an ihren verbesserten Maschinen, mit ihren Erfindungen und Produkten. Die von der Abteilung Neuererwesen dann getroffene Auswahl ging in das Betriebsarchiv ein.

Der Bestand an Bildern aus der Tuchfabrik hatte auch noch andere, kleine und kleinste Zuflüsse. Nicht alle waren identifizierbar. Bilder aus der Betriebszeitung fanden sich wenige. Die Betriebszeitungsredakteure hielten, was sie selbst für die Zeitung fotografierten, in einem eigenen Bildarchiv. Das wurde nicht im Betriebsarchiv abgegeben, als die Zeitung im Dezember 1989 ihr Erscheinen einstellte.

Trieb Archivar Fabian, als er fotografierte, Fotos anderer zusammenhielt, Dia-Reihen unter dem Titel "Kennst Du Deinen Betrieb?" anlegte, in seinen Ausstellungen zur Betriebsgeschichte "vielseitig gestaltete Fotosammlungen, teils als Montage oder in Alben zur Einsicht bereit (legte)"⁵ noch die Absicht, mit Fotos Geschichte zu dokumentieren und zu demonstrieren, sie für eine Traditionsbildung im Betrieb einzusetzen, so entfielen solche Motive mit seinem Ausscheiden aus dem Betrieb 1974. Im Archiv häuften sich jedoch weiter Bilder. Bilder, die eben keiner Industriefotografie, definiert als professionelle Gebrauchsfotografie, zuzuordnen sind und bei der es herkömmlich um repräsentative Bilder ging, mit denen sich ein Unternehmen nach außen wie nach innen legitimierte. Es sind einfach Fotos aus der Industrie, die Verschiedenstes, meist für den "Hausgebrauch", dokumentieren sollten. Und sie wurden zum größten Teil von Belegschaftsangehörigen, darunter von Fotoamateuren, aufgenommen.

Zwischen 1966 und 1975, zu der Zeit als Erich Fabian als Betriebsarchivar und fotografischer Chronist der Forster Tuchfabriken war, setzte die Zentrale Kommission Fotografie (ZKF) beim Deutschen Kulturbund der DDR neue Orientierungen für den Umgang mit Fotografie und für das fotografische Schaffen (im zeitgenössischen Sprachgebrauch), auch und gerade der Amateurfotografen.

Während es in den ersten Jahren nach der Bildung der ZKF im Mai 1959 "immer noch um die Verteidigung des Kunstwertes der Fotografie", um Voraussetzungen und Funktionen einer "ästhetisch-künstlerischen Fotografie" gegangen war, hieß es nun:

- mehr Aufmerksamkeit gegenüber dem dokumentarischen Wert der Fotografie bzw. stärkere Beachtung des "ästhetisch-dokumentarischen gegenüber dem ästhetisch-künstlerischem Foto",

- Hinwendung zum Foto als "technischem und sozial-politischem Dokument".⁶

Die ZKF machte mit Ausstellungen, Konferenzen und Veröffentlichungen auf die Arbeiterfotografen als Traditionslinie des fotografischen Schaffens aufmerksam. Diese fand sie in der 1966 erschienenen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nicht erwähnt und präsentierte sie 1966 mit einer ersten Ausstellung im Museum für Deutsche Geschichte. Die wollte sie - Quintessenz der 3. Theoretischen Beratung der ZKF im November 1966 - wissenschaftlich bearbeitet sehen.⁷ Mit der 1967 im Auftrag der ZKF von Berthold Beiler herausgegeben Broschüre "Berichte, Erinnerungen, Gedanken. Zur Geschichte der Deutschen Arbeiterfotografie 1926 bis 1933" wurde diese Aufforderung unterstrichen und zudem auf die Notwendigkeit verwiesen, "der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine entsprechend geschlossene historische Bilddokumentation an die Seite zu stellen".⁸

Die ZKF entwickelte in diesem Zeitraum ein Instrumentarium zur Anleitung, Anregung und Profilierung der Betriebsfotogruppen, die seit den 1950er Jahren neben örtlichen Fotozirkeln und -klubs des Kulturbundes existierten. Am Anfang stand eine Konferenz von Leitern von Betriebsfotogruppen im Februar 1967, mit der im Eilverfahren die erste "Leistungsschau" solcher Gruppen anlässlich der Arbeiterfestspiele im Juni des selben Jahres vorbereitet wurde. Solche Leistungsschauen waren fortan Bestandteil der Arbeiterfestspiele. Dazu kamen

- die "Rieser Fototage" als mehrtägige Veranstaltung zum Erfahrungsaustausch und als Bildungsprogramm für Betriebsfotogruppen (ab 1972),

- eine am Fachbereich Fotografie der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig eingerichtete Konsultationsstelle für diejenigen, die Fotos zu den Arbeiterfestspielen einreichen wollten (ab 1973),

- Vorstellungen, Bildveröffentlichungen und Wortmeldungen von Betriebsfotogruppen in der Zeitschrift Fotografie, die von der ZKF herausgegeben wurde,

- schließlich eine spezielle Arbeitsgruppe "Betriebsfotogruppen" bei der ZKF, der neben einem Vertreter des FDGB-Bundesvorstands, einem Redakteur des Fotokinoverlages sowie einem Mitglied der ZKF Leiter von mehreren Betriebsfotozirkeln angehörten.⁹

Als Wirkungsfeld der Betriebsfotogruppen unmittelbar im Betrieb wurde die fotografische Gestaltung von Betriebschroniken, von Brigadetagebüchern, die Mitarbeit in der Betriebszeitung, die Erarbeitung von Fotoausstellungen, auch Diapräsentationen propagiert. Das Thema Arbeit wurde als wichtiger, aber nicht ausschließlicher Motivbereich gesehen.

Ich bin auf die ZKF und ihre Aktivitäten speziell im Bezug auf die Betriebsfotogruppen vom Material her aufmerksam geworden, durch die Kontextualisierung der

Fotos. Z.B. weil ich wissen wollte: Wo genau war Erich Fabian denn, wenn er in seinem Tagebuch so unpräzise wie knapp die Teilnahme an einer "Fotoberatung im DDR-Maßstab" vermerkte, aber ausführlicher auf die Erinnerungsgelegenheit der damit verbundenen Reise eingeht. (Wie andere Stellen im Tagebuch verweist auch diese auf sein an der deutschen Klassik orientiertes, sozialdemokratisch grundiertes Bildungsideal und -streben.) "Ich richtete die Fahrt so ein, daß mir in Weimar und Jena einige Stunden Zwischenaufenthalt blieben. ... Weimar! Oft weilte ich schon hier, wo es mich als jungen Burschen 1925 hinzog. Der Park, das Schloß, das Nationaltheater, wo ich vor drei Jahren den Faust erlebte. Zwar gab es auch tüchtigen Regen in der Goethestadt, aber einige Farbaufnahmen machte ich dennoch. In Jena machte ich auch kurz Station. Auch diese Unistadt ist mir sehr vertraut, denn hier 'studierte' ich im Zeiss-Werk auch mal vier Wochen Kinotechnik. Am Abend kam ich noch zum Fototreff zurecht, wo es manch guten Hinweis gab."

Bei diesem "Fototreff" handelte es sich um die schon erwähnte erste Konferenz von Betriebsfotografenleitern im Februar 1967, zu der die Veranstalter – ZKF und FDGB-Bundesvorstand – ins Kunstfaserwerk "Wilhelm Pieck" in Schwarzta eingeladen hatten. Ein weiteres Mal stieß ich auf die ZKF, als ich in einem Übergabeprotokoll, das Fabian bei Ausscheiden als Betriebsarchivar angefertigt hatte, den Titel der 1967 veröffentlichten Broschüre über die Arbeiterfotografen fand. Das waren die Auslöser, die ZKF in den Blick zu nehmen, grob und ausschließlich über die Durchsicht des von ihr herausgegebenen Mitteilungsblatts wie der Zeitschrift Fotografie. Genauere Betrachtungen der ZKF, ihrer Positionen zur Fotografie, zum "fotografischen Schaffen" im Kontext von DDR-Kulturpolitik, ihrer Vorstellungen, Absichten und Aktivitäten im Hinblick auf die Betriebsfotografen wie der Praxis von Betriebsfotografen wären notwendig. Solche Untersuchungen können nicht nur die Frage beantworten, ob sich Intentionen und Wirken der ZKF bezüglich der Amateurfotografie, speziell der Betriebsfotografen, in Analogie des Titels eines Artikels aus der Zeitschrift "Fotografie" unter dem Motto "Vom Arbeiterfotografen zum fotografierenden Arbeiter" zusammenfassen ließen.¹⁰ Sie würden überdies spezifische Konstellationen bei der Produktion und für den Gebrauch von Fotos aus der Industrie in der DDR überhaupt erst kenntlich machen. Sie wären hilfreiche Orientierungen bei der angelaufenen Erschließung solcher Fotos in Museen und Archiven und für ihre noch ausstehende wissenschaftliche Auswertung notwendig. Außerdem könnten sich über sie weitere Fundstellen für Bilder von Arbeit und Industrie auftun, neben den Fotobeständen aus Archiven von DDR-Betrieben.

*DDR-Betriebsfotografie - (k)ein Thema für historische Forschung und Sammlung?
Forschungsstand und Erschließungspraxis bei historischen Fotografien aus der Industrie*

In der alten BRD läuft die Erschließung und Auswertung von Fotografien aus Werksarchiven seit 20 Jahren. In der Geschichtswissenschaft stieg das Interesse an diesem historischem Bildmaterial im Zuge ihrer sozial-, alltags- und arbeitergeschichtlichen Ausrichtung. Es waren Historiker, die die Industriefotografie entdeckten, die als Gen-

re der Fotografie von Fotohistorikern kaum beachtet wurde und in fotografiegeschichtlichen Abhandlungen keine Rolle spielte. Nicht zuletzt auf dem Hintergrund des Erlebens, daß die materielle Welt der alten Industriegesellschaft verschwand, wurden Fotografien aus Werksarchiven zu historischen Dokumenten, die es zu sichern, ja zu retten galt und zu denen es einen öffentlichen Zugang geben sollte. Das Ruhrlandmuseum in Essen startete in diesem Sinne 1981 mit dem Projekt "Industriefotografie", in dem im Verlauf von sechs Jahren ca. 24.000 Fotos aus Werksarchiven von 18 Firmenarchiven auf Mikrofiche verfilmt, dokumentiert und öffentlich nutzbar gemacht wurden. Der Aufbau dieser Infothek über Werksfotografiebestände im Ruhrgebiet bietet seither Stadtplanern und Architekten, Denkmalpflegern und Historikern Informationen. Im Rahmen dieses Projektes und auf der Basis seines umfangreichen Materials erfolgte eine erste grundlegende Untersuchung zu Fragen wie: Was heißt Industriefotografie? Wie hat sie sich historisch entwickelt? Was für Themen deckt sie ab? Die Ergebnisse dieser Untersuchung von Reinhard Matz¹¹ im Fazit: Industriefotografie umfaßt Aufnahmen, die als Auftragsarbeiten für ein Unternehmen entstanden oder von ihm erworben wurden. Ihre Gegenstände/Themen sind Industriearchitektur, Technik, Produkte, Arbeit. In jedem Fall hat sie für das Unternehmen Repräsentationsfunktion nach außen wie nach innen. Sie streicht Leistungsfähigkeit, Größe, Ordnung, Modernität und Soziabilität eines Unternehmens heraus. Die Konstruktion eines solchen repräsentativen, werbewirksamen fotografischen Bildes besorgten 100 Jahre lang, von 1860 bis Ende der 1950er Jahre, werkseigene, professionelle Fotografen, danach Werbeagenturen und freie Fotografen. D.h. Industriefotografie ist professionelle Gebrauchsfotografie. Arbeit ist das jüngste Thema der Industriefotografie. Es bildete sich zwischen den 1930er und 1950er Jahren heraus. Repräsentationsbedürfnis und Werbewirksamkeit führten auch hier Regie. Arbeitende Menschen geraten lediglich zu "Funktions- und Zeichenträgern" für alle Tugenden eines Arbeitnehmers: Konzentration, Eifer, Bereitwilligkeit, Zufriedenheit in der Arbeit, Identifikation mit dem Unternehmen. Und "das Abgründige an diesem Zerrbild": Die fotografierten Arbeiter und Angestellten tragen zu seinem Zustandekommen bei. Sie arbeiten mit an dem Bild, das ihnen als Vorbild entgegengehalten wird.¹²

Unterm Strich: Für Reinhard Matz ist Industriefotografie allein im Hinblick auf die Funktion und den Gebrauch der Bilder als Code und gesellschaftliches Lernprogramm aussagefähig und untersuchenswert.

Matz ist Fotograf und Medienwissenschaftler. Er fragt vorrangig nach der Funktion von Fotografien in der gesellschaftlichen Kommunikation, weniger schon nach der Produktion und Rezeption. Sein methodischer Zugriff folgt einem seriell-ikonografischen Ansatz, mit dem umfangreiche Bildbestände längs einer Zeitachse auf Themen und Motive untersucht werden. Solche quantitativen Auswertungen, die sein umfangreiches Material natürlich auch nahelegte, gibt vor allem Aufschluß über gesellschaftlich ebzw. durch gesellschaftliche Gruppen verordnete Wahrnehmungen, in dem Falle von Industrie und Arbeit.

Aus der Sicht der Alltagsgeschichte hat Alf Lütke in einem Aufsatz gefragt, inwiefern "Industriebilder - Bilder industrieller Arbeit" sind.¹³ Er verweist darauf, daß zum Selbstbild wie zur Selbstdarstellung von Arbeitern Qualität der Arbeit und des Produktes gehören, und zeigt, daß dies zugleich ein standardisiertes Bild ist, an dem sich Arbeiterfotografen wie Industriefotografen orientierten. An der Geschichte eines Fotos, das als Selbstaufnahme eines Arbeiters an der Drehbank entstand und schließlich in der AIZ veröffentlicht wurde, als auch im Abgleich dieses Bildes mit Aufnahmen eines Industriefotografen von Hanomag, verdeutlicht er, daß auch scheinbar eindeutige visuelle Aussagen in ihrer Ambivalenz zu akzeptieren und dementsprechend zu erkunden sind.

Fotografie ist zweideutig - in ihrem Bezug zur Wirklichkeit, zur Gesellschaft. Das hat eine Aufsatzreihe des Italieners Peppino Ortoleva, 1989 in deutscher Übersetzung veröffentlicht¹⁴, wohl nachhaltig gerade unter Historikern verankern können.

Ortolevas Beschreibung der medienspezifischen Eigenschaften von Fotografie stellt heraus: Fotografie ist Instrument zur Reproduktion und Konservierung von Realität und Kommunikationsmittel bzw. Teil eines gesellschaftlichen Kommunikationssystems. In diesem Sinne ist sie

- wirklichkeitsgetreue Wiedergabe/Kopie von Realität und von Vorstellungswelten,
- Fixierung von Wirklichkeit und Schein,
- Ausdruck von Vermassung und standardisierten Symbolen und Wiedergabe/Abdruck von Detailfülle und Individualität.

Durch ihre Konservierungs- und Kommunikationsfunktion ersetzt sie verbale Vermittlung und ist auf sie angewiesen.

Diese Charakteristika von Fotografie stehen, wie Ortoleva betont, nicht im Widerspruch zueinander, sondern in Verbindung, wobei im einzelnen Bild die Anteile dieser Verbindung unterschiedlich ausfallen.¹⁵

Fixiert auf die Abbildungsgenauigkeit von Fotografie, also auf ihre Möglichkeit zur Konservierung und Reproduktion von Realität, haben Sozial- und Alltagshistoriker zunächst einmal der Fotografie eine Eigenständigkeit als historisches Dokument eingeräumt und ihr einen Platz in entsprechenden Publikationen gegeben. Als (unkommentiertes) "Pendant zum Text", wie sich Hermann Glaser in seinem 1981 erschienenen Buch "Maschinenwelt und Alltagsleben". Industriekultur in Deutschland vom Biedermeier zur Weimarer Republik" ausdrückte, mit dem "die Geschichte der Leute im Maschinenzeitalter nicht nur zum Sprechen, sondern auch zum Ansehen und damit zu Ansehen" gebracht werden sollte.¹⁶ In dem 1990 erschienen Band "Elektrifizierung in Westfalen", der im wesentlichen auf Bildmaterial aus den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalens basiert, wird auf diesen bis dahin geläufigen Umgang mit Industriefotografie reflektiert, der dem Leser weder Zugang zur "verschlüsselten Sprache der Fotografie" ermöglicht, noch den Quellenwert von Fotografie ausschöpft.¹⁷ Der Beitrag von Peter Döring über "Industriefotografie als historische Quelle" verdeutlicht die Notwendigkeit wie die Schwierigkeit, die quellenkritische Meßlatte bei fotografischen Quellen genauso hoch anzulegen wie bei schriftlichen Quellen. Auch

bei der oft kontextlos überlieferten Industriefotografie sind Fragen nach der Echtheit des Fotos, nach der Richtigkeit seiner Betextung, nach der Bestimmung des Motivs, der Identifikation des Abgebildeten, nach Auftraggeber und Fotografen und schließlich nach den Wirkungsabsichten und Rezeptionsbedingungen z.T. nicht einfach oder nur aufwendig zu beantworten. Ihre Auswertung verlangt außer medienspezifischen Kenntnisse in starkem Maße die Hinzuziehung schriftlicher Quellen. Und: Die Ergebnisse dieser Ermittlung müssen benannt, die Fotos verbal vermittelt werden. Erst so werden Fotografien zu historischen Dokumenten und können auch "gelesen" werden.

Zu den ikonologisch-ikonografischen Methoden, mit denen im Falle der Industriefotografie in der ersten von Reinhard Matz geleiteten Analyse vorrangig operiert wurde, sowie den realkundlichen und sozialgeschichtlichen Blicken auf Fotografien dieser Herkunft, um dessen Präzisierung es z.B. bei Peter Döring ging, kam in den 1990er Jahren verstärkt eine kulturgeschichtliche Betrachtung von Fotografie: Was ist in einer Gesellschaft fotografierbar und was nicht? Wer fotografiert? In welchen sozialen Konstellationen wird die Fototechnik, die Fotoindustrie entwickelt? Wie erfolgt die Produktion bzw. Massenproduktion von fotografischen Bildern? Wie steht es um die öffentliche Präsenz und Präsentation von Fotografie? Wie wird sie öffentlich und privat angewendet und rezipiert? In welchem Verhältnis steht die Fotografie zu anderen Medien?

Ortoleva, der schon im Hinblick auf die Charakterisierung der Eigenschaften von Fotografie erwähnt wurde und dem es vor allem um eine Neukonzipierung der Fotografiegeschichte geht, betont in seiner Aufsatzreihe immer wieder die Bedeutung der Kontextualisierung bei der Analyse von Bildern, die Notwendigkeit einer Untersuchung der "fotografischen Kultur" in einer Gesellschaft.¹⁸

Anerkennung der Zweideutigkeit von Fotografie (was heißt, daß man sich sowohl von Zugriffen verabschiedete, die einseitig von der Konservierungs- und Kopiefähigkeit der Fotografie ausgehen, als auch von Auffassungen, Fotografie sei nur gestellte, verstellte oder gefälschte Wirklichkeit.), Kontextualisierung von Fotografien und von Fotografie, Praktizierung verschiedener methodischer Ansätze, die gegenseitig rezipiert werden, die man auch vermischt - in diesen Gleisen hat sich historische Bildforschung seit den 1990er Jahren entwickelt und als interdisziplinäres Feld für Medienwissenschaftler, Fotohistoriker und Historiker aufgetan.¹⁹

Diese Entwicklung findet in dem von Klaus Tenfelde 1994 herausgegebenen Band "Bilder von Krupp. Fotografie und Geschichte" Niederschlag und Ausdruck.²⁰ Eindrücklich - neben dem Reservoir unterschiedlicher Methoden der Bildauswertung - ist die offerierte Bandbreite an Fotografien, die im Krupp-Archiv überliefert sind, bzw. die mit den einzelnen Studien zu Tage geförderte Vielfalt der Funktionen von Fotografien in diesem Unternehmen.

Auch das seit 1999 im Museum der Arbeit in Hamburg laufende "Forschungs-, Archiv- und Ausstellungsprojekt" zu fotografischen Sammlungen aus Hamburger Unternehmensarchiven knüpft an neuere, speziell kulturgeschichtliche Ansätze an.²¹ Und es setzt inhaltliche Schwerpunkte da, wo die bisherigen Untersuchungen zur

Industriefotografie des Ruhrgebiets keine Aussagen machten oder aufgrund der Materialbasis nicht ermöglichen:

- bei der Erfassung der Berufsbiografie von Industriefotografen als Beitrag zur Berufsgeschichte,
- bei der Erschließung von Bildnachlässen aus Industriezweigen und -betrieben jenseits der "Großindustrie", die im Bildgedächtnis präsent ist und das Bild von Industrie prägt.

Der zeitliche Schwerpunkt der Forschungen zur Industriefotografie liegt nach wie vor auf der Zeit zwischen 1860 und 1930. Ein "Bildquelleninventar zur frühen sächsischen Industriegeschichte" als Ergebnis eines Gemeinschaftsprojektes des Zentrums für Höhere Studien der Universität Leipzig, des Sächsischen Wirtschaftsarchivs und der Archivverwaltung des Freistaates Sachsen, das zwischen 1999 und 2001 realisiert wurde, verbreitert die Materialbasis für Forschungen in diesem Zeitrahmen.²² Inventarisiert wurden alle bildlichen Quellen, nicht nur Fotos, aus dem Zeitraum zwischen den 1830er Jahren und dem Ersten Weltkrieg. Ihre Digitalisierung ist angelaufen. Man bemüht sich um die Finanzierung eines Anschlußprojektes, in dem das Bildmaterial der 1920er und 1930er erfaßt werden soll.

Die Erschließung von Werksfotografien und ihre öffentliche Nutzbarmachung ist also seit längerem im Gange. Bei ihrer wissenschaftlichen Auswertung spielen, wie ich versucht habe, deutlich zu machen, die Kontextualisierung von Fotografien und Fotografie und damit auch die neueren, kulturgeschichtlichen Ansätze zunehmend eine Rolle. Bisher ist dabei ausschließlich Industriefotografie, so wie sie in der bürgerlichen Gesellschaft und in der kapitalistischen Wirtschaft entwickelt und praktiziert wurde, untersucht worden. Nach dem Abgang der DDR sehen sich Archive und Museen vor einem Berg von Neuzugängen, auch hinsichtlich fotografischen Materials aus Betriebsarchiven. Bei dessen Einarbeitung muß die Vermeidung von Verlusten an Informationen Gebot und die Beachtung von Kontexten zum Standard werden.²³ Ein gemeinsames Vorgehen von Archivaren bzw. Museumsleuten und Historikern scheint hier sinnvoll und notwendig. Die Erfahrungen aus dem Forster und dem sächsischen Projekt erhärten und bestätigen das.²⁴ Es befördert die Akzeptanz von Fotografie als eigenständige historische Quelle, hilft Nutzerinteressen zu formulieren und Auswertungspotenziale zu verdeutlichen.

Noch steht eine wissenschaftliche Beschäftigung mit DDR-Betriebsfotonachlässen aus. Sie läßt neue und andere Befunde hinsichtlich der "fotografischen Praxis", ihrer Regeln und Akteure vermuten. Wenn sich bei den Erschließungs- und Forschungsarbeiten zum Fotobestand des VEB Forster Tuchfabriken herausstellte, daß es sich in keinem Fall um professionelle Gebrauchsfotografie handelt, dann ist das zunächst eine Spur. Ein erster, flüchtiger Blick auf die ZKF und ihr Bemühen um die Betriebsfotogruppen konnte sie z.T. profilieren und zudem weitere Anhaltspunkte, u.a. auch für Fundstellen sichtbar machen. Fragen stellen sich nach dem Verhältnis von professioneller und Amateurfotografie bei der Produktion von Fotos aus der Industrie, nach dem Wirken von Amateurfotografen, nach der Rolle von Betriebsfotogruppen, nach

Orientierungen und Tradierungen (individuell verfolgten wie gesellschaftlich geltend gemachten) bei der Herstellung und Verwendung von Fotografien von Industrie und Arbeit in der DDR.

-
- 1 Timm Starl untersuchte die Geschichte der privaten Fotografie und fragte in diesem Zusammenhang auch nach ihren Funktionen. Siehe Timm Starl: *Knipser. Bildgeschichte der privaten Fotografie in Deutschland und Österreich 1835 bis 1980*, Berlin/München 1985, S.157.
 - 2 Roland Barthes: *Die helle Kammer. Bemerkungen zur Fotografie*, Frankfurt a.M. 1989, S.99.
 - 3 Sie erfolgte auf der Basis der Software GOS. Als dokumentarisches Werkzeug wurde eine Klassifikation herkömmlicher Art genutzt, die übersetzte Social History and Industrial Classification (SHIC) aus Großbritannien. Sie ist in Konzept und Struktur ausgerichtet auf "Aktivitätssphären", also auf eine Betrachtung von Geschichte auf der Ebene von Subjekt und Handlung. Für die auf den Fotos erkennbaren maschinenbezogenen Gegenstände wurde der Thesaurus Maschinenwesen der Sächsischen Landesstelle für Museumswesen eingebunden. Näheres siehe Petra Clemens/Hans-H. Clemens: *VEB Forster Tuchfabriken am Brandenburgischen Textilmuseum*, in: *Rundbrief Fotografie 2000*, H. 3, S.37-40.
 - 4 Erich Fabian: *Fünf Jahre Kulturhaus der Textilarbeiter*, in: *Der Textilarbeiter 1959*, H. 15, S.4.
 - 5 Aus der Ankündigung einer seiner Ausstellungen in der Betriebszeitung, in: *Forster Tuchmacher 1971*, H. 9, S.3.
 - 6 So der stellvertretende Vorsitzende der ZKF, Prof. Friedrich Herneck, in einem Kommentar unter dem Titel "Zu neuen Ufern" in der vom Deutschen Kulturbund/Zentrale Kommission Fotografie herausgegebenen Zeitschrift "Fotografie" 1968, H. 11, S.7.
 - 7 Gerhard Henniger: *Über die Bedeutung der Traditionen der deutschen Arbeiterfotografie. Einleitende Bemerkungen auf der 3. Theoretischen Beratung der Zentralen Kommission Fotografie am 27. November 1965 in Erfurt*, in: *Mitteilungsblatt Deutscher Kulturbund/Zentrale Kommission Fotografie der DDR 1966*, H. 3.
 - 8 *Berichte, Erinnerungen, Gedanken. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterfotografie 1926-1933*, Berlin 1967, S.4.
 - 9 Bertold Beiler: *Mit den Augen der Klasse. Gedanken zur Arbeit der Betriebsfotografen*, in: *Fotografie 1974*, H. 9, S.4/5.

- 10 Siehe den entsprechend überschriebenen Artikel von Berthold Beiler in: *Fotografie* 1971, H. 4.
- 11 Reinhard Matz: *Industriefotografie*. Aus Firmenarchiven des Ruhrgebiets, Essen 1987.
- 12 Zu Matz' Einschätzungen im Hinblick auf die Abbildung von Arbeit und arbeitenden Menschen in der Industriefotografie siehe insbes. das Kapitel "Zum Menschenbild der Industriefotografie" in: ebenda, S.53f. Das rigorose Urteil wurzelt wohl auch in der enttäuschten Erwartung, über diese Bilder bzw. Bildbestände etwas vom "realen Arbeiter", von den realen Bedingungen der Arbeit zu entdecken.
- 13 Alf Lüdtko: *Industriebilder - Bilder der Industriearbeit*. Industrie- und Arbeitsphotographie von der Jahrhundertwende bis in die 1930er Jahre, in: *Historische Anthropologie*, 1993, H. 1, S.395-430.
- 14 Peppino Ortleva: *Photographie und Geschichtswissenschaft*, Teil I, in: *Photographie und Gesellschaft* 1989, Nr. 1, S.5-13, Teil II, ebenda., Nr. 2, S.4-12, Teil III, ebenda., Nr. 3/4, S.3-9.
- 15 Erörterung dieser Zusammenhänge insbes. in Teil I, ebenda.
- 16 Hermann Glaser: *Maschinenwelt und Alltagsleben*. Industriekultur in Deutschland vom Biedermeier bis zur Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1981, S.8.
- 17 Siehe den Beitrag von Peter Döring: *Industriefotografie als historische Quelle*, in: Theo Horstmann (Hrsg.): *Elektrifizierung in Westfalen*, Hagen 1990.
- 18 Siehe insb. Teil II seines Aufsatzes, in: *Photographie und Gesellschaft* 1989, H. 2.
- 19 Einen Überblick in der Reihe *Historische Einführungen* gibt Jens Jäger: *Photographie. Bilder der Neuzeit. Einführung in die historische Bildforschung*, Tübingen 2000.
- 20 Klaus Tenfelde (Hrsg.): *Bilder von Krupp. Fotografie und Geschichte im Industriezeitalter*, München 1994.
- 21 *Industrie und Fotografie*. Sammlungen in Hamburger Unternehmensarchiven, hrsg. von Museum der Arbeit Hamburg, Hamburg u.a 1999.
- 22 Ulrich Heß: *Erschließung, Inventarisierung und Digitalisierung von Bildquellen zur sächsischen Industriegeschichte*, in: *Archiv und Wirtschaft*, 1/2000.
- 23 Eine Akzeptanz von Fotografien als eigenständige Dokumente muß sich hier noch ausbilden. Vielerorts ist es in Museen und Archiven noch übliche Praxis, die Erschließung von Fotografien auf ihre Bildinhalte zu beschränken, seltener werden auch Informationen zu ihrer Entstehung, Verwendung und Überlieferung festgehalten. Siehe Sigrid Schulze: *Zur Erschließung von Fotobeständen in musealen Sammlungen*, in: *Brandenburgische Archive*, Mitteilungen aus dem Archivwesen des Landes Brandenburg 16/2000. Ebenso werden bei der Bewahrung die gerade für fotografisches Material differenziert vorliegenden Standards unzureichend beachtet. Siehe Marjen Schmidt: *Fotografien in Museen, Archiven und Sammlungen*, München 1994 (Band 2 der MuseumsBausteine).
- 24 Im Land Brandenburg ist zudem von einer breiten Streuung der fotografischen Nachlässe aus DDR-Betrieben über Stadtarchive und -museen, Industriemuseen und Landeshauptarchiv auszugehen. Das zeigte ein erster grober Überblick, den ich im Anschluß an das Forster Fotoprojekt zu gewinnen suchte. Im Brandenburgischen Landeshauptarchiv lagern nur 14.

Neue Rheinische Zeitung. Organ der Demokratie. Ein Redaktionsalltag – oder mehr? Köln, 14. November 1848

François Melis

Vorbemerkung

Besonders seit den 1960er Jahren bestand zunehmend das Bedürfnis, sowohl die *Neue Rheinische Zeitung (NRhZ)* in ihrer Gesamtheit als auch einige Aspekte der Voraussetzungen für das Wirken als große Tageszeitung zu untersuchen.¹ Wie gelang es Marx, in wenigen Wochen das Blatt in Köln herauszubringen? Von welchen Überlegungen ging Marx bei der Zusammensetzung der Redaktion aus und welche Rolle spielten ihre Mitarbeiter in den einzelnen Phasen des Wirkens der Zeitung? Wie vollzog sich vor über 150 Jahren die Redaktionsarbeit und auf was für ein Korrespondentennetz konnte sich die Redaktion stützen? Wie war das Zusammenspiel zwischen Redaktion, Setzerei und Druckerei? Welche finanziellen Schwierigkeiten mußte die Zeitung im Laufe ihres Erscheinens überwinden und woher nahm Marx die Mittel?

Die fundiertere Einsicht in den Gesamthalt und in die für die Existenzbedingung der Zeitung unerläßlichen personellen, finanziellen und materiellen Voraussetzungen sowie die wechselseitige Abhängigkeit zwischen diesen beiden Komponenten führten zu der Idee, den Tagesablauf der Redaktionsarbeit im Detail zu rekonstruieren. Dafür wurde der 14. November 1848 ausgewählt. Zum einen kann die Vielfalt und Breite der Redaktionsarbeit veranschaulicht werden; zum anderen fielen an diesem Tag außerhalb der Redaktionsräume wichtige Entscheidungen, die sowohl für das weitere Bestehen der Zeitung von Belang waren als auch längerfristig Folgen zeitigten.

Welche wissenschaftliche Relevanz kommt dem Anliegen zu, einen solchen Tag detailliert nachzuvollziehen?

Erstens: Auf diese Weise lassen sich bisherige Erkenntnisse über den personellen, technischen und finanziellen Einsatz für das tägliche Erscheinen der Zeitung und ihre zunehmende politische Ausstrahlung und Anerkennung über das Rheinland hinaus und selbst im Ausland zusammenfassen. Natürlich können nicht alle Aspekte berücksichtigt werden; dafür ist der Komplex zu vielschichtig und zu umfassend.

Zweitens: Sichtbar werden die Anstrengungen, die Marx und seine Mitstreiter bewältigen mußten, um die Zeitung politisch und finanziell über Wasser zu halten. Das Anliegen dieser Bemühungen bestand darin, mit Hilfe der Zeitung als Sprachrohr des äußersten linken Flügels der Demokratie den Einfluß auf das politische Tagesgeschehen in Deutschland nicht nur zu erhalten, sondern immer stärker zur Wirkung zu bringen. Es ging darum, Mittel und Wege zu finden, der bereits erstarkenden Reaktion wirksam Paroli zu bieten.

Drittens: Der detaillierte Einblick in die Redaktionsarbeit und ihre Abläufe ermöglicht es, noch offene Fragen zu klären. Zwei Beispiele: Mit den spezifischen Kenntnissen über die personelle Zusammensetzung der Redaktion in den Tagen unmittelbar

nach dem Erscheinen der Zeitung am 1. Juni 1848 - zu diesem Zeitpunkt hielten sich noch nicht alle von der Generalversammlung der Aktionäre berufenen Redakteure in Köln auf - war es möglich, die bisher unbekannte Verantwortung von Engels für die Italien-Berichterstattung bis Ende August sicher zu bestimmen und somit zahlreiche weitere von ihm geschriebene oder redigierte Artikel nachzuweisen. In einem anderen Fall ließ sich durch den genaueren Einblick in die materiell-technischen Bedingungen der Druckerei von Wilhelm Dietz, bei dem das Blatt angefertigt wurde, ermitteln, daß der Beitrag über die Freisprechung von Marx, Karl Schapper und Karl Schneider II am 8. Februar 1849 unmittelbar nach Verkündung durch die Geschworenen und kurz vor dem Druck auf der Titelseite in die erste Spalte gesetzt wurde.²

Für das Verständnis der Konstellation am 14. November 1848 ist ein kurzer Rückblick erforderlich.

Nachdem am 11. Oktober 1848 unter größten finanziellen Schwierigkeiten die *NRhZ* wieder erscheinen konnte - mit der Verhängung des Belagerungszustands über Köln war sie am 26. September zusammen mit anderen demokratischen Blättern verboten worden -, mußten Marx und Weerth für 10 Tage die Redaktionsarbeit allein bestreiten. Erst nachdem Wilhelm Wolff um den 20. Oktober aus dem pfälzischen Dürkheim wieder illegal zurückgekehrt und Freiligrath am 21. Oktober in die Redaktion eingetreten war, entspannte sich ein wenig die Lage. Nichtsdestoweniger stand die Zeitung noch nach Ankunft von Engels in Köln um den 21. Januar 1849 "täglich auf dem Sprung, sich bankerutt zu erklären".³

Die politische Lage in Deutschland war durch den Vormarsch der konservativen Kräfte gekennzeichnet. Am 21. Oktober schlug Feldmarschall Alfred Fürst zu Windischgrätz den Wiener Oktoberaufstand blutig nieder. Robert Blum, Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, wurde wenige Tage später auf der Brigittenau standrechtlich erschossen. Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. sah die Zeit für gekommen, seine lange gehegten Staatsstreichpläne zu verwirklichen. Truppen des Generals Wrangel marschierten am 10. November in Berlin ein. Am 12. wurde der Belagerungszustand über die Stadt verhängt und drei Tage später das preußische Parlament aufgelöst. Unmittelbar bevor die Rumpfversammlung militärisch auseinandergetrieben wurde, rief sie noch zur Steuerverweigerung auf - als Antwort auf die konterrevolutionären Maßnahmen der Regierung Brandenburg und des Königs. Somit war die sogenannte Vereinbarungspolitik zwischen Krone und gewählter Volksvertretung gescheitert und die Souveränität des Parlaments mit Füßen getreten. Mit dieser sich rasch verschärfenden politischen Situation wurde Marx konfrontiert.

Ein Redaktionsalltag?

Dienstag, den 14. November 1848.

Ab 00.00 Uhr: Unter Hutmacher 17, 1. Stock, Redaktionsräume.

Es ist Mitternacht. Schon vor dem Druck der Nummer 142, gegen 13 Uhr des Vortages, hatte Marx die Absicht verlauten lassen, zum Hauptblatt eine "Zweite Ausgabe" herauszugeben. Aufgrund der Brisanz und der Fülle der eingegangenen Nachrichten

und der noch mit dem Abendzug kurz nach 22 Uhr aus Berlin erwarteten Eilmeldungen aus der krisengeschüttelten Stadt stand diese Entscheidung für ihn fest.⁴ Damit war eine Nachtschicht für die Redakteure vorprogrammiert.

Die "Zweite Ausgabe" sollte, wie die Nummern seit einigen Tagen und in den folgenden Wochen, ganz im Zeichen der Steuerverweigerungskampagne stehen. Die Zeit drängte. Denn spätestens in den frühen Vormittagsstunden mußte die Ausgabe, die im gleichen Umfang wie das Hauptblatt vorgesehen war, die Presse verlassen haben, um den Druck der folgenden Nummer zu sichern.

Auf der ersten Seite wurde mit schwarzem Rand und in Fettdruck die Nachricht über die Ermordung von Robert Blum gebracht: "Der Mordhund Windischgrätz hat den deutschen Reichstags-Deputirten Robert Blum standrechtlich erschießen lassen."⁵ Diese Meldung, die aus der Zweiten Beilage der *Allgemeinen Oder-Zeitung* vom 13. November 1848 wörtlich übernommen war, hatte Marx schon am Montagabend auf der Versammlung der Kölner Demokratischen Gesellschaft mitgeteilt. Sie löste bei den Anwesenden einen Sturm der Empörung aus. Drei Tage später fand für den Sohn der Stadt in der Kölner Minoriten-Kirche und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung ein feierliches Requiem statt.⁶

Zu den Hiobsbotschaften gehörte darüber hinaus die Meldung über den Belagerungszustand in Berlin. Um dem Staatsstreich Paroli zu bieten, organisierten die demokratischen Kräfte die Bewegung der Steuerverweigerung, der sich z. B. in Köln neben der Demokratischen Gesellschaft und dem Arbeiterverein auch der liberale Bürgerverein anschloß. Zu den Initiatoren dieser Bewegung gehörte zweifellos die Redaktion um Marx. Sie hatte bereits in zwei Artikeln vom 12. und 14. November – noch vor dem Beschluß der preußischen Nationalversammlung – auf die Einstellung der Steuerzahlung als wirkungsvolles Mittel gegen das Ministerium Brandenburg-Manteuffel orientiert.⁷

Um die Leser über die sich ausbreitende Bewegung zu informieren, setzten die Redakteure auf die Titelseite der "Zweiten Ausgabe" gezielt Meldungen über Initiativen zur Steuerverweigerung in Preußen. So wurde in Fettdruck angezeigt, daß die Bauern in Schlesien, die sich im Rustikalverein zusammengeschlossen hatten, bis zur Einsetzung einer neuen Regierung keine Steuern zahlen werden. Es ist auch nicht zufällig, daß Marx auf Seite 3 einen Beitrag über "Die Steuerverweigerung in England bei Gelegenheit der Reform-Bill im Jahre 1832" einrücken ließ. Der bereits im Hauptblatt angekündigte Artikel wurde von Weerth verfaßt, dem intimen Kenner der englischen Wirtschaftsgeschichte. Wesentliche Passagen hatte er den unveröffentlicht gebliebenen "Skizzen aus dem sozialen und politischen Leben der Briten" entnommen⁸ und mit einer aktuellen Einführung versehen. Der Schlußteil erschien in der folgenden Nummer am 15. November 1848.

Aus Marx' Feder kam in der "Zweiten Ausgabe" die redaktionelle Einleitung zu einem Artikel, der unter dem Titel "Herr Cavaignac" in weiteren Ausgaben des Blattes fortgesetzt wurde.⁹ Entnommen war er der französischen Tageszeitung *La Presse*.¹⁰ Wer die Übersetzung anfertigte - ob Marx oder Weerth bzw. Freiligrath - ließ sich

nicht ermitteln. Um der politischen Bewegung weiterhin Nachdruck zu verleihen, brachte die *NRhZ* ab der Nummer 147, also fünf Tage später, unterhalb der Titelzeile die Aufforderung "Keine Steuern mehr!!!". Die Losung erschien bis zur Nummer 171 vom 17. Dezember 1848.

Während der Fertigstellung der vierseitigen Ausgabe erhielt die Redaktion unverhofft Unterstützung. Der Paris-Korrespondent der Zeitung, August Hermann Ewerbeck, kam mit dem Abendzug nach 22 Uhr aus Berlin, mit dem auch die neuesten Nachrichten eingetroffen waren. Als Delegierter des Pariser Deutschen Vereins hatte er am zweiten Demokratenkongreß Deutschlands vom 29. bis 31. Oktober teilgenommen und wollte, bevor er wieder nach Paris zurückfuhr, für einen Tag in Köln mit dem "Redakteur en chef" einige dringende Probleme besprechen.¹¹ Wahrscheinlich hatte er auch einen Aufruf des auf dem Kongreß gewählten Zentralausschusses der deutschen Demokraten, zu dem er bei seinem zweiwöchigen Aufenthalt in Berlin engen Kontakt geknüpft hatte, mitgebracht: "Bürger! Die letzte Burg der Freiheit in Deutschland, Berlin, soll gesprengt werden." Der Ausschuß benötigte dringend Geld für seine Arbeit. Der Aufruf wurde sofort auf Seite 1 der "Zweiten Ausgabe" mit dem Hinweis plaziert, daß die Expedition der Zeitung Geldsendungen entgegennehme und fortlaufend darüber berichten werde.

Marx nutzte das unerwartete Erscheinen von Ewerbeck, um ihn in die letzten Arbeiten einzubeziehen und Korrektur lesen zu lassen. Da Schapper als verantwortlicher Korrektor der Zeitung seit dem 25. September in Untersuchungshaft saß, hatten die Redakteure diese Arbeit selbst zu bewerkstelligen, und dies zumeist unter Zeitdruck. Just an dem Tag, an dem die folgende Ausgabe am 15. November erschien, mußten die preußischen Justizbehörden Schapper aus dem "Klingelpütz", dem Kölner Gefängnis, entlassen.

1.30 Uhr: Redaktionszimmer von Marx

Obwohl Ewerbeck in die Redaktionsarbeit eingespannt wurde, fand er Gelegenheit, einen schon vor Mitternacht begonnenen, aber erst in den frühen Morgenstunden beendeten Brief an Moses Heß zu schreiben: "Mein Lieber! Hier sitz' ich – nicht auf Rosen, nein beim Teufel, nachts halb zwei, neben Marx, am Redaktionstisch der [Neuen Rheinischen] Zeitung, korrigiere Druckbogen und finde noch Zeit, Dir zu schreiben [...] Bis jetzt vermochte ich nicht eher zu kommen; Berlin fesselte mich und *einen* Tag muß ich in Köln sein, zumal morgen Marx vor Gericht geladen, und in Gefahr, *arrestiert* zu werden, ist."¹² Über das eigentliche Anliegen von Ewerbecks Besuch in der Redaktion - eine Unterredung mit Marx - gibt es nur Andeutungen. Diese dürfte im wesentlichen drei Punkte beinhaltet haben.

Zum einen wollte Ewerbeck das Marxsche Verhältnis zu Engels sondieren. Hintergrund hierfür waren Spannungen zwischen einzelnen Mitgliedern der noch bestehenden Pariser Gemeinde des Bundes der Kommunisten, darunter Heß und Ewerbeck, und der "Partei Marx" in Köln. In Engels sah die Pariser Gruppe den spiritus rector des gespannten Verhältnisses. Doch ging es um grundsätzliche Fragen des Wirkens

der Kommunisten und der dabei anzuwendenden politischen Mittel in der Revolution von 1848/49. Während die Pariser Gruppe und die Londoner Gemeinde des Bundes der Kommunisten die Wiederbelebung der geheimen Organisation in Deutschland für unerlässlich hielten und deshalb erwogen, einen Bundeskongress nach Berlin einzuberufen, hatte Marx seit Ende Mai oder Anfang Juni 1848 seine Tätigkeit an der Spitze ihrer Zentralbehörde, zu der er seit dem 3. März 1848 berufen worden war, eingestellt. Als Joseph Moll, der als Emissär der sich wieder konstituierten Londoner Zentralbehörde um den 18. November nach Köln kam, fand in den Räumen der Redaktion eine Debatte statt, in der Marx erneut erklärte, daß bei der noch bestehenden Rede- und Pressefreiheit der Bund überflüssig wäre.¹³ Ob die Bundesfrage im Gespräch zwischen Ewerbeck und Marx zur Sprache kam, ist nicht überliefert. Doch ließ Marx hinsichtlich der Integrität von Engels keinen Zweifel aufkommen. Darüber informierte Ewerbeck Heß: "Letzterer (Marx - d. Verf.) schwärmt sehr für Engels, den er ‚intellektuell, moralisch und hinsichts seines Charakters‘ für ausgezeichnet bezeichnet. Dieser Engels ist in der Schweiz, für die gute Sache, meint Marx."¹⁴ Damit spielte er auf Engels' Korrespondenz­tätigkeit für die Zeitung und seine zahlreichen Gespräche an, die er auf seiner Fußwanderung durch die Schweiz in Genf, Lausanne, Le Locle, La Chaux-de-Fonds und Bern mit Vertretern deutscher Arbeitervereine führte. Drei Wochen später wurde Engels auf dem Berner Kongreß zum Schriftführer des Zentralkomitees dieser Vereine in der Schweiz gewählt.¹⁵

Der zweite Gegenstand der Unterredung betraf die Verbindung zu den französischen Demokraten. Bereits auf dem zweiten Demokratenkongress in Berlin setzte Ewerbeck sich nachdrücklich für eine engere Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Kräften in Frankreich und Deutschland ein, stieß aber zu seiner Enttäuschung nicht auf die erwartete Resonanz. Im Gespräch mit Marx mußte er feststellen, daß dieser keinen besonderen Wert darauf legte. In seinem Brief an Marx vom 12. Dezember 1848 kam er darauf noch einmal zurück: "Du sagtest mir, *Du wärst erhaben darüber in Frankreich bekannt zu werden*; ich verstehe Dich, aber warum willst Du nicht *mit den französischen Demokraten in Verbindung* treten?"¹⁶ Marx' Vorbehalte gegenüber den führenden französischen Demokraten resultierten zu jener Zeit offenkundig aus deren zweideutiger Politik in der Provisorischen Regierung. Statt die nach der Februarrevolution maßgeblich unter dem Druck der "Straße" erlangte Regierungsbeteiligung konsequent für die Arbeiterinteressen und zur Einschränkung der Macht des Industrie- und Finanzkapitals zu nutzen, paktierte sie mit den sogenannten Bourgeoisrepublikanern. Diese Politik mündete in die Juniinsurrektion bei der die Arbeiter blutig niedergeschlagen wurden. Doch Ewerbeck ließ nicht locker. Nach Paris zurückgekehrt, intensivierte er die Kontakte zu den französischen Demokraten und schrieb darüber im zitierten Brief an Marx: "Ich frage an, ob Du mir Aufträge im Interesse der Deutschen Demokratie zu geben hast? Ich kann jetzt Ledrüllin sprechen (gemeint ist Alexandre-Auguste Ledrun, genannt Ledru-Rollin, Redakteur der Zeitung *La Réforme* und in der Provisorischen Regierung von 1848 Innenminister – d. Verf.), er kennt mich bereits und würde mir zugänglicher sein als irgend einem

ändern." Ausdrücklich betonte er: "Ich wiederhole Dir abermals, ich will durchaus mit Dir im Einverständnis hierbei handeln; es liegt das Gegentheile weder in meinem Charakter noch in meiner Intention."

Zum dritten sprach Ewerbeck das leidige Problem des Honorars an, das ihm als Korrespondent der Zeitung zustand, jedoch seit Monaten überfällig war. Marx war auch jetzt in Verlegenheit. Der finanziellen Bedrängnis der Zeitung bewußt, stimmte Ewerbeck wohl oder übel zu, den größten Teil des Entgeltes weiterhin zu stunden. Den einzigen Ausweg sah Marx darin, ihm 50 Taler zukommen zu lassen, die aus den Spendensammlungen für den bedrängten Berliner Zentralausschuß der Demokraten zugeflossenen waren.

Gegen 9.00 oder 10.00 Uhr: Cäcilienstraße 7 - Gerichtsgebäude, Appellhofplatz - Eiserscher Saal.

Der Tag versprach kühl, aber nicht unfreundlich zu werden. Am frühen Morgen waren es 6 Grad, und es herrschte trübes Wetter. Zur Mittagszeit sollte es aufhellen und die Temperatur auf 8 Grad steigen.

Für Marx stand ein anstrengender Tag bevor, zumal er kaum geschlafen hatte. Aber das dürfte für ihn von geringerem Belang gewesen sein, da die Arbeit an der Zeitung bis in die späten Abendstunden und sogar in die Nacht hinein zum Redaktionsalltag gehörte. Vielmehr stand die weitere Existenz seines Blattes auf dem Spiel: An Marx war am Vortag eine Vorladung vor das Instruktionsgericht wegen angeblicher Beleidigung des Staatsprokurators (Staatsanwalts – d. Verf.) Hecker ergangen, und seitdem rechnete er mit seiner Verhaftung. Diese Befürchtung hatte er in einem Brief an Ferdinand Lassalle in Düsseldorf mitgeteilt: "Ich habe heute einen Erscheinungsbefehl erhalten und man glaubt allgemein, daß ich morgen verhaftet werde."¹⁷

Ob Marx am Vormittag zunächst die Redaktion aufsuchte oder zuerst den Vorladungstermin wahrnehmen mußte, ist unbekannt. Da der folgende Erscheinungsbefehl auf den 21. Dezember 1848 um 9 Uhr festgelegt war, ist anzunehmen, daß die Vernehmung am 14. November ebenfalls annähernd um diese Zeit erfolgte.

Marx wohnte zusammen mit seiner Frau Jenny, den drei Kindern Jenny, Laura und Edgar sowie seiner Haushälterin, Helena Demuth, in der Cäcilienstraße 7 in einem zweistöckigen, 1795 erbauten Haus mit drei weiteren Mietparteien zusammen, unmittelbar am Neumarkt gelegen. Um zum Gerichtsgebäude zu gelangen, mußte er nur in die Hochstraße einbiegen - die heutige Kaufmeile -, um dann nach etwa 10 Minuten den Appellhofplatz zu erreichen. Dort erwarteten ihn bereits mehrere Hundert Menschen, um ihre Anteilnahme für den Chefredakteur zu bekunden und auf das Resultat des Verhörs zu warten.

Gegenstand der Vernehmung durch den Instruktionsrichter war der in der Nummer 116 der *NRhZ* veröffentlichte Aufruf "Ein Wort an das deutsche Volk", unterschrieben von dem radikalen Republikaner und einem der führenden Männer des badischen Aufstandes im April 1848 Friedrich Karl Hecker. Die Veröffentlichung nahm der Staatsanwalt, der zufällig auch den Namen Hecker trug, zum Anlaß, um eine

Klage einzureichen.¹⁸ Obwohl daraufhin die Redaktionsräume durchsucht, die Setzer, der Druckereibesitzer, der Korrektor und der Gerant (Geschäftsführer) der *NRhZ* als Zeugen geladen wurden, weigerte sich sowohl die Ratskammer als auch der Appellsenat, Marx vorläufig in Untersuchungshaft zu setzen. Die Gefahr war aber noch nicht gebannt, da der Staatsanwalt an der Fiktion der Beleidigung festhielt und eine weitere Vorladung vor den Untersuchungsrichter an dem besagten Vormittag erwirkt hatte.

Als Marx nach der Vernehmung das Gerichtsgebäude verlassen konnte, empfingen ihn die Wartenden mit Jubel. Die Teilnehmer der Sympathiekundgebung begleiteten Marx zum Eiserschen Saal, ein damals bekannter Versammlungsort der Kölner Demokraten, wo er einige Worte des Dankes für die Anteilnahme sprach. Er informierte die Anwesenden darüber, daß er zum Schlußverhör in der Heckerschen Angelegenheit vernommen worden sei. In seinem Bericht an das preußische Justizministerium schilderte der Kölner Oberstaatsanwalt Zweifel die aufgeregte Stimmung in der Stadt und führte als Beispiel dafür Marx' Vorladung vor den Untersuchungsrichter an. Er wurde, so schrieb er, "von mehreren hundert Personen bis zum Justizgebäude begleitet [...], welche ihn, als er zurückkehrte, mit einem donnernden Hoch empfangen und kein Geheimnis daraus machten, daß sie ihn gewaltsam befreit haben würden, falls er verhaftet worden wäre".¹⁹

Marx konnte sich aber nicht lange im Eiserschen Saal aufhalten, da ihn die Verpflichtungen in die Redaktion riefen.

Gegen 11.00 Uhr: Unter Hutmacher 17, 1. Stock, Redaktionsräume.

Die Redaktion befand sich unter einem Dach mit der Dietzchen Druckerei in einer kleinen Straße, unmittelbar am Heumarkt gelegen, in Unter Hutmacher 17. Bei Johann Wilhelm Dietz wurde bereits 1842/43 die "Rheinische Zeitung" gedruckt; er war somit für Marx kein Unbekannter. Die Gasse existiert nicht mehr, aber das Haus ist erhalten geblieben. Es ist eines der typischen drei- oder vierstöckigen Häuser im Zentrum der Stadt, das nach der Zerstörung im 2. Weltkrieg wieder annähernd im alten Stil errichtet wurde. Anlässlich des 150. Jahrestages der letzten im roten Druck erschienenen Ausgabe der *NRhZ* wurde durch die Stadtväter Kölns am 19. Mai 1999 eine Gedenktafel an diesem Haus angebracht.

Marx' Redaktionszimmer lag im ersten Stock. Es ist anzunehmen, daß er noch in der Nacht mit seinen Mitarbeitern die inhaltlichen Schwerpunkte des Hauptblattes für den folgenden Tag besprochen hatte. Ansonsten kannten die Redakteure als eingespieltes Arbeitsteam ihre Aufgaben. Im Verantwortungsbereich von Wilhelm Wolff lag die Rubrik "Deutschland", die natürlich den größten Raum der Zeitung in Anspruch nahm. Gleichzeitig hatte er die Funktion des Redaktionssekretärs inne. Freiligrath, der das Feuilleton bestritt, stellte zugleich die Nachrichten für die Länderrubriken Großbritannien, Italien, Amerika und das übrige Ausland zusammen mit Ausnahme Frankreichs, das von Marx selbst bearbeitet wurde.²⁰ Weerths Domäne war bis zum Eintritt von Freiligrath in die Redaktion das Feuilleton. Doch schrieb er auch im politischen Teil der Zeitung, so u.a. für die England-Rubrik, wie neueste Forschungen

nachweisen konnten.²¹ In dieser angespannten Zeit erschien das Feuilleton allerdings nur selten. Die noch flüchtigen Redakteure sandten aus Paris bzw. Bern Korrespondenzen, um somit Marx nach Kräften bei der Herausgabe der Zeitung zu unterstützen.

Während der Abwesenheit von Marx dürften Weerth, Wolff und Freiligrath in den Vormittagsstunden bereits begonnen haben, die Nummer 143 vorzubereiten. Wie jeden Tag begann die Redaktionsarbeit mit der Durchsicht aller eingegangenen Zeitungen und Korrespondenzbriefe, um einen Überblick über die aktuellen politischen, lokalen und Wirtschaftsnachrichten zu erhalten. Zeitungen bildeten zur damaligen Zeit die wichtigste Form der Nachrichtenübermittlung, die elektrische Telegraphie stand noch nicht zur Verfügung. Dazu gehörten die Augsburger *Allgemeine Zeitung*, die *Vossische Zeitung*, die *Berliner Zeitungs-Halle* und die *Trier'sche Zeitung*, um nur einige zu nennen. Von den ausländischen Zeitungen wurden vorzugsweise die französischen, wie z.B. *Le National*, *La Réforme* und der *Charivari*, verarbeitet, aber auch solche Blätter wie die *Times* oder die italienischen Zeitungen *La Concordia* und *L'Alba*. Es dürften an die 15 bis 20 Blätter gewesen sein, die die Redaktion regelmäßig bezog. Die zumeist redigierten Beiträge, Meldungen u. ä. aus anderen Zeitungen füllten annähernd ein Drittel des Blattes. Diese Praxis galt nicht nur für die *NRhZ*. Zumeist am Schluß der Beiträge wurden dann die Titel der entsprechenden Zeitungen genannt, denen sie entnommen waren.²²

Vermutlich nach Absprache mit Marx übernahm Freiligrath für die kommende Ausgabe einen Brief des Oberkommandierenden Generals der österreichischen Truppen in Italien aus der italienischen demokratischen Zeitung *L'Alba*. Das von italienischen Aufständischen aufgefundene Schriftstück enthüllte anschaulich die "Teile-und-herrsche"-Politik der kaiserlich-österreichischen Besatzer in Oberitalien sowie die zunehmende Desertion ungarischer Soldaten aus der österreichischen Armee, die Johann Joseph Graf von Radetzky als Oberkommandierender mit drakonischen Maßnahmen einzudämmen versuchte. Das revolutionäre Geschehen auf der Appeninenhalbinsel gegen die österreichische Fremdherrschaft sowie für die Überwindung der nationalen Zersplitterung stand von der ersten Nummer der *NRhZ* an mit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Redaktion und spiegelte sich in über 1200 Artikeln und Meldungen wider.²³

Was die Korrespondenzen betraf, so war gerade ein Brief von Engels aus Bern eingetroffen. In seinem Bericht vom 9. November behandelte er ausführlich die Wahlen in der Schweiz, in deren Ergebnis das Alpenland in einen Bundesstaat mit Bern als Hauptstadt umgewandelt wurde. Diese Korrespondenz, die wie alle Berichte von Engels aus der Schweiz mit zwei Sternen gekennzeichnet war, sowie die Antwort der Eidgenössischen Regierung an die Provisorische Zentralgewalt in Frankfurt/Main - das Exekutivorgan der Frankfurter Paulskirche - nahmen zwei Seiten ein. Das war eigentlich ungewöhnlich, da die politischen Vorgänge in der Schweiz nicht im Blickpunkt der Redaktion standen. Erklärbar ist es dadurch, daß Marx in einem Brief Engels aufforderte: "Sobald Du irgend kannst, schreib' Correspondenzen und längere Artikel."²⁴ Bis Mitte Januar 1849 lieferte Engels 34 Beiträge aus der Schweiz.

Ernst Dronke hatte um den 13./14. November ebenfalls eine Korrespondenz zugesandt, die unter dem Titel "Die Wahlagitation" in der Rubrik "Französische Republik" gesetzt wurde und den kommenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich gewidmet war. Seine Tätigkeit für die Zeitung mußte Dronke hoch angerechnet werden, denn, wie er Marx am 20. November schrieb, befand er sich in der französischen Metropole in einer äußerst verzweifelten Situation.²⁵ Nichtsdestoweniger fand er stets einen Ausweg aus seiner prekären Lage und schickte weiterhin Korrespondenzen nach Köln.

Marx hatte offensichtlich bestimmt, die erste Spalte der Titelseite, die in der Regel für Leitartikel vorbehalten blieb, freizuhalten. An dieser Stelle sollte der Aufruf des Rheinischen Kreis Ausschusses zur Steuerverweigerung gesetzt werden. Doch den endgültigen Text dazu mußte er noch mit dem bekannten Kölner Rechtsanwalt und Demokraten Karl Schneider II abstimmen.

Das repressive Vorgehen der preußischen Regierung gegen die Nationalversammlung stieß in Köln auf Widerstand. Hier wurde der von der Nationalversammlung mehrheitlich gefaßte Beschluß vom 9. November unterstützt, der Krone nicht das Recht zuzugestehen, die Versammlung gegen deren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen. Um konkretere Aktionen zu beraten und zu beschließen, hatte am 13. November eine Volksversammlung mit wenigstens 2500 Bürgern stattgefunden, darunter die Hälfte Soldaten. Auf ihr wurde ein Volkskomitee aus 25 Mitgliedern gewählt, das verschiedene politische Gruppierungen einschließlich Liberale repräsentierte. Als erste Maßnahme sollte das Komitee sich um die Wiedezulassung der Bürgerwehr bemühen. Darüber hinaus hielt es durch einen täglichen Kurierdienst Verbindung mit Berlin aufrecht.²⁶

Der Rheinische Kreis Ausschuß der Demokraten initiierte unabhängig vom Volkskomitee weiterreichende Maßnahmen, um die Bewegung der Steuerverweigerung unverzüglich in die Rheinprovinz zu tragen. Unmittelbar nach der erwähnten Volksversammlung trat die Demokratische Gesellschaft zusammen. Sie faßte den Beschluß, einen Aufruf zur Steuerverweigerung zu erlassen. Alle demokratischen Vereine der Rheinprovinz wurden aufgefordert, Volksversammlungen zu organisieren, um die gesamte Bevölkerung zur Steuerverweigerung zu ermuntern, "als dem zweckmäßigsten Mittel, den an der Versammlung der preußischen Volksvertreter verübten Gewalt handlungen des Gouvernements entgegenzutreten."²⁷ Zur Beratung weiterer Schritte wurde darüber hinaus für den 23. November ein Kongreß mit Delegierten aller örtlichen Vereine einberufen. Die Versammlung beauftragte Marx und Schneider II mit der Abfassung des Aufrufs.

Um keine Zeit zu versäumen, wurde offensichtlich entschieden, nicht erst die Veröffentlichung des Aufrufs abzuwarten, sondern sofort alle persönlichen Verbindungen zu den demokratischen Vereinen im Rheinland für die Übermittlung der soeben gefaßten Entscheidungen zu nutzen. Vermutlich schrieb Marx noch in den Abendstunden, als bereits an der "Zweiten Ausgabe" gearbeitet wurde, den bereits zitierten Brief an Lassalle:

"Lieber Lassalle! Beschließt in eurem demokratisch-monarchischen Clubb:
Allgemeine Steuerverweigerung - speziell auf dem Lande zu propagiren;
 Freischaaren nach Berlin;
 Geldsendungen an den demokratischen Centralausschuß in Berlin.
 Im Auftrage des rheinischen demokratischen Provinzialausschusses
 Marx."²⁸

Diesen Brief überbrachte ein Soldat des 5. Ulanenregiments am folgenden Tag noch rechtzeitig während einer Versammlung des Düsseldorfer Volksklubs, dem Lassalle als Präsident vorstand. Unter ausdrücklicher Berufung auf den Kreisausschuß in Köln stellte dieser den Antrag, Freischaaren zu bilden. Am 15. sowie am 21. November erläuterte er in Hamm bzw. in Neuß bei Düsseldorf auf Volksversammlungen des "Landvolks" die Beschlüsse des Kreisausschusses und forderte dazu auf, der preußischen Nationalversammlung bewaffnete Hilfe zu leisten, falls dies notwendig werden sollte.²⁹ Am 22. wurde er verhaftet und der öffentlichen Aufforderung zum bewaffneten Widerstand gegen die Staatsgewalt angeklagt. Erst am 3. und 4. Mai 1849 fand die Gerichtsverhandlung statt, in der ihn die Geschworenen freisprachen.

Der von Marx und Schneider II ausformulierte und dann in der vorgesehenen Spalte der Titelseite plazierte Aufruf führte zu einer publizistischen Auseinandersetzung mit der liberalen *Kölnischen Zeitung*, dem politischen Gegenspieler der *NRhZ* in der Rheinmetropole. Die "Kölnische", ironisch die "Alte Tante" genannt, druckte am 16. November diesen Aufruf mit einer tendenziösen Einleitung ab, worauf sich Marx und Schneider II veranlaßt sahen, in der folgenden Nummer der *NRhZ* zu antworten. Die Entgegnung erschien am selben Tag in der *Kölnischen Zeitung*.³⁰

Entweder sofort nach seinem Eintreffen aus dem Eiserschen Saal oder kurz vor dem Andruck der Zeitung schrieb Marx höchstwahrscheinlich selbst einen kurzen Artikel über das Ergebnis seines Verhörs vor dem Instruktionsgericht und die öffentliche Sympathiebekundung. Dieser redaktionelle Beitrag wurde dann unterhalb des Aufrufs gesetzt. Ebenfalls auf Seite 1 erschien die Adresse der Koblenzer Volksversammlung an die preußische Nationalversammlung, initiiert vom vereinigten Ausschuß des demokratischen Vereins und des politischen Klubs. Sie bekundete ihre Solidarität mit den Volksvertretern und erklärte, daß die Teilnehmer "die Beschlüsse der Volksvertreter als allein maßgebend, jede Zuwiderhandlung gegen dieselben als ungesetzlich, jeden Angriff auf die Versammlung als Verrath am Vaterlande" erachteten.³¹ Unterhalb dieser Adresse wurde der Bericht aus der *Rhein- und Mosel-Zeitung* wiedergegeben, daß auf Befehl des Koblenzer Festungskommandos der an allen Straßenecken angeschlagene Protest der Linken in der Berliner Nationalversammlung zu entfernen sei. Er endete mit der Frage: "Sind wir vielleicht schon, ohne zu wissen, im Belagerungszustande?" Die Redaktion, und hier wahrscheinlich Wilhelm Wolff, ließ es sich nicht nehmen, eine Replik zu verfassen: "Wir bemerken hierzu, daß der *Belagerungszustand* sich in diesem Augenblicke in der ganzen Monarchie *von selbst* versteht. So wurden gestern (13. November) von allen Straßenecken Köln's zwei Plakate, ein Extrablatt der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ und ein gelber Anschlagzettel ‚An die Soldaten‘, amtlich

abgerissen von zwei Gens'darmen, in deren Gefolge sich 6 Soldaten befanden. Wer hat zu diesem gewalthätigen Angriff auf fremdes Eigenthum den Befehl ertheilt? [...] Hat das Ministerium Brandenburg Hr'n. Geiger³² (aus Koblenz) etwa schon geheime Vollmachten als *Censor* ertheilt?"³³ So wurde dann auch in derselben Spalte wörtlich der Erlaß über den Belagerungszustand in Berlin gesetzt. Dieser bestimmte u. a., daß alle Klubs und Vereine zu politischen Zwecken zu schließen seien, und Plakate, Zeitungen und andere Schriften nur dann gedruckt, öffentlich verkauft oder durch Anschlag verbreitet werden dürfen, wenn das Polizeipräsidium die Erlaubnis dazu erteile.

Entsprechend dem Aufruf des Zentralausschusses der demokratischen Vereine Deutschlands forderte die *NRhZ* vom 15. November auf Seite 3 in Fettschrift, und dann auch in den folgenden Ausgaben, die Kölner Bürger zur Geldsammlung auf. Oberhalb dieser Aufforderung veröffentlichte sie bereits eine erste namentliche Spendenliste. Für die Geisteshaltung der Setzer bei Dietz ist bemerkenswert, daß sie noch vor dem Druck der kommenden Ausgabe spontan beschlossen, einen Beitrag zu leisten: "Ferner um 12 Uhr: Von den Setzern der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ 2 Thlr. mit dem Motto: ‚Die Throne gehn in Flammen auf, die Fürsten fliehn zum Meere!‘" Die erste Spendensammlung ergab bereits 33 Taler.

Die vierte Seite wurde vollständig mit Anzeigen und Bekanntmachungen ausgefüllt – für die Liquidität des Zeitungsunternehmens eine dringend notwendige Einnahmequelle. Wenn auch für die *NRhZ* keine genauen Zahlen vorliegen, so kann davon ausgegangen werden, daß annähernd ein Drittel des Kostenaufwands für das Blatt durch die Aufnahme von Annoncen gedeckt wurde. Da die *NRhZ* überregionale Ausbreitung erfuhr, gereichte ihr dies auch hinsichtlich der Anzeigen zum Vorteil. So ließ unter diesem Aspekt z. B. das Oberpostamt von Köln in der Ausgabe vom 15. November eine halbseitige Anzeige über die ankommende und abgehende Post einrücken. Auch die Rheinische Eisenbahn veröffentlichte regelmäßig ihre Bekanntmachung über die Zugverbindungen.

Der Anzeigenteil wurde aber auch genutzt, um Leser sowie Aktionäre der "Neuen Rheinischen Zeitungs-Gesellschaft" über laufende Aktivitäten zu informieren oder auch Einladungen zu inserieren. In der am 14. November hergestellten Nummer erließ der siebenköpfige Aufsichtsrat der Zeitungsgesellschaft in großer Aufmachung die Anzeige über seine Wahl unter Vorsitz von Dominicus Kothés. Kothés war Kaufmann und besaß eine Textilhandlung in Köln. So erschienen im Annoncenteil der *NRhZ* regelmäßig Anzeigen zum Verkauf von Waren aus seinem Handelshaus.

Zwischen 13.00 und 17.00 Uhr: Dietzsche Setzerei – Druckerei – Expedition.

Dietz zog 1846 in die Unter Hutmacher 17 um.³⁴ Seine Druckerei, bestehend aus der Setzerei und einer Schnellpresse sowie weiteren Tiegelpressen, brachte er im Erdgeschoß unter. Sie war allerdings nicht nach dem letzten Stand der Technik ausgerüstet. Die Heidelberger *Deutsche Zeitung* ließ sich am 6. September im Zusammenhang mit dem Druckereiwchsel durch die Redaktion Ende August 1848 zu der gehässigen Bemerkung hinreißen, die *NRhZ* habe zu einer kleinen Winkeloffizin Zuflucht nehmen

müssen, "die jede Nummer nothdürftig aus allerlei Sorten Typen zusammenstopelt". Im September faßte Marx deshalb den Entschluß, eine zweite Schnellpresse anzuschaffen, um die kontinuierlich gestiegene Auflage durch den Druck und die pünktliche Auslieferung des Blattes zu sichern. Ermöglicht wurde die Anschaffung dieser Presse durch Wladyslaw von Koscielski, der in Berlin im Namen polnischer Demokraten am 18. September 1848 Marx die nicht unerhebliche Summe von zweitausend Talern lieh.

Bereits in den späten Vormittagsstunden begann die Vorbereitung zur Drucklegung. Jeder fertig geschriebene oder redigierte Beitrag wurde sofort zum Setzen gebracht und ein Abzug vom Korrektor gelesen. Traf unmittelbar vor dem Druck eine aktuelle Nachricht in der Redaktion ein oder stellte es sich heraus, daß noch Leerräume im Satz ausgefüllt werden mußten, so wurde direkt den Setzern diktiert. Mehr als 10 Setzer waren in der Druckerei beschäftigt. Sie gehörten damals schon zu den qualifiziertesten Fachkräften und waren sich ihres Standes wohl bewußt. Das bekamen die Druckereibesitzer, aber auch Marx zu spüren. Schon im Vorfeld der Zeitungsgründung kam es zwischen dem Druckereibesitzer Wilhelm Clouth, bei dem ab 1. Juni 1848 das Blatt zuerst erschienen war, und den Setzern zu einer Auseinandersetzung. Wegen unannehmbarer Bedingungen weigerten sich die Setzer, den von Clouth vorgelegten Kontrakt zu unterschreiben, obwohl die meisten von ihnen mittellos waren und bereits seit Wochen auf Arbeit hofften. So war Clouth gezwungen, in der ersten Nummer der *NRhZ* vom 1. Juni 1848 eine Anzeige zu veröffentlichen: "Mehrere, aber nur ganz gewandte Schriftsetzer finden sofort Condition bei W. Clouth." Der Korrespondent der *Leipziger Zeitung* kommentierte den Konflikt am 6. Juni genüßlich mit den Worten: "Sie (die *NRhZ* - d. Verf.) hatte schon am ersten Tage mit dem praktischen Socialismus der Setzer zu kämpfen. Diese wollten sich von den sieben Bourgeois" - damit waren die Redakteure des Blattes gemeint - "nicht nach Gefallen exploitiren lassen und verlangten höheren Setzerlohn."

In seinem Konfidentenbericht an den Polizeidirektor Cosmus Bræstrup in Kopenhagen vom 7. November 1852 beschrieb Edgar Bauer eine Setzerrebellion am Blatt von Marx: "Im Frühjahr 1849 waren die pecuniären Verlegenheiten, welche sich der Herausgabe der [*Neuen*] *Rheinischen Zeitung* entgegenstellten, unüberwindlich geworden. Selbst die Setzer wurden aufrührerisch, und als sie einmal längere Zeit keinen Lohn erhalten hatten, zeigten sie ihren Entschluß, nun bald feiern zu wollen, durch die mit großen Lettern in der Druckerei aufgehängte Inschrift an: „In Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf.“³⁵ Damit spielten sie auf den letzten von Marx verfaßten Beitrag seiner Artikelserie für die *NRhZ* "Die Bourgeoisie und die Konterrevolution" vom 31. Dezember 1848 an. Dieser hatte wiederholt den von dem bekannten rheinischen Vertreter des Großbürgertums, David Justus Hansemann, 1847 geprägten Anspruch zitiert, um die liberale Regierungspolitik im Revolutionsjahr 1848 zu kennzeichnen.³⁶

So wie bei jeder Ausgabe wurden zuerst die beiden Innenseiten gedruckt. Danach wurde die Druckform gegen die der Seite 1 und 4 ausgetauscht und auf den Karren

der Presse gespannt. Hilfskräfte, sogenannte Bogenanleger, wendeten die bereits gedruckten Bögen von Seite 2 und 3 und führten sie auf dem Auflegebrett der Presse zu. Da Dietz sowohl aus räumlichen als auch aus finanziellen Gründen keinen Dampftrieb nutzen konnte, wurden beide Schnellpressen per Hand über ein Schwungrad in Bewegung gesetzt. Allerdings brauchten die Druckformen nicht mehr ausgetauscht bzw. die Beilagen konnten auf der zweiten Presse gedruckt werden. Für den Betrieb und die Wartung der beiden Schnellpressen stand eigens ein Maschinenmeister zur Verfügung. Eine eingespielte Mannschaft konnte auf der einfachen Schnellpresse in der Stunde ca. 1200 Bögen drucken.

Die einzelnen Seiten wurden nicht in der Höhe der Gesamtauflage fortlaufend gedruckt; der Druck erfolgte "expeditionsweise". Das richtete sich nach den Abfahrzeiten der Postkutschen bzw. der Züge zu den jeweiligen Orten Deutschlands oder des Auslands. So wurde z. B. die für Abonnenten in Magdeburg und Berlin benötigte Anzahl von Exemplaren gedruckt, zusammengelegt und sofort für die Expedition versandbereit gemacht. Laufburschen brachten das Zeitungspaket über die Rheinbrücke oder mit dem "Dampfschiff" zum Deutzer Bahnhof, wo es von der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft mit dem 18.50 Uhr-Zug in Richtung der beiden Städte befördert wurde. Auch die Zeitungen für Wien gingen über Berlin. Damit wurde gewährleistet, daß die Nummer 143, bereits am Vortag gedruckt, in entfernteren Städten, so auch in Berlin, entsprechend dem Ausgabedatum den Abonnenten und Lesern zukam. War jedoch im Winter der Rhein zugefroren, konnte die Zeitung nur verspätet zugestellt werden. Die Verbindung nach Deutz war zu jener Zeit nur durch eine schwimmende Holzbrücke gesichert. Der Düsseldorfer Posten erreichte schon in den frühen Abendstunden des Vortages - zwischen 18 und 19 Uhr - die Abonnenten und wurde zugleich in mindestens fünf Cafés ausgelegt.

Dieses Versandprinzip konnte mit einem weiteren Vorteil verknüpft werden: Die noch in den späten Nachmittagsstunden in der Redaktion eintreffenden Korrespondenzen und neuesten Nachrichten traten an die Stelle weniger wichtiger oder veralteter Beiträge. Da aber bei der Ausgabe vom 15. November zusätzlich ein Extrablatt angefertigt wurde, entfiel diese Verfahrensweise.

Gegen 17.00 Uhr: Redaktionszimmer von Marx.

Im Verlaufe des Nachmittags oder in den Abendstunden trafen erneut Schreckensnachrichten aus Berlin ein: Eine Meldung besagte, daß die preußische Nationalversammlung mit Waffengewalt aus dem Schützenhaus vertrieben worden sei. Sie hatte in ihrer 101. Sitzung am 13. November eine von einer Kommission vorgelegte Denkschrift gebilligt, in der die Maßnahmen des Ministeriums Brandenburg – die Auflösung der Bürgerwehr, die Verhängung des Belagerungszustands über Berlin und die Unterdrückung der demokratischen Presse - als Hochverrat bezeichnet wurden. Daraufhin umstellte Militär das Schützenhaus. Aus allen Himmelsrichtungen des deutschen Bundes kamen Meldungen und Korrespondenzbriefe über Solidaritätsbekundungen für die preußische Nationalversammlung.

Marx entschied deshalb, zur Mittwochausgabe zusätzlich ein Extrablatt herauszugeben. Er ging an sein Schreibpult und verfaßte einen Artikel mit der Überschrift "Das Ministerium ist in Anklagezustand versetzt". Dann schrieb er: "Die Nationalversammlung hat ihren Sitz im Volke, nicht in dem Umkreis dieser oder jener Steinhäufen. Vertreibt man sie aus Berlin, so wird sie in einem anderen Orte tagen, in Breslau, Köln oder wo es ihr gutdünkt."³⁷ Nur 17 Sätze formulierte Marx. Aber es waren einprägsame, zündende Worte, dazu teilweise in großen fetten Lettern gesetzt und unüberschaubar.

Marx bezweckte damit zweierlei: Zum einem war es eine Aufforderung an das Parlament, sich nicht der Gewalt zu beugen, sondern seine Souveränität zu verteidigen; darüber hinaus bekundeten die Demokraten ihre Solidarität mit diesem Parlament sowie ihre aktive Unterstützung. Zum anderen sollte das Extra-Blatt nicht allein die Leser und Abonnenten erreichen. Die plakative Aufmachung war auch als Maueranschlag gedacht. Entweder noch am späten Abend oder in den frühen Morgenstunden des 15. November wurden die Plakate höchstwahrscheinlich in den Straßen von Köln angebracht oder verteilt.

Politische Wirkung der Nummer vom 14. November 1848

Wann für Marx und die anderen drei Redakteure der Arbeitstag ein Ende fand, läßt sich nur erahnen. Vor den Abendstunden dürfte es kaum gewesen sein. Zweifellos steht jedoch fest: Für alle stellte die Redaktionsarbeit in der Revolutionszeit eine intellektuelle, journalistische und physische Herausforderung dar. Die *NRhZ* täglich und somit immer neu auf hohem Niveau zu gestalten mit dem Anspruch, politischen Einfluß zu erzielen, erforderte den außergewöhnlichen Einsatz eines jeden. Die Ausstrahlung erfolgte in drei Richtungen:

Zum ersten wird die Anziehungskraft der Zeitung durch die Übernahme zahlreicher Artikel aus der *NRhZ* in deutsche und ausländische Blätter sichtbar. So hob Marx in seinem Brief an den Wiener Korrespondenten Eduard Müller-Telling hervor: "Ihre Korrespondenzen sind unstreitig die besten, die wir erhalten, ganz unserer Tendenz gemäß, und da sie aus unserer Zeitung in französische, italienische und englische Journale übergegangen, haben Sie viel zur Aufklärung des europäischen Publikums beigetragen."³⁸ Der zweifellos verbreitetste Beitrag aus der *NRhZ* dürfte die Artikelserie von Wilhelm Wolff "Die Schlesische Milliarde" von März und April 1849 gewesen sein, der in mindestens vier Zeitungen vollständig oder abschnittsweise nachgedruckt wurde.³⁹

Darüber hinaus wurden Artikel aus der Zeitung vielfach genutzt, um sie über massenwirksame und zudem kostengünstige Druckerzeugnisse einem noch breiteren Publikum zu vermitteln. Das traf besonders für Plakate und Flugblätter zu. So vervielfältigte die Druckerei W. Fährndrich & Comp. den Artikel von Engels "Köln in Gefahr" aus der *NRhZ* vom 11. Juni 1848⁴⁰, der dann in den Straßen von Berlin entweder als Maueranschlag angebracht oder durch den sogenannten fliegenden Buchhandel vertrieben wurde. Auch die erwähnte Wolffsche Artikelserie wurde in 10.000 Exemplar-

ren unter das "Landvolk" unentgeltlich verteilt. Zahlreiche Gedichte von Freiligrath aus der *NRhZ* wurden im In- und Ausland als Flugblätter bzw. in Zeitungen nachgedruckt.⁴¹ Marx ersuchte deshalb Joseph Weydemeyer knapp zwei Wochen nach dem Untergang der *NRhZ* in seinem und Freiligraths Namen, einige Blätter gerichtlich auf Schadenersatz zu verklagen, da sie das Gedicht "Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung" ohne Zustimmung nachgedruckt hatten.⁴²

Zum zweiten wird die politische Ausstrahlung der *NRhZ* auf die demokratische Bewegung sichtbar. Schon zwei Wochen nach ihrem Erscheinen faßte der erste Demokratenkongreß in Frankfurt/Main vom 14. bis 16. Juni 1848 den Beschluß, die Zeitung, neben zwei weiteren, als "Organ des Zentralausschusses" zu bestimmen.⁴³ Und der bekannte Bonner Universitätsprofessor und Demokrat Gottfried Kinkel, der in der Revolution eine aktive Rolle spielte und die *Bonner Zeitung* redigierte, betonte in einer Anzeige Ende September 1848, die *NRhZ* sei "unstreitig die bedeutendste, nicht allein am Rheine, sondern in Deutschland".⁴⁴

Drittens kann die Wirkung der *NRhZ* auf die politische Öffentlichkeit an den administrativen, polizeilichen und juristischen Gegenmaßnahmen des preußischen Staates gemessen werden. Bereits am 6. Juli 1848 wurden Marx und der Geschäftsführer des Zeitungsunternehmens, Hermann Korff, wegen angeblicher Beleidigung des Oberstaatsanwalts Zweiffel durch den Instruktionsrichter vernommen; anschließend fand eine Haussuchung in den Redaktionsräumen statt. Vom 26. September bis 3. Oktober 1848 verhängte der 2. Festungskommandant von Köln ein Erscheinungsverbot gegen die *NRhZ* und andere demokratische und Arbeiterzeitungen. Der durch die Staatsanwaltschaft angestrebte Prozeß gegen Marx, Engels und Korff am 7. Februar 1849 endete mit einem Fiasko für die preußischen Behörden. Die Geschworenen, deren Entscheidung in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregte, sprachen die Angeklagten frei.⁴⁵ Die preußische Regierung suchte deshalb krampfhaft nach einem Vorwand, das Blatt mundtot zu machen. Ein offizielles Verbot auszusprechen, wagte sie nicht. Marx wurde als sogenannter "Staatenloser" aus Preußen ausgewiesen; das gleiche Schicksal teilten Dronke und Weerth; gegen andere wurden Haftbefehle erlassen. Als am 19. Mai 1849 die Redaktion sich im roten Druck von ihren Lesern verabschiedete, schwebten noch 23 Presseprozesse gegen sie sowie weitere gerichtliche Untersuchungen gegen einzelne Redakteure und Mitarbeiter der Zeitung.⁴⁶ Wie die Leipziger *Deutsche Allgemeine Zeitung* vom 22. Mai 1849 bemerkte, hatte sich "das Ministerium [...] hierdurch seiner entschiedensten Feindin entledigt."

Diese drei Wirkungslinien lassen sich auch an der in der Nacht vom 13. zum 14. November 1848 fertiggestellten Zweiten Ausgabe der Nummer 142 und an der am selben Tag herausgegebenen Nummer 143, einschließlich Extra-Blatt nachweisen.

Der Korrespondent der *Mannheimer Abendzeitung* hob am 21. November hervor, daß in der *NRhZ* und der *Neuen Kölnischen Zeitung* die Nachricht über die Ermordung von Robert Blum mit "schwarzem Trauerrande" erschienen war. Der in der Zweiten Ausgabe veröffentlichte Aufruf des Zentralausschusses der Demokraten

Deutschlands wurde von verschiedenen deutschen und ausländischen Zeitungen - auch von liberalen - abgedruckt.⁴⁷ Die *Stadt-Aachener Zeitung* vom 15. November übernahm darüber hinaus drei weitere Artikel aus dieser Ausgabe.⁴⁸ Dagegen beklagte ein Bonner Korrespondent in der *Elberfelder Zeitung* vom 19. November, daß die *NRhZ* "die demokratische Steuerforderung von d'Estér ohne alle Bemerkung abgedruckt" habe.

Der Hinweis der *NRhZ*, sie nehme Geldsendungen für die Arbeitsmöglichkeiten des Zentralausschusses in Empfang, blieb nicht ungehört. In einer Anzeige des *Volksfreundes* vom 25. November 1849 teilte Gustav Adolf Wolff, Redakteur dieser Wochenschrift für Westfalen, mit, er habe als ersten Beitrag 5 Taler an die Expedition der *NRhZ* zur Weiterbeförderung an den Abgeordneten D'Estér gesandt. Auch Freiligrath leistete einen persönlichen Beitrag, indem er sein in der *NRhZ* veröffentlichtes Gedicht "Blum" zusätzlich als Separatdruck für einen Preis von einem halben Silbergroschen verbreiten ließ und dessen Erlös "zum Besten des demokratischen Zentralausschusses in Berlin" überwies.⁴⁹ Die *Mannheimer Abendzeitung* vom 18. November 1848 forderte alle "demokratisch gesinnten Bürger auf, jegliche krämermäßigen Rücksichtigen bei Seite zu lassen, und sich nach Kräften an dieser freiwilligen Steuer für die Sache des Volkes zu beteiligen." In derselben Ausgabe druckte die Redaktion aus dem Extra-Blatt der Nummer 143 der *NRhZ* die Aufforderung an die Bürger, statt an die konterrevolutionäre Regierung Steuern zu zahlen, das Geld dem demokratischen Zentralausschuß zukommen zu lassen: "Nichts thörichter als einer hochverrätherischen Regierung Mittel zum Kampfe gegen die Nation zu bieten und das Mittel aller Mittel ist – *Geld*." Weitere finanzielle Zuwendungen kamen aus dem ganzen Rheinland, aber auch aus Schleswig-Holstein, Schlesien und sogar aus Belgien sowie England.⁵⁰

Der an Stelle des Leitartikels veröffentlichte Aufruf des Rheinischen Kreis Ausschusses der Demokraten mit den Unterschriften von Marx und Schneider II zur Steuerverweigerung löste nachhaltig politische und juristische Folgen aus. Zum einen fand er Aufnahme in Zeitungen Deutschlands und des Auslandes.⁵¹ Zum anderen – und das dürfte bedeutungsvoller sein – löste er politische Aktionen aus. Aus Westfalen berichtete die *NRhZ* am 19. November: "Die ‚Neue Rheinische Zeitung‘ hat hier schon bewirkt, daß der vorgestern nach Neheim von Arnberg gesandte Steuerempfänger fast ganz unverrichteter Sache abziehen mußte, da die Bauern jede Steuereinzahlung verweigerten." Ergänzend kommentierte dieselbe *NRhZ* diese Aktion: "Die *Steuerverweigerung*, (sei es der *direkten*, sei es der *indirekten* Steuer) gibt dem *flachen Lande* die beste Gelegenheit, sich um die Revolution verdient zu machen."

Es mußte für Marx die Bestätigung seiner beharrlichen Orientierung gewesen sein, als er in den späten Abendstunden des 16. November die Nachricht über den Beschluß der preußischen Nationalsammlung vom Vortag zur Steuerverweigerung erhielt. Er veranlaßte sofort eine Außerordentliche Beilage der *NRhZ* und ließ den Beschluß in Fettschrift unter der Überschrift "Keine Steuern mehr!!!" setzen. Als Konsequenz für das aktive Handeln fügte er hinzu: "Von dem heutigen Tage an sind also die

Steuern aufgehoben!!! Die Steuereinzahlung ist Hochverrath, die Steuerverweigerung erste Pflicht des Bürgers!"⁵²

Unmittelbar nach dem Druck der Sonderausgabe ließ Marx die Mitteilung mit dem Leitspruch aus dem Bleisatz herausnehmen und als Flugblatt in Oktavformat vervielfältigen.⁵³ Da offensichtlich die Nachfrage nach der Flugschrift im Rheinland groß war, wurde sie durch andere Druckereien als Handzettel hergestellt.⁵⁴ Andere Redaktionen übernahmen den Beitrag in ihre Blätter.⁵⁵ Der Kölner Korrespondent der *Karlsruher Zeitung* schrieb: "Ein Plakat an den Straßenecken kündigt heute in Riesenschrift an: *Keine Steuern mehr!*"⁵⁶

Die vom Rheinischen Kreisausschuß der Demokraten am 14. November 1848 ausgegebene Orientierung der Steuerverweigerung und ihr Widerhall über das Rheinland hinaus löste bei den preußischen Behörden hektische Nervosität aus, zumal ihnen die Signalwirkung der Rheinmetropole Köln ständig bewußt war. Auch daß die *NRhZ* eine der treibenden Kräfte hierbei darstellte, betonten sie in ihren Berichten an die preußische Regierung.⁵⁷ Um dieser "Anarchie" entgegenzutreten, verfügte der Oberpräsident der Rheinprovinz Franz August Eichmann am 17. November einen Erlaß, in dem er von sämtlichen Provinzial- und Ortsbehörden erwartete, "daß sie mit aller Kraft, welche die Gesetze ihnen verleihen, die Steuerzahlung anhalten und ihre Amtspflicht ohne Wanken erfüllen werden."⁵⁸ Daraufhin schleuderte Marx ihm öffentlich ins Gesicht: "Eichmann ist die *Contrerevolution an der Regierung* in der Rheinprovinz. [...] Hr. Oberpräsident Eichmann erklärt sich in dem obigen Erlasse als offenen *Feind der Nationalversammlung*".⁵⁹ In zwei Punkten entwickelte Marx hier ein Aktionsprogramm, um der Steuerverweigerung mehr Wirksamkeit zu verleihen. Dem Erlaß von Eichmann setzte er demonstrativ von dieser Ausgabe an täglich unterhalb des Zeitungstitels in großen Lettern die bereits erwähnte Losung "Keine Steuern mehr!!!" entgegen.

Noch am selben Tag trat der Rheinische Kreisausschuß der Demokraten zusammen und formulierte drei Aufgaben, wobei er die Überlegungen von Marx aus der *NRhZ* aufgriff und hinsichtlich praktischer Schritte konkretisierte. Darüber hinaus flossen Gedanken aus Beschlüssen des Volkskomitees und von zahlreichen Versammlungen der Kölner Landwehrmänner mit ein. Dieser Aufruf wurde in der Zweiten Ausgabe derselben Nummer 147 vom 19. November mit den Unterschriften von Marx, Schapper und Schneider II veröffentlicht.⁶⁰

Die preußischen Behörden reagierten prompt. Die Unterzeichner des Aufrufs informierten in der Zweiten Ausgabe der *NRhZ* vom 21. November darüber, daß ihnen der Oberstaatsanwalt Zweifel durch den Instruktionsrichter Leuthaus für den kommenden Tag einen Erscheinungsbefehl "wegen Aufforderung zur Rebellion" zugestellt habe. Da mit gewaltsamen Protesten zu rechnen war, betonten sie: "Was uns auch zustoßen mag, verhaltet Euch ruhig."⁶¹ Am 8. Februar 1849 kam es dann vor den Kölner Assisen zu dem Prozeß. Wie am Vortag, an dem der Presseprozeß gegen die *NRhZ* stattfand, endete dieser ebenfalls mit einem Freispruch. Die Öffentlichkeit und die Zeitungen nahmen diesen überwiegend mit Genugtuung auf.

Der Einblick in den Ablauf eines einzigen Tages und seine Folgen widerlegt augenfällig zwei in der Literatur gängige Auffassungen: Zum einen die Behauptung, das Blatt von Marx habe in der Revolution von 1848/49 lediglich lokale Bedeutung erlangt, wie z.B. R. Friedenthal in seiner Marx-Biographie unterstellt.⁶² Die zahlreichen hier angeführten Beispiele illustrieren das Gegenteil. Auch die vier bisher bekannten Karikaturen zur *NRhZ* aus der Revolutionszeit sind Indikatoren der öffentlichen Wirksamkeit des Blattes von Marx im Deutschen Bund.

Zum anderen muß der These von Wolfgang Schieder widersprochen werden, die auffallende politische Zurückhaltung von Marx sei durch die Überlegung bestimmt gewesen, die Existenz der *NRhZ* auf keinen Fall einem zusätzlichen Risiko auszusetzen⁶³. Schieder macht in einem Fall eine Ausnahme, indem er hervorhebt, daß Marx einer der Initiatoren der Kölner Steuerverweigerungskampagne war und die *NRhZ* ganz in den Dienst dieser politischen Widerstandsaktion gestellt hat. Abgesehen davon, daß diese Initiative nicht auf Köln beschränkt blieb, wie der Aufruf des Rheinischen Kreis Ausschusses der Demokraten, der Brief an Lassalle vom 13. November 1848 und die Flugblätter belegen, engagierte er sich in der demokratischen Bewegung.

Die tägliche Zeitungsherstellung und das öffentliche Auftreten gingen bei Marx ineinander über. Eine Trennung zwischen beiden Aktionsfeldern entsprach nicht den Intentionen der damals politisch bewußt handelnden Zeitgenossen, die wie er an der Spitze einer Zeitung standen und sich zugleich in die tägliche Kleinarbeit der lokalen bzw. überregionalen Bewegung der Demokratie einbrachten: Marx' Auftreten auf dem ersten Rheinischen Demokratenkongreß am 13. und 14. August hinterließ nachhaltigen Eindruck, an den sich Zeitzeugen ein halbes Jahrhundert später noch erinnern.⁶⁴ Sein ununterbrochenes Wirken in der Demokratischen Gesellschaft Kölns sowie im rheinischen Kreis Ausschuß der Demokraten seit der Berufung in dieses Gremium am 21. Juli – mit Heinrich Bürgers und Wilhelm Wolff als Stellvertreter waren zwei weitere Redaktionsmitglieder der *NRhZ* darin präsent – kann nicht ignoriert werden.⁶⁵ Übersehen werden darf auch nicht, daß vielfach Artikel aus der *NRhZ* Auslöser für Diskussionen in der Demokratischen Gesellschaft sowie von ihr angenommener Resolutionen waren.⁶⁶

Die Erkundung von Finanzmitteln für die Zeitung in der österreichischen Metropole verband Marx mit dem Meinungs austausch im demokratischen Verein und mit einem Vortrag im Ersten Wiener Arbeiterverein über Lohnarbeit und Kapital.⁶⁷ Die Wahl von fünf Redakteuren der *NRhZ*, darunter Marx, in den Kölner Sicherheitsausschuß am 13. September 1848 war zweifellos ein klares Bekenntnis zu revolutionären Aktionen "von unten", um, wie es in dem Schreiben an den Regierungspräsidenten Heinrich v. Wittgenstein über den Zweck des Ausschusses u.a. hieß, "als einziges aus direkter Volkswahl hervorgegangenes und direkt dem Volke verantwortliches Komitee mit allen gesetzlichen Mitteln darüber zu wachen, daß die Eroberung der Revolution, die mit dem Blute des Volkes erkämpften Rechte, nicht geschmälert werden"⁶⁸.

Mitte Oktober 1848 übernahm Marx zeitweise die Präsidentschaft des Arbeitervereins. Hierbei muß bedacht werden, daß ihn zu diesem Zeitpunkt die Redaktionsgeschäfte über die Maßen beanspruchten, da er allein mit Weerth die Zeitung herausgab. Auch war seine Stellung in Köln als Staatenloser und wegen schwebender Presseprozesse prekär. Wenn er aus den genannten Gründen sich nicht uneingeschränkt dieser Aufgabe widmen konnte, stellte seine Bereitschaft zumindest eine politische, ideelle und moralische Unterstützung für das dezimierte Komitee dar: "Regierung und Bourgeoisie müßten sich überzeugen, daß ihren Verfolgungen zum Trotz sich immer Leute fänden, bereit, sich den Arbeitern zur Verfügung zu stellen."⁶⁹ Diese Unterstützung kam auch in der Bereitschaft zum Ausdruck, gemeinsam mit Engels 14tägig für Mitglieder des Arbeitervereins unentgeltlich Vorlesungen über soziale Fragen zu halten.⁷⁰ Auf der Grundlage der Artikelserie "Lohnarbeit und Kapital" in der *NRhZ* regte das Komitee des Kölner Arbeitervereins auf seiner Sitzung vom 11. April 1849 einen Gedankenaustausch mit allen Arbeitervereinen Deutschlands über die Frage des Arbeitslohns an.⁷¹ Deshalb ist die von Schieder vorgenommene Trennung zwischen der Initiative des Arbeitervereins zum Anschluß an das Leipziger Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung und dem Aufruf zum regionalen Zusammenschluß aller rheinischen Arbeitervereine am 11. April 1849, der auch von Marx unterschrieben wurde, nicht nachvollziehbar.⁷² Spätestens Anfang Februar 1849, als Stephan Born – leitendes Mitglied der "Arbeiterverbrüderung" – auf seiner Rückreise vom Heidelberger Kongreß der süddeutschen Arbeitervereine Köln aufsuchte, um mit Marx und den Mitarbeitern der Zeitung – auch mit Schapper als Präsidenten des Arbeitervereins – Gespräche zu führen, dürften die Weichen für gemeinsame Anstrengungen zum organisatorischen Zusammenschluß der in Deutschland wirkenden Arbeitervereine gestellt worden sein. Die Erklärung von Marx, Schapper, Anneke und Wilhelm Wolff über den Austritt aus dem Kreisausschuß der rheinischen Demokraten war lediglich öffentlicher Ausdruck einer bereits seit Wochen vorausgegangenen Neuorientierung.⁷³ Diese unterstrich Marx in der roten Abschiedsnummer der *NRhZ* am 19. Mai 1849: "An die Arbeiter Kölns. [...] Die Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung danken Euch beim Abschiede für die ihnen bewiesene Theilnahme. Ihr letztes Wort wird überall und immer sein: *Emancipation der arbeitenden Klasse!*"⁷⁴

1 Quellen und Literatur zur *NRhZ* in: François Melis: Neue Rheinische Zeitung. Organ der Demokratie. Edition unbekannter Nummern, Flugblätter, Druckvarianten und Separatdrucke. Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, hrsg. v. Hans Bohrmann und Gabriele Toepser-Ziegert, Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund, Bd. 57, München 2000, S.330f.

2 *NRhZ*, 9.2.1849; 8. Februar, Mittags 1 Uhr. Hierfür spricht auch, daß die Nachricht nicht - wie sonst üblich - in der Übersicht als Titel angegeben wurde.

3 Karl Marx und Wilhelm Wolff an Ernst Dronke in Paris, Köln, 3. Februar 1849, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA), Dritte Abteilung, Briefwechsel, Bd. 3 (im folgenden: MEGA III/3), S.10.

- 4 NRhZ, 14.11.1848: "Morgen früh, Dienstag den 14. November, werden wir zu dieser Zeitung eine zweite Ausgabe erscheinen lassen. Die Expedition der Neuen Rheinischen Zeitung." Ein weiterer Hinweis bestätigt diese Entscheidung, die offensichtlich schon in den Vormittagsstunden getroffen wurde. In seinem Beitrag "Die Contrerevolution in Berlin" führte Marx aus: "Wir werden unsern Lesern morgen ausführlich mittheilen, wie man es in dem ältesten konstitutionellen Lande, in England, bei ähnlichen Collisionen, mit der Steuerverweigerung hält." Der von Marx angekündigte und von Weerth geschriebene Artikel erschien dann in der "Zweiten Ausgabe". [Karl Marx:] Die Contrerevolution in Berlin, in: NRhZ, 14.11.1848; 13. Nov.; MEW, Bd. 8, S.11/12. Der Verf. ist allerdings der Auffassung, daß dieser Marxsche Artikel nicht als letzter Beitrag innerhalb der Artikelserie unter dem Titel "Die Kontrerevolution in Berlin" ediert werden kann, wie es im genannten Band, S.7-12 erfolgte, sondern als eigenständiger Beitrag zu werten ist. Dafür spricht, daß 1. der zweite innerhalb der Artikelserie ohne Titel gekennzeichnete Leitartikel von grundsätzlichem Charakter ist, 2. der dritte Beitrag - allerdings ebenfalls unter dem Titel "Die Kontrerevolution in Berlin" - Bezug nimmt auf die neuesten Nachrichten aus Berlin, die Marx im "Extra-Blatt" zur Nr. 141 vom 12.11.1848, 10 Uhr abends kommentiert hat.
- 5 NRhZ, 14.11.1848, Zweite Ausgabe.
- 6 Unter dem Eindruck der Totenmesse schrieb Freiligrath das Gedicht "Blum", das auf der Titelseite der NRhZ vom 18.11.1848 abgedruckt und danach von vielen Blättern übernommen bzw. als Flugblatt verbreitet wurde.
- 7 Siehe NRhZ, 12.11.1848, Zweite Ausgabe sowie Extra-Blatt, S.1; 14.11.1848. MEW, Bd. 6, S.11-12. Die Nürnberger Mittelfränkische Zeitung übernahm am 17.11.1848 wörtlich den Artikel von Marx aus dem Extra-Blatt und aus der folgenden Nummer den Schlußsatz. In einem Abschnitt des Aufrufs Düsseldorfer Bürger an die Soldaten verschiedener Garnisonen wurde die Aussage und die Diktion von Marx sowie die drucktechnische Hervorhebung aus dem Extra-Blatt der NRhZ übernommen (siehe Mannheimer Abendzeitung, 19.11.1848). Bereits am 20.10.1848 wies Marx in der NRhZ auf die politische Brisanz der Steuerverweigerung in der Geschichte hin: "Die ersten Anlässe zum Sturze der Könige von Gottes Gnaden waren daher stets - *Steuerverfragen*. So auch in Preußen." MEW, Bd. 5, S.432.
- 8 Georg Weerth: Sämtliche Werke, Dritter Bd.: Skizzen aus dem sozialen und politischen Leben der Briten. Hrsg. v. Bruno Kaiser, Berlin 1957, S.300f. Einige Passagen, die Kaiser aufgelistet hat, weichen vom ursprünglichen Manuskript ab. Ebenda, S.500/501.
- 9 Siehe MEW, Bd. 6, S.19f.
- 10 Siehe ebenda, S.19 u. S.609, Anm. 37.
- 11 Siehe Brief an Moses Heß vom 1.11.1848, in: Moses Hess. Briefwechsel, hrsg. v. Edmund Silberner unter Mitwirkung von Werner Blumenberg. Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung, hrsg. v. Internationaal Instituut voor sociale Geschiedenis, Amsterdam, s'-Gravenhage 1959, S.207.
- 12 A. H. Ewerbeck an M. Hess, 14.11.1848, in: Silberner: Moses Hess. Briefwechsel, S.209.
- 13 So in den Aussagen von Peter Gerhard Röser von 1853/54, in: Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, hrsg. v. Herwig Förder/Martin Hundt/Jefim Kandel/Sofia Lewiowa, Bd. 1 (im folgenden BdK, Bd. 1), S.970.
- 14 Silberner: Moses Hess. Briefwechsel, S.209.
- 15 Siehe Rolf Dlubek: Zur politischen Tätigkeit von Friedrich Engels in der Schweiz Ende 1848-Anfang 1849, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1960, H. 4, S.742f.; François Melis: Friedrich Engels' Wanderung durch Frankreich und die Schweiz, in: MEGA-Studien 1995/1, Berlin 1995, S.61f.
- 16 A. H. Ewerbeck an Karl Marx in Köln, 12. Dezember 1848, in: MEGA III/2, S.533.
- 17 Karl Marx an Ferdinand Lassalle in Düsseldorf, 13. November 1848, in: MEGA III/2, S.168.
- 18 Marx reagierte in seinem Artikel "Der Staatsprokurator ‚Hecker‘ und die ‚Neue Rheinische Zeitung‘" mit beißender Ironie auf die Anklage des Staatsanwalts. NRhZ, 29.10.1848; MEW, Bd. 5, S.440f.
- 19 Zitiert nach Gerhard Becker: Karl Marx und Friedrich Engels in Köln 1848-1849. Zur Geschichte des Kölner Arbeitervereins, Berlin 1963, S.156.

- 20 Siehe Freiligraths Briefwechsel mit Marx und Engels, Teil I: Einleitung und Text. Bearbeitet u. eingeleitet v. Manfred Häckel, Berlin 1968, S. L. Der von Häckel mit "nach 18. November 1848" datierte Brief kann nach neuesten Erkenntnissen auf um oder nach dem 4. Dezember 1848 präzisiert werden.
- 21 Bernd Füllner/François Melis: "Du hast dich bisher so freundlich für mich bezeugt ..." Zwei Briefe von August Hermann Ewerbeck an Georg Weerth aus dem Revolutionsjahr 1849 (Manuskript; zur Veröffentlichung in den MEGA-Studien, Amsterdam, vorgesehen).
- 22 Doch gab es hier zuweilen schwarze Schafe. In gewissen Abständen wies die NRhZ ironisch auf die ungenannte Übernahme ihrer Artikel durch andere Blätter hin: "Die gute, ehrliche Haut ‚Vossische Zeitung‘ genannt, war bereits mehreremale so freundlich, Artikel unserer Zeitung zu benutzen, ohne die Quelle anzugeben. Sie thut dies wiederum in Nr. 173, wo sie uns unter der Rubrik Italien den Artikel ‚Turin. 17. Juli‘, ohne uns zu nennen, vollständig nachdruckt, dagegen still vergnügt den alten Spruch in sich hineinsummt: ‚Ueb‘ immer Treu und Redlichkeit, bis an dein stilles Grab!" (NRhZ, 1.8.1848)
- 23 Ausführlich in: François Melis: "La Révolution marche en Italie!" Die italienische Bewegung 1848/49 in der "Neuen Rheinischen Zeitung", in: Rolf Wörsdörfer (Hrsg.): Sozialgeschichte und soziale Bewegungen in Italien 1848-1998. Forschungen und Forschungsberichte. Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, H. 21, Bochum 1998, S.27f.
- 24 Karl Marx an Friedrich Engels in Genf, um den 29. oder 30. Oktober 1848, in: MEGA III/2, S.163.
- 25 Siehe Ernst Dronke an Karl Marx in Köln, 20. November 1848, ebenda, III/2, S.163.
- 26 Siehe Seyppel, Demokratische Gesellschaft, S.241/42. Marx und Schneider II, wie noch in BdK, Bd. 1, S.1137, Anmerkung 244 und MEGA III/2, S.761 vermerkt, gehörten nicht dem Volkskomitee an. Darauf wies Becker, Marx und Engels in Köln, S.155, ausdrücklich hin.
- 27 MEW, Bd. 6, S.20.
- 28 Karl Marx an Ferdinand Lassalle in Düsseldorf, 13. November 1848, in: MEGA III/2, S.168.
- 29 Siehe NRhZ, 18.11.1848, Außerordentliche Beilage, S.1; MEW, Bd. 6, S.320, 641, Anm. 304.
- 30 Kölnische Zeitung, 17.11.1848, Beilage.
- 31 NRhZ, 15.11.1848.
- 32 Kommissarischer Polizeidirektor.
- 33 NRhZ, 15.11.1848.
- 34 Zu Dietz' Biographie siehe Melis: Die Drucker der "Neuen Rheinischen Zeitung", S.291f.
- 35 Edgar Bauer: Konfidentenberichte über die europäische Emigration in London 1852-1861. Hrsg. v. Erik Gamby. Texte bearbeitet von Margret Dietzen und Elisabeth Neu. Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, 38, Trier 1989, S.28. Bereits am 3. Februar 1849 schrieb Marx an Dronke nach Paris, daß er "täglich Setzerrebellionen wegen ein paar Thaler" habe. Karl Marx und Wilhelm Wolff an Ernst Dronke in Paris, Köln, 3. Februar 1849, in: MEGA III/3, S.10.
- 36 Siehe Karl Marx: Die Bourgeoisie und die Kontrerevolution", in: MEW, Bd. 6, S.113f.
- 37 NRhZ, 15.11.1848, Extra-Blatt; MEW, Bd. 6, S. 21. Die im Extra-Blatt verarbeiteten Korrespondenzen und Nachrichten wurden in der folgenden Ausgabe vom 16.11.1848 in Gänze abgedruckt.
- 38 Karl Marx an Eduard Müller-Tellerling in Wien, Köln, 5. Dezember 1848, in: MEGA III/2, S.172.
- 39 Walter Schmidt: Wilhelm Wolff, S.206.
- 40 Siehe MEW, Bd. 5, S.59-62. Die Düsseldorfener Zeitung kommentierte den Artikel von Engels am 16.6.1848 wie folgt: "Durch die Mittheilung der militärischen Zurüstungen gegen Köln hat sich die Rhein. Ztg. (NRhZ – d. Verf.) den Dank aller gutgesinnten Bürger der Stadt erworben. Ihre Quelle ist, nach dem Zugeständniß mehrerer alten preußischen Haudegen, durchaus authentisch." Anders die Trier'sche Zeitung, vom 15.6.1848: "Die neue ‚Rhein. Ztg.‘ macht den Kölnern Angst."
- 41 In einem um den 4. Dezember 1848 geschriebenen Brief an seine Schwiegermutter Ulrica Melos teilte Freiligrath stolz mit: "Liebe Mama [...] Das Gedicht auf Blum ist jetzt schon in fünf Sprachen übersetzt worden: Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Vlämisch." Freiligraths Briefwechsel mit Marx und Engels, S. L.
- 42 Siehe Karl Marx an Joseph Weydemeyer in Frankfurt am Main, Bingen, 1. Juni 1849, in: MEGA III/3, S.24.

- 43 Gerhard Becker: Das Protokoll des ersten Demokratenkongresses vom Juni 1848, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 8, Berlin 1973, S.379f. Der erste Kongreß der demokratischen Vereine von Westfalen in Bielefeld am 10. und 11. September 1848 beschloß ebenfalls, die NRhZ als ihr Organ zu bestimmen. Siehe *Der Volksfreund. Eine Wochenschrift für Westfalen* (Bielefeld), 16.9.1848, S.4.
- 44 *Kölnische Zeitung*, 29.9.1848.
- 45 *Aachener Zeitung*, 9.2.1849; *Neue Bonner Zeitung*, 9.2.1849; *Die Kölnische Zeitung*, 9.2.1849, Beilage; *Der Volksfreund* (Bielefeld), 24.3.1849. Die *Pariser Tageszeitung La Réforme* brachte in einer Spezialkorrespondenz einen ausführlichen Bericht über den Prozeß gegen die NRhZ mit umfangreichen Auszügen aus Marx' Verteidigungsrede. Siehe *La Réforme*, 17.2.1849. Weitere Kommentare: *Deutsche-Londoner Zeitung*, 16.2.1849, in: MEW, Bd. 6, S.580.
- 46 Siehe Friedrich Engels: Wilhelm Wolff, in: MEW, Bd. 19, S.76. Nach der *Mannheimer Abendzeitung* waren bereits im Januar 1849 zehn Prozesse und gerichtliche Untersuchungen gegen einzelne Redakteure und Mitarbeiter der NRhZ anhängig. Die Aufarbeitung der administrativen, polizeilichen und juristischen Verfolgungen der NRhZ gehört noch zu den Forschungsdefiziten.
- 47 U.a. *Mannheimer Abendzeitung*, 17.11.1848; *Stadt-Aachener Zeitung*, 15.11.1848; *Kölnische Zeitung*, 15.11.1848; *Die Volksstimme* (Düsseldorf), 16.11.1848 mit dem Hinweis, daß die Expedition der NRhZ Geldsendungen für den demokratischen Zentralausschuß entgegen nimmt; *Düsseldorfer Zeitung*, 15.11.1848; *Mannheimer Abendzeitung*, 19.11.1848; *La Réforme*, 17.11.1848; sie druckte auch oberhalb des Aufrufs den Bericht über die Solidaritätsbekundung für Marx vor dem Kölner Gerichtsgebäude am 13. November 1848 ab.
- 48 Das betrifft die Beiträge "Köln, 14. Nov. (Rh. Z.). In einer Sitzung des Bürgervereins...", "Düsseldorf, 12. Nov. Der Gemeinderath...", "(Rh. Z.) Die Königliche Ordonanz..." Zusätzlich übernahm die Zeitung den redaktionellen Artikel "Köln, 13. Nov." über die Volksversammlung im Eiserschen Saal und die Reaktion darauf des Kölner Gemeinderates.
- 49 NRhZ, 19.11.1848.
- 50 NRhZ, 16., 26., 28.11., 1., 16.12.1848; hierzu auch der Brief von A. Riedel an Karl Marx in Köln, Lüttich, 5. Dezember 1848, in: MEGA III/2, S.526.
- 51 U.a. *Stadt-Aachener Zeitung*, 17.11.1848; *La Réforme* (Paris), 17.11.1848. Die *Düsseldorfer Zeitung*, 16.11.1848 übernahm den Artikel über die Solidaritätsbekundung der Kölner für Marx vor dem Gerichtsgebäude.
- 52 NRhZ, 17.11.1848, Außerordentliche Beilage.
- 53 Ein Original dieses Flugblatts liegt im Stadtarchiv Koblenz; Signatur: KH 127.
- 54 Siehe im Stadtarchiv Trier, Signatur: 13/127; 13/154.
- 55 So auch die *Rhein-Moselzeitung* in einem Extra-Blatt. Wegen dieser Veröffentlichung wurde gegen die Zeitung ein gerichtliches Verfahren angestrengt. Bericht des Regierungspräsidenten v. Massenbach an Innenminister Frh. v. Manteuffel, Koblenz, 18. und 19. November 1848, in: *Rheinische Briefe und Akten*, 2. Bd., Zweite Hälfte, S.536.
- 56 *Karlsruher Zeitung*, 21.11.1848.
- 57 Siehe Bericht des Vertreters des Regierungspräsidenten, Oberregierungsrat Birck, an Innenminister Frhr. v. Mannteuffel, v. 17, 18. November 1848, in: *Rheinische Briefe und Akten*, 2. Bd., Zweite Hälfte, S.532, 530f.
- 58 Nach der NRhZ, 19.11.1848.
- 59 Ebenda; MEW, Bd. 6, S.31f.
- 60 MEW, Bd. 6, S. 33; abgedruckt auch in: *Mannheimer Abendzeitung*, 24.11.1848; *Seebblätter* (Konstanz), 25.11.1848.
- 61 MEW, Bd. 6, S.38. Der Aufruf erschien auch in der *Mannheimer Abendzeitung*, 25.11.1848. Die *Allgemeine Oder-Zeitung* informierte am 25.11.1848 über die Vorladung.
- 62 Siehe Richard Friedenthal: *Karl Marx. Sein Leben und seine Zeit*, München/Zürich 1981, S.361.
- 63 Siehe Wolfgang Schieder: *Karl Marx als Politiker*, München/Zürich 1991, S.45; in diesem Sinne bereits S.44 sowie S.49.
- 64 Siehe Carl Schurz: *Lebenserinnerungen*, Bd. 1, Berlin 1906, S.142f. Siehe auch Ferdinand Freiligrath an Julius Meyer, Düsseldorf, 21. August 1848, in: *Zeitgenossen von Marx und Engels*. Ausgewählte

- Briefe aus den Jahren 1844 bis 1852, hrsg. und annotiert von Kurt Koszyk und Karl Obermann. Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung. Neue Folge, hrsg. v. Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, Assen/Amsterdam 1975, S.200.
- 65 Siehe Dowe: Aktion und Organisation, S.173f.; siehe Seyppel: Demokratische Gesellschaft, S.130,132: "Im August und September 1848 bestimmten die Redakteure der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ immer stärker das Erscheinungsbild der Demokratischen Gesellschaft in der Öffentlichkeit. In den Sitzungen dominierten nun Marx, Wolff, Engels und Bürgers, nur gelegentlich von Weyll und Schneider II unterbrochen."
- 66 Siehe Becker, Marx und Engels in Köln, S.115; siehe Seyppel, Demokratische Gesellschaft, S.128f., 198, 200f.
- 67 Siehe Herbert Steiner: Karl Marx in Wien. Die Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Restauration 1848, Wien/München/Zürich 1978, S.147f., 162f., 170f. Steiner verwies auf die Wirkung von Marx' Vortrag, indem er den Pionier der Gewerkschaft der Buchdrucker, Karl Höger, aus dem Jahre 1892 zitierte: "Es ist wohl zweifellos, daß die Anwesenheit Marx' und dessen Vorträge im Arbeiterverein bei den Mitgliedern desselben befruchtend gewirkt haben, da er ihnen seine Ideen über die politische und wirtschaftliche Umgestaltung der Gesellschaft nicht vorenthalten hat [...]." Ebenda, S.174.
- 68 Mitteilung des Sicherheitsausschusses an Regierungspräsident v. Wittgenstein, Köln 1848 September 13, in: Rheinische Briefe und Akten, 2. Bd., Zweite Hälfte, S.402f. Zu den Septemberereignissen siehe G. Becker, Marx und Engels in Köln, S.118f.; Seyppel, Demokratische Gesellschaft, S.216f.
- 69 So Marx in der Komiteesitzung des Kölner Arbeitervereins am 16. Oktober 1848, in: BdK, Bd. 1, S.855.
- 70 Ebenda, S.906. Zu der in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts bereits geführten Polemik, Marx und Engels hätten keinen wesentlichen Einfluß auf die Kölner Arbeiterbewegung gehabt: Martin Hundt: Eine Notiz von Karl Marx als Präsident des Kölner Arbeitervereins, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1966, H. 1, S.75f., besonders S.80f.
- 71 Siehe Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit, 12.4.1849.
- 72 Siehe Schieder, Marx als Politiker, S.52.
- 73 Ausführlich bei G. Becker, Marx und Engels in Köln, S.234f. Auch wenn sich Marx seit etwa 15. April 1849 auf einer Reise nach Norddeutschland befand, so hat er, entgegen der Auffassung von Schieder, Marx als Politiker, S.52f., prinzipiell die Beschlüsse des Komitees des Kölner Arbeitervereins vom 17. April zur Bildung eines provisorischen Provinzialausschusses und der Einberufung eines Kongresses der Vertreter sämtlicher Arbeitervereine des Rheinlands und Westfalens mitgetragen. Engels, der ihn in der Redaktion vertrat, hätte sonst nicht diese Erklärung, u.a. mit Marx' Unterschrift, zweimal in die NRhZ gesetzt. NRhZ, Beilage und 285, Zweite Ausgabe, 26., 29.4.1849.
- 74 NRhZ, 19.6.1849. Welche Wirkung die rotgedruckte Ausgabe ausübte und insbesondere das Bekenntnis der Redaktion zur gesellschaftlichen Kraft der Arbeiterbewegung, zeigt beispielsweise die von Gustav Adolf Köttgen in Bremen herausgegebene Zeitung Die Vereinigung. Blatt für sämtliche Arbeiter. Als sie am 30. Juni 1849 verboten wurde, ließ der Verleger sie ebenfalls in roten Lettern drucken und erklärte, sie folge dem "lößlichen Vorbilde der vor einigen Wochen verstorbenen ‚Neuen Rheinischen‘", denn "das Roth soll ein Morgenroth sein!" Köttgen betonte in der Abschlußnummer, ein bewaffneter Endkampf zwischen Kapital und Arbeit sei unvermeidlich. "Dann wollen wir die Waffen grimmig brauchen [...], bis wir des Volkes Herrschaft einst erstreiten." Nach: Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung 1848-1850. Dokumente des Zentralkomitees für deutsche Arbeiter in Leipzig. Bearbeitet u. eingeleitet v. Horst Schlechte, Weimar 1979, S.43.

Regionalforschungen

Die "rechte" Opposition in- und außerhalb der Hamburger KPD, 1928 bis 1935¹

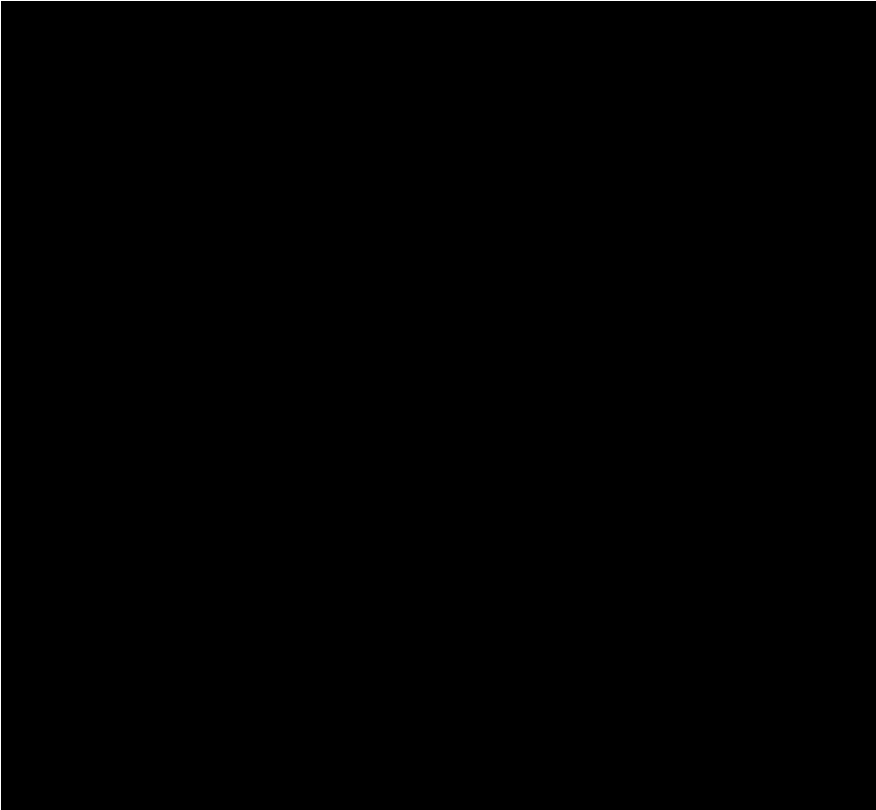
Peter Birke

1. *Der Blick des Werftarbeiters*

Ab Ende 1928 wurde auch in Hamburg die verbliebene innerparteiliche Opposition aus der KPD herausgedrängt. 1929 wurde von einem Teil der Ausgeschlossenen eine Hamburger Gruppe der KPD-Opposition (KPO) gegründet, während die sogenannten Versöhnler keine neue formale Organisation bildeten.² Im Folgenden möchte ich den Wandel der Bedeutung und Zusammensetzung dieser beiden oppositionellen kommunistischen Gruppen in Hamburg bis hin zu ihrer Auflösung ca. 1935 schildern. Ich will ihre programmatischen Äußerungen, ihre soziale Zusammensetzung und ihre Aktivitäten beschreiben. Im Unterschied zur Sozialistischen Arbeiter Partei (SAP), deren Gründung nach 1931 auch einige oppositionelle Kommunisten anzog, ging es sowohl KPO als auch Versöhnlern zunächst in erster Linie um eine *Reformierung und Erneuerung* der KPD. Die Geschichte der *oppositionellen* Kommunisten muß also immer eine Skizze der Geschichte der *offiziellen* Kommunisten enthalten. Das vorläufige Ende der kommunistischen Opposition war erreicht, als die KPD in Hamburg durch den NS-Terror zerschlagen wurde. Der folgende Text versteht sich in dieser Hinsicht auch als Beitrag zur Geschichte der Hamburger KPD.

Zunächst möchte ich jedoch den Ausgangspunkt beschreiben: die Situation der kommunistischen Opposition im Jahre 1928, als sie noch eine Strömung *innerhalb* der KPD war. In diesem Jahr malte Heinrich Vogeler sein Komplexbild *Hamburger Werftarbeiter*. Ich schlage vor, die Darstellung der Geschichte der kommunistischen Opposition in Hamburg mit einer Analyse dieses Bildes zu beginnen. Dies bietet sich nicht nur deshalb an, weil Vogeler selbst zur "rechten" Opposition in der KPD zählte und Ende 1929 der KPO beitrug. Indem das Bild die Geschichte der Hamburger Kommunisten seit der Novemberrevolution schilderte, thematisierte es die Erfahrungen der Generation, aus der sich sowohl Versöhnler als auch KPO hauptsächlich zusammensetzten. Der Maler dachte seine Komplexbilder als verbindliche Darstellung der Ziele der Kommunisten, als Beitrag zum Kampf um eine befreite Gesellschaft. Vogeler reiste aus diesem Grunde mit seinen Komplexbildern durch Deutschland, wobei er diese als kolorierte Dias projizierte. Meine These ist, daß das Bild *Hamburger Werftarbeiter* in verdichteter Form die Möglichkeiten und Grenzen des politischen Ansatzes einer Generation oppositioneller Kommunisten beschreibt. Die folgende Bildanalyse wäre also sowohl anhand des Bildes selbst als auch anhand der zu schildernden Geschichte von Versöhnlern und KPO nach 1928 zu überprüfen.³

Die Zentralfigur des Gemäldes ist ein Mann im Alter von ca. 35 Jahren. Seine Kleidung ist einfach, typische Arbeitskleidung, in der rechten Hand hält er einen Korb



Ausschnitt aus: Heinrich Vogeler "Hamburger Werftarbeiter", 1928

mit Verpflegung, in der linken eine Jacke. Er ist auf dem Weg zur (oder von der) Arbeit. Auf seiner Ballonmütze ist ein roter Stern zu sehen. Die Blickrichtung dieser Figur, die im Vordergrund zu sehen ist und fast 1/3 der Bildfläche einnimmt, läuft aus der Sicht des Betrachters von der Bildmitte aus schräg rechts aus dem Bild hinaus, während im Hintergrund eine keilförmig formierte Arbeitermasse in Richtung des Fluchtpunktes stürmt. Dort, am oberen halblinken Bildrand, befindet sich eine verdunkelte Sonne. Im Sonnenkreis wird eine Szene aus der Börse gezeigt. Zweck des Ansturms der Arbeiter ist es offensichtlich, diese Bilder von der Sonne zu nehmen. In ihrer Nähe löst sich die Arbeitermasse in mehrere rote Fahnen auf.

Die zentrale Konstellation des Bildes kann so zusammengefaßt werden: Der Blick des Werftarbeiters ist der Bewegung der Arbeiter entgegengesetzt, aber er schließt diese Bewegung nicht aus. Denn der Stern an der Ballonmütze ist ein Hinweis auf die Verbindung der Zentralfigur mit dem Ansturm der Arbeiter. Eine Möglichkeit, diese Konstellation zu interpretieren, ist, daß der Blick des Werftarbeiters die Spannung enthält, die zwischen der Vergangenheit der revolutionären Bewegung und ihrer Zu-

kunft besteht. Der Mann wendet sich nach innen, um die Geschichte zu begreifen, die sich hinter seinem Rücken in all ihrer Komplexität zugetragen hat. Nach außen wendet sich sein Blick ins Leere, aus dem Bild hinaus, dem Betrachter zu, der durch sein Handeln selbst die Zukunft der Bewegung bestimmen soll. Was diese zentrale Konstellation einrahmt, illustriert es eher, als daß es eine eigenständige Bewegung entfaltet. Lohnarbeit wird nur ganz am Rande als konkrete Tätigkeit gezeigt: Lediglich zwei Figuren sehen wir bei der Arbeit an einem Schiff, das sich über dem Rumpf als das Chilehaus entpuppt, ein eindrucksvolles Gebäude, das auch für die reformistische Arbeiterbewegung *das* Symbol der Modernität und Zukunftsfähigkeit Hamburgs war. Die Arbeiter, die dieses Haus bauen, nehmen allerdings weder an der ästhetischen noch an der praktischen Funktion des Gebäudes Anteil - es wächst ihnen förmlich über den Kopf. Auch die Stahlkonstruktion der Hochbahn, ebenso Symbol der Moderne, hat für die Arbeiter nur insofern Bedeutung, als daß diese Brücken sie der Arbeit zuführen und nach Arbeitsende wieder in die Stadt spülen. Die entfremdete Arbeit, die Hamburgs Moderne produziert hat, ist überwiegend unsichtbar. Das Bild zeigt dagegen Ausschnitte aus der streng von der Arbeit getrennten Sphäre der Reproduktion, Bilder aus Kneipen, eine Szene aus dem Gängeviertel, Arbeiter, die sich waschen, Frauen, die die Männer am Hafen verabschieden. Andererseits werden Bilder einer Massenversammlung und von Arbeitern, die sich bewaffnen, gezeigt. Auf diese Weise thematisiert Vogeler die Spannung, die in der Form der Lohnarbeit selbst enthalten ist und die sich auf deren Organisationen in elementarer Weise auswirkt. Es wird eine Tendenz zur Vereinigung der Bewegung gezeigt, aber ebenso ihr Gegensatz, als Gang über Stahlbrücken, der Lohnarbeit und Börsenspekulation reproduziert.

Vogelers Gemälde betont die Offenheit und Unentschiedenheit des Kampfes. Eine Stärke des Bildes ist, daß es Zweifel und Entfremdung sichtbar macht.⁴ Gleichzeitig ist es von einem ungebrochenen revolutionären Optimismus durchdrungen. In der optimistischen Geschichte, die das Bild erzählt, steht der Hamburger Werftarbeiter stellvertretend für die Befreiung der Arbeiterklasse. "Mit seiner eigenen bisherigen Aneignungsweise" würde er "die gesamte bisherige Aneignungsweise abschaffen."⁵ Insofern hat die Hauptfigur des Bildes lediglich transitorische Funktion. Ein bestimmtes Geschlecht und eine bestimmte berufliche Bindung scheinen aus dieser Perspektive zweitrangig zu sein.

Obwohl das von Vogeler geschilderte Wesen androgyn wirkt, konstruiert das Bild eine Hierarchie innerhalb der Arbeiterklasse. Die gezeigte Perspektive sieht für die große Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung bei dem Kampf um Befreiung nur eine Nebenrolle vor. Obwohl es die Reproduktionssphäre ist, in der sich die meisten Handlungen des Gemäldes zutragen, zählen wir nur drei Frauen, deren Tätigkeit darin besteht, den Männern etwas zuzutragen (Essen oder Flugblätter?). Die Kinder warten bei der Heimkehr des Vaters in der Gasse. Auch die kommunistische Opposition, zu der Vogeler sich zum Zeitpunkt des Entstehens des *Hamburger Werftarbeiters* bekannte, hatte eine reduzierte Vorstellung von Befreiung.

2. Die Herbststreiks im Hamburger Hafen im Jahre 1928

Die real existierenden Hamburger Werftarbeiter gehörten in der Tat zu den Arbeitergruppen, in denen die KPD eine relativ breite Basis hatte. Die Werften und Hafenbetriebe Hamburgs waren außerdem, wie wir sehen werden, eine Hochburg der "rechten" Opposition in der Partei. Die Verfestigung der oppositionellen Gruppen in Hamburg muß deshalb vor dem Hintergrund der sozialen Auseinandersetzungen in den Werften und Hafenbetrieben im Jahre 1928 gesehen werden. Während des Booms in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre mußten die Werftarbeiter schwerwiegende Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen. Ohnehin war ihre Arbeit vergleichsweise schlecht bezahlt, körperlich überdurchschnittlich anstrengend und gesundheitsgefährdend. Im Herbst 1928 versuchten die Werftarbeiter Norddeutschlands, die Errungenschaften der Novemberrevolution zurück zu erobern sowie ihre Tarife den in der Metallindustrie üblichen anzugleichen. Am 1. Oktober 1928 traten 42.000 Werftarbeiter in den Streik.⁶ Sie forderten u. a. eine Lohnerhöhung um ca. 30 Prozent und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden in der Woche. Nach einem harten Arbeitskampf erklärte der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister im Januar 1929 einen Schiedsspruch für verbindlich, der zuvor von 90 Prozent der Beschäftigten abgelehnt worden war: Der Spruch enthielt u. a. eine sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 50 Stunden in der Woche und eine Lohnerhöhung um 5 Pfennig pro Stunde, was etwas mehr als 5 Prozent waren. Die zentrale gewerkschaftliche Werftkommission entschied sich gegen eine starke Minderheit, auf eine Weiterführung des Kampfes vor dem Hintergrund des staatlichen Zwanges zu verzichten. Diese Entscheidung gehört zur Vorgeschichte der Kapitulation der Hamburger Gewerkschaften vor den Zumutungen der Notverordnungen und schließlich der Nazi-Herrschaft. Lange vor dem 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften entmachtet, als die staatliche Lohnfestsetzung in der Weltwirtschaftskrise zur Regel wurde.

Die KPD agitierte gegen den Schiedsspruch, in dem sie die Verkörperung des Willens der Unternehmerverbände sah. Darüber hinaus gab es jedoch innerhalb der Hamburger Partei höchst unterschiedliche Einschätzungen des Werftarbeiterstreiks. Die Opposition in der KPD bestand zu dieser Zeit aus einer Gruppe um den Schneider und Bürgerschaftsabgeordneten Hans Westermann, die gute Kontakte zu den von der Mehrheit innerhalb der KPD abschätzig als "Versöhnler" abgekanzelten Berliner Spitzenfunktionären hatte.⁷ Eine zweite Gruppe der Opposition bestand aus den Hamburger Anhängern der in die Sowjetunion abkommandierten ehemaligen Parteiführer Thalheimer und Brandler. Zu dieser Gruppe gehörten in der Bezirksleitung der KPD Wasserkaute u. a. die Funktionäre der Holzarbeiterzelle Wilhelm Lotter und Erich Streber. Beide Fraktionen der Opposition waren sich in der Ablehnung einer Politik einig, die auf die Bildung konkurrierender betrieblicher Interessensvertretungen hinauslief, wie sie der 6. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (KI) im Sommer 1928 angebahnt hatte.⁸ Die Opposition sah in der Bildung kommunistischer Kampfleitungen auf den Werften im November 1928 eher eine Spaltung der Beschäftigten als eine Zuspitzung der revolutionären Perspektive des Kampfes. Die Stimmung

unter den kommunistischen Werftarbeitern gab der Opposition Recht. Auf der Bezirksleitungssitzung vom 24. November 1928 konstatierte der Versöhnler Jegodka, daß sich nur zwei Genossen aus der kommunistischen Werftarbeiterfraktion für eigenständige kommunistische Kampfleitungen ausgesprochen hatten. Auf dieser Grundlage war der Versuch, den Streik nach dem oben erwähnten Abbruch durch die Werftenkommission eigenständig weiterzuführen, ohne große Aussichten.⁹

Während sich die beiden oppositionellen Gruppen in der Frage des Werftarbeiterstreiks weitgehend einig waren, zeigten sich in anderen Punkten erhebliche Differenzen. Die Versöhnler hatten beispielsweise zahlreiche Anhänger unter den Arbeitern im Hamburger Hafen, besonders in den Parteibetrieben und unter den unständig Beschäftigten.¹⁰ Im Oktober 1928 gerieten letztere in den Mittelpunkt der Hamburger Öffentlichkeit. Am 17. Oktober 1928 beschwerten sich unständige Hafendarbeiter beim sozialdemokratisch dominierten Hafenbetriebsrat über die Willkür beim Anheuern der Arbeiter und über Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Der Betriebsrat erklärte seine Unzuständigkeit und rief die Polizei, um eine Besetzung seines Büros zu verhindern. Die Empörung über diese Maßnahme löste einen zehntägigen Arbeitskampf aus. Obwohl der Fokus dieses Streiks auf den Forderungen der Unständigen lag, solidarisierte sich auch ein Teil der ständig Beschäftigten. Eine Schwäche war allerdings, daß die überwiegend sozialdemokratisch orientierten Arbeiter des Staatskais den Aktivitäten fernblieben. Der Streik hatte einen stark aktivistischen Charakter und eskalierte in zahlreichen Handgemengen mit der Polizei, die die Streikbrecher schützte und Blockaden der Vermittlungsstellen durch die unständigen Arbeiter zu verhindern suchte.

Zur Eskalation der Situation trug bei, daß SPD und Gewerkschaften dazu aufriefen, sich gegen den "kommunistischen Terror" auch mit kollektiver Gewalt "den Weg zum Hafen frei zu machen". Zudem entzog der Hafenbetriebsverein einer großen Zahl von Unständigen die Arbeitserlaubnis. Die Unständigen konnten auf diese Weise so stark unter Druck gesetzt werden, daß sie am 27. Oktober für die Wiederaufnahme der Arbeit stimmten, ohne wesentliche Verbesserungen erreicht zu haben.¹¹

Die Bezirksleitung der KPD bilanzierte die Ereignisse zwei Tage später.¹² Die Versöhnler stellten fest, der Streik sei inhaltlich völlig berechtigt gewesen und spontan begonnen worden. Die Verbindung von Hafen- und Werftarbeiterstreik zu einer größeren Streikbewegung sei nicht gelungen, weil die KPD ihre Verbindungen zu den Unständigen vernachlässigt habe. Wenn Streikbewegungen sich nicht nach den Vorschriften gewerkschaftlicher Abstimmungsverfahren richteten, wollten Westermann und Genossen dies als Problem sehen, aber nicht als Anlaß einer öffentlichen Entsolidarisierung. Dagegen lehnte die Gruppe um Lotter und Streber den Hafendarbeiterstreik als "Spaltung" ab.¹³

Das Beispiel der Herbststreiks im Hamburger Hafen zeigt bereits einige der Schwerpunkte der kommunistischen Opposition in Hamburg. Besonders die Versöhnler waren in den Hafenbetrieben verankert, was, wie wir sehen werden, bis 1935 unter grundsätzlich veränderten Bedingungen noch galt. Meinungsverschiedenheiten zwischen (späterer) KPO und Versöhnlern gab es angesichts von Konflikten in den Werft- und

Hafenbetrieben, in denen die KPO kaum eine Rolle spielte. In der Ablehnung der Politik der Verselbständigung kommunistischer Gewerkschaften waren sich beide Gruppen einig. Einig war sich die Opposition auch in ihrer Warnung vor einer Verselbständigung der Militanz, die sich im Hafendarbeiterstreik gezeigt hatte. Damit wandte sie sich gegen einen zunehmend zentralen Teil des Selbstverständnisses der Hamburger Parteiführung, die durch militaristische Rituale die Mitglieder sowohl mobilisieren als auch bei der Stange halten wollte.

3. Die Disziplinierung und Ausgrenzung der Opposition innerhalb der KPD seit Ende 1928

Parallel zu den Herbststreiks wurde die Hamburger KPD durch einen Korruptionsskandal erschüttert, der reichsweit und international für Aufregung sorgte.¹⁴ Im September 1928 bestätigte sich der Verdacht, daß der politische Leiter der KPD Wasserkante John Wittorf innerhalb eines Jahres mindestens 1.850 RM aus der Parteikasse veruntreut hatte. Die Summe entsprach dem Jahresbruttoeinkommen eines Werftarbeiters. Ernst Thälmann und drei weitere Hamburger Spitzenfunktionäre hatten zur Vertuschung der Affäre beigetragen. Die Affäre war Anlaß für einen Versuch der Opposition, das "Klientensystem" (Westermann) in der Partei zu beseitigen. Westermann, Jegodka und andere konnten im September 1928 einen Beschluß der Bezirksleitung durchsetzen, in dem das ZK aufgefordert wurde, Thälmann zu suspendieren und die anderen am Skandal Beteiligten auszuschließen.¹⁵ Doch der Beschluß hatte längerfristig keine Mehrheit in der Hamburger Parteiführung. Seine Grundlage lag in der vorübergehenden Verwirrung, die die Aufdeckung des Skandals in der Führungsschicht der Hamburger Partei ausgelöst hatte. Bereits drei Tage später konnte das ZK der KPD die Strafe für die beteiligten Funktionäre auf eine vorläufige Amtsenthebung reduzieren, während es den Ausschluß Wittorfs bestätigte. Am 6. Oktober wurde das europäische Komitee der KI aktiv, nach Weber aufgrund einer Intervention Stalins, und wies an, daß Thälmann politisch vollständig zu rehabilitieren sei.¹⁶

Der Versuch der Hamburger Opposition, im Zusammenhang mit der Affäre eine Bewegung von unten gegen die Entdemokratisierung der Partei zu initiieren, war gescheitert. Nach dem 6. Oktober fiel es der Thälmann-Gruppe relativ leicht, in einer Gegenaktion alle oppositionellen Funktionäre aus ihren Ämtern zu verjagen. Die Bezirksleitung der KPD sammelte eine endlose Zahl von Resolutionen, die "die Liquidierung der fraktionellen Gruppierungen" verlangten. Die Versöhnler, die sich jetzt darauf einzurichten begannen, innerhalb der Partei zu "überwintern", stimmten den meisten dieser Resolutionen zu oder enthielten sich der Stimme, was zu einem scharfen Konflikt mit der Gruppe um Lotter und Streber führte.¹⁷ Das Resultat der Proteste gegen die Korruptionserscheinungen in der Partei mußte aus Sicht der Opposition ernüchternd sein: Mit Hilfe des Apparats ließ sich der Apparat nicht demokratisieren. Eine wachsende Disziplinierung der Organisation stand einer wachsenden Passivität der Masse der langjährigen Mitglieder gegenüber, die sich im Konflikt um die Unterschlagungen aus der Parteikasse kaum zu Wort gemeldet hatten.

Im Januar 1929 schloß eine Parteikonferenz des Bezirks Wasserkante 50 Funktionäre aus und enthob 120 weitere ihrer Funktionen.¹⁸ Unter den Ausgeschlossenen waren Wilhelm Lotter und Erich Streber. Die Versöhnler hatten dagegen in der Regel im Laufe des Jahres 1929 noch Gelegenheit zur "Selbstkritik". Die dafür vorgesehene Prozedur endete zuverlässig mit dem Machtverlust des Beschuldigten. Schwor er ab, war er um die innerparteiliche Reputation gebracht, schwor er nicht ab, wurde er ausgeschlossen. Im Laufe des Jahres 1930 wurden alle aus der Hamburger Partei geworfen, die als Versöhnler bekannt waren und nicht abschwören wollten. Die Figur, die nun zunehmend an Gewicht innerhalb der KPD gewann, unterschied sich bereits beträchtlich von der, die Heinrich Vogeler 1928 gezeichnet hatte. Es war die Figur eines Berufsrevolutionärs, der die Partei ebenso als Maschine sah, die von ihm bewegt wurde, wie er sich als Teil dieser Maschinerie betrachtete, die sich ab 1929 weiter verselbständigte.¹⁹

4. Die Kommunistische Partei und ihre Opposition in der Weltwirtschaftskrise

Die Depression setzte in Hamburg Anfang 1930 zuerst in den Hafenbetrieben ein und übertrug sich von dort auf die "Landbetriebe". Bis 1933 ging in der Hamburger Industrie die Hälfte der Arbeitsplätze verloren. Der Tariflohn sank um bis zu 30 Prozent. Die deflationäre Politik der Reichsregierung trug zur Verschärfung der Situation ebenso bei wie die Sparpolitik des aufgrund der Pleite der städtischen Finanzen ohnehin weitgehend entmachteten Hamburger Senats. Die zentral erlassenen Notverordnungen ließen die Bürgerschaft faktisch ohne Möglichkeit, auf die Politik des regierenden Minderheitssenats Einfluß zu nehmen.²⁰

In dieser Situation wuchs die symbolische Macht der KPD, während ihre realen Möglichkeiten, die soziale und politische Entwicklung zu beeinflussen, immer mehr schwanden. Über 40.000 Menschen traten zwischen 1930 und 1932 in die Hamburger Parteiorganisation ein, aber ihre Mitgliederzahl wuchs lediglich um ca. 10.000.²¹ "Flugsand" nannte die KPO dieses Phänomen der Massenein- und -austritte. Ausdruck der Hilflosigkeit der KPD-Führung war aus Sicht der KPO, daß sie ihren rigiden antiparlamentarischen Gestus mit der Organisation eines Dauerwahlkampfes verband, der sich mehr und mehr auf Reklameschlachten reduzierte und dessen Ergebnisse fahrlässig als Ausdruck eines "stetigen Fortschreitens der revolutionären Bewegung" gefeiert wurden.²² Angesichts der Wahlkämpfe entwarf die Hamburger Parteiführung Pläne für Tausende von Veranstaltungen, Pläne, die von den Mitgliedern wenn überhaupt nur formal und äußerlich eingehalten werden konnten. Die Dominanz der symbolischen Politikformen hatte den Nebeneffekt, daß diese die Erfolge der Führung meßbar zu machen schienen, was deren seit 1928 angekratzte Autorität zu stärken versprach. Die Politik der Partei wurde mehr und mehr zur technischen Angelegenheit, die Statistik der Mitgliederzahlen, Massenaufgaben der Medien, gebildeten Partei- und Betriebsgruppen, durchgeführten Konferenzen und Veranstaltungen, begann die Bezirksparteitage zu dominieren. Die regelmäßigen Aufmärsche der halb-militärischen Verbände der KPD endlich, die eine ähnliche symbolische Funktion hat-

ten, führten unter deren Mitgliedern zu einer fatalen Überschätzung der eigenen Macht und Unterschätzung der Nazi-Gefahr.²³ Dennoch wurde die überkommene Politikform selbst in den ersten Monaten und Jahren der NS-Herrschaft beibehalten.²⁴

Die KPO Wasserkannte blieb im Vergleich zur KPD nach 1929 eine Splitterpartei. Ihr schlossen sich höchstens 2 Prozent der Mitglieder der KPD an.²⁵ Im Unterschied zur KPD war die KPO nicht Willens und auch nicht in der Lage, Mitglieder durch militante Rhetorik und Massenaufmärsche zu gewinnen. Obwohl die KPO auch in Hamburg eine intensive Pressearbeit machte, blieb ihr der Zugang zu Massenmedien verschlossen. Nur bis einschließlich 1930 erschien in unregelmäßigen Abständen eine lokale Zeitung der Hamburger KPO.²⁶ In anderer Hinsicht spielte die KPO in Hamburg trotz alledem eine wichtige Rolle. Ihren Schwerpunkt hatte sie im gewerkschaftlichen Bereich, aus dem sich die KPD angesichts ihrer These vom gewerkschaftlichen "Sozialfaschismus" immer mehr zurückzog. Somit verblieb die KPO eine der wenigen Gruppen, die ihre Kritik noch innerhalb des ADGB und seiner Einzelgewerkschaften vorbrachten. Dabei half die vergleichsweise starke Position von einzelnen Mitgliedern der KPO in einigen Großbetrieben der Hamburger Wirtschaft. Der Holzarbeiter Wilhelm Lotter wurde z.B. nach seinem Ausschluß aus der KPD als Betriebsratsvorsitzender der Firma Steinway and Sons wiedergewählt.²⁷ Ihren Einfluß im Holzarbeiterverband scheint die KPO behalten zu haben, nachdem ein großer Teil der kommunistischen Holzarbeiterfraktion sich ihr anschloß. Im März 1930 trat die Betriebsratsvorsitzende der Montblanc-Werke im Hamburger Schanzenviertel Friedel Böttcher der Gruppe bei. Auch Böttcher konnte später ihre betriebliche Position halten.²⁸ Linke Gewerkschafter bildeten die in verschiedenen Berichten von "Gegen den Strom" namentlich dokumentierte Führungsgruppe der Hamburger KPO - neben den genannten waren dies Kurt Isert, der zeitweise als Schlosser bei der größten Hamburger Werft Blohm und Voss beschäftigt war, der Angestellte Fritz Ruhnau sowie eine starke Gruppe im grafischen Gewerbe (u.a. Peter Junge).

Über die betriebliche Arbeit hinaus versuchten die oppositionellen Kommunisten, durch Veranstaltungen mit Heinrich Brandler, August Thalheimer, Paul Fröhlich und anderen für sich zu werben. Großes Gewicht wurde weiter den jährlichen Gedenkfeiern für die Novemberrevolution beigemessen, bei denen u. a. eine von der KPD abgespaltene Agitpropgruppe auftrat.²⁹ Immer wieder wurden die Hamburger "Rechten" dabei mit Überfällen durch die "Wehrverbände" der KPD konfrontiert. Bereits 1929 wurde eine Veranstaltung mit Heinrich Brandler von einem "Rollkommando" der KPD überfallen und anschließend von der Polizei aufgelöst.³⁰

Als im Januar 1932 29 von 49 Teilnehmern einer Mitgliederversammlung für einen Übertritt zur Sozialistischen Arbeiter Partei (SAP) stimmten, wurde die Hamburger KPO weiter geschwächt.³¹ Auf eine Verankerung der KPO Hamburg jenseits von Betrieb und Gewerkschaft gibt es nur einzelne sporadische Hinweise. So könnte eine kleine Jugendgruppe existiert haben, denn der KPD-Funktionär Alfred Drögemüller berichtete über einen erheblichen Einfluß der KPO im Sozialistischen Schüler-Bund der linksorientierten Lichtwarkschule.³² Letztlich ausschlaggebend für ihre begrenz-

ten Möglichkeiten vor 1933 war wohl die starke Reduzierung auf die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik. Der betriebliche Kampf sorgte für Kontinuität und eine verbindliche Erklärung der politischen Situation, während er gleichzeitig die politischen Entfaltungsmöglichkeiten der kritischen Kommunisten angesichts der Massen-erwerbslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise auf ein Minimum reduzierte.

5. Ein Versuch, in der Partei zu überwintern: Die Hamburger Versöhnler vor 1933

Im September 1929 mußte die Bezirksleitung der KPD sich eingestehen, daß die Versöhnler immer noch die Mehrheit im Vertrauensleutekörper der Partei bei der Großwerft Blohm und Voss hatten. Die Haltung der Gruppe um Westermann kam vielen langjährigen Parteigenossen entgegen, die nicht aus der KPD austreten wollten, die Politik ihrer Führung aber nicht guthießen. Da es sich nicht um eine formell abgegrenzte Organisation handelte, war es für die Parteinstanzen schwer, einzelnen Mitgliedern "Versöhnlertum" nachzuweisen.³³

Im Februar 1930 starb der ehemalige Parteivorsitzende Ernst Meyer, einer der führenden Versöhnler auf der zentralen Ebene. H. Weber kennzeichnet dieses Ereignis als "Ende der Versöhnler".³⁴ Diese Feststellung gilt allerdings nicht für Hamburg. Denn das "Überwintern" der Gruppe ist nicht mit Passivität gleichzusetzen. Die Hauptgruppe der Versöhnler wurde zwar mit dem Ausschluß von Westermann und anderen im März 1930 aus der Partei gedrängt. Lediglich der ehemalige Chefredakteur der Hamburger Zeitung Stefan übte "Selbstkritik" und bat um Wiederaufnahme in die Partei.³⁵ In die Kritik geriet auch der Leiter des Hafensbüros der KPD, Walter, der die Versöhnlerin Käte Latzke, eine ehemalige Angestellte der Roten Hilfe, bei sich beschäftigt hatte. Gegen ihn wurde deshalb ein Parteiverfahren angestrengt, das allerdings nicht zu seinem Ausschluß führte.

Ein Unbekannter, der als Informant der Parteileitung bei den Versöhnlern aktiv war, notierte im Herbst 1930, diese würden "in aller Stille eine emsige Tätigkeit entfalten". Die Gruppe habe 200 Mitglieder gewonnen und sei – wohlgemerkt *innerhalb* der KPD – in "allen Stadtteileleitungen, Betriebs- und Straßenzellen vertreten". Dies gelte besonders für eine Arbeitsvermittlung der unständigen Hafentarbeiter ("Gelber Stall"), Blohm und Voss sowie die Stadtteile Barmbek, Hamm und Hammerbrook, wo auch Stadtteilzeitungen herausgegeben worden seien. Im Arbeitskampf der Hafentarbeiter im Jahre 1930 wurde ein direkter betrieblicher Einfluß der Versöhnler konstatiert. Erneut forderten die unständigen Hafentarbeiter hier, u.a. mit einer Blockade des "Gelben Stalles", eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Diese Aktion, unkte der Informant gegenüber der Parteileitung, hätten die Versöhnler organisiert, "um die Partei vor Ort in Schwierigkeiten zu bringen". Die Versöhnler sollen einen gewissen Einfluß unter den Seeleuten gehabt haben, was allerdings nicht verifiziert werden kann.³⁶

Gut dokumentiert ist dagegen die Tätigkeit von Georg und Elly Jalass in der "Zelle Hafenschiffahrt" der KPD und im Stadtteil Hammerbrook. Georg Jalass wurde 1929 aus der KPD ausgeschlossen, 1930 wieder aufgenommen und 1931 erneut aus der Partei geworfen. 1931 wehrte sich seine Zelle gegen diese Maßnahme mit dem unge-

wöhnlichen Akt eines schriftlichen Protestes bei der KI. In diesem "offenen Brief" stellte sie ihre Arbeit im Betrieb dar, die vom Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen bis hin zur antifaschistischen Aktion reichte. Jalass gewann bei den Gewerkschaftswahlen der Maschinisten und Heizer im Hamburger Hafen 1931 die meisten Stimmen, nur um kurz darauf von seiner Gewerkschaft ebenso ausgeschlossen zu werden wie von der KPD. Obwohl die Feindschaft der KPD so weit ging, daß sie Jalass' Teilnahme an der Maidemonstration 1931 verhinderte, konnte seine Gewerkschaftsgruppe neue Mitglieder gewinnen.³⁷ Auf einer Abziehpresse in der Wohnung der Familie Jalass stellte diese Gruppe bis 1933 regelmäßig eine Betriebszeitung her, die immerhin in einer Auflage von 1.500 Exemplaren auf den Hafenschleppern verteilt wurde.³⁸

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß für die Versöhnler ähnliches gilt wie für die KPO. Auch sie waren durchaus in der Lage, ihre betrieblichen Kontakte aufrechtzuerhalten. Viel weiter reichte ihr Einfluß jedoch zunächst offenbar nicht. Verhandlungen zwischen Versöhnlern und KPO über eine Zusammenarbeit fanden zwar statt, blieben aber ergebnislos.³⁹ Das Potential von höchstens 500 Aktiven im oppositionellen kommunistischen Spektrum Hamburgs blieb bis 1933 zerstritten und konzentrierte seine Aktivitäten auf jeweils unterschiedliche Sektoren der Betriebspolitik. Die Bedeutung der kommunistischen Opposition wuchs im antifaschistischen Widerstand, den ich in den nächsten beiden Abschnitten schildern möchte.

6. Widerstand der ersten Stunde: Die KPO 1933/34

In den ersten Monaten der NS-Herrschaft setzte die KPO in Hamburg auf eine schnelle Gegenoffensive der Arbeiterbewegung. In diesem Sinne meldete sie sich z. B. noch auf einer Betriebsräteversammlung des ADGB in Hamburg im Februar 1933 zu Wort - im heftigen Gegensatz zur Kapitulationspolitik des Hamburger ADGB.⁴⁰ Daß die Kritiker/innen im ADGB eine Minderheit geblieben waren, lasteten sie auch dem "Rückzug der KPD aus den Gewerkschaften" an.⁴¹

Das Verhältnis der KPO zur KPD blieb gespannt bis feindselig. Die durch den NS-Terror stark geschwächte örtliche KPD warf den "Brandleristen" wiederholt vor, in einzelnen Stadtteilen die Partei übernehmen zu wollen.⁴² Auf der anderen Seite gab es auch eine punktuelle Zusammenarbeit, die ihre Wurzeln u.a. im etwas gemäßigeren Verhältnis zwischen KPO und RGO auf der betrieblichen Ebene seit Mitte 1932 hatte. So berichtete GdS über ein "Einheitsfrontangebot" der KPD an die KPO im Stadtteil Eimsbüttel.⁴³ Die einzige Quelle, die über den Widerstand aus der Jugend der KPO vorliegt, beschreibt ebenfalls parteiübergreifende Aktivitäten. Die Jugendgruppe im Stadtteil Dulsberg stellte "Steckbriefe" über Nazigrößen her, die auch von Genossen des KJVD verteilt wurden.⁴⁴

Im Mai 1933 erschien die erste illegale Ausgabe von "Gegen den Strom". Hier nahmen die Berichte aus Hamburg einen größeren Platz ein als in irgendeiner Ausgabe zuvor. Als Ziel formulierte die Gruppe die Aufrechterhaltung der selbständigen Gewerkschaften und der Tarifautonomie. Berichtet wurde über den antifaschistischen Widerstand in Hamburger Betrieben, u.a. über Auseinandersetzungen in dem

Genossenschaftsbetrieb "Produktion". Das KPO-Mitglied Martha Bülow gehörte hier zu der Mehrheit der Betriebsräte, die nicht in die NS-Organisation eintraten und deshalb abgesetzt wurden. Die KPO prägte nach wie vor die Politik des örtlichen Holzarbeiterverbandes. Auch hier gab es keine geordnete Unterwerfung unter die NS-Herrschaft. Die letzte Versammlung des Verbandes, die laut GdS immerhin 3.000 Teilnehmer zählte, mußte von der SA gewaltsam aufgelöst werden.⁴⁵ Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften bezog sich die Tätigkeit der KPO Hamburgs auf (noch) legale Kulturvereinigungen wie die "Liedertafel Gutenberg" (grafisches Gewerbe).

Mitte 1933 haben noch wenigstens zwei Stadtteilgruppen der KPO in Veddel/Rothenburgsort und St. Georg existiert.⁴⁶ Diese scheinen eine Form der Widerstandsarbeit praktiziert zu haben, wie sie sowohl für kommunistische Gruppen als auch für die erste Phase des Widerstands überhaupt durchaus typisch war. Daß dabei zunächst nicht sehr viel Wert auf Tarnung gelegt wurde, hat der Holzarbeiter August Scheele berichtet.⁴⁷ Zu diesem Bild, das den oft wiederholten Mythos von einer KPO, die sich "schnell und erfolgreich auf die Illegalität umstellte" in Frage stellt, gehört auch, daß die Hamburger Gruppe Beiträge kassierte und Mitgliedsmarken verteilte. Die große Rolle des Vertriebes von Druckschriften war für eine KPO-Gruppe des Jahres 1933 eher untypisch. Die Hamburger verteilten das Zentralorgan der KPO sowie die illegalen "Junius-Briefe", die als winzige Negativfilme aus Berlin kamen und vor Ort vergrößert wurden.⁴⁸ Man stellte auch eigene Flugblätter auf Wachsmatrizen her, von denen die Gestapo später drei beschlagnahmte. Zwei dieser Flugblätter behandelten betriebliche Fragen, u.a. die erwähnte Auseinandersetzung in der "Produktion". Mit dem dritten Flugblatt agitierte die Gruppe für ein "Nein" bei der Volksabstimmung über die NS-Außenpolitik am 12. November 1933. Bei der Verteilaktion beließ man es nicht, wie zuvor üblich, bei der Weitergabe an als zuverlässig betrachtete Genossen und Freunde, sondern meinte, auch in größeren Häuserblocks von Arbeitervierteln verteilen zu können. Wahrscheinlich durch die Denunziation eines Bewohners wurden am 17. November 1933 drei Genossen festgenommen. Trotz des anders lautenden Rates eines Gesandten des "Berliner Komitees" (der KPO-Inlandszentrale) beharrten die Hamburger auch nach diesen Verhaftungen darauf, ihre politische Arbeit fortzusetzen. Lediglich die von der Gestapo als "Rädelsführer" gesuchten Gebrüder Isert setzten sich zunächst nach Berlin und dann nach Kopenhagen ab. Anfang 1934 wurde der Kunstmaler Adolf Wriggers mit einem Exemplar der "Junius-Briefe" festgenommen. Kurz darauf konnte die Gestapo weitere 20 Menschen aus der KPO festnehmen.⁴⁹ Eine ganze Reihe von ihnen waren bereits vor 1933 in der KPO aktiv gewesen, so z. B. Fritz Ruhнау, Fritz Barth, Walter Lüders, Friedel Böttcher, August Scheele.

Das Gros der im Prozeß von 1934 Angeklagten gehörte zu einer Generation, die bereits seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung engagiert war. 13 der Angeklagten können als Facharbeiter bezeichnet werden. Fünf der Zwanzig waren Frauen, die im Widerstand der KPO bis Anfang 1934 eine tragende Rolle gespielt haben. Bei drei Angeklagten hoben die Verfolgungsbehörden die jüdische Herkunft hervor. Die An-

geklagten wurden am 17. September 1934 zu insgesamt 20 ¼ Jahren Gefängnis und fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Einige wurden schwer gefoltert.⁵⁰

Die Aktivitäten der KPO wurden durch die Verhaftungen stark getroffen. Nur wenige Berichte zeugen von einer Weiterarbeit, die sich nun auf die Betreuung der Gefangenen und das Aufrechterhalten der Kontakte untereinander reduzierte. Nach 1935 wurde auch der abgerissene Kontakt nach Berlin und Paris wieder aufgenommen.⁵¹ Insgesamt kann jedoch gesagt werden, daß die Geschichte der KPO als Organisation in Hamburg im Laufe des Jahres 1934 endete. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis 1936 und 1937 arbeiteten einige Mitglieder der KPO wie Walter Lüders, Martha Bülow und andere in überparteilichen Zirkeln weiter, zu denen sowohl Menschen aus der Versöhnlergruppe als auch Trotzlisten und andere oppositionelle Kommunisten gezählt haben.⁵² Daß die Rolle der KPO im Widerstand in der Literatur bislang unberücksichtigt blieb, scheint mir nicht nur ein Resultat der schwierigen Quellenlage zu sein. Es ist auch, über sechzig Jahre später, ein Reflex der Ausgrenzung der "Brandleristen" aus der KPD.⁵³

7. *Neue Formen des Widerstands: Die Versöhnler 1933 bis 1936*

Bereits kurz nach der Übergabe der Polizeigewalt an die Nazis in Hamburg am 5. März 1933 wurde Georg Jalass festgenommen. Elly Jalass erinnert sich, daß ihr Mann in der Gestapo-Zentrale im Stadthaus brutal gefoltert wurde.⁵⁴ Nach einigen Wochen wurde er entlassen und ging sofort in die Illegalität, bevor er im Januar 1934 nach Kopenhagen flüchtete. Hans Westermann wurde im Juni 1933 ebenfalls verhaftet. Die Arbeit des alten Kernes der Versöhnler konzentrierte sich zunächst auf die Auswertung und Diskussion der nationalen und internationalen Presse. Die Ergebnisse faßte man in schriftlicher Form zusammen und verteilte sie in einer kleinen Auflage an zuverlässige Genossinnen und Genossen. Im Oktober 1933 wurden dann auch Käte Latzke, Karl Grunert und Hermann Wendt inhaftiert. Aufgrund der Festnahmen reduzierten sich die Aktivitäten des alten Kerns der Versöhnler im Jahre 1933 im wesentlichen auf die Aufrechterhaltung der Kommunikation untereinander.

Bereits im Januar 1933 hatten sich jedoch auch neue Gruppen konstituiert, die mit den Versöhnlern sympathisierten. Ein Beispiel ist die in einem Interview der "Werkstatt der Erinnerung" in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (WdE/FZH) beschriebene Gruppe der "Versöhnlerjugend" im Stadtteil Hamm.⁵⁵ Diese produzierte eine Zeitung für Genossen im Arbeitsdienst, unternahm gemeinsame Fahrten und bildete einen marxistischen (oder vielmehr "bucharinistischen") Lesezirkel. Ihr überparteilicher Ansatz war durchaus erfolgreich: Die Auflösung der alten Feindschaften geschah u.a. auf der Grundlage solidarischen Verhaltens, das in der Jugendbewegung und, in Hamburg eine Besonderheit, in den stark von der Arbeiterbewegung geprägten Reformschulen eingeübt werden konnte.⁵⁶ Die Gruppe wuchs im Laufe des Jahres 1933 trotz der zeitweiligen Verhaftungen einiger Exponenten auf 25 Menschen an. Sie wurde erst im Spätsommer 1934 zerschlagen, woraufhin einige ihrer Mitglieder nach Kopenhagen flüchteten.⁵⁷

Im Mai oder Juni 1934 kam der Versöhnler Eduard Wald aus Hannover nach Hamburg. Wald übernahm u. a. die Aufgabe, die Jugendgruppen der Versöhnler zu koordinieren. Mitte 1934 soll es in sechs Stadtteilen solche Gruppen gegeben haben. Diese agitierten ähnlich wie der KJVD gegen den ausgeweiteten und immer mehr militarierten Arbeitsdienst. Hier gab es in einzelnen Fällen die Möglichkeit, die Naziherrschaft mit verschiedenen Formen der Resistenz bis zum Streik zu konfrontieren. Ab Mitte 1934 wuchs der Einfluß der Versöhnler auf den in Hamburg stark geschwächten KJVD für eine kurze Zeit, was sich unter anderem in der Tätigkeit des Versöhnlers Willi Bahde als Unterbezirksleiter des KJVD Hamm ausdrückte. Diese Annäherung der Versöhnlerjugend an den KJVD wurde durch Verhaftungen in beiden Gruppen Ende 1934 unterbrochen.⁵⁸

Nachdem im Oktober 1933 der Rest des verbliebenen alte Kernes der Gruppe (Wendt, Latzke und Grunert) inhaftiert worden war, übernahm Hilde Schottländer die Aufgabe, die Arbeit weiterzuführen. Schottländer war eine Mitarbeiterin des (jüdischen) Arbeitsamtes und Bekannte Latzkes und Westermanns, den sie auf einer Veranstaltung der "Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion" kennengelernt hatte. Auf Schottländers Initiative entstand u.a. eine Frauengruppe im sogenannten Schneeballsystem.⁵⁹ Dieses System beinhaltete die Bildung von Dreiergruppen, die untereinander jeweils nur über eine Person miteinander bekannt waren. Ihre Teilnehmerinnen diskutierten aktuelle politische Ereignisse, verzichteten aber aus Sicherheitsgründen auf Protokolle. Die Weitergabe der Ergebnisse geschah mündlich. Die Teilnehmerinnen sprachen Frauen aus dem Bekanntenkreis an und schlugen ihnen vor, weitere Dreiergruppen zu bilden. Die Vorstellung war, daß sich auf diese Weise die systemfeindlichen Diskussionen immer mehr ausbreiten und lawinenartigen Charakter annehmen könnten. Das Modell, das hier schon seit Herbst 1933 praktiziert wurde, wurde später auch von anderen Widerstandsgruppen angenommen, auf zentrale Weisung hin seit 1936 auch in der KPD Wasserkante.⁶⁰

Weihnachten 1933 wurde Hans Westermann überraschend aus der Haft entlassen. Er arbeitete zwei Wochen als Schneider und tauchte dann unter, wohl weil er nicht ohne Grund annahm, nach seiner Entlassung von der Gestapo beobachtet und als "Lockvogel" benutzt zu werden.⁶¹ Im September 1934 kamen auch Wendt, Latzke und Grunert frei.⁶² Im Laufe des Jahres 1934 nahm die Versöhnlergruppe das Projekt einer "Funktionärszeitung" wieder auf. Die Inhalte dieser Zeitung, die in einer Kleinstauflage erschien und nicht erhalten ist, wurden von Käte Latzke, Hilde Schottländer und Hans Westermann erstellt. Diese drei diskutierten die vorliegenden Artikel mit den Verbindungsleuten der Gruppe in dem Hafen (Nupnau/Hans Wolff), der Gruppe der Angestellten (Grunert), der Jugend (Wald) und der Werften. Den Kontakt zu den Werften soll Hans Baas gehalten haben, ein ehemaliger Bürgerschaftsabgeordneter der KPD, eine Angabe, die Baas selbst jedoch bestritten hat. Die gesamte Gruppe umfaßte nach den eher zu niedrigen Angaben von Hermann Wendt bei den Verfolgungsbehörden Mitte 1934 etwas über 100 Menschen. Die größte Gruppe war die der Angestellten (40-45 Menschen). Die Werftgruppe war zwar relativ klein (nach

Wendts Angaben unter 10), was aber im Lichte der Tatsache gesehen werden muß, daß die KPD zeitweise sämtlichen Kontakt zu den Werftarbeitern verloren hatte.⁶³

Im Oktober 1934 trafen sich Westermann, Böhrs und Nupnau mit Vertretern der Bezirksleitung der KPD, um eine mögliche Zusammenarbeit zu besprechen. Bereits im April 1934 hatte die nach wie vor bestehende "Zelle Hafenschiffahrt" die Wiederaufnahme in die KPD beantragt angesichts der Bestätigung für ihre Politik, die sie in der breiten antifaschistischen Bewegung in Frankreich sah. Erst im September 1934 bekam die Zelle eine Antwort, nachdem auch die Hamburger KPD von zentraler Stelle angewiesen worden war, neben dem "Wiederaufbau der freien Gewerkschaften" die "Einbindung aller guten, aktiven Kräfte" zu leisten. Anfang November 1934 fuhr Westermann ins Saarland, um mit Vertretern des ZK der KPD über die Wiederaufnahme seiner Gruppe zu verhandeln.⁶⁴ Westermanns Zustimmung zu einer individuellen Aufnahme spaltete die Versöhnlergruppe auf Reichsebene, da insbesondere die Gruppe in Berlin gegen ein solches entsolidarisierendes Konstrukt war.⁶⁵

Für die Verhandlungen über den Beitritt zur KPD war u.a. der Organisationsleiter der KPD Wasserkante, Herbert Kratzsch, zuständig. Kratzsch wurde am 9. Februar 1935 von der Gestapo verhaftet und erklärte sich bereit, den Aufenthalt von Käte Latzke, Hans Westermann und Hermann Wendt zu verraten. Die drei wurden am 6. März 1935 verhaftet.⁶⁶ Am 12. März wurden 9 weitere Genossen inhaftiert, darunter auch Nupnau und Schottländer. Hans Westermann verweigerte jede Aussage und wurde von der Gestapo ermordet.⁶⁷ Die anderen Festgenommenen erhielten Haftstrafen von 18 Monaten bis 3 Jahren. Käte Latzke kam nach ihrer Haft unter Auflagen frei, wurde aber später in das KZ Ravensbrück verschleppt und dort 1945 umgebracht.⁶⁸

Bereits im Spätsommer 1935 begann der Neuaufbau der Gruppe der Versöhnler durch die in Freiheit verbliebenen wie u. a. Rudolf Mokry, Otto Baumann und Hilde Deutschländer. Die neuen Zusammenhänge, die nun immer weniger mit den alten parteiinternen Konfliktklinien zu tun hatten, sind in der Literatur etwas ausführlicher beschrieben. Das gilt insbesondere für die "Revolutionäre Jugend", die sich ab 1935 u. a. auf Mokrys Initiative als Zusammenschluß jüdischer, bündischer und kommunistischer Jugendlicher entwickelte. Diese Gruppe war zeitweise in der Lage, als Fahrten getarnte Treffen auf dem Land zu veranstalten, an denen bis zu 50 Menschen teilnahmen. Der egalitäre und antirassistische Grundimpuls der "Revolutionären Jugend" wird von ihren ehemaligen Mitstreiter/innen betont, die von der WdE interviewt worden sind. Die in den Verhörprotokollen der Gestapo festgestellte Lektüre ihrer Lesekreise und die politische Herkunft zahlreicher Mitstreiter der "Revolutionären Jugend" stellt die Verbindung zu den Versöhnlern her. Eine feste Zusammenarbeit mit der KPD kam dagegen nicht mehr zustande.⁶⁹

8. Abschließendes und Weiterführendes

Abschließend könnte die Frage aufkommen, was überhaupt das Interesse an der vorliegenden Geschichte sein könnte - mal abgesehen davon, daß es natürlich immer gut ist, mehr über den antifaschistischen Widerstand in der "Stadt Ernst Thälmanns"

zu erfahren. Ich meine, daß die Geschichte, die ich hier in aller Kürze skizziert habe, durchaus nicht für überholt gehalten werden sollte, weder aus Sicht der historischen Forschung noch aus Sicht der (Reste der) Arbeiterbewegung. Ich möchte hierfür abschließend drei Gründe anführen, die vielleicht auch zum Weiterforschen und –diskutieren anregen können.

Erstens: Die Fixierung der Organisationen der Arbeiterbewegung auf den Teil der Arbeiterklasse, der innerhalb derselben eine hegemoniale Rolle spielt, ist nie grundsätzlich durchbrochen worden. Ohne diese Zentralfigur der Bewegung mit der Aura des Erlösers zu versehen, konzentrieren sich die Aktivitäten von Gewerkschaften und sozialistischen Parteien auch heute auf den Teil der Klasse mit der vermeintlich besten Verhandlungsposition im Verhältnis Arbeit/Kapital. Bei genauerer Untersuchung wird sich herausstellen, daß diese Klientel durchaus auch heute noch eine *Minderheit* der Arbeiterklasse ist, die jedoch aus (vergänglichen) historischen und kulturellen Gründen als repräsentativ gefaßt wird. Das Scheitern der oppositionellen Kommunisten hatte, wenigstens in Hamburg, seine Ursache vor allem in solcher Reduzierung des Blicks, verbunden mit einer schnellen Verschlechterung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Kapitals nach 1929, auch wenn die Politik der oppositionellen Kommunisten eher auf das eigene soziale Umfeld als auf die Klientel einer Bürokratie gerichtet war.

Zweitens: In dieser Nähe, in der Verankerung im betrieblichen Umfeld, bestand andererseits eindeutig die Stärke der kommunistischen Opposition in Hamburg. Die Kontinuität des Einflusses der Versöhnler in den Hafенbetrieben Hamburgs beispielsweise - über die sozialen Umgruppierungen, die Weltwirtschaftskrise und den Faschismus hinweg - ist gerade auch aus heutiger Sicht erstaunlich. Das Gleiche gilt für die Hamburger KPO. Beide Gruppen trugen entscheidend dazu bei, daß es wenigstens einige Stimmen gab, die innerhalb der Gewerkschaften gegen die Anpassungspolitik von 1933 votiert haben. Daß es zu wenige Stimmen blieben, ist eine andere Geschichte. Übrigens ist die KPO in Hamburg in dieser Hinsicht durchaus als typische KPO-Gruppe zu bezeichnen, und es ist zu fragen, ob nicht die kritische Aktivität in Betrieb und Gewerkschaft sogar die zentrale historische Leistung der Gruppe insgesamt war.⁷⁰

Drittens: Die KPO Hamburg begann 1933/34 einen äußerst mutigen und offensiven antifaschistischen Kampf. Darin glich sie vielen Gruppen der KPD, die so wie sie durch den Terror der Nazis zerschlagen wurden. Viel früher als die überwiegende Mehrheit der kommunistischen Bewegung schafften es dagegen die Versöhnler, ihre Arbeit den neuen Bedingungen anzupassen. Das Beispiel der Versöhnler zeigt, wie sich Formen des Widerstands, die in erster Linie an Resistenz und solidarisches Verhalten im Alltag gebunden waren und auf einen programmatischen und medial inszenierten Überbau weitgehend verzichteten, mit der organisatorischen Erfahrung einer aus der KPD entstandenen Gruppe verbanden. Das "Schneeballsystem" der Hilde Schottländer und die "Revolutionäre Jugend" sind in mancherlei Hinsicht ein Vorläufer späterer Widerstandserfahrungen. Will man diesen Aspekt des Widerstands ernst nehmen, ist es nach meiner Auffassung wichtig, sich nicht lediglich auf die Tragik der

Verfolgung und Ermordung vieler ihrer Mitglieder zu beziehen, sondern auch auf die positive Herausforderung, die die *dezentrale* und *antihierarchische* Struktur solcher Gruppen für politische Organisation auch heute noch bedeuten. Tatsächlich hat sich diese Form der Organisation, die hier nur kurz skizziert werden konnte, nach meiner Auffassung in einer bestimmten historischen Situation, die von stärkster Polarisierung und Militarisierung und von heute kaum noch zu begreifendem staatlichem Terror geprägt war, als *effektiver* und *ausdauernder* erwiesen. Es versteht sich auch in diesem Falle, daß ihr Scheitern nicht als Beweis des Gegenteils angeführt werden kann. Allerdings ist die Unsichtbarkeit dieser Gruppen, die kaum schriftliche Quellen hinterlassen haben, sicherlich ein Grund für die Randständigkeit, die sie in der Organisationsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung immer noch einnehmen.

-
- 1 Bei dem vorliegenden Artikel handelt es sich um eine Skizze meiner Magisterarbeit, die ich Anfang des Jahres 2001 am Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft der Universität Hamburg angefertigt habe.
 - 2 Ich verwende den Begriff Versöhnler ohne Anführungszeichen, da die Gruppe ihn als Selbstbezeichnung übernahm.
 - 3 Eine ausführliche Interpretation sowie eine Farbproduktion des Gemäldes findet sich bei: Wulf D. Hund: Heinrich Vogeler. Hamburger Werftarbeiter: Aus der Ästhetik des Widerstands, Frankfurt am Main 1992. Vogelers Erklärung zur Mitarbeit in der KPO ist im Zentralorgan der Gruppe "Gegen den Strom" (GdS), Organ der KPD-Opposition, Reprint, Hannover 1985, zitiert: GdS, Nr. 47, 23.11.1929. Beispiele seiner Illustrationen für die KPO in Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv, Kopenhagen (ABA), Nr. 753, Sammlung KPO/IVKO.
 - 4 Solche Offenheit macht den eindrucklichsten Unterschied zu zeitgenössischen (und erst recht den heutigen!) Reklameplakaten der Arbeiterbewegung aus. Siehe hierzu die Abbildungen in: Ulrich Bauche/Ludwig Eiber/Ursula Wamser/Wilfried Winke (Hrsg.); "Wir sind die Kraft". Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945. Katalogbuch zu einer Ausstellung des Museums für Hamburgische Geschichte, Hamburg 1988, S.68f. und Umschlagseiten.
 - 5 Karl Marx; Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei, Berlin/DDR 1981, S.58.
 - 6 Siehe u.a.: Ludwig Eiber: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Hansestadt Hamburg in den Jahren 1929-1939. Werftarbeiter, Hafendarbeiter und Seeleute. Konformität, Opposition, Widerstand, Frankfurt/Main, 2000, S.97ff.
 - 7 Eine Darstellung der Rolle der Versöhnler im ZK findet sich bei Herrmann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969, Bd., S.186f.
 - 8 Siehe u.a. Gruppe Arbeiterpolitik (Hg.): Der Faschismus in Deutschland 1928-33, Analysen und Berichte der KPD-Opposition, Bremen 1981, mit Analysen aus der Tageszeitung der KPO.
 - 9 Siehe BArch-SAPMO I 3/16/17. Zur Kritik der KPO Hamburg auch GdS, Nr. 3, 1929.
 - 10 In Betrieben, in denen die KPD direkten Einfluß auf die Leitung hatte, wurde ein großer Teil des über den Hamburger Hafen laufenden Handels mit der SU abgewickelt. Siehe BArch-SAPMO I 3/16/35: Unterlagen des KPD Bezirkes Wasserkante über die "innerparteiliche Opposition", in: BArch-SAPMO, I 2/3/70: Ausarbeitung "Die rechten Renegaten".
 - 11 Die Darstellung folgt Klaus Weinbauer: Alltag und Arbeitskampf im Hamburger Hafen. Paderborn 1994, S.291ff.
 - 12 Siehe BArch-SAPMO I 3/16/17. Die Instrukteure der KPD bestätigten dies intern: BArch.-SAPMO I 3/16/70.

- 13 Siehe ebenda und GdS, Nr. 3/1929.
- 14 Herrmann Webers "klassische" Analyse ist auf die Zentralperspektive reduziert: H. Weber: Die Wandlung ..., S.203f. Die von mehreren Autoren (Mallmann, Weitz, McDermott/Agnew) in letzter Zeit thematisierte Verschränkung von lokaler und internationaler Politik ließe sich am Beispiel der Wittorf-Affäre gut untersuchen.
- 15 Die Hamburger Versöhnlr handelten im Einvernehmen mit ihren Freunden im ZK der KPD. Siehe BArch-SAPMO I 3/16/17 sowie I 2/3/70 und andere.
- 16 Siehe H. Weber: Die Wandlung ..., S.205. Es ist hier zu bemerken, daß die "rechte" Opposition im Gegensatz etwa zur Gruppe um Karl Korsch die Sowjetunion trotz aller Erfahrungen mit der Stalinschen Politik als sozialistische Gesellschaft betrachtete. Das gilt auch für Versöhnler und KPO in Hamburg. In den Veröffentlichungen, die ich gefunden habe, gibt es jedenfalls keine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der SU. Erst nach den Ereignissen des Spanischen Bürgerkriegs und im Verlauf der Moskauer Prozesse, allerdings erst während des Prozesses gegen Bucharin, wurde massive Kritik an der Stalinschen Politik vorgebracht. Eine Ausnahme war in dieser Hinsicht der Versöhnler Georg Jalass, der die Glaubwürdigkeit der Prozesse bereits früher in Frage stellte. Siehe BArch-SAPMO I 2/3/335 und 337.
- 17 Siehe BArch-SAPMO, I 3/16/17, Bl. 88 u.a.
- 18 Nach einer Zählung von Angelika Voß/Ursula Büttner/Herrmann Weber: Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923-1933 in Hamburg und im Deutschen Reich., Hamburg 1983, S.96.
- 19 Eine Skizze dieser Figur bietet Karl Korsch: Revolution wozu? Ein kritischer Kommentar zu Jan Valtins "Out of the Night", in: ders., Politische Texte, Frankfurt am Main, 1974.
- 20 Eine gute Darstellung dieser Entwicklung findet sich bei Ursula Büttner: Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931, Hamburg 1983, S.148ff.
- 21 Siehe Reinhard Müller: Rotes Arbeiter Hamburg. Zur Politik der KPD 1924-1933. In: Bauche: Wir sind die Kraft, S.238.
- 22 Zur Selbsteinschätzung der KPD siehe u.a. BArch-SAPMO I 3/10/16: Bezirksparteitag Wasserkante 1932; zur KPO BArch-SAPMO I 5/3/5: Parteifeindliche Gruppierungen/KPO.
- 23 Hierzu siehe FzH/WdE 268T (Valentin Perthes) sowie Heinz Priess: Spaniens Himmel und keine Sterne. Ein deutsches Geschichtsbuch. Erinnerungen an ein Leben und ein Jahrhundert. Berlin 1996, S.64.
- 24 Siehe u.a. BArch-SAPMO, I/3/16/66 und /67, wo sich zahlreiche Beispiele finden. Die "Massenagitation" der Partei erhöhte nach 1933 das Risiko von Verhaftungen angesichts dessen, daß sich der NS-Terror auch in Hamburg an erster Stelle gegen die KPD richtete.
- 25 Theodor Bergmann: Gegen den Strom. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Opposition, Hamburg 1987, rechnet mit ca. 300 KPO-Mitgliedern in Hamburg, was eine hoch angesetzte Einschätzung ist. Mitgliederverzeichnisse o.ä. sind meines Wissens nicht erhalten. Die KPO Hamburg war im Vergleich zu anderen Städten und Orten, wo sich ihr in seltenen Fällen sogar die Mehrheit der Parteimitglieder anschlossen, eine kleine Gruppe.
- 26 Einige Nummern des "Mitteilungsblatt der KPO Bezirk Wasserkante" finden sich in: BArch-SAPMO ZB 11447a (Zeitschriftensammlung).
- 27 Siehe GdS Sonderbeilage Nr. 5 1929.
- 28 Siehe GdS Nr. 10, 8.3.1930.
- 29 Siehe BArch-SAPMO I 5/3/5. Daß die KPD über die Aktivitäten der KPO in Hamburg recht gut informiert war, zeigt die Tatsache, daß sich im historischen Archiv der KPD auch Briefwechsel zwischen Fritz Ruhнау (KPO) und trotzkistischen Funktionären befinden, in denen eine mögliche Zusammenarbeit eruiert wurde.
- 30 Siehe GdS Nr. 9/1929.
- 31 Auf Reichsebene blieben die Freunde der SAP in der KPO dagegen klar in der Minderheit. Bergmann: Gegen den Strom, S.173f.
- 32 Siehe ABA Arkiv Hans Uwe Petersen: Lebenslauf A. Drögemüller (ohne Reg.).
- 33 Siehe BArch-SAPMO I 3/16/17.

- 34 Siehe H. Weber: Die Wandlung ..., S.236. Siehe auch GdS, Nr. 9, 1.3.1930.
- 35 Siehe GdS, Nr. 8, 22.2.1930.
- 36 BArch-SAPMO I 3/16/35 enthält sowohl die Berichte des "Informanten" als auch Notizen über die Ausschlussverfahren.
- 37 Siehe BArch PST St 10/52, Briefe der Zelle Hafenschiffahrt vom 17.1.1932 und 10.1.1933 (Polizeibehörde Hamburg an Nachrichtensammelstelle RMI).
- 38 Interview des Verfassers und Angelika Eder mit Elly und Jan Jalass, Hamburg 30.11.2000.
- 39 Siehe BArch-SAPMO I 3/16/35.
- 40 Vieles deutet darauf hin, daß hinter dieser Politik die Mehrheit der Funktionäre der Einzelgewerkschaften stand. Die Ursachen hierfür wurden nie genauer untersucht. Siehe auch L. Eiber: Arbeiterwiderstand gegen Faschismus und Krieg. In: U. Bauche u. a.: Wir sind die Kraft, S.271-277.
- 41 Siehe GdS Nr. 4, 25.2.1933.
- 42 Siehe BArch-SAPMO I 3/16/66, Tätigkeits- und Lageberichte der Bezirksleitung Wasserkante 1933/34.
- 43 Siehe GdS Nr. 4, 25.2.1933.
- 44 Siehe Hans Jürgen Plaumann: Nacherkundungen zu "Spuren des Nationalsozialismus und des Widerstands in Dulsberg", Hamburg 1998, S.69 sowie Gesprächsprotokoll Plaumann/Berg, Hamburg 31.5.1991.
- 45 Siehe GdS Nr. 5, Mai 1933.
- 46 Siehe BArch NJ 5847: Verhörprotokolle, Anklageschrift und Urteil gegen die KPO-Gruppe von 1934 - z.T. auch in ABA Nr. 753.
- 47 Siehe BArch-SAPMO I 2/3/164, Ermittlungen der SED über den antifaschistischen Widerstand.
- 48 Siehe BArch NJ 5847. Siehe auch Th. Bergmann: Gegen den Strom, S.408. Die hier erwähnte Hamburger illegale Schrift ("Der Kampf") konnte lediglich in einer Korrespondenz aus Paris nachgewiesen werden. In ABA Nr. 753 finden sich auch Exemplare der "Junius-Briefe".
- 49 Die Vermutung einer Denunziation durch Wriggers, der auch Kontakte zur KPD hatte, läßt sich auf Grundlage der vorliegenden Quellen nicht bestätigen. Siehe BArch NJ 5847.
- 50 Siehe BArch-SAPMO DY 30/IV 2/11 u 955: ZK der SED, Kaderfragen, Berichte von Peter Junge und anderen.
- 51 Siehe ABA Nr. 146: Hans Korbmacher, Briefwechsel der Hamburger Gruppe mit der Auslandsleitung der KPO in Paris. Gespräch des Verfassers mit Josef Bergmann, Hamburg, 7.4.1999.
- 52 Siehe BArch-SAPMO, I 2/3/126. Walter Lüders wurde später erneut verhaftet, ins KZ Neuengamme gebracht und später in ein Strafbatallion eingezogen. Er desertierte und starb in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Im Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme befinden sich Kopien der Briefe, die Lüders von dort und später von der Front an seine Frau geschrieben hat.
- 53 Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945. Hamburg 1969, stellen auf rund 500 Seiten weder Versöhnlern noch KPO als organisatorischen Zusammenhang dar. Wo in seltenen Fällen Namen von Opfern des NS-Regimes genannt werden, die zur Opposition gehörten, werden diese nur als "Kommunisten" bezeichnet. Das Buch ist nach wie vor das Standardwerk zur Geschichte des Widerstands der Arbeiterbewegung in Hamburg.
- 54 Elly Jalass betont, daß auch die Versöhnlern das Ausmaß des NS-Terrors in aller Regel zunächst unterschätzten - die Behandlung ihres Mannes änderte daran zunächst nicht viel. Gespräch mit E. Jalass, 30.1.2000.
- 55 Siehe WdE/FzH 247T (Hans Perthes). Die Aussagen weichen erheblich von der Schilderung von Heinz Priess, Spaniens Himmel und keine Sterne, S.66ff. ab, wo dieselbe Gruppe als Teil des KJVD bezeichnet wird.
- 56 Aus Klassenverbänden u.a. der Lichtwarkschule und der Telemannschule bildeten sich vereinzelt Widerstandsgruppen: Siehe Ursel Hochmuth/Peter de Lorent (Hg.): Hamburg - Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985.
- 57 Die Darstellung der Rolle der oppositionellen Kommunisten im Exil und im Spanischen Bürgerkrieg erforderte eine eigene Abhandlung. Für den Widerstand in Hamburg war die Infrastruktur und die Fluchtmöglichkeit, die das Exil in Kopenhagen bot, von oft lebensrettender Bedeutung. Für die

- Versöhnler spielte hier der Kreis um Georg und Elly Jalass sowie Heinrich Tag eine zentrale Rolle, von ihm wurden Fluchtmöglichkeiten, politische Konferenzen und Kurierere organisiert. Ein Teil der durch die Vermittlung von Georg Jalass Mitte 1934 nach Kopenhagen geflüchteten jungen Männer schloß sich später den internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg an. Siehe H. Priess: Spaniens Himmel, S.95ff. sowie FzH/WdE 242T (Klaas Kreuzer). Die KPO-Gruppe im Kopenhagener Exil, der auch die Brüder Isert angehörten, stellte u.a. illegale Ausgaben von "Gegen den Strom" her, die nach Norddeutschland gebracht wurden. Die meisten der Flüchtlinge aus der kommunistischen Opposition konnten beim Einmarsch der Wehrmacht von Dänemark nach Schweden flüchten. Von den Hamburgern wurde Herbert Isert verhaftet, nach Deutschland ausgeliefert und bis Kriegsende im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Siehe BArch-SAPMO NJ 5847 (Prozeß gegen Herbert Isert, 1942) sowie Larsen, Steen Bille/Mod strømmen, Den kommunistiske "højre" og "venstre"-opposition i 30ernes Danmark, Kopenhagen 1986. [Gegen den Strom. Die "linke" und "rechte" kommunistische Opposition im Dänemark der 30er Jahre].
- 58 BArch, NJ 168, Anklageschrift des Volksgerichtshofes gegen E. Wald. In der Akte sind auch einige konzeptionelle Schriften von Wald wiedergegeben. Siehe Rainer Gussek: Kommunistische Jugendliche in Hamburg, Organisationsprobleme und Alltagserfahrungen, Magisterarbeit, Hamburg 1991; der Autor widmet auch der Versöhnlerjugend einen Abschnitt.
- 59 Siehe in BArch NJ 5335. Im Merkblatt des Reichanwalts im Verfahren gegen Ilse Thate (1937) findet sich eine Skizze des "Schneeballsystems". Die Gruppe um Schottländer ist auch deshalb bemerkenswert, weil es sich ausdrücklich um eine reine Frauengruppe handelte, im kommunistischen Widerstand ein eher seltenes Phänomen.
- 60 Siehe BArch-SAPMO I 2/3/242: Grenzstelle und ALN Nord. Der weit verbreitete Mythos einer Verknüpfung von "Effektivität" und "Zentralisierung" behindert manchmal die Erkenntnis, daß die "zweite Phase des Widerstands" (Peukert) nicht erst 1936/37 begann.
- 61 Siehe BArch NJ 2175: Urteil gegen H. Wendt und andere. Siehe auch BArch-SAPMO I 3/16/67.
- 62 Siehe BArch NJ 9371: Ermittlungen gegen Grunert und andere.
- 63 Siehe BArch NJ 2175. L. Eiber: Arbeiter und Arbeiterbewegung, S.599ff, gibt eine Skizze des Widerstands der "Westermanngruppe" unter Berücksichtigung ihrer reichsweiten Kontakte. Die Gruppen in Berlin und Hannover hatten teilweise erhebliche Bedeutung im lokalen Widerstand. Beide sind bisher meines Wissens von der historischen Forschung unbeachtet.
- 64 Ein Dokument in BArch-SAPMO I 3/16/66 beschreibt die Wendung der örtlichen KPD hin zur "Volksfrontpolitik" recht eindrücklich. Noch Ende 1933 wurden die Versöhnler in der KPD als Polizeispitzel und "Rattennest" bezeichnet.
- 65 Siehe BArch 168 (gegen E. Wald).
- 66 Siehe BArch R 58/2027 (Reichssicherheitshauptamt). Für damals kursierende Gerüchte, die KPD hätte die Versöhnler an die Gestapo verraten, gibt es keinen Beweis.
- 67 Siehe BArch ZC 17419: Verhör von Westermann und Wendt durch die Gestapo am 6.3.1935. Der Mord an Westermann ist auch in den Aufzeichnungen seines damaligen Zellennachbarn Alfred Drögemüller beschrieben. Siehe ABA, Arkiv Petersen (ohne Reg.).
- 68 Siehe BArch-SAPMO I 2/3/101.
- 69 Siehe FzH/WdE Nr. 250T, 251T; BArch-SAPMO 15528, Prozeß gegen Mokry u.a. Die Gruppe ist u.a. bei R. Gussek: Kommunistische Jugendliche, S.81ff beschrieben. Zu ihr gehörte auch Kurt van Walden, Siehe Karl Heinz Jahnke: Antifaschisten: Unbequeme Zeugen des 20. Jahrhunderts, Bd. 2, Bonn 1996. Zu Deutschländer u.a. auch Ursula Wamser/Wilfried Weinke (Hg.): Ehemals in Hamburg zu Hause. Jüdisches Leben am Grindel, Hamburg 1991.
- 70 Nach 1945 setzte sich die Geschichte der oppositionellen Kommunisten fort, als einige von ihnen erneut eine wichtige Rolle in der Hamburger Arbeiterbewegung spielten. Auch dieser Aspekt erforderte eine eigene Untersuchung. Siehe die kursorische Übersicht bei Holger Christier: Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und KPD in Hamburg 1945-1949. Hamburg 1975.

Biographische Skizze

Erich Baron - eine biographische Studie (1881-1933)

Gerlinde Grahn

Bekannt geworden und in die Literatur eingegangen ist Erich Baron vor allem im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Generalsekretär der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland in der Zeit der Weimarer Republik. Über andere Stationen seines Lebens wurde nur wenig publiziert. Das gilt besonders für seine Tätigkeit als vielseitiger Journalist und Funktionär der Arbeiterbewegung.

Erich Baron wurde am 20. Juli 1881 in Berlin in der Familie des jüdischen Kaufmanns und Fabrikbesitzers Heimann Baron und seiner Frau Franziska geboren. Der Name Baron weist darauf hin, daß die Familie selbst oder ihre Vorfahren aus dem Osten eingewandert waren. Die Familie, an einer guten humanistischen Bildung des Sohnes interessiert, konnte dem jungen Erich den Besuch einer höheren Schule ermöglichen. So kam er im Herbst 1889 auf das Friedrich-Werdersche Gymnasium in Berlin. Am 14. September 1900 legte er dort die Reifeprüfung ab.¹

Am 13. Oktober desselben Jahres ließ er sich an der Königlichen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin immatrikulieren.² Er besuchte Lehrveranstaltungen an der Juristischen und der Philosophischen Fakultät bei einigen der damals bekanntesten Professoren für Rechtswissenschaft wie Ludwig Aegidi, Kipp, Josef Kohler, Franz von Liszt und auch bei dem späteren Hauptautor der Weimarer Verfassung, Hugo Preuß, der den Lehrgegenstand Deutsches Reichs- und Preußisches Landrecht vertrat. Am Staatswissenschaftlich-statistischen Seminar der Philosophischen Fakultät hörte er in den Jahren 1901 bis 1903 bei Prof. Adolf Wagner u.a. Weltwirtschaft, nationale Volkswirtschaft und "Kapitalismus und Sozialismus", bei Prof. Gustav Schmoller Nationalökonomie und bei Prof. Ladislaw von Borkiewicz Statistik. Daß den Studenten Baron allein die juristischen Fächer und die der Ökonomie nicht befriedigt haben, zeigt der Nachweis der von ihm besuchten Lehrveranstaltungen bei den Professoren für Philosophie Max Dessoir, Georg Simmel und von Marwitz. Außerdem belegte er Vorlesungen über Kant und die Geschichte der politischen Theorien.

Auf seine später ausgeprägt zutage tretenden Interessen auf kulturellem Gebiet weist die Teilnahme an Vorlesungen bei Dr. Max Herrmann zur literarischen Kritik und Prof. Heinrich Wölfflin zur Einführung in die Architektur hin. Im März 1904 schloß er erfolgreich seine Universitätsstudien ab.³ Eine seiner Ausbildung als Jurist entsprechende Tätigkeit nahm er offensichtlich nicht auf, es blieb aber sein Interesse für juristische Fragen.

In der Studienzeit vollzog sich offenbar Erich Barons geistige und organisatorische Hinwendung zur Arbeiterbewegung. Die Beschäftigung mit den philosophischen, ökonomischen und juristischen Lehrfächern mögen für ihn Ausgangspunkt zur Annäherung an Positionen der Arbeiterbewegung gewesen sein. Während des Studiums

oder kurz danach fand er Anschluß an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Wie sich diese Hinwendung vollzog, wer und was ihn zum Eintritt veranlaßte, läßt sich nicht sagen.

In der von Eduard Bernstein nur über einen kurzen Zeitraum herausgegebenen Wochenzeitung "Das neue Montagsblatt" gab er am 30. Mai 1904 sein Debüt als Journalist. Unter dem Signum Er. B. schrieb er seine nachweislich erste Theaterkritik über einen Auftritt der "Elf Scharfrichter" im Künstlerhaus in Berlin. Vom 12. September bis November 1904, als das Blatt sein Erscheinen einstellte, erschienen Besprechungen von Aufführungen verschiedener Berliner Theater.⁴ In den einzelnen Kritiken wurde eine umfassende Kenntnis der Bühnenliteratur von den Klassikern bis zu den modernen deutschen und ausländischen Schriftstellern sichtbar. Nicht zu übersehen ist seine Ablehnung des Naturalismus als Kunstrichtung. In den Artikeln spiegeln sich seine juristischen Kenntnisse und die kritische Auseinandersetzung mit den politischen Problemen der Zeit wider.

Dem Leser wurden sozialkritische Stücke vorgestellt, aber auch Stücke, die weniger soziales Gewicht hatten, sich aber beim Publikum gewisser Beliebtheit erfreuten. Mit Sachkenntnis bewertete E. Baron die Leistungen der einzelnen Schauspieler. Insgesamt gingen seine Besprechungen weder von der Auswahl der Stücke noch von der inhaltlichen Wertung her über den Rahmen der seinerzeit üblichen Theaterkritik hinaus. Die Kritiken vermitteln jedoch den Eindruck seiner journalistischen Fähigkeiten. Dem Leser stand ein erfahrener und gewandter Kritiker, nicht aber ein Debütant gegenüber.

Womit sich Erich Baron zwischen Ende 1904 und Herbst 1907 beruflich und politisch beschäftigte und wie sich seine persönliche Situation entwickelte, wissen wir nicht. Anfang Oktober 1907 kam er mit seiner späteren Frau Jenny und Tochter Marianne nach Brandenburg an der Havel.⁵

Brandenburg war zu jener Zeit eine Industriestadt mit einer gut organisierten Arbeiterbewegung. Es gab einen aktiven sozialdemokratischen Ortsverein und starke freie Gewerkschaften, die sich zwischen 1907 und 1914 zahlenmäßig schnell vergrößerten.⁶ Eine wichtige Rolle spielte die sozialdemokratische "Brandenburger Zeitung". Ihr Herausgeber war Otto Sidow, verantwortlicher Redakteur wurde Erich Baron.⁷ Mit Otto Sidow ergab sich durch die Redaktion der Zeitung eine enge Zusammenarbeit. Die politischen und Lebenserfahrungen des kampferprobten Sozialdemokraten, der noch Verbindungen zu Karl Marx und Friedrich Engels unterhalten hatte, mögen nicht ohne Einfluß auf den jungen Baron geblieben sein. Sidows Bejahung der Burgfriedenspolitik zu Beginn des Ersten Weltkrieges, die auch zur weitgehenden Aufgabe des revolutionären Charakters der Zeitung führte, und seine Hinwendung zu den rechten Kräften in der Partei in der Novemberrevolution führten schließlich zum Bruch mit Baron.⁸

Die "Brandenburger Zeitung" war ein echtes Spiegelbild der widersprüchlichen innerparteilichen Entwicklung. Im redaktionellen Teil wurden bis zum August 1914 in den wichtigsten Fragen revolutionäre Positionen sichtbar. Es wurden die Grundforde-

rungen der Arbeiterklasse nach Beseitigung jeglicher Ausbeutung und dem Aufbau des Sozialismus vertreten. In verschiedenen Beiträgen erfolgte die Auseinandersetzung mit reformistischen Auffassungen. Den Linken wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde relativ viel Platz eingeräumt. In der Berichterstattung über innerparteiliche Auseinandersetzungen wurde im wesentlichen ein revolutionärer Standpunkt vertreten. Andererseits wurden häufig Beiträge der Reformisten ohne Kommentierung veröffentlicht.

Erich Barons konsequente Verteidigung der Rechte und Interessen der Arbeiter in der "Brandenburger Zeitung" und sein öffentliches Auftreten riefen die Reaktion immer wieder auf den Plan. In mehreren Prozessen gegen die Zeitung kam Erich Baron als Angeklagter vor Gericht. Als Verteidiger standen ihm fähige sozialdemokratische Rechtsanwälte wie Karl Liebknecht und Wolfgang Heine zur Seite. Es waren Verfahren, deren Bedeutung oft über die politischen Kämpfe in Brandenburg hinausgingen, wie der Prozeß des Hauptvorstandes des "Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie" 1912⁹ und der Prozeß in Auseinandersetzung mit den gelben Gewerkschaften 1913.¹⁰

Erich Barons Wirken für die Sozialdemokratische Partei war vielseitig und ging über die Stadt Brandenburg hinaus. 1909 und 1912 war er Delegierter des Wahlkreises Brandenburg-Westhavelland auf den Parteitagen der SPD in Leipzig und in Chemnitz. Auf dem Parteitag in Leipzig forderte er die stärkere Förderung der Jugendausschüsse durch die Partei und eine sinnvolle einheitliche inhaltliche Gestaltung ihrer Arbeit. In Chemnitz brachte er seine juristischen Kenntnisse in die Diskussion gegen die Todesstrafe ein, die von der bürgerlichen Justiz auch für politische Vergehen vorgeschlagen worden war. Gleichzeitig verlangte er eine umfassende Information der Arbeiter über das geplante Gesetzesprojekt.¹¹

Seine Wirksamkeit in der Jugendarbeit der Partei war eng verbunden mit der neuen Phase des Ringens um eine selbständige Arbeiterjugendbewegung nach dem Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908. Während die reformorientierten Kräfte in der Sozialdemokratie gegen eine selbständige Arbeiterjugendbewegung auftraten, entwickelten die Linke Vorstellungen zur Organisierung der proletarischen Jugendbewegung. Diesen Überlegungen schloß sich Erich Baron an. Im Februar 1909 konstituierte sich in Brandenburg ein Jugendausschuß.¹² Auf einer kurz danach stattfindenden Versammlung der Brandenburger Arbeiterjugend erläuterte er seine Vorstellungen von Wert, Wesen, Aufgaben und Zielen der Arbeiterjugendbewegung. In der Folge leisteten die Brandenburger sozialdemokratischen Wahlvereine und das Ortskartell der Gewerkschaften, unter maßgeblicher Mitwirkung Erich Barons, eine umfangreiche Arbeit unter der Jugend. Auf einer Konferenz der Jugendausschüsse der Provinz Brandenburg am 8. Januar 1911 im Berliner Gewerkschaftshaus sprach er als Mitglied des Bezirksbildungs- und des Bezirksjugendausschusses der Provinz Brandenburg über die gesetzlichen Grundlagen und praktischen Aufgaben der Ausschüsse.¹³ Seiner Anregung folgend, wurde die Gründung von Jugendausschüssen in allen Orten der Provinz beschlossen.¹⁴ Nach der Reichskonferenz der Bildungsausschüsse im März 1913

in Berlin, an der er als einer der beiden Vertreter des Bezirksbildungsausschusses der Provinz teilnahm, berichtete er auf einer gemeinsamen Konferenz der Bildungs- und Jugendausschüsse der Provinz Brandenburg über die Organisation der Bildungsarbeit, über die Wanderkurse und die Jugendschriften der Partei.¹⁵

1910 wurde er als Abgeordneter in das Brandenburger Stadtparlament gewählt und setzte sich sowohl in den großen, politisch bedeutsamen Fragen – so z. B. dem Kampf um die Durchsetzung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts – als auch in den kommunalpolitischen Angelegenheiten für die Interessen der Arbeiter ein.

Barons Brandenburger Jahre zwischen 1907 und 1919 waren auch Jahre intensiver Beschäftigung mit Kunst und Kultur. Seine Grundpositionen auf diesen Gebieten entwickelte er u.a. in einer Versammlung des Brandenburger Jugendausschusses im November 1909. Dort legte er dar, daß die Kunst von den wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig ist, und die Arbeiterklasse kaum Zugang zu ihr habe. Aufgabe der Jugend- und Bildungsarbeit der Partei sei es, Wege zu Literatur, Musik, Wissenschaft und auch zur Körperkultur zu öffnen.

Für Baron bedeuteten diese Ideen nicht nur die Erläuterung sozialdemokratischer Vorstellungen – sie entsprangen zugleich seinen eigenen Erkenntnissen, Neigungen und persönlichen Bemühungen um die Kunst. Seine Auffassungen über die kulturellen Bedürfnisse der arbeitenden Menschen scheinen sich nicht unwesentlich unter dem Einfluß des Kunsthistorikers Eduard Fuchs entwickelt zu haben. Mit ihm stand er über viele Jahre vor und nach dem Ersten Weltkrieg in engem Kontakt. Aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg rührt auch die Freundschaft zu dem schon damals bekannten Architekten Bruno Taut her, die bis zu seinem Tode andauerte.¹⁶

In der "Brandenburger Zeitung" veröffentlichte Erich Baron in der Rubrik "Neues Theater" eine Fülle von Kritiken zu Theateraufführungen und Konzerten. Die teilweise rasche Abfolge der Kritiken läßt den Schluß zu, daß er trotz vielfältiger Verpflichtungen als Redakteur und Funktionär seiner Partei ein eifriger Theaterbesucher war.

Der Beginn des Ersten Weltkrieges beendete eine wesentliche Etappe der politischen, künstlerischen und persönlichen Entwicklung Erich Barons.

Tausende Kriegsgegner wie Karl Liebknecht – und Erich Baron – wurden gegen ihren Willen zum Kriegsdienst gezwungen. Noch am 27. Juli 1914 war Baron auf einer Massenversammlung Brandenburger Arbeiter gegen den Krieg aufgetreten und hatte dessen ökonomische und politische Wurzeln in den Machtkämpfen der Imperialisten entlarvt.¹⁷

Aus Krankenunterlagen geht hervor, daß er am 29. August 1916 seinen Heeresdienst antreten mußte.¹⁸ Über Erich Barons Dienstzeit läßt sich wenig sagen. Mehrmals befand er sich im Lazarett, so 1916 in Bingen am Rhein, 1917 in Köln und schließlich 1918 in Bergisch-Gladbach, wo er wiederholt mit dem ihm befreundeten Architekten Bruno Taut zusammentraf. Als Krankenwärter wurde er von dort aus im Herbst 1918 nach Brandenburg beurlaubt.

In Brandenburg hatten sich in den ersten Novembertagen 1918 verschiedene revolutionäre Soldatengruppen gebildet. Als Zivilist schloß sich Erich Baron einer dieser

Gruppen an. Auf einer großen Versammlung am 9. November, auf der auch er sprach, wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. An dessen Spitze stand ein Aktionsausschuß mit drei Vorsitzenden, darunter Erich Baron. Letzterer wurde beauftragt¹⁹, "dienstliche Verbindung" mit dem Garnisonskommando aufzunehmen und dieses zu unterrichten, daß die gesamte örtliche Befehlsgewalt auf den Arbeiter- und Soldatenrat übergegangen sei. Zu einer Entmachtung des Militärs kam es jedoch nicht.

Ähnliches vollzog sich mit der alten Stadtverwaltung. Mit ihr wurde eine "Aussprache" geführt, aber es kam zu keiner Absetzung. Wie sich ein Zeitzeuge erinnert, hätten sich die ersten Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates unter Barons Leitung durchaus in parlamentarischen Formen vollzogen. Unter den Mitgliedern des Rates, vor allem unter den Soldaten, gab es viele, deren Ziel die Errichtung einer Macht nach russischem Vorbild war. Erich Baron und die Mehrheit des Rates wollten diesen Vorstellungen nicht folgen.

In einem Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates, der am 12. November in der "Brandenburger Zeitung" veröffentlicht wurde, ist der Hinweis auf die "freie sozialistische Republik, aber das Weiterbestehen der alten Behörden" zu finden.²⁰ Am 18. November schrieb Erich Baron in der "Brandenburger Zeitung", daß vorerst an die "durchgreifende Sozialisierung der Gesellschaft" gegangen werden müsse, "daneben mag uns dann auch die Vorbereitung der konstituierenden Nationalversammlung beschäftigen". Über den Inhalt und die Realisierung der "durchgreifenden Sozialisierung" äußerte er an dieser Stelle und auch später nur vage Vorstellungen. Sie bezogen sich weitgehend auf kulturpolitische Bereiche, die ihm zugänglich waren. Als am 16. Dezember Übergriffe konterrevolutionärer Offiziere gegen den Arbeiter- und Soldatenrat erfolgten, wurden die verhafteten Offiziere nach einer mehr symbolischen Gerichtsverhandlung, die Baron leitete, auf Ehrenwort wieder freigelassen.

Der Gegensatz zwischen den verschiedenen Gruppierungen im Arbeiter- und Soldatenrat spitzte sich zu und erreichte in der Vollsitzung am 30. Dezember 1918 seinen Höhepunkt. Hier standen sich Sozialdemokraten, Unabhängige Sozialdemokraten und Mitglieder des Spartakusbundes offen gegenüber. Am 23. Januar 1919 gelang es den Mehrheitssozialisten, die Kräfte um Erich Baron aus dem Rat zu verdrängen.

Ende Januar 1919 ging Erich Baron zurück nach Berlin. Er nahm eine Tätigkeit beim Berliner Organ der USPD "Die Freiheit" auf.²¹ Eine recht bemerkenswerte Beschreibung der Stellung Barons in der Redaktion der "Freiheit" findet sich in einem Brief von Eduard Fuchs an Olga D. Kamenewa aus dem Jahre 1924.²² Nach der Gründung der Zeitung sei er neben Rudolf Hilferding politischer Redakteur des Blattes gewesen. Wegen seiner "zu stark ausgeprägten bolschewistischen Neigung" habe man ihn aber ins Feuilleton abgedrängt. Wobei, das sei hier angemerkt, die Arbeit auf feuilletonistischem Gebiet sicher auch seinen Neigungen und Interessen entsprach.

Am 26. Februar 1919 erschien, gezeichnet mit dem Signum E.B., seine erste Kritik zu dem Stück "Gas" von Georg Kaiser. Von diesem Zeitpunkt an bis Dezember 1920 findet sich eine Fülle von Theater- und Literaturkritiken aus seiner Feder. Im Feuilleton-

teil der Zeitung äußerte sich Erich Baron auch zu kulturpolitischen Problemen der Zeit. Im März 1919 formulierte er seine Vorstellungen von einer revolutionären Kulturpolitik nach der Novemberrevolution.²³ Er forderte, die Revolution müsse auch in die Bereiche der Kunst eindringen, die Künstler sollten sich mit Politik beschäftigen, die Trennung der Kunst vom Volke sollte überwunden werden. Er übte Kritik an der sich sozialistisch nennenden Regierung, die über die Vorschläge des Arbeiterrates zur Kunst hinwegging und die moderne Kunst kaum unterstützte. Am 26. September 1919 setzte er sich in dem Artikel "Von Schlössern, Fürsten und Revolutionen" mit dem Raub nationaler Kulturgüter durch den entmachteten Adel auseinander.

Erich Baron verstand sich nicht nur als Theaterkritiker, sondern auch als ein aktiver Mitgestalter eines wirklichen Volkstheaters. Im November 1919 wurde er zum Mitglied des künstlerischen Ausschusses des Verbandes der Freien Volksbühne gewählt.²⁴

Neben seiner Tätigkeit in der "Freiheit" nahm er an der politischen Arbeit der USPD teil. Am 8. November 1919 z.B. trat er als Redner auf einer öffentlichen Versammlung anlässlich des Jahrestages der Novemberrevolution auf.²⁵ Ende Mai 1920 wurde er als Kandidat der USPD zu den Reichstagswahlen am 6. Juni im Wahlkreis Potsdam 4 (Niederbarnim) nominiert, erreichte aber nicht die erforderliche Stimmenzahl.²⁶

Das Jahr 1920 wurde zum entscheidenden in der Entwicklung der USPD - und der politischen Orientierung Erich Barons. In den Diskussionen um den Anschluß der Partei an die Kommunistische Internationale im September sprach er sich für deren Aufnahmebedingungen aus.²⁷ Aufgrund seiner Bemühungen um das Zusammengehen mit den Kommunisten wurde er aus der "Freiheit" verdrängt. Am 13. Dezember 1920 erschien dort seine letzte Theaterkritik.

Infolge der Vereinigung von KPD und linkem Flügel der USPD Anfang Dezember 1920 kam Erich Baron zur KPD. Im Januar 1921 wurde er in das Pressebüro der KPD gewählt.²⁸ Dort war er bis Anfang 1924 als Inlandredakteur tätig.²⁹

1923/1924 entstanden in verschiedenen Ländern Organisationen von Intellektuellen und Künstlern, die aus unterschiedlichen Motiven an Kontakten mit der Sowjetunion interessiert waren. Die Sowjetunion ihrerseits war bemüht, ihre Isolierung von der übrigen Welt zu überwinden und intensiv vielseitige Auslandsbeziehungen zu pflegen.

Auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet war von sowjetischer Seite vor allem die Kommission für Auslandshilfe beim Zentralen Exekutivkomitee der UdSSR bzw. die Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Ausland (WOKS) für derartige Kontakte zuständig.

In Deutschland wurde am 1. Juni 1923 auf Initiative und unter aktiver Mitwirkung der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) die "Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland" gegründet.³⁰ Als sowjetische Vertreter hatten an der Gründungsveranstaltung Sachar G. Grünberg vom Volkskommissariat für Volksbildung und S. A. Lewitin vom Volkswirtschaftsrat teilgenommen. Eduard Fuchs wurde zum Vorsitzenden³¹ und Lehmann-Lukas zum Sekretär gewählt. Letzterer redigierte auch die "Neue Kultur-Korrespondenz" – die erste Zeitschrift der Gesellschaft. Der Name Erich Barons findet sich unter den Gründungsmitgliedern nicht.

Im November 1923 wurde sichtbar, daß Lehmann-Lukas nicht in der Lage war, den Aufgaben des Sekretärs gerecht zu werden. Im Ergebnis eines Meinungsaustausches zwischen Vertretern des Arbeitsausschusses, der sowjetischen Vertretung in Berlin und der Kommission für Auslandshilfe in Moskau unter Leitung von Olga D. Kamenewa kam man zu dem Schluß, daß die Funktion des Generalsekretärs neu zu besetzen sei. Mitte Januar 1924 tauchte in einem Brief von Lehmann-Lukas an den Mitarbeiter der sowjetischen Vertretung in Berlin, Wladimir Ch. Aussem, zum ersten Mal der Name Erich Barons im Zusammenhang mit der Gesellschaft auf.³² Anzunehmen ist, was die jahrelangen Kontakte zu bestätigen scheinen, daß Eduard Fuchs Erich Baron vorgeschlagen hatte. Zudem stand Fuchs in enger Verbindung zur Zentrale der KPD, die diesen Vorschlag vermutlich gebilligt und Baron aus der Verantwortung im Pressebüro entlassen hat.

Die Wahl fiel auf ihn wohl auch deshalb, weil er aus seiner journalistischen Tätigkeit Kontakte zu linksbürgerlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Künstlern und Intellektuellen hatte. Ihm war deren Milieu vertraut, er konnte mit ihnen umgehen und besaß zudem Organisationstalent. Die Möglichkeiten der Gesellschaft und Barons Fähigkeiten, Kontakte zwischen deutschen und sowjetischen Künstlern und Intellektuellen anzubahnen, wurden sowohl von den deutschen als auch von den sowjetischen staatlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen genutzt. Im Januar 1924 übernahm er die Geschäfte der Gesellschaft und wurde am 1. Februar ihr Generalsekretär. Am 15. Februar 1924 nahm Erich Baron bei einem Vortrag von Otto Ch. Aussem im Berliner Rathaus über das Erziehungs- und Bildungswesen in der Ukraine wahrscheinlich das erste Mal an einer Veranstaltung der Gesellschaft teil.³³

Im Rahmen der Gesellschaft trat er erstmalig am 27. Februar 1924 öffentlich auf, als er eine Gedenkveranstaltung zum Tode Lenins im Berliner Filmtheater "Schauburg" am Potsdamer Platz eröffnete.³⁴ Gleichzeitig wurde er Herausgeber ihrer nun unter dem Titel "Das neue Rußland" erscheinenden Zeitschrift.³⁵ Als Autoren konnte er bekannte Persönlichkeiten wie Georg Graf von Arco, Oskar Vogt, Emil Roesle, Ernst May, Bruno Taut und Karl Stählin gewinnen. Mit einigen der Autoren wie Felix Halle, Adolf Behne, Erwin Piscator hatte Erich Baron schon in seiner früheren journalistischen Tätigkeit zusammengearbeitet.

Um Erich Barons Haltung und die Entwicklung in der Gesellschaft verstehen zu können, soll an dieser Stelle etwas zu ihren Beziehungen zum OBI bzw. zur WOKS gesagt werden.³⁶

In der Öffentlichkeit stellte sich die Gesellschaft, verkörpert durch ihre weitgehend bürgerliche Mitgliedschaft, ihre Veranstaltungen und den Inhalt der Zeitschrift, als eine von Parteien unabhängige Organisation dar. Die Vertreter der KPD waren im Interesse des Erhalts der Gesellschaft bemüht, das Bild einer unpolitischen Institution zu wahren. Eine Mitteilung Erich Barons an Olga D. Kamenewa illustriert das: "Nach den letzten Veranstaltungen mit ihren immerhin politischem Einschlag hatte sich der sozialdemokratische Oberschulrat Hilker ... über die ihm zu ausgeprägte Linksorientierung in der 'Gesellschaft' beklagt, wurde jedoch von Gen. Fuchs und mir, aber

auch von Fr[au] Dr. Stöcker und Dr. Osborn besänftigt und hat sich gestern nach seinem Erscheinen sehr befriedigt geäußert, obschon er vordem sich mit Austrittsabsichten zu tragen schien".³⁷

Schon in der Gründungsphase der Gesellschaft 1923/1924 war das Bestreben der WOKS deutlich zu spüren, sie so zu gestalten wie andere, der Kommunistischen Internationale verbundene Organisationen. Sie wurde in den Rahmen des OBI eingebunden, was sich u.a. in ihrer inneren Struktur in Gruppen und Sektionen widerspiegelte. Von der Leitung in Moskau kamen detaillierte Vorgaben für die Arbeit, und von Erich Baron wurde eine ausführliche, regelmäßige Berichterstattung erwartet. Da die Leitung der Gesellschaft während der gesamten Zeit ihrer Existenz personell aus dem ehrenamtlichen Arbeitsausschuß und dem Generalsekretär als einzigem festangestellten Mitarbeiter bestand, war schon früh ersichtlich, daß die Erwartungen der Leitung der WOKS nur sehr bedingt erfüllt werden konnten. Das zeigte sich vor allem beim Aufbau und in der Koordinierung der Tätigkeit der Ortsgruppen im Reich. Beides erwies sich wegen der geringen finanziellen Mittel, die der Gesellschaft zur Verfügung standen, und des Fehlens weiterer ständiger Mitarbeiter neben Baron oft als sehr schwierig.

Im Schriftwechsel zwischen den Vertretern der WOKS in Berlin und der Leitung in Moskau finden sich wiederholt kritische Hinweise auf die organisatorischen Schwächen der Leitung der Gesellschaft, die Einmannarbeit Barons, ja sogar Überlegungen zur Auflösung der Organisation.

So blieb es im wesentlichen die Gruppe in Berlin, mit der Baron sich intensiver beschäftigen konnte. Er organisierte für sie zahlreiche Veranstaltungen. Sie beförderten den Kontakt zwischen deutschen und sowjetischen Künstlern und fanden Resonanz in der Öffentlichkeit. Darüber hinaus unterhielt Baron nachweislich Verbindungen zu Gruppen in Aachen, Breslau, Dresden, Hamburg, Köln, Königsberg, Leipzig, München und anderen Städten, die aber weitgehend ihr Eigenleben führten und zum Teil auch eigene Kontakte zur WOKS und zu sowjetischen Stellen in Deutschland hatten.

Nicht unerwähnt bleiben soll die in direkter Verbindung mit der WOKS stehende Solidaritätsaktion der russischen Kommission zur Hilfe für die deutschen Gelehrten zu Beginn der zwanziger Jahre. Die Verteilung der Spenden wurde der Gesellschaft übertragen. Nach Beratungen im Arbeitsausschuß wurden von Erich Baron unter Beteiligung anderer Mitglieder wie Prof. Oskar Vogt Spenden an international bekannte deutsche Gelehrte verschiedener Universitäten oder deren Witwen und Waisen verteilt.³⁸

Im Mai und Juni 1925, zwei Monate bevor die erste deutsche Arbeiterdelegation in Moskau weilte, reiste Erich Baron das erste Mal in die Sowjetunion.³⁹ In Moskau und Leningrad hatte er Gelegenheit, verschiedene kulturelle Einrichtungen zu besuchen und persönliche Kontakte zu Kulturschaffenden wie Wsewolod Meyerhold und Anatoli Lunatscharski zu knüpfen. Höhepunkt der Reise war zweifellos die Teilnahme am Kongreß der Werktätigen auf dem Gebiet der Kunst, der am 25. Mai 1925 in Moskau eröffnet wurde und auf dem er als einer der ausländischen Vertreter das Wort erhielt.

Ende Oktober 1928 weilte er anlässlich der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Gründung des Stanislawski-Künstlertheaters wieder in Moskau und überbrachte eine offizielle Einladung zur Teilnahme des Künstlertheaters an den Festspielen der Stadt Berlin im Frühjahr 1929.⁴⁰

Ein Jahr später, im November 1929, nahm er an der ersten, gemeinsam von der Gesellschaft und dem sowjetischen Reisebüro Intourist organisierten Touristenreise in die Sowjetunion teil, die einer Reihe bürgerlicher Intellektueller die Möglichkeit einer ersten Bekanntschaft mit der Sowjetunion bot.

Von Erich Baron gingen wesentliche Anregungen zum Austausch auf den Gebieten Theater, Film und bildende Kunst aus. Neben der Vermittlung von Kontakten zwischen deutschen und sowjetischen Theaterschaffenden engagierte er sich für die sowjetrussische Literatur. In der Zeitschrift der Gesellschaft erschienen Arbeiten von Isaak Babel, Alexander Fadejew und Alexej Tolstoi. Deutsche Schriftsteller wie Egon Erwin Kisch und Berta Lask gaben Eindrücke ihrer Reisen durch die Sowjetunion wieder. 1927 konnte Erich Baron den Schriftsteller Wladimir Majakowski als Gast der Gesellschaft in Berlin begrüßen. Wenige Jahre später sprach er Gedenkworte in einer Veranstaltung zum Tode des Dichters.⁴¹

Beachtung verdient auch Barons Rolle als Mittler zwischen den Freundschaftsgesellschaften der verschiedenen Länder. Schon Mitte 1924 unterhielt er Kontakte zur englischen und zur Schweizer Gesellschaft. Im Juni des gleichen Jahres traf er mit Kozo Mori von der japanischen Gesellschaft zusammen. Hinweise finden sich auch auf Beziehungen zu den Schwestergesellschaften in Belgien, Dänemark, Holland und Österreich.⁴²

Das politische Engagement Erich Barons ging am Ende der zwanziger Jahre weit über den Rahmen der Gesellschaft hinaus. So finden wir ihn neben anderen linken Intellektuellen häufig als Mitunterzeichner von Aufrufen der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) gegen Terror und Verfolgung in verschiedenen Ländern und zur Unterstützung der KPD.⁴³

Er ergriff aktiv Partei in den politischen Auseinandersetzungen im Schutzverband Deutscher Schriftsteller von Ende 1930 bis Anfang 1932, die vor allem gegen die Pressezensur und auf die Sicherung der materiellen Existenzbedingungen der Schriftsteller gerichtet waren.⁴⁴

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung konnte die KPD Barons Erfahrungen in der kommunalpolitischen Arbeit nutzen. Obwohl nicht gewählter Stadtverordneter, war er zwischen 1926 und 1929 als Vertreter der KPD und Bürgerdeputierter in der Deputation für Kunst und Bildungswesen und im Kuratorium der Stiftung der Berliner Gewerbeausstellung vom Jahre 1879 tätig.

Im Zusammenhang mit der ab 1927/1928 sich verändernden ökonomischen und politischen Situation in Deutschland und in der Sowjetunion wurden eine zunehmende Aktivität der bestehenden und die Bildung neuer Gruppen sowie der Zuwachs an neuen Mitgliedern deutlich spürbar. Gleichzeitig politisierte sich die Tätigkeit der Gesellschaft zunehmend, offensichtlich durch die direkte Einflußnahme des ZK der KPD und der WOKS.

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution hatte die Komintern von den einzelnen kommunistischen Parteien gefordert, wirkungsvolle Aktionen für die Sowjetunion zu organisieren und dafür einen festen Rahmen in Massenorganisationen zu schaffen. Da in Deutschland, wie auch in einigen anderen Ländern, bereits Organisationen bestanden, deren Ziel die Pflege der Beziehungen zur Sowjetunion war, galt es zu klären, wie dem Rechnung zu tragen sei. Dazu fanden Anfang 1927 Aussprachen des Politbüros bzw. des ZK der KPD mit Fuchs, Baron und anderen KPD-Mitgliedern in der Gesellschaft sowie mit Willi Münzenberg als Vertreter der IAH statt. Dabei wurde sichtbar, daß auf Veranlassung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) und unter der direkten Einflußnahme Willi Münzenbergs versucht wurde, die Gesellschaft und ihre Zeitschrift zu beseitigen. Begründet wurde das damit, daß beide nur auf künstlerischem und wissenschaftlichem Gebiet, nicht aber politisch aktiv seien.⁴⁵ Der Widerstand von Erich Baron, Eduard Fuchs und Wieland Herzfelde konnte zwar die Auflösung der Gesellschaft verhindern, aber am 4. November 1928 kam es zu der maßgeblich von Willi Münzenberg und anderen leitenden Funktionären der KPD vorbereiteten Gründung einer Parallelorganisation, des Bundes der Freunde der Sowjetunion.

Das Ringen um die Existenz der Gesellschaft war Teil der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der KPD, in deren Verlauf sich die stalinistischen Kräfte durchsetzten und bedeutende Künstler und Intellektuelle wie Eduard Fuchs und Heinrich Vogeler, die Mitglieder der Gesellschaft waren, aus der Partei gedrängt wurden. Baron beugte sich offensichtlich der Parteidisziplin und entging einem Ausschluß. Ob es danach zum Bruch mit Eduard Fuchs kam, läßt sich nicht sagen.

1930 wurde Erich Baron von der Leitung der WOKS zu Beratungen nach Moskau zitiert. Dort mußte er sich eine harte Kritik an seiner Arbeit gefallen lassen. Der Hauptvorwurf, der die Fehleinschätzung der Lage in Deutschland, insbesondere unter der Intelligenz, seitens der WOKS-Leitung deutlich machte, bestand darin, daß es ihm, trotz großer persönlicher Anstrengungen, nicht gelungen sei, in größerem Umfang Intellektuelle für den Kurs der KPD zur Verteidigung der Sowjetunion zu gewinnen. Im internen Schriftwechsel der WOKS bis Anfang 1932 finden sich immer wieder Überlegungen, Baron abzulösen und insgesamt eine andere, der stalinistischen Komintern-Linie eng verbundene Leitung zu installieren.⁴⁶ Danach verstärkte Baron sichtbar seine Arbeit mit den Sektionen und Ortsgruppen und initiierte Neugründungen. Sein absoluter Glaube an die Richtigkeit der nun endgültig zum Stalinismus mutierenden sowjetischen Innenpolitik, den er mit einer Reihe anderer kommunistischer Mitglieder der Gesellschaft teilte, wird in seinem Engagement für die Verteidigung der beginnenden Terrorprozesse in der Sowjetunion und der einsetzenden Verfolgung der Kirchen sichtbar.

1928 begannen mit dem Schachty-Prozeß und 1930 mit dem Moskauer Prozeß die ersten großen stalinistischen Schauprozesse gegen Intellektuelle und im Zusammenhang damit die Welle der Repressalien gegen Andersdenkende. In voller Überzeugung der juristischen und politischen Rechtmäßigkeit solcher Art von Prozessen verteidig-

ten linke Intellektuelle, darunter erfahrene Juristen wie Prof. Felix Halle, Dr. Johannes Werthauer und Gerhard Obuch, ebenso wie Erich Baron das Vorgehen der sowjetischen Justizorgane. Nach einer großen, aufsehenerregenden Veranstaltung "Justiz und Wissenschaft in der Sowjetunion" mit 700 Teilnehmern in der Berliner Philharmonie am 16. Dezember 1930 versuchten Erich Baron und die Leiter der Münchner Gruppe, Gerhard Füsser und Richard Scheid, eine ähnliche Veranstaltung in München zu organisieren. Sie wurde jedoch von der Polizei verboten. Sogar ins Ausland gingen seine Aktivitäten, was er in einem Brief an die WOKS in Moskau vom 30. Januar 1931 zur Kenntnis brachte: "Von Kopenhagen zurückgekehrt, kann ich Ihnen berichten, daß die Veranstaltung zum Moskauer Prozeß (mit Film) ein außerordentlicher Erfolg war."⁴⁷

In der Sonderausgabe der Zeitschrift "Das neue Rußland" zu den Prozessen, die mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren erschien, verteidigte er ebenfalls vehement das Vorgehen der sowjetischen Justiz. Damit wird auch über die Zeitschrift die radikale Politisierung der Gesellschaft dokumentiert.

Eine Anzahl angesehenen deutscher Intellektueller wie Albert Einstein und Heinrich Mann wandte sich gegen die Verfolgungen. Heinrich Mann zog die persönliche Konsequenz und trat 1931 aus der Gesellschaft aus, wie es schon 1928, aus ähnlichen Motiven, deren Mitbegründer, der ehemalige Reichtagspräsident Paul Löbe, getan hatte.

Im Januar/Februar 1932 reiste Erich Baron offenbar das letzte Mal in die Sowjetunion. Auf einer Beratung in Moskau am 28. Februar wurde ihm abermals klar gemacht, daß es um die eindeutige Politisierung der Gesellschaft, die Gewinnung der bürgerlichen und der "Oberschicht der geistigen Arbeiter" und eine grundsätzliche Reorganisation der Gesellschaft gehe.⁴⁸

Die nachweisbar letzte Veranstaltung, auf der Erich Baron öffentlich in Erscheinung trat, war ein Abend moderner russischer Musik, der am 5. April 1932 in Berlin stattfand. In einer Begrüßungsrede hob er dort die große Bedeutung der Verbindung zwischen deutschen und russischen Künstlern und das Zusammenwirken künstlerischer und politischer Momente als Beitrag zur Verteidigung der Sowjetunion hervor.⁴⁹

Mit dem Doppelheft 7/8 von Mitte 1932 mußte die Zeitschrift "Das Neue Rußland" ihr Erscheinen einstellen. Im linksorientierten "Berliner Tageblatt" erhielt Erich Baron jedoch eine Möglichkeit, sich im Sinne der Gesellschaft zu äußern. In der Nummer 577 des Jahres 1932 erschien eine von ihm verantwortlich redigierte Beilage zur sowjetischen Medizin.

Über die letzten Lebensmonate Erich Barons ist nicht sehr viel bekannt. Von seinen Mitstreitern aus der Zeit der Weimarer Republik, die den Faschismus überlebten, konnten nur noch Egon Erwin Kisch und Ludwig Renn über ihn berichten.⁵⁰ Beide wurden wie Erich Baron in Berlin in der Nacht des Reichstagsbrandes am 28. Februar 1933 von der Polizei verhaftet und zuerst in das Polizeigefängnis am Alexanderplatz gebracht. Ludwig Renn sah ihn dort zum letzten Mal. Kisch glaubte, ihn bei der Vorbereitung des Gefangenentransports in die Festung Spandau am 1. März 1933 noch gesehen zu haben.

Nach der Verhaftung muß Erich Baron, wie aus einem Briefwechsel seiner Tochter mit dem Untersuchungsrichter hervorgeht, schrecklichen Folterungen durch die Faschisten ausgesetzt gewesen und durch verschiedene Gefängnisse geschleppt worden sein.⁵¹

Erich Baron durchstand die Torturen der faschistischen Folter nicht. In seiner Gefängniszelle im Untersuchungsgefängnis Lehrter Straße setzte er am 29. April 1933 seinem Leben ein Ende.⁵² Seine letzte Ruhestätte befindet sich auf Wunsch seiner Frau auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee.

1 Siehe Ratsbibliothek Berlin: Friedrich-Werdersches Gymnasium in Berlin. Jahresbericht über das Schuljahr 1900-1901. Erstattet vom Direktor R. Lange.

2 Siehe Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin (HUB), Matrikelbuch.

3 Siehe Humboldt-Universität zu Berlin (HUB), Rektor und Senat, Littr. A, No.6, vol. 1420, Bl. 2-2d.

4 Siehe Das Neue Montagsblatt. Berliner sozialistische Montagsschau. Herausgeber: Eduard Bernstein., Berlin 1904.

5 Die Frau Erich Barons wurde am 22. Februar 1876 in Zehlendorf, Kr. Teltow, geboren, war Lehrerin und starb am 31. August 1952 in Berlin. Erich Baron und Jenny Otto, geb. Rosenfeld, heirateten 1909 in Brandenburg. Die Tochter Marianne wurde am 5. April 1907 in Berlin-Schlachtensee geboren und starb an einem Lungenleiden am 25. September 1950 in Obourg/Belgien. Ob es ihre gemeinsame Tochter war, ließ sich nicht feststellen.

6 Siehe Alfred Zeitz: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung der Stadt Brandenburg vor dem ersten Weltkrieg, Potsdam 1965, S.8-9.

7 Im April 1908 wurden Erich Baron und Paul Prien in den Verein Arbeiterpresse und den Unterstützungsverein für die Redakteure der sozialdemokratischen Zeitungen aufgenommen. Siehe Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse 1908, 29.4.1908. An den jährlichen, im Zusammenhang mit den Parteitag der Sozialdemokratie durchgeführten Generalversammlungen beider Vereine hat er aber offenbar nicht teilgenommen.

8 Siehe Heinz Voßke: Friedrich Ebert. Ein Lebensbild, Berlin 1987, S.36-39.

9 Siehe Bundesarchiv (BArch) 90 He 1 Heine, Wolfgang Nr. 28.

- 10 Siehe Brandenburger Zeitung, 30.4.1914.
- 11 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912, Berlin 1912, S.182, 387-390, 448.
- 12 Siehe Brandenburger Zeitung, 5.2.1909.
- 13 Siehe Jahresbericht 1911-1912 des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine für die Provinz Brandenburg, 1. Juli 1911 bis 20. Juni 1912, Berlin 1912, S.4. Desgl. für die Jahre 1912-1913, S.15.
- 14 Siehe Brandenburger Zeitung, 12.1.1911. Beiblatt, 3.
- 15 Siehe Jahresbericht 1912-1913 des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine für die Provinz Brandenburg, S.19.
- 16 Siehe Brief des Sohnes von Bruno Taut, Prof. Dr. Heinrich Taut, an die Autorin vom 21.11.1987.
- 17 Siehe Brandenburger Zeitung, 28.7.1914.
- 18 Siehe Wehrmachtsauskunftsstelle (Deutsche Dienststelle/WASt), Sammelurkunde Nr. 13112 HKB Reserve-Lazarett Bingen a. Rhein, Abt. "Technikum".
- 19 Siehe Franz Mitzkat: Aus den Tagen der Revolution in Brandenburg (Havel). Ein Rückblick in bewegte Zeit, Brandenburg 1919, vor allem S.20 und 28.
- 20 Ebenda, S.26-27.
- 21 Der genaue Zeitpunkt des Eintritts von Erich Baron in die USPD konnte nicht ermittelt werden.
- 22 Siehe Brief vom 31.3.1924. In: Gosudarstwenny archiw Rossiskoi Federazii/Staatsarchiv der Russischen Föderation, Moskau (GARF), fond/Bestand (f.) 5283, opis/Findbuch (op.) 6, delo/Akte (d.) 11, Bl. 172. Olga D. Kamenewa war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzende des Vereinigten Informationsbüros der UdSSR (russ. OBI), aus dem 1925 die WOKS: Wsesojusnoe obschestwo kulturnych swjazy s saganizej (Allunionsgesellschaft für Kulturelle Verbindungen mit dem Ausland) hervorging.
- 23 Siehe Die Freiheit (Berlin), 15. und 29.3.1919.
- 24 Siehe ebenda, 21.11.1919.
- 25 Sie ebenda, 8.11.1919.
- 26 Siehe ebenda, 30.5.1920, 1. und 2. Beilage; 6.6.1920, 1. und 2. Beilage; 8.6.1920; 9.6.1920.
- 27 Siehe ebenda, 30.9.1920.
- 28 Siehe Bericht über die Verhandlungen des II. (7.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921. Berlin 1922, S.47 f. Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923. Berlin, o.J. Als Vertreter des Pressebüros konnte Erich Baron neben Wilhelm Düwell 1923 als nicht stimmberechtigter Vertreter an den Sitzungen des Zentralaussschusses der KPD teilnehmen. Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch), Zentrales Parteiarchiv (ZPA), Film FBS 239/11293.
- 29 Eine Bestätigung für den Hinweis von Eduard Fuchs, daß die Zentrale der KPD Erich Baron zum Chefredakteur der "Hamburger Volkszeitung" und ihn 1921 zur Leitung des Pressedienstes der KPD-Zentrale berufen habe, fand sich ebenso wenig wie für seine Tätigkeit als juristischer Mitarbeiter der "Inprekorr" und der "Internationale". Siehe Brief vom 31.3.1924. In: GARF, f. 5283, op. 6, d. 11, l. 172.
- 30 Zur Geschichte der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland siehe vor allem Hans Münch: Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland in der Weimarer Republik. Hrsg. Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Berlin 1958; Rolf Elias: Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland, Köln 1985; Christoph Mick: Sowjetische Propaganda, Fünfjahrplan und deutsche Rußlandpolitik 1928-1932, Stuttgart 1995.
- 31 Siehe Protokoll der Aussprache zwischen dem Polbüro, Willi Münzenberg und Vertretern der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland betr. die Herausgabe einer neuen Zeitschrift und Gründung einer neuen Gesellschaft am 24. Januar 1927. In: SAPMO BArch I 2/3/7a, Bl. 50-54.
- 32 Siehe GARF, Moskau, f. 5283, op. 6, d. 5, Bl. 153.
- 33 Siehe ebenda, d. 1, Bl. 5 Rückseite (Rs.).
- 34 Siehe ebenda, Bl. 5.; Rolf Elias, Die Gesellschaft der Freunde, S.45.
- 35 Siehe Brief Erich Barons an Olga D. Kamenewa vom 10.4.1924. In: GARF, Moskau, f. 5283, op. 6,

- d. 1, Bl. 30. Die Zeitschrift erschien bis Mitte 1932 und mußte mit dem Doppelheft 7/8 ihr Erscheinen einstellen. Im linksorientierten "Berliner Tageblatt" erhielt Erich Baron noch einmal eine Möglichkeit, sich im Sinne der Gesellschaft zu äußern.
- 36 OBI (Objedinjonnoe bjuro informacii SSSR - Vereinigtes Informationsbüro bei der Kommission für Auslandshilfe des Zentralexekutivkomitees der UdSSR); Vorsitzende des OBI zwischen 1923 und 1925 und der WOKS von 1925 bis 1929 war Olga Dawydowna Kamenewa. Sie war die Schwester Leo Trotzki's und Ehefrau eines der Führer der KPR (B), Lew Kamenew. Sie wurde im Herbst 1941 zum Tode verurteilt und erschossen. Siehe Unpersonen - wer waren sie wirklich, Berlin 1990, S.183, 198.
- 37 Brief vom 19.12.1924. In: GARF, f. 5283, op. 6, d. 1, Bl. 228 Rs.
- 38 Siehe Das Neue Rußland, H. 1/2, 1924, 1/2, S.38 und 3/4, S.1.
- 39 Siehe ebenda, H. 5/6, 1925, S.37 f.
- 40 Siehe ebenda, H. 11/12, 1928, S. 44-45.
- 41 Siehe BArch R 8051 Nr. 82/4, Bl. 132.
- 42 Siehe Schriftwechsel Erich Baron - Olga D. Kamenewa. In GARF, Moskau, f. 5283.
- 43 Siehe BArch R 3003 Rote Hilfe Nr. 5, Bl.22-23; R 8051 Nr. 76/2, Bl. 24-26.
- 44 Siehe Aktionen, Bekenntnisse, Perspektiven. Berichte und Dokumente vom Kampf um die Freiheit des literarischen Schaffens in der Weimarer Republik. Hrsg. Deutsche Akademie der Künste zu Berlin. Auswahl, Einleitung und Kommentare: Friedrich Albrecht/Irmfried Hiebel/Klaus Kändler/Alfred Klein, Berlin 1967, S.369-373, 402-404, 625.
- 45 Siehe Protokoll der Beratungen in: SAPMO BArch ZPA I 2/3/7a, Bl. 50-54 und 87-95.
- 46 Siehe u.a. Brief der Leitung der WOKS in Moskau an ihren Vertreter in Berlin, Hirschfeld, vom 28.12.1931. In: GARF, f. 5283, op. 6, d. 134, Bl. 182-198.
- 47 Ebenda, f. 5283, op. 6, d. 134, Bl. 214.
- 48 Siehe GARF, f. 5283, op. 6, d. 134, Bl. 189, Bl. 122.
- 49 Siehe ebenda, f. 5283, op. 6, d. 134, Bl. 152, 152Rs.; d. 135, Bl.61.
- 50 Siehe Egon Erwin Kisch: Ein Polizeiwagen unterwegs. In: Ein Leben für die Zeitung 1926-1947. Gesammelte Werke in Einzelausgabe. Bd. IX. Berlin u. Weimar 1983, S.325-326; Ruth Greuner: Der Pionier einer großen Freundschaft, in: Der Morgen, 3.6.1970, S.7. In einem Brief an Prof. Dr. Hans Münch äußerte sich Ludwig Renn in gleicher Weise über seine letzte Begegnung mit Erich Baron (Information Prof. Münch an die Autorin).
- 51 Siehe Hirne hinter Stacheldraht. Universum-Bücherei. Basel 1934, S.14-17.
- 52 Siehe Eidesstattliche Erklärung von Jenny Baron vom 17. September 1951. Enthalten in der Entschädigungsakte des Landesverwaltungsamtes Berlin.

Diskussion

Das Projekt der sozialen Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts

Michael Brie

Zu den konzeptiven Theoretikern der deutschen Sozialdemokratie gehört Thomas Meyer. Er ist wissenschaftlicher Leiter der Akademie der politischen Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung und stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD. Wichtige programmatische Dokumente wie das Berliner Parteiprogramm und neuere Positionsbestimmungen der SPD tragen auch seine Handschrift.

Thomas Meyers neuestes Buch "Soziale Demokratie und Globalisierung"¹ beginnt mit einer Herausforderung. Der neoliberalen These, die Geschichte habe ihr konzeptionelles Ende in rechtsstaatlicher Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft gefunden, stellt er die Position gegenüber, daß nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus eine neue Auseinandersetzung gerade erst begonnen habe – es gehe um den "Beginn eines weltweiten Ringens zweier Modelle der Demokratie: der liberalen und der sozialen Demokratie" (S.21).

Von der Durchsetzung des Projekts der sozialen Demokratie, so eine Grundthese, hinge die Existenz der Demokratie selbst ab, denn: "Die Ergebnisse wirtschaftlichen Handelns müssen in sozialer und ökologischer Hinsicht politisch verantwortbar sein, wenn nicht die Demokratie selber ... ihre Legitimation einbüßen soll" (S.23).

Das Buch endet mit einer Vision, der Vision des Vorrangs der Demokratie vor den Märkten und der dadurch möglichen "Zivilisierung des Kapitalismus": "Zivilisiert ist der Kapitalismus erst dann, wenn er überall auf der Welt zur Erfüllung der Menschenrechte beiträgt, statt sie zu verletzen, wenn er Gewalt überwindet, statt Anlässe zu ihr zu schaffen, wenn er die natürlichen Grundlagen der menschlichen Zivilisation respektiert, statt sie zu gefährden." Dies sei "eine im Anspruch pragmatische, in der Realisierung jedoch epochale Vision" (S.175).

Im Kern stellt das Buch einen sehr gut geschriebenen, systematischen und vor allem intelligenten und glaubwürdigen Versuch dar, das Projekt der sozialen Demokratie auf der Höhe der Zeit neu zu formulieren.

Erstens werden die Grundwerte der Sozialdemokratie neu austariert und mit Willy Brandt der Vorrang der Freiheit betont. Aber damit ist nicht die neoliberale Freiheit rücksichtslosen Egoismus gemeint, sondern eine sozial verantwortliche Freiheit: "Freiheit als gegenüber den Freiheitsrechten der anderen verantwortete Selbstbestimmung ist schon als solche universell, nämlich als Freiheitsrecht aller Menschen" (S.67f.). Aus einem solchen Freiheitsverständnis leitet Thomas Meyer Vorschläge für Veränderungen im programmatischen Selbstverständnis ab. So solle betont werden, daß Gerechtigkeit Gleichheit in der Verteilung der Macht und im Zugang zu Bildung, Ausbil-

dung und Kultur verlange. Ungleichheiten in Einkommen und Eigentum seien "nur in dem Maße gerecht, wie sie auf persönlichen Leistungen beruhen, der gesamten Gesellschaft zugute kommen und daher von ihr gewollt sind" (S.79). Heute sei weltweit und national ein höheres Maß an Gleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Eigentum notwendig.

Ausgehend von solchen Maßstäben werden in einem *zweiten Schritt* die neuen Wege der Sozialdemokratie analysiert, werden verschiedene Typen von Kapitalismus, Sozialstaaten und Reformmodellen verglichen, um die Einheit in der Vielgestaltigkeit sozialdemokratischer Politik der Gegenwart zu identifizieren. Dabei wird deutlich, daß nicht nur die Auslegung der Grundwerte zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien Europas stark differiert, sondern noch mehr die konkreten Strategien in den einzelnen Ländern. Der Verweis auf nationale Pfade, unterschiedliche Parteienkonstellationen und Kulturen ist dabei sicherlich wichtig und richtig. Was ausgeblendet wird, ist die Frage, ob sich nicht eine Reihe von sozialdemokratischen Parteien zu Vollstreckern genau jenes neoliberalen Modells gemacht haben, dessen Gegner sie als Vertreter eines Projekts der sozialen Demokratie doch sein sollen; ob sie nicht die negative Integration der Weltgesellschaft durch Niederreißen aller nationalstaatlichen und internationalen Fesseln des Kapitals noch vorangetrieben haben – nicht zuletzt in der Europäischen Union.

Diese Frage ist deshalb so entscheidend, weil diskutiert werden müßte, ob nicht die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien nach 1990 das Projekt soziale Demokratie zugunsten eines Projekts zur Stabilisierung des Neoliberalismus aufgegeben haben; ob sie nicht mit der sogenannten Neuen Mitte vor allem auf ein Bündnis wichtiger Mittelschichten mit den wirtschaftlichen Eliten gesetzt hat bei gleichzeitiger Erhöhung des Zwangscharakters sozialer Sicherungssysteme für die, die zu Verlierern wurden. Wenn diese These stimmt, dann steht die Erneuerung des Projekts der sozialen Demokratie gerade in Deutschland noch aus.

Es gibt eine weitere Frage, der sich Thomas Meyer nicht zuwendet. Sie ist mit dem Scheitern von Oskar Lafontaine verknüpft. Die Auseinandersetzung von 1998/99 zwischen zwei strategischen Optionen innerhalb der SPD bleibt ausgeklammert, da nur die Unterschiede zwischen den verschiedenen nationalen Sozialdemokratien, nicht aber deren interne Differenzen betrachtet werden. Dadurch erhält unter der Hand der dominante Kurs der jeweiligen Partei über die Legitimation des Faktischen auch noch die des Normativen. Könnte es aber nicht sein, daß die Möglichkeit der Abwahl der SPD als Regierungspartei in Deutschland auch damit zusammenhängt, daß sie in sozialökonomischen Fragen Positionen rechts von der Mitte besetzt hat?

Blickt man in die Zukunft, so könnte sich erweisen, daß sich der Wind dreht. War die Linke nach 1990 gezwungen, unter den Bedingungen sozialer Depression zu handeln, erhielt sie bestenfalls den Zuspruch von Wählern, hatte aber keine Möglichkeit, mit starken sozialen Bewegungen zu kooperieren. Heute gibt es Tendenzen, die darauf hinweisen, daß sich dies ändert. Die Legitimation der neoliberalen Globalisierung ist tief erschüttert und die Bereitschaft, sich damit aktiv auseinanderzusetzen, ist deutlich

gestiegen, wie das zweite Weltsozialforum oder der Zulauf zu ATTAC zeigen. Damit verändern sich aber auch die strategischen Optionen der Linken. Der Realismus jener Sozialdemokraten, die vor allem ein Reformbündnis mit den großen Konzernen suchen, könnte sich dann als strategische Fehlentscheidung erweisen.

In einem *dritten Schritt* wendet sich Thomas Meyer der Globalisierung zu. In den Entwicklungen, die sich seit den siebziger Jahren vollzogen und dann unter dem Stichwort Globalisierung Furore machten, sieht er vor allem eine negative Integration der Weltgesellschaft. Eine positive Integration verlange die Einhaltung von drei grundlegenden Normen: "*Erstens* muß die Wahrung universeller Menschenrechte Rahmen und Ziel legitimer Problemlösungen sein; *zweitens* müssen alle Entscheidungsbetroffenen in einem demokratischen Verfahren die betreffenden Entscheidungen gemeinsam fällen; und *drittens* muß sich das Kollektiv der Entscheidungsbeteiligten im Prinzip so weit erstrecken wie der Kreis der zugrundeliegenden Probleme und dann auf die von den Entscheidungen betroffenen Menschen." (S.166)

Thomas Meyers Buch ist es wert, sehr aufmerksam gelesen zu werden. Es enthält konstruktive Ideen zur Weiterentwicklung des Projekts Soziale Demokratie unter den gegenwärtigen Bedingungen. Es ist wohl zugleich Ausdruck der inneren und äußeren Spannungsverhältnisse in der deutschen Sozialdemokratie, ihres sozialen und demokratischen Potentials wie auch der internen Auseinandersetzung mit einer Politik, die den ausschließlich an Parteiinteressen orientierten Machtgewinn zusehends so betreibt, daß sie dabei das Projekt einer sozialen Demokratie ad absurdum führt.

Dieses Buch sollte auch Gesprächsstoff unter allen Linken sein, die von diesen Problemen und Verführungen keinesfalls frei sein dürften. Und vielleicht entdecken sie gemeinsam, daß eine wirkliche Politik der "Zivilisierung des Kapitalismus" die Dominanz der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft überwinden muß.

1 Thomas Meyer: Soziale Demokratie und Globalisierung. Gedanken über eine europäische Perspektive. Bonn: Dietz Nachf. 2002, 189 S.

Berichte

Das gescheiterte "konstruktive Mißtrauensvotum" vom 27. April 1972

Harald Lange

Eine Veranstaltung des August-Bebel-Instituts in Zusammenarbeit mit der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung widmete sich am 27. April 2002 dem genau 30 Jahre zurückliegenden Mißtrauensantrag gegen den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt. Der Antrag scheiterte, weil er keine Mehrheit fand. Zur Überraschung und Enttäuschung der CDU/CSU, die den Antrag gestellt hatte, fehlten zwei Stimmen, deren man sich sicher geglaubt hatte, um den eigenen Kandidaten, Rainer Barzel, zum neuen Bundeskanzler wählen zu können. Bis heute gibt es keine vollständige Klarheit darüber, wer wen getäuscht hat bzw. wer zu welchem Preis im allerletzten Moment zu wem übergelaufen ist.

Die o. g. Veranstaltung im Schöneberger Rathaus, an der etwa 50 Interessenten teilnahmen, wurde von *Siegfried Heimann* eröffnet und geleitet. Einleitend gab es eine kurze Video- und Rundfunkdokumentation über die seinerzeitige Bundestagsdebatte. Dann referierte *Wolther von Kieseritzky* zum Thema "Willy Brandt: Vom Machtwechsel zur Kanzlerkrise (1969-1974)". *Detlev Nakath* sprach über "Brand(t)-Schutz-Wochen. Das Interesse der DDR an der Weiterexistenz der sozialliberalen Koalition", *Heinrich Pothhoff* über "Deutschlandpolitik, gesellschaftliches Klima und Parteienlandschaft in der Bundesrepublik 1972". Als Zeitzeugen traten *Heinz Beinert*, ein langjähriger Funktionär der "Falken", und *Alexander Longolius*, 1972 in der Volkshochschule tätig, später Fraktionsvorsitzender der SPD im Westberliner Abgeordnetenhaus, auf.

Kieseritzky erinnerte in seinem Vortrag an die einzigartige Situation zu Beginn der 70er Jahre, in der Brandt von seinen Anhängern emphatische Huldigungen entgegennehmen konnte. Dieser herausragende Mann, der den Nobelpreis bekommen hatte, in den USA zum "Mann des Jahres" gekürt worden war, mit seiner mutigen Ostpolitik und seiner Idee, "mehr Demokratie wagen" eine Massenmobilisierung zugunsten der SPD erreicht hatte, mit der sie 1969 endlich den Bundeskanzler stellen konnte, dieser Mann sollte plötzlich gestürzt werden. Obwohl das konstruktive Mißtrauensvotum ein völlig legitimes Mittel des Regierungswechsels ist, haftete diesem Votum 1972 das Odium des Verrats und der moralischen Verwerflichkeit an.

Waren derartige Voten 1956 und 1966 in Nordrhein-Westfalen noch mit einem Koalitionswechsel verknüpft, so war das im Bundestag 1972 beantragte konstruktive Mißtrauensvotum von gänzlich anderer Qualität. Übertritte von FDP- und SPD-Abgeordneten zur CDU/CSU hatten die Mehrheit der sozialliberalen Koalition nach und nach schwinden lassen. In den Medien wurde ganz offen darüber berichtet, mit welchen finanziellen und politischen Verlockungen einzelne Abgeordnete abgewor-

ben wurden. Da einige Abgeordnete immer noch schwankten, blieb lange Zeit unklar, wann und ob überhaupt die CDU/CSU das zahlenmäßige Übergewicht über die Regierungskoalition erlangen würde. Kieseritzky skizzierte die allmähliche Erosion der politischen Macht der Regierung, die schon bald nach deren Zustandekommen 1969 eingesetzt hatte. In fast allen Landtagswahlen hatte die CDU zugelegt und die SPD Stimmen verloren. Der erbitterte Streit um die neue Ost- und Deutschlandpolitik, die Differenzen im Kabinett um die Reformpolitik, die mit dem Höhepunkt des Terrorismus 1971/72 verbundenen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der inneren Sicherheit hatten - begleitet von dem schon 1970 einsetzenden Parteienwechsel von Abgeordneten der Regierungsfractionen - zu einer Situation geführt, in der die Überlebensfähigkeit der Regierung ernsthaft infrage gestellt wurde.

Für die CDU/CSU, der es große Schwierigkeiten bereitete, die ihr erstmals zugefallene Oppositionsrolle anzunehmen, schienen sich unerwartet rasch Chancen zu bieten, die Regierung zurückzuerobern. Doch das ins moralische Zwielicht geratene Mißtrauensvotum führte zu einer enormen Mobilisierung der SPD-Sympathisanten. Kieseritzky hob hervor, daß die Sympathiewerte für Brandt und seinen Vizekanzler Walter Scheel (FDP) sprunghaft in die Höhe schnellten, während sie für Barzel deutlich schlechter wurden. Kieseritzky meinte sogar, daß ohne dieses Mißtrauensvotum die Chancen für die CDU/CSU in der nächsten regulären Bundestagswahl besser gewesen wären. Er begründete diese Ansicht damit, daß auch die Ölkrise und deren Folgen sowie die sich später zeigende mangelnde politische Durchsetzungskraft Brandts in die gleiche Richtung gewirkt hätten.

Die Zeitzeugen sprachen vor allem über jene Aspekte der damaligen Situation, die mit der Mobilisierung der Bürger zugunsten Brandts zu tun hatten. Das Mißtrauensvotum erwies sich als Katalysator für das zumindest zeitweilige Überwinden aller Flügelkämpfe in der SPD.

Detlef Nakath konnte hierzu seine persönlichen Erfahrungen aus der DDR einbringen. Er weilte im April 1972 in einem studentischen Militärlager in der Nähe Berlins. Als dort das Scheitern des Mißtrauensvotums bekannt wurde, seien alle in Jubel ausgebrochen. Persönliche negative Konsequenzen habe es nicht gegeben. Die DDR-Führung, sagte Nakath, sei aus gewichtigen politischen Gründen am Erhalt der sozialliberalen Koalition interessiert gewesen. Da für die Abwägung der Interessen nur die Wahl zwischen Brandt und Barzel bestand, entschied sich die DDR-Führung für Brandt, mit dem sie ihre außenpolitischen Ziele – als wichtigstes die weltweite völkerrechtliche Anerkennung der DDR – eher zu erreichen hoffte.

In vier Punkten faßte Nakath seine Ausführungen zusammen:

1. Das positive Interesse der DDR an der SPD/FDP-Regierung war völlig eindeutig.
2. Die Führung der UdSSR und Breshnew persönlich waren an einer Förderung der Regierung Brandt/Scheel dringend interessiert. Mit der angestrebten KSZE sollte die Stellung der UdSSR als Supermacht gefestigt werden. Die Durchführung der KSZE wiederum erforderte die gleichberechtigte Mitwirkung der beiden deutschen Staaten.

3. Brandt genoß in der DDR hohes Ansehen. Damit entstand zwar eine gewisse Gefahr ideologischer Einbrüche, die die SED jedoch zu beherrschen hoffte.
4. Insgesamt war es für die DDR-Regierung vorrangig, die Position Brandts zu stützen.

Dafür wurde eine ausgeklügelte politische Taktik entwickelt, die die Unterhändler – Egon Bahr für die BRD und Michael Kohl für die DDR – sorgsam umsetzten. In den Verlautbarungen des Politbüros des ZK der SED wurde Kritik an Brandt abgemildert oder gänzlich gemieden.

Nach dem Vortrag Nakaths wurde die Frage nach dem überraschenden Ausgang des Mißtrauensvotums noch einmal aufgeworfen. Wie war es dazu gekommen, daß Barzel die sicher geglaubte Mehrheit der Stimmen dann doch nicht bekam? Mit Versprechungen und Bestechung wurde offenbar von beiden Seiten gearbeitet. Aus den Memoiren des damaligen Leiters der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, Markus Wolf, weiß man, daß das MfS es sich 50.000,- DM hat kosten lassen, um den CDU-Abgeordneten Steiner zur Ablehnung des Mißtrauensantrags zu veranlassen. Doch es mußte ein zweiter Mann im Spiel gewesen sein. Vermutlich war das der CSU-Abgeordnete Wagner. Herbert Wehner hat 1980 einmal gesagt, daß nur zwei Personen über den wahren Sachverhalt Bescheid wußten. Aus den bislang vorliegenden Quellen sind keine sicheren Schlüsse zu ziehen. Es kann nicht einmal ausgeschlossen werden, daß beide Seiten in dieselben Personen Geld investiert haben, womit dann völlig unklar bliebe, wer für wen bei der geheimen Abstimmung votiert hat. Manche meinen sogar, daß es Helmut Kohl gewesen sein könnte, der für die Niederlage seines innerparteilichen Widersachers Barzel gesorgt habe.

Das dritte Referat hielt Heinrich Potthoff, der das gesellschaftliche Klima und die Parteienlandschaft vor dem Hintergrund der seinerzeitigen Systemauseinandersetzung schilderte. Die Erkenntnis, daß auf Grund der Entwicklung der Raketentechnik und der Atomwaffen die gegenseitige Vernichtung möglich und im Kriegsfall wahrscheinlich geworden war, hatte die Supermächte gezwungen, einen Kurs der Entspannung einzuschlagen. Die BRD war einem starken Anpassungsdruck ausgesetzt. Die deutschen Querelen sollten der Umorientierung der US-Außenpolitik nicht mehr im Weg stehen. Es kam nicht von ungefähr, daß dies in Westberlin zuerst begriffen wurde. Es begann eine Phase tastender Versuche für bessere Arrangements mit dem Osten. Hatte Bahr und Brandt 1963 in Tutzing die theoretischen Fundamente für eine neue Ostpolitik gelegt, so wurden in Berlin mit der Politik der kleinen Schritte die ersten politischen Erfahrungen gesammelt.

In aller gebotenen Kürze faßte Potthoff die gesellschaftlichen Bewegungen und Gegenströmungen der 60er Jahre zusammen. Er nannte u. a. die Denkschrift der EKD zur Oder-Neiße-Grenze, die Vorreiterrolle der FDP für eine neue Ostpolitik, die Politisierung der Studenten und auch die Gegenbewegungen, die z. B. durch die Umorientierung der Vertriebenenverbände von der SPD zur CSU sowie durch zahlreiche Parteiübertritte von SPD und FDP zur CDU/CSU gekennzeichnet waren.

Für Bundestagswahlen – so Potthoff – sei stets die Frage der Wirtschaftskompetenz die entscheidende gewesen. Den Ausgang der Wahl 1972, die wegen der Patt-Situation nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum im Bundestag erforderlich wurde, entschied dann eine intensive Verschränkung der Probleme der Ostpolitik mit denen der Reform- und Wirtschaftspolitik. Die hohe Wahlbeteiligung und eine starke Überhöhung der parteipolitischen Polarisierung in der öffentlichen Debatte brachte der SPD schließlich ihren höchsten Wahlerfolg.

Potthoff streifte noch die komplizierte Frage des sogenannten Radikalenerlasses, bei der Brandt – wie Potthoff meinte – anfangs überhaupt nicht dessen wirkliche Reichweite im Hinblick auf ausufernde Berufsverbote überschaut hatte. Brandt sei es vornehmlich um die Absicherung seiner Ostpolitik gegangen. Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber den Kommunisten im eigenen Land und der Radikalenerlaß sollten gleichermaßen einer unerwünschten ideologischen Annäherung entgegenwirken.

Die Veranstaltung schloß mit einem Ausblick auf die Entwicklung nach dem Mißtrauensvotum und der nachfolgenden Bundestagswahl. Die SPD verzeichnete in dieser Zeit zahlreiche Neueintritte. Während Brandt dazu neigte, das dadurch veränderte innerparteiliche Milieu für seine Reformvorhaben zu nutzen, befürchtete Helmut Schmidt, der 1974 nach dem Rücktritt Brandts Bundeskanzler wurde, daß sich die SPD zu einer "Nenni-Partei" entwickeln könnte.

Heimann zitierte am Ende den damaligen SPD-Finanzminister Apel mit einem Satz, der weit länger Geltung haben sollte, als er selbst ahnen konnte: Wir werden die Reformpolitik fortsetzen; sie darf aber kein Geld mehr kosten!

Rezensionen

Peter Wende (Hrsg.): Große Revolutionen in der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart. Verlag C.H. Beck München 2000, 391 S.

In den heutigen westlichen Metropolen stehen Revolutionen nicht auf der Tagesordnung und nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus wie in der tiefen Krise der Linken ist dies auch kaum zu erwarten. Allerdings ist nun in der weitgehend nichtmarxistisch geprägten Historiographie ein entspannteres Verhältnis zur "Revolution" als Begriff wie historischem Vorgang zu beobachten.

Vor diesem Hintergrund hat der England-Experte Wende den interessanten Versuch organisiert, am Beispiel von 20 Revolutionen deren historische Realität und Wirkungsmächtigkeit bis in die Gegenwart hinein aufzuzeigen. Er erinnert, daß "revolutio" in der Spätantike als "Zurückwälzung" oder "Umwälzung" aufkam und später zum Beschreiben der Gestirnsbewegung verwendet wurde. Bereits im 14. Jahrhundert umreißt dieser Begriff auch Aufstände und Bürgerkriege. Mit der Glorreichen Revolution (1688/89) vollzieht sich offenkundig ein positiver Bedeutungswechsel, in dem die Revolution angesichts der neuen Verfassungswirklichkeit für die Zeitgenossen "grundlegenden zukunftssträchtigen Wandel" impliziert (S.11). Mit der amerikanischen und vor allem der französischen Revolution setzt sich diese positive Begriffsbesetzung durch und bestimmte im 19. und 20. Jahrhundert geschichtli-

ches Handeln und die entsprechende Reflexion. Die beiden genannten wie auch die russische Revolution, daran erinnert Wende, wollten als Errungenschaft allen Menschen zugute kommen und somit Weltrevolutionen sein. In Anlehnung an Theodor Schieder wird "Revolution als ,besondere Form des historischen Wandels'" definiert (S.11). In einem der versammelten Aufsätze gibt Hartmut Zwahr, der dies an der Revolution von 1989 in der DDR exemplifiziert, eine m.E. noch operablere Sicht auf Revolutionen: "Das Spezifische an einem Revolutionsgeschehen besteht wohl darin, daß es einen allumfassenden gesellschaftlichen Problemstau, den die Machteliten nicht mehr auflösen können, mittels Massenmobilisierung und Massenhandeln überwindet und auf diese Weise den Zugang zu tiefgehenden strukturellen Wandlungen eröffnet." (S.359)

Die Auswahl der Beispiele folgen gängigen Vorstellungen wichtiger Schlüsselrevolutionen: Gracchen-Revolution im antiken Rom (Klaus Bringmann), Bauernkrieg (Peter Blicke), englische Revolution 1640ff (Wende), Glorreiche Revolution 1688/89 (Eckhart Hellmuth), amerikanische (Hermann Wellenreuther) und französische Revolution 1789ff (Michael Wagner), deutsche Revolution 1848/49 (Dieter Hein), "bolschewistische Revolution" 1917/21 (Dietrich Beyrau), Revolution 1918/19 in Deutschland (Klaus Schönhoven). Lücken sind unvermeidbar, jedoch die Auswahl keineswegs immer nachvollziehbar. Lateinamerika ist mit der mexikanischen (Horst Peitschmann) und kubanischen Revolution (Nikolaus Werz) vertreten, 18. und 19. Jahrhundert bleiben ausgeblendet. Asien ist mit zwei ge-

wichtigen Aufsätzen zu China 1949 (Jürgen Osterhammel) und zur Kulturrevolution (Thomas Heberer) sowie zur islamischen Revolution im Iran (J. Paul Luft) vertreten. Das Frankreich des 19. Jahrhunderts erscheint mit der Julirevolution 1830 (Axel Körner) und der Pariser Kommune (Beatrix Bouvier). Das Jahr 1968 selbst erhielt vom Autor Arthur Marwick die Wertung, daß man nicht "von einer ‚gescheiterten Revolution‘ sprechen (kann), sondern nur von einer ‚Revolution, die es nie gegeben hat‘ (S.328).

Wenig einheitlich sind die Ausarbeitungen hinsichtlich der Gesamtheit der historischen Prozesse. Fällt am mexikanischen Beispiel die bewußte Aufweichung der historischen Zäsuren auf, so bleiben die russische und chinesische Revolution im sehr engen Korsett kurzer Zeiträume. Am spannendsten sind neben dem Nachzeichnen des historischen Verlaufs, der Krisenprozesse und Akteure die Einordnungen in die historische wie politische Diskussion der Zeitgenossen wie der Nachfolger. Die Wertung wird vom politischen Interesse bestimmt, das über Verriß oder Überhöhung entscheidet.

Berechtigt lehnt Wende monokausale Erklärungen ab, die er stark und wohl kaum die gesamte Breite dieses Ansatzes reflektierend, dem Marxismus zuschreibt. Doch haben weder Marx noch marxistische Sozialwissenschaftler so reduktionistisch mit der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen argumentiert, sondern sehr wohl die Komplexität zu erfassen gesucht und zudem zwischen politischen und sozialen Revolutionen zu unterscheiden gewußt. Wende verweist in seiner näheren Charakteristik von Revolutionen zunächst auf

das "Objekt des revolutionären Wandels" als "die politisch organisierte und in bestimmter Form verfaßte Gesellschaft". Es gehe dabei um verschiedene Ebenen des Wandels: (a) Elitenwechsel; (b) Wandel der politischen Organisationsformen der Gesellschaft; (c) radikale Veränderung von Eigentumsverhältnissen und sozialen Strukturen, (d) Veränderungen "der sozialen und politischen Legitimationsideologie" (S.12). Zweitens betont er Art und Weise der Veränderung, insbesondere mit Gewaltanwendung und zwar "von unten". Drittens müsse die Revolution Folgen zeitigen, die trotz der zwangsläufig auftretenden restaurativen Momente Bestand haben. In allen modernen Revolutionen sei die "Realisierung von Freiheit" ein konstitutives Element (S.13). Zuzustimmen ist ihm, den gesamten Ablauf von Revolutionen nicht in ein Schema zu pressen. Stattdessen sind eher ihre Ursachen gesetzmäßig zu erfassen. Der Leser möge daher die gewählten Beispiele nutzen, um konkrete Revolutionen zu studieren und nicht in differenziertesten Revolutionstheorien zu versinken.

Stefan Bollinger

Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe, Erste Abteilung: Werke, Artikel, Entwürfe. Band 14: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Artikel, Entwürfe, Januar bis Dezember 1855. Bearbeitet von Hans-Jürgen Bochinski und Martin Hundt, unter Mitwirkung von Ute Emmrich und Manfred Neuhaus. Hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Amsterdam. Berlin 2001, 1695 S.

Erstmals nach dem gesellschaftlichen Umbruch 1989 liegt wieder ein Band aus der I. Abteilung der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) vor, der nach den 1993 in Aix-au-Provence revidierten Editionsrichtlinien erarbeitet wurde. Mit dem 16. Band ist die erste Hälfte der Wegstrecke von insgesamt 32 Bänden der konzipierten I. Abteilung vollzogen. Die in diesem Band veröffentlichten Arbeiten zeigen Marx und Engels nicht vordergründig als Theoretiker. Vorgelegt werden 186 Zeitungskorrespondenzen, vorwiegend für zwei Zeitungen. Ihre Artikel in der "New York-Tribune" erreichten einen großen Leserkreis, da das Blatt zu den auflagenstärksten in den USA gehörte und somit eine öffentliche Macht darstellte, deren Stimme beachtet wurde. 119 Artikel erschienen als Londoner Korrespondenzen für die Breslauer "Neue Oder-Zeitung", dem bedeutendsten demokratischen Organ in der Reaktionszeit. Somit ging mindestens jeden zweiten Tag ein Manuskript an die eine oder die andere Redaktion. Das zeigt die Intensität der publizistischen Arbeit, die an Marx' und Engels' journalistische Tätigkeit in der "Neuen Rheinischen Zeitung" von 1848/49 heranreicht. Darüber hinaus werden drei handschriftliche Entwürfe - ein Artikelentwurf von Marx sowie Konzepte für eine Broschüre und Engels' längerer Beitrag "The armies of Europa" - veröffentlicht. In den Anhang wurden zehn Dubiosa aufgenommen, die von der Kompliziertheit der Autorschaftsbestimmung für diesen Band zeugen. Die erbrachte Forschungsleistung wird durch die Edition von bisher unbekanntem Texten dokumentiert. Zu verdanken ist das vor allem den aufwendigen Untersuchun-

gen von Hans Jürgen Bochinski zur Mitarbeit von Marx und Engels an der "New-Yorker Tribune". Die Beiträge erschienen mit zwei Ausnahmen anonym. Hinzu kommt, daß die Redaktion recht erhebliche Eingriffe in die Artikel vornahm, entsprechend ihrer politischen Auffassung bzw. zu dem Zweck, sie als ihre eigenen auszuweisen, wie das bei Leitartikeln geschah. Marx' Tätigkeit für beide Zeitungen ergab sich aus einer Zwangslage: Er mußte für seine Familie den Lebensunterhalt verdienen. Das Jahr 1855 - der Zeitraum des Bandes - war für ihn besonders bedrückend: Zeitweise mußte er London entfliehen, weil er die drängenden Gläubiger nicht bezahlen konnte. Hinzu kamen Krankheit und der Verlust seines Sohnes Edgar. Allerdings stellen die Editoren die These auf, die Artikel dienten nicht in erster Linie Marx' Lebensunterhalt (S.862). Hier wird offensichtlich seine prekäre Situation ungenügend bedacht. Daß er 1855 weniger als zuvor und danach in der Bibliothek des Britischen Museums arbeiten konnte und nicht oder kaum zu seinen ökonomischen Studien kam - und wenn, galten sie aktuellen Artikeln -, ist vor allem der finanziellen Misere zuzuschreiben. Im wahrsten Sinne des Wortes ging es bei ihm und seiner Familie um das nackte Überleben. Nicht ohne Grund beabsichtigte er schon drei Jahre zuvor (durch Vermittlung seines Veters August Philips - Vorfahre des heutigen Konzerns), sich als Schreiber bei einer Eisenbahngesellschaft zu verdingen, die ihn wegen seiner schlechten Handschrift aber nicht einstellte. Gleichwohl stellen die Artikel nicht nur eine Einnahmequelle dar. Es steht außer Frage, daß Marx und Engels diese nutzten, um aus der Sicht

ihrer materialistischen Geschichtsauffassung eine zeitgeschichtliche Analyse für die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Widersprüche sowie der sozialen Folgen vorzunehmen und neue theoretische Probleme aufzugreifen, die sich später z.B. im "Kapital" niederschlugen. (Im Apparatband werden die entsprechenden Zusammenhänge erschlossen.) Auch nutzten sie, wie die Herausgeber überzeugend darlegen, bisher erarbeitete politische, ökonomische, militärische und historische Studien, wodurch ihre Artikel eine Qualität erhielten, die von Zeitgenossen anerkannt wurde. Engels unterstützte Marx nicht nur finanziell. Obwohl er durch seine erzwungene Kontorarbeit in Manchester zeitlich stark gebunden war, schrieb er für Marx regelmäßig Artikel. Für den vorliegenden Band ist sogar zu verzeichnen, daß Engels für die "New-York Tribune" mehr Artikel verfaßte als Marx. Der Krimkrieg gab ihm aufgrund seiner langjährigen und intensiven Beschäftigung mit Militärfragen die Möglichkeit, diesbezügliche Beiträge zu liefern, die in New York sehr willkommen waren. Dem Band kommt eine besondere Bedeutung zu, da aus dem Jahre 1855 nur wenige Exzerpte von Marx vorliegen und keine Manuskripte zu seinen ökonomischen Arbeiten. Darüber hinaus ist aus diesem Jahr nur ein Brief von Engels an Marx und kein einziger von ihm an Dritte überliefert; von Marx an Engels sind 30, jedoch nur sieben Briefe an Dritte bekannt. Demzufolge repräsentiert der Band I/14 im hohem Maße das Schaffen von Marx und Engels in dem genannten Zeitraum. Das zentrale Thema in diesem Band bildet der aktuelle Verlauf des Krimkrieges in seiner letzten Phase. Etwa die

Hälfte der neu ermittelten Artikel von Engels behandeln die Kampfhandlungen in Transkaukasien, am Fluß Inguri und um die Festung Kars. Obwohl weit vom Kriegsschauplatz entfernt, vermochte Engels, dank seiner umfassenden militärtheoretischen und -taktischen Kenntnisse, alle entscheidenden Etappen des Krieges über eine reine Berichterstattung hinaus zu analysieren und im wesentlichen zu richtigen Einschätzungen zu gelangen. Das Echo, das seine Artikel in den USA fanden, und die Polemik, die sich um sie entwickelte, zeugen von ihrer Aussagekraft. Mit der für die New Yorker Monatsschrift "Putnam's Monthly Magazine of American literature, science, and art" verfaßten Serie "The armies of Europa" konnte Engels seine profunden Kenntnisse auf diesem Gebiet ausspielen. Sie gibt wichtige Einblicke in seine militärwissenschaftliche Arbeit, insbesondere in sein methodisches Herangehen in dieser Zeit. Auffallend ist, daß die Beiträge des Bandes besonders den Problemen Großbritanniens und Rußlands sowie ihrem Verhältnis zueinander gewidmet sind. Marx und Engels, so in der Einführung des Bandes, gingen davon aus, daß es sich bei diesen Ländern um die zwei bedeutendsten Mächte handelte, die aufgrund ökonomischer oder militärischer und geographischer Gegebenheiten die Politik Europas und damit der Welt Mitte des 19. Jahrhunderts beeinflusst haben. In seinen Artikeln beleuchtete Marx zeitgenössische politische, ökonomische und gesellschaftliche Vorgänge in Großbritannien. In seinem Londoner Exil vernahm er unmittelbar den Pulsschlag des Welt Handels und der internationalen Bankentätigkeit.

Die beiden Entwürfe von Engels zu einer geplanten Artikelserie bzw. Broschüre gegen den Panslawismus bildeten einen wichtigen Aspekt seiner und Marx' Beschäftigung mit Rußland. Ihr Interesse für diesen Gegenstand spiegelt sich bereits in den Beiträgen von Engels in der "Neuen Rheinischen Zeitung" wieder und setzt sich in den folgenden Jahrzehnten fort. Dieses Interesse resultierte aus ihrer prinzipiellen Haltung gegen den Zarismus, da sie in ihm das Haupthindernis jedes gesellschaftlichen Fortschritts in Europa sahen. Die im vorliegenden Band enthaltenen Texte zu dieser Problematik besitzen auch aktuelles Interesse, da sie wichtige Überlegungen zur Rolle des Nationalismus und der Nationalbewegung enthalten. Die Einführung gibt einen sachkundigen Überblick über die 1855 vorgelegten Arbeiten. Dabei werden sowohl die europäischen und transkontinentalen politischen Ereignisse des Jahres als auch die ökonomischen und historischen Zusammenhänge zu früheren und späteren Arbeiten von Marx und Engels erhellt. Dadurch erhalten die Nutzer des Bandes Einblick in Motive, unmittelbaren Anlaß und zeitgenössische Wirkung der Arbeiten. Zwei umfängliche und gehaltvolle Textgeschichten geben Auskunft über die Mitarbeit von Marx und Engels an der "New-York Tribune" sowie von Marx an der "Neuen Oder-Zeitung". Bei letzterer hätte auch Engels als Autor genannt werden müssen, da Marx von dessen Beiträgen profitiert hat. Der Leser erhält Informationen über Geschichte und Charakter beider Zeitungen sowie über Entstehung, Verlauf und äußere Umstände der Korrespondenzstätigkeit von Marx und Engels. In beiden Textgeschichten

werden darüber hinaus die Kriterien für die Autorenschaftbestimmung mitgeteilt. Sowohl Text als auch Apparatband werden durch Namen- und Literaturregister erschlossen. Ein Sachregister bezieht sich auf den Marxschen und Engelschen Text. Daß der Apparatband durch Register leichter für die Forschung zugänglich gemacht wird - ein Novum dieser Edition seit 1999 - ist sehr zu begrüßen, da Einführung, Allgemeine Textgeschichte und die immensen Erläuterungen eine Fülle neuer Fakten und Zusammenhänge enthalten, die weit über den eigentlichen Text hinausgehen. Um so unverständlicher ist es, weshalb der geographische Register nicht konsequent auch den Apparatband erfaßt. Bedauerlich ist auch, daß die "Neue Rheinische Zeitung" im Literaturregister fehlt, obwohl mit diesem Blatt im Apparatband zu Recht vielfach Bezüge zum Text hergestellt werden. Mit dem Band I/14 konnte ein weiterer wichtiger Teilabschnitt des Schaffensprozesses von Marx und Engels erschlossen werden, der die vorangegangenen Bände I/10 bis I/13 einschließt. Die Relevanz dieser Bände liegt darin, daß nunmehr bessere Voraussetzungen bestehen, die von Marx und Engels vorgenommene theoretische Auswertung der europäischen Revolution in einen größeren Zeitraum und Zusammenhang einzuordnen, als das bisher der Fall war. Damit kann die oft in der Literatur zu findende Einschätzung, mit der Marxschen Arbeit "Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte" habe die Revolutionsbetrachtung durch Marx und Engels ihren relativen Abschluß erfahren, eindeutig widerlegt werden. Die folgenden Bände werden sicher weitere Aufschlüsse über Marx' und Engels' theoretische Verarbei-

tung der Revolution von 1848/49 bringen.

François Melis

Karl Michael Scheriau: Kunstgenossen und Kollegen. Entstehung, Aufbau, Wirkungsweise und Zielsetzung der Gewerkschaftsorganisation der deutschen Buchdrucker von 1848 bis 1933. Autorenverlag K.M. Scheriau (Berlin 2000), 313 S.

1999 legte K.M. Scheriau an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaften, seine Dissertation zur Vorgeschichte und Geschichte der deutschen Buchdruckergewerkschaft vor; Ende 2000 ist die Arbeit im Druck erschienen (Libri Books on Demand übernehmen Herstellung und Vertrieb). Ihr Autor hat, wie man ihr durchweg anmerkt, ein besonderes Verhältnis zu ihrem Gegenstand: Er ist selber gewerkschaftlich aktiv - vormals in der Berlin-Brandenburger IG Medien, jetzt in der Gewerkschaft ver.di. Erster Eindruck nach Lektüre der Publikation: Der Verfasser hat überaus gründlich gearbeitet, viel Quellenmaterial sorgfältig aufbereitet und die schon vorliegenden Darstellungen zu seinem Thema kritisch ausgewertet.

Wer sich bisher mit der Entwicklung des Deutschen Buchdruckerverbandes beschäftigen wollte, war im wesentlichen auf den Zweibänder von Willi Krahl¹ angewiesen, der allerdings nur die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg behandelt und dessen zweiter Band, bei Anbruch der Naziherrschaft herausgekommen, eine Rarität ist. 1966 gab zum 100. Gründungstag dieses Verbandes der Zentralvorstand der IG

Druck und Papier im FDGB unter Federführung seines damaligen Vorsitzenden einen Band² heraus, den Scheriau "ein hervorragendes Beispiel für parteipolitisch orientierte Geschichtsschreibung" (S.15) nennt. Nicht viel anders ergeht es bei ihm einem alt-bundesdeutschen Autor, dessen Publikation³ in gleicher Sache mit Unterstützung des Zentralvorstandes der IG Druck und Papier im DGB entstand, aber nach Ansicht von Scheriau eine "politisch-theoretische Vorgabe" (S.17) aufweist, die er nicht teilt; das Vorhaben ist auch über den ersten Band, der den Zeitraum von 1830 bis 1890 umfaßt, nicht hinausgekommen.

Dabei ist die Geschichte dieser Gewerkschaft interessant genug. Sie gehört zu den ältesten deutschen Einzelgewerkschaften; mit der Bildung des Deutschen Buchdruckerverbandes auf dem Leipziger Gründungskongress vom 20. bis 22. Mai 1866 entstand die erste gesamt-nationale Gewerkschaftsorganisation in Deutschland, und ihre Frühformen gehen auf die Revolution von 1848/49 (S.25 ff.), ihre Vorformen ins 18. Jahrhundert (S.24f., 41, 49) zurück; Scheriau zeichnet sie detailliert nach.⁴ Nach der Reichsgründung von 1871 waren die Buchdrucker die ersten Arbeiter in Deutschland, die einen landesweiten Tarif durchsetzten (S.170). Vor 1933 gehörten über 90 Prozent der Berufskollegen dem Verband an (S.4, 19). Diese hohe Organisiertheit entsprang in bedeutendem Maße dem Traditionsbewußtsein ("Gutenberg-Jünger") und dem Facharbeiterstolz, die bei den Buchdruckern besonders stark ausgeprägt waren; Scheriau spricht sogar von "Standesdünkel" (S.146) und von "Pflege des elitären Selbstbildes" (S.5) in den Reihen

der Gewerkschaft (siehe auch S.73f., 183).

Die "politisch-theoretische Vorgabe" des Autors lautet: Nicht "Konfrontation mit den Arbeitgebern" (S.5), sondern Kooperation mit ihnen bestimmte das Selbstverständnis dieser Gewerkschaft und brachte Erfolg vor allem in der "Arbeitsmarkt-" und Tarifpolitik. Er versteht Gewerkschaft nicht als Gegenmacht, sondern als Sozialpartner; nicht von Kampf, sondern von Kompromißbereitschaft sollte sie sich leiten lassen, von der Absicht, Interessenkonflikte durch friedliche Verständigung mit den Unternehmern zu lösen. "Arbeitgeber" sieht er primär in der "Eigenschaft des Tarifpartners der Gewerkschaften, mit denen sie ein gemeinsames Interesse teilen" (S.233). Auseinandersetzungen um gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen erscheinen ihm als "Wechselspiel zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern" (S.236). Das legitime Aufgabenfeld von Gewerkschaften sind in seinen Augen solche Anliegen wie "höhere Einkommen, kürzere Arbeitszeit, mehr Urlaub, Sicherung vor Not durch Krankheit und Alter sowie besserer Arbeitsschutz" (S.230).

In diesem Zusammenhang lobt Scheriau wiederholt die beim Buchdruckerverband festzustellende "Neutralität gegenüber vor allem parteipolitischen Richtungen" (S.195) und urteilt: "... die heftigen politischen Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung haben den Buchdruckerverband offensichtlich in der konsequenten Weiterführung seines Organisationsaufbaues und der Verfolgung seiner gewerkschaftspolitischen Ziele nicht wesentlich beeinflussen können. Diese politischen Auseinandersetzungen

stießen bei den Buchdruckern auf eine Haltung, die von freundlich reservierter Uninteressiertheit bis zur deutlichen Ablehnung reichte." (S.8) Im übrigen sieht der Vf. den Begriff "Arbeiter" nur noch "in der historischen Betrachtung" (S.213) als gerechtfertigt an; ansonsten sei von "Arbeitnehmern" zu sprechen. Die Buchdrucker-Gewerkschaft - ab 1893 nannte sie sich "Verband der Deutschen Buchdrucker" (S.45) - war entsprechend dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt, der zu starker beruflicher Spezialisierung der Mitglieder führte, in hohem Grad spartenmäßig untergliedert; die zum Teil differierenden Interessen der Schriftschneider und Schriftgießer, der Maschinen- und der Handsetzer, der Stereotypen- und Galvanoplastiker, der Maschinenmeister und Drucker, der Korrektoren, der Lehrlinge fanden ihren Ausdruck in "Zentralkommissionen" und Spezialvereinen (S.99f.) innerhalb der Gesamtorganisation. Neben ihr bestanden bis 1933 besondere freigewerkschaftliche Verbände für Buchbinder und Papierverarbeiter, für Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe sowie für graphische Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen. Sie alle stellt Scheriau vor.

Außerdem skizziert er die Aktivität jener grafischen Gewerkschaften und Vereine - sieben an der Zahl -, die nicht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands oder dann dem ADGB angeschlossen waren. Er findet anerkennende Worte für diese "organisatorische Vielfalt", die aus der "Vielfalt der Interessenlagen" (S.6) herrühre. Nur gestreift wird von ihm das Jahr 1933; daß Nurgewerkschaftertum und politisch-organisatorische Zersplitterung sowohl die

Unterdrückung der Gewerkschaften als auch den Weg in die nazistische "Volksgemeinschaft" erleichtert haben, ist für ihn ein "Mythos" (S.210). Aber Tatsache bleibt doch, daß die Gewerkschaftsführungen damals kampfflos die Segel strichen und daß die meisten Mitglieder ihre Opposition gegen die Nazidiktatur darauf beschränkten, die Faust in der Tasche zu ballen...

Nicht näher eingegangen sei hier auf den Versuch des Vf., seine Ansichten in Bezug zur Theorie von der "Logik des kollektiven Handelns" zu setzen, die Anfang der sechziger Jahre der US-Ökonom Prof. Mancur Olson entwickelt hat. Vereinfachend ausgedrückt besagt sie: Je kleiner eine gesellschaftliche Gruppe, um so besser läßt sie sich durchorganisieren und um so größer sind ihre Erfolgsaussichten bei der Durchsetzung ihrer Interessen. Scheriau räumt ein, daß diese Theorie nur bedingt auf gewerkschaftliche Arbeit anwendbar ist.

Neben zentralen Aufgaben und Zielen der Gewerkschaft, etwa in der Tarifpolitik, untersucht Scheriau ihren föderalen Aufbau; deshalb widmet er besondere Aufmerksamkeit dem 1862 gegründeten Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, Ausgiebig analysiert er, wie der Verband - landesweit und speziell in der deutschen Hauptstadt - die sozialen Belange seiner Mitglieder wahrgenommen (S.61f.), die Bildungsarbeit organisiert (S.76f.) und im kulturellen Bereich gewirkt hat (S.80f.). Mit dem Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker und der Büchergilde Gutenberg hat er Organisationen entwickelt, die - wie der Vf. mit Recht hervorhebt - "in der deutschen Gewerkschaftsbewegung einmalig waren" (S.8, vgl. S.87f.).

Die Veröffentlichung enthält eine Fülle konkreter Angaben über Löhne und Lebenshaltungskosten der Beschäftigten, über Mitgliederbewegung und Finanzverhältnisse in den Gewerkschaften, nicht zuletzt über Sitten und Gebräuche in der "schwarzen Kunst" - eine Fundgrube für Sozialhistoriker! Verdienstvoll sind die textgenaue Wiedergabe von Dokumenten aus der Phase um 1848/49, die kommentierte Auflistung von Buchdrucker-Zeitungen des 18. bis 20 Jahrhunderts, die tabellarische Übersicht über die Verbandstage und Generalversammlungen des Buchdruckerverbandes und die bibliothekarischen Informationen über die Standorte einschlägiger Literatur.

Gerhard Fischer

- 1 Siehe Willi Krahl: 1866-1916. Der Verband der Deutschen Buchdrucker. 50 Jahre deutsche gewerkschaftliche Arbeit mit einer Vorgeschichte. Erster Band, Berlin 1916. Willi Krahl: Der Verband der deutschen Buchdrucker in der Zeit von 1888-1916. Zweiter Band, Berlin 1933. Siehe auch: Emil Kloth: Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes. Erster Band, Berlin 1910. Zweiter Band, Berlin 1913; Siehe auch: Hermann Müller: Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe. Erster Band, Berlin 1917 (mehr nicht erschienen).
- 2 Siehe Autorenkollektiv unter Leitung von Heinz Oehler: Hundert Jahre Kampf der Gewerkschaften der graphischen Arbeiter. Berlin 1966.
- 3 Siehe Gerhard Beier: Schwarze Kunst und Klassenkampf. Band I, Stuttgart 1966.
- 4 Siehe Gerhard Fischer: Die 48er Revolution und die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland am Beispiel der Schriftsetzer und Buchdrucker. In: Helmut Bleiber/Rolf Dlubek/Walter Schmidt (Hrsg.): Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49, Berlin 2000.

Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Herausgegeben von Klaus Kinner in Verbindung mit Willi Beitz, Leipzig 1999, 196 S.

In der Erforschung des Stalinismus ist seit 1990 auch von deutschen Wissenschaftlern aus dem linken Spektrum viel geleistet worden. Es gibt indes nicht wenige politische Stimmen, die in Distanz zu diesen Leistungen meinen, es reiche nunmehr. Die politischen Motive sind durchsichtig. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, eine der kreativsten linken Institutionen im deutschen Sprachraum, hat viel mit den ihr verbundenen Wissenschaftlern - hier sei nur an Klaus Kinner, Wladislaw Hedeler, Ulla Plener, Lutz-Dieter Behrendt erinnert - zur Entwicklung der Stalinismusforschung beigetragen. Vorliegende Beiträge für ein Kolloquium am 25. April 1998 dokumentieren ein weiteres Zwischenergebnis. Ein erster großer Komplex fragt nach Vorgeschichte, Ablauf und Folgen des "Großen Terrors" der Jahre 1936 bis 1938. Der Begriff "Großer Terror" stammt aus der russischen Historiographie. Das spezielle Interesse der Autoren gilt in dem Band den Mechanismen des Zusammenspiels von Partei- und Staatsapparat.

Allein jene Fakten, die Hedeler zur Archivsituation in Rußland auflistet, lassen die Dramatik jener Jahre aufscheinen. Hedeler plädiert dafür, "das Übergewicht des noch nicht verarbeiteten empirischen Materials in Erinnerung zu rufen und vorschnelle Definitionen der Komplexität der dahinter verborgenen Wirklichkeit zu relativieren." (S.11) Bisher konnten die Szenarien der Moskauer Schauprozesse

vom Erscheinungsbild her erschlossen werden. Hedeler fordert hingegen, "das Wesen des Terrors, der zunehmend zu einem Element der Wirtschaftsplanung wurde und vor Ort eine wichtige macht- und systemstabilisierende Ventilfunktion erfüllte" (S.11), zu bestimmen. Hier wird ein ganzes Forschungsprogramm angerissen. Anhand von zwei Dokumenten stellt Hedeler Anfang und Ende, Idee und Ausföhrung der Moskauer Schauprozesse genauer dar als bislang bekannt. Bei dem ersten Dokument handelt es sich um das von Jeshow 1935 begonnene und von Stalin sowie von Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU(B) redigierte Manuskript, das ein Szenario der Schauprozesse sowie die Grundelemente der Rundschreiben des ZK der KPdSU (B) in den Jahren des Großen Terrors enthält. Bei dem zweiten Dokument handelt es sich um das Stenogramm des Schauprozesses gegen den "Block der Rechten und Trotzkisten" vom 2. bis 12. März 1938 im Umfang von 1.200 Blatt. Hedeler spürt dem Zusammenspiel von Partei- und Staatsorganen exakt nach.

In der Persönlichkeitsnegation im Parteikommunismus sieht Ulla Plener eine Grundlage des Massenterrors. Sie erblickt im "Ausschluß der selbständig denkenden Persönlichkeit aus dem Parteiverständnis, verbunden mit weitgehender Reduktion der lebendigen Persönlichkeit auf den Staatsapparat als Instrument des jeweiligen Parteiföhrers...eines der konstitutiven Momente des Stalinismus". (S.30) Plener problematisiert das Disziplin-Verständnis, den Treue-Grundsatz, das Entweder-Oder-Denken, das Meinungsmonopol im Parteikommunismus und stellt alles sozialistischer Ethik entgegen.

Neues Material über den Terror in der Komintern-Zentrale, besonders in dem sogenannten Verbindungsdienst, dem Nervenzentrum der Kommunistischen Internationale, präsentiert Bernhard H. Bayerlein.

Einen Kulturbruch erkennt Steffen Dietzsch noch nicht im Roten Terror unmittelbar nach der Oktoberrevolution, sondern erst in den Jahren um 1937/38. "Diese Zeit des exzessiven, nach innen gerichteten und längst nicht mehr schichten-, sozial oder klassenorientierten Massenterrors in den Dreißigern markiert einen definitiven Bruch in der Kultur sozialer Revolutionen überhaupt." (S.66) Lutz-Dieter Behrendt erblickt in den roten Professoren, also in den Absolventen der von 1921 bis 1937/38 existierenden Instituten der Roten Professur, der ranghöchsten Bildungseinrichtung der sowjetischen Partei, eine Personengruppe, die unter dem stalinistischen Terror besonders zu leiden hatte. Er stellt aber differenzierend fest: Während die erste Generation dieser Roten Professoren, die in den zwanziger und dreißiger Jahren in leitende Funktionen aufgestiegen waren, mit geringen Ausnahmen ihren Einfluß und oft auch ihr Leben verloren hatten, begannen andere in der Periode des Großen Terrors ihre steile Karriere, die sie bis in die siebziger und achtziger Jahre hinein in höchste Funktionen in Politik und Wissenschaft führten, so Suslow, Ponomarjow, Pospelow, Iljitschow, Pelsche, Mitin, Judin, Konstantinow, Kedrow, Minz.

Der Kritik der Transformationsauffassung Bucharins durch Lenin spürt Andreas Eichler nach.

Ein zweiter Komplex des Bandes wid-

met sich der internationalen Dimension des Terrors. Auch hierzu ist viel zu finden. Carola Tischler verweist auf 688 Personen, die von den KPD-Führern Pieck, Florin, Hähnel und Wehner von September 1936 bis Juni 1938 aus der Partei ausgeschlossen wurden, davon 548, die nach ihrer Verhaftung durch den NKWD aus der Partei gefeuert wurden. Die KPD-Führung hat die Beschuldigungen gegen ihre Mitglieder zumindest in den ersten Monaten ohne Zweifel geglaubt. "Sie hat die Loyalität zum sowjetischen Staat höher gestellt als die zu den eigenen Mitgliedern." (S.108) Noch sind nicht alle Opfer bekannt.

Wie die KP Polens unter Mitwirkung des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern aufgelöst wurde, untersucht Eva Seeber.

Die Seiten, auf denen Frido Seydewitz seine zehn Jahre umreißt, in denen er vom stalinistischen Terror erfaßt war und sich in den Fängen des NKWD befand, zählen zu den einprägsamsten des Bandes. Spätestens hier scheint beim Leser ein selbstverständlich inadäquates Bewußtsein davon auf, was zumindest die Geschichtsschreibung den Opfern noch schuldig ist.

Wie furchtbar sich der Große Terror auf den Antifaschismus und besonders auf das Ende der Volksfrontpolitik auswirkte, zeigt Klaus Kinner. Kinner warnt davor, die KPD vorwiegend als Opfer stalinistischer Repressionen zu begreifen. Vielmehr: "Ihre führenden Kräfte und ihr Apparat wurden zunehmend selbst als Mittäter in die mörderischen Mechanismen des Terrors einbezogen." (S.142)

Der Auswirkung der Moskauer Prozesse auf die deutsche und internationale So-

zialdemokratie widmet sich Herbert Mayer, wobei er den Rahmen weiter faßt und die Stellung der Sozialdemokratie zu Sowjetrußland seit 1917 umreißt.

"Schriftsteller unter dem Terror" heißt ein dritter Abschnitt des Bandes. Willi Beitz gibt einen Überblick über das Thema, und Wolfgang Geyer untersucht am Fall Gide-Feuchtwanger die Wahrnehmungen von Terror. Der Band spiegelt den Arbeitsstand und ein Entwicklungsniveau der Stalinismusforschung des Jahres 1998 wider. Nach Gründung des Ständigen Kolloquiums zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung in Leipzig im Jahre 2001 ist mit einer Konzentration von wissenschaftlichen Potenzen und mit weiteren Erkenntnissen auch zum Stalinismus zu rechnen.

Rolf Richter

Volker Sieger: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der KPD von 1945 bis 1956, Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaft, Frankfurt am Main u.a. 364 S.

Der Autor nimmt sich eines in der Forschung erstaunlicherweise bisher nicht behandelten Themas an, obwohl dieses doch zu Grundaxiomen kommunistischer (Arbeiter-)Politik zählt. Er analysiert die Problematik in vier chronologisch angelegten Kapiteln (1935-1945, 1945-1948, 1948-1950, 1951-1956), denen sich Fazit und Quellen- und Literaturverzeichnis anschließen.

Kapitel 1 dient als Ausgangspunkt für die eigentliche Untersuchung, wofür es etwas zu ausführlich geraten ist. Das

Kernstück des Bandes bilden (mit über 150 Seiten) die unmittelbaren Nachkriegsjahre, für die der Autor ausführlich auf die Politik der KPD in Betrieben und Gewerkschaften und auf ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Aktivitäten eingeht (v.a. auf Enteignungs-, Sozialisierungs-, Demokratisierungs- und Entflechtungsproblematik, die Haltung zu Betriebsräten, Betriebsvereinbarungen, Mitbestimmung und Gewerkschaften, Fragen der Sozialversicherung, Agrarpolitik und Bodenreform, Flüchtlingspolitik sowie Demontagen). In den folgenden beiden Kapiteln steht neben jeweils aktuellen, durch die Tagespolitik diktierten Fragen dieses Bereichs vor allem die Lohnpolitik im Mittelpunkt.

Der Autor geht einer Vielzahl von interessanten Fragestellungen und Problemfeldern nach. Genannt seien u.a.: Programmatik und ihre Verbindlichkeit für Handlungsmuster; wie gestaltete sich die kommunistische Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Westzonen/Bundesrepublik, da die westlichen Besatzungsmächte strukturelle Eingriffe in die Wirtschaft nicht förderten; wieweit hat die KPD-Führung flexibel reagiert, um ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele mit Bündnispartnern durchzusetzen; welche hemmenden und fördernden Faktoren und welche Spielräume gab es für kommunistische Wirtschafts- und Sozialpolitik in Westdeutschland, in welchem Zusammenhang stand die Wirtschafts- und Sozialpolitik mit der Gesamtpolitik der KPD, wieweit war sie in der Lage, tatsächlich Massen für ihre Ziele zu mobilisieren; welche Elemente kommunistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik haben in der Bundesrepublik dauerhaft Spuren hinterlassen.

Der Autor sieht in der KPD nach Kriegsende einen relevanten politischen Faktor in Deutschland, die kommunistische Politik sei aber schließlich weniger von den in Westdeutschland vorgefundenen Realitäten, sondern von den internationalen Bedingungen diktiert gewesen, ein Fakt, der ansonsten oft genug übersehen wird. Er hebt hervor, daß die KPD in der unmittelbaren Nachkriegszeit konstruktiv an politische Entscheidungsprozesse herangegangen und eine Aufbau-partei gewesen sei, dann aber als Reflex auf die innen- und außenpolitische Situation Ende der 40er Jahre/Anfang der 50er Jahre als Oppositionspartei ihre Position zum bundesdeutschen Staat modifiziert habe. Dieser Wechsel sei in den 50er Jahren vollendet worden und habe auch Handlungsfelder wie die Wirtschafts- und Sozialpolitik beschränkt. Im Laufe eines Jahrzehnts habe sich unter diesen Bedingungen der Niedergang der KPD vollzogen. Vergeblich habe die KPD einerseits versucht, politisch in Westdeutschland Erfolg und Einfluß zu bekommen und andererseits zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Sowjetunion beizutragen. (S.7/8).

Sichtbar wird, daß trotz verschiedener Rahmenbedingungen in West und Ost die KPD in den Nachkriegsjahren in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik in allen vier Besatzungszonen die gleichen Grundsätze vertreten hat. Ihr Neuordnungskonzept hat betriebliche, gewerkschaftliche und sozialpolitische Arbeit zusammengefaßt und ist nach 1945 deutlich zum Tragen gekommen. Bald habe sich auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gezeigt, daß in den westlichen Zonen der Spielraum und die Rahmenbedingungen anders als

im Osten waren (z.B. hinsichtlich Enteignung, Sozialisierung und Entnazifizierung der deutschen Wirtschaft). Belegt wird, daß der seit 1947/1948 sich vollziehende Akzeptanz- und Positionsverlust der KPD im Bereich der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung auch auf parteiinterne Probleme und eine widersprüchliche Politik der Parteiführung gegenüber den Gewerkschaften und Betriebsvereinbarungen zurückzuführen war. Als für die KPD verhängnisvoll wird herausgearbeitet, daß im Zusammenhang mit der verkündeten These von der angeblichen Kolonialisierung Westdeutschlands und der Verelendung großer Teile der Bevölkerung die KPD alles, auch sozialen Protest und wirtschaftspolitische Positionen, ihrer nationalen Linie unterordnete. Der Autor meint, in den 50er Jahren sei die Politik der KPD von zwei strategischen Grundkonzeptionen bestimmt worden, der nationalen und der ultralinken. Dadurch habe sich die Partei in der Bundesrepublik weiter isoliert, da sie (sowohl durch deutschlandpolitische Konstellationen als durch ihre Bindung an die SED und die kommunistische Weltbewegung) weder relevante Bündnispartner fand, noch Massen mobilisieren konnte. Mit dem vollzogenen Wandel der KPD von der Partei des Wiederaufbaus zu einer Partei der permanenten Opposition sei ihr in den 50er Jahren der Reformwille abhanden gekommen. Auch habe die Metamorphose von einer Aufbau- zu einer Oppositionspartei ihre Bündnis- und Handlungsfähigkeiten innerhalb der Arbeiterbewegung untergraben. Ihr Abdriften in die Bedeutungslosigkeit habe die KPD, begünstigt durch außenpolitische und innerparteiliche Faktoren, Mit-

te der 50er Jahre u.a. mit einer Konzentration auf wirtschafts- und sozialpolitische Aktivitäten zwar stoppen können. Die realistische Überlebenschance habe sie dann aber nicht mehr nutzen können, was jedoch nicht mehr in ihrer Verantwortung lag.

Herbert Mayer

Ulrich Pfeil (Hrsg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989. Ch. Links Verlag, Berlin 2001, 360 S.

Der Sammelband entstand im Ergebnis eines 1999 in Paris stattgefundenen Kolloquiums, auf dem die transnationalen Westbeziehungen der DDR erörtert wurden. Das Buch ist in zwei Teile gegliedert. Der erste bezieht sich auf die "DDR zwischen östlichen Abhängigkeiten und westlichen Herausforderungen", der zweite behandelt die "bilateralen Beziehungen der DDR mit ausgewählten Ländern des Westens". Die meisten dieser Beiträge stammen von ausländischen Autoren. So werden zum einen die Bemühungen der DDR um Anerkennung aus Sicht des jeweiligen Landes abgehandelt und zum anderen unterschiedliche Darstellungsweisen angewandt.

In der Einführung betont der Herausgeber, daß heute viele Archive dem Historiker zur Verfügung stehen und damit bessere Voraussetzungen zur Erforschung bestehen als vor 10 Jahren. Andere Autoren beklagen dagegen, daß durch die Sperrfristen in alt-bundesdeutschen Archiven weiterhin bestimmte Defizite in den Analysen bestehen (z. B. Lemke, S.63; Howarth, S.81; Nakath, S.100; Hoff,

S.191). In den meisten Artikeln wird davon ausgegangen, daß wesentliches Ziel der Außenpolitik der DDR ihre diplomatische Anerkennung war. Durch die Errichtung von Generalkonsulaten in westlichen Ländern oder Unterstützung und Gründung verschiedener Anerkennungs-Organisationen wurde versucht, das voranzubringen. Lemke betont in seinem Beitrag "Die Außenbeziehungen der DDR (1949-1966)", daß die Kosten in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ergebnis standen, weil es nicht gelang, die Hallstein-Doktrin aufzubrechen. Er belegt, daß die BRD auf mögliche anerkennungswillige Staaten nicht unbedingt wirtschaftlichen Druck ausüben mußte. Beiträge im zweiten Teil (Dänemark, Vatikan, Schweiz) führen allerdings Beispiele für politischen Druck an.

Mit den deutsch-deutschen Beziehungen beschäftigen sich Nakath und Stephan. Nakaths Beitrag umfaßt den Zeitraum 1969-82 und stellt heraus, welche entscheidende Rolle der erfolgreiche Abschluß der Gespräche Moskaus mit Bonn 1972 auf die diplomatische Anerkennung der DDR durch westliche Industriestaaten hatte. Stephan widmet sich den folgenden Jahren bis 1990, in denen die DDR-Westpolitik nach dem Regierungswechsel in Bonn und gleichzeitig das Verhältnis zur Sowjetunion vor dem Hintergrund von Glasnost und Perestroika gewissen Veränderungen unterlagen. Howarth betont, daß nach der Normalisierung der Beziehungen der DDR zu den meisten westlichen Staaten vor allem wegen der wirtschaftlichen Situation ein weiterer Ausbau kaum möglich war, so daß ab Mitte der 80er Jahre wieder die auslandsinformativische Tätigkeit zu einem

Schwerpunkt der DDR-Westpolitik geworden ist. Interessante Fakten zum Verhältnis RGW-EWG beleuchtet Wüstenhagen. Dabei wird mit zahlreichen Beispielen die unterschiedliche Position gegenübergestellt, ob die einzelnen RGW-Länder mit der EWG Handelsverträge abschließen oder ob zweiseitige Abkommen die Hauptform der Handelsbeziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten sein sollte.

Im zweiten Teil des Buches werden die Beziehungen der westlichen Länder zur DDR mit zwei Ausnahmen von 1949 bis zur diplomatischen Anerkennung 1972 bzw. 1973 dargestellt. Das schwierige und wechselhafte Verhältnis USA-DDR beleuchtet Ostermann bis 1989, indem er vor allem für die 80er Jahre interessante Facetten ausweist. Der Abschnitt über den Vatikan, mit dem keine diplomatischen Beziehungen bestanden, umfaßt den Zeitraum 1962 - 1989, wobei sich die DDR bis zum Ende um einen Gegenbesuch des Papstes bemühte.

Im Beitrag von Hoff zu Großbritannien wird die Lesbarkeit durch eine Vielzahl originalsprachiger Zitate erschwert. Eine Übersetzung in Fußnoten wäre empfehlenswert gewesen. Das im Aufsatz angeführte "Killing-with-Kindness-Konzept" (Richard Crossman) assoziiert Egon Bahrs Formulierung vom "Wandel durch Annäherung". In seiner Abhandlung stellt Pfeil dar, wie die DDR versucht hat, gewisse Widersprüche zwischen der BRD und Frankreich auszunutzen. Bedauerlich, daß zwei für das Verständnis vieler Passagen wichtige Begriffe, der "Schumann-Plan" vom 9. Mai 1950 und der "Elysee-Vertrag", nicht wenigstens durch einen Nebensatz erklärt werden. Lill geht bei

den bilateralen Beziehungen DDR-Italien vor allem auf den Parlamentarier austausch und Kulturbeziehungen ein. Dabei konstatiert er, daß auch nach der Anerkennung der DDR die kulturellen Beziehungen im Prinzip beschränkt blieben und nicht ausgebaut wurden. Ein größerer Teil der Arbeit ist den nicht immer einfachen Parteibeziehungen SED - PCI gewidmet. Probleme der Beziehungen Dänemark-DDR behandelt Lammers. Dabei akzeptierte auch dieses nordische Land die Nichtanerkennungspolitik. Wieder eine andere Sichtweise verfolgt Pekelder. Er berichtet über die niederländischen Wahrnehmungen der DDR, die kein einheitliches Bild boten, sondern ein Eigenleben geführt haben, und teilt diese in 5 Kategorien. Belgien sei aus Sicht der DDR ein Schwerpunktland gewesen, betont Horstmeier. Trotzdem gab es keinen Erfolg bezüglich diplomatischer Anerkennung. In einer Gegenüberstellung verdeutlicht der Autor, daß die Motive der Anerkennungsbefürworter in Belgien andere als im Nachbarland Niederlande waren. Die Anrede "Cher Camarade Wilhelm" in einem Antwortschreiben der Belgischen KP an SED-Chef Walter Ulbricht (S.319) gibt zu Vermutungen Anlaß. Der vom Autor erwähnten Anspielung auf Kaiser Wilhelm kann entgegengehalten werden: Warum soll nicht versehentlich der Vorname des DDR-Präsidenten Pieck aufgeschrieben worden sein?

Leider sind einige Fußnoten falsch und irreführend. (z.B. S. 54, 60, 62,73) Ein Abkürzungs- und Personenverzeichnis sowie das Autorenverzeichnis - bei dem Jana Wüstenhagen fehlt - bilden den Anhang.

Joachim Eichler

Werner Kilian: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen BRD und DDR 1955-1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien (= Zeitgeschichtliche Forschungen, Bd. 7), Verlag Duncker und Humblot 2001, 404 S.

In ihrem Bemühen, die diplomatische Anerkennung der DDR zu verhindern, hatte die Bundesregierung in der Regel Rückendeckung durch ihre westlichen Verbündeten. Vornehmlich in den Ländern der Dritten Welt wurde mit der sogenannten Hallstein-Doktrin versucht, die Anerkennung der DDR zu verhindern. Diesem Instrument des Kalten Krieges hat sich in dem hier vorzustellenden Buch W. Kilian, selbst jahrelang Diplomat im Bonner Auswärtigen Dienst, gewidmet. Anhand der Auswertung von Akten beider deutscher Außenministerien schildert er die Entstehungsgeschichte der Doktrin. Initiiert wurde diese Politik auf einer Bonner Botschafterkonferenz Ende 1955, auf der die Konsequenzen aus Adenauers Moskaureise gezogen werden sollten. Der Kanzler hatte dem Nebeneinander von zwei deutschen Botschaften in Moskau zugestimmt. Dies mußte in Einklang mit der These vom "Alleinvertretungsrecht" der Bundesrepublik gebracht werden. Zunächst wollte Bonn nur die diplomatische Anerkennung der DDR durch andere Staaten verhindern, dann wurde daraus ein Instrument der Erpressung. Es wurde daraus ein weltweiter Kampf gegen jede Art der "Aufwertung" der DDR. Selbst hochrangige intelligente Diplomaten der Bundesrepublik waren sich nicht zu schade, zu drohen oder geistige Verrenkungen zu begehen, die

wohl schon damals in den betreffenden Drittländern Unverständnis und Kopfschütteln, Schmunzeln oder Lachen sowie Ärgernis hervorgerufen haben müssen. Oftmals wurde von östlicher Seite nichts verschenkt. Man kämpfte auf westlicher Seite um jeden Fahnenmast, an dem die ostdeutsche "Spalterflagge" gesichtet wurde, um jede Sportveranstaltung, bei der eine DDR-Mannschaft auftreten wollte, um jede Landkarte, in der die Ostgrenzen Deutschlands angeblich falsch eingezeichnet waren. Im Nachhinein vermag sich der Leser nur wundern und den Kopf schütteln ob solcher deutsch-deutscher Querelen. Besonders skurrile deutsche Grabenkämpfe wurden in Ägypten, Tansania, Guinea und Sri Lanka ausgefochten. Als sich Jugoslawien und Kuba über die Erpressungsversuche hinwegsetzten, brach Bonn die Beziehungen zu beiden Staaten ab. Die Frage von Kilian, ob die Hallstein-Doktrin ihr Ziel erreicht habe, beantwortet er mit nein. Sie hat vielmehr die Verbundenheit der DDR-Bevölkerung mit ihrem Staat befördert. Neben der Geschichte der Hallstein-Doktrin wird auch die Entwicklung der allgemeinen Ost/West-Politik in jenen Jahren beschrieben, bis hin zum gemeinsamen Einzug der Außenminister Scheel und Winzer in die UNO im September 1973. Die Doktrin hatte im Schatten der globalen Entspannungspolitik ihren Sinn verloren und stieß bei den westlichen Alliierten Bonns schon längst auf zunehmendes Unverständnis. Der Autor stellt zum Schluß die brisante Frage, welche Nachwirkungen die Deklassierung der DDR und ihrer Bewohner durch die 18 Jahre währende Hallstein-Ära auf das heutige Verhältnis der alten und neu-

en Länder im vereinten Deutschland hat.

Das Buch zeichnet sich durch ein sichtliches Bemühen um Objektivität aus - ein nicht alltägliches Urteil, welches hier aus der Feder eines ehemals Beteiligten an diesem "diplomatischen Bruderzwist" stammt. Aus akademischer Sicht hätte der Rezensent sich gewünscht, daß auf die vorhandene Forschungsliteratur mehr eingegangen worden wäre.

Ulrich van der Heyden

Brigitte Stolz-Willig/Mechthild Veil (Hg.), Es rettet uns kein höheres Wesen ... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, VSA-Verlag, Hamburg 1999, 239 S.

Das Buch ist eine Reaktion auf aktuelle ökonomische und soziale Konflikte sowie die "blockierte Innovationskraft der politischen Klasse". Die schon früher von Frauen aufgeworfenen Fragen der Existenzsicherung bei diskontinuierlichen Berufsverläufen entwickeln sich derzeit zu allgemeinen Problemen. Im Buch sollen Notwendigkeit und Möglichkeiten politischer Interventionen herausgearbeitet werden, und zwar ausdrücklich gegen das ökonomische Diktat von mehr Deregulierung, Flexibilisierung und strukturellen Anpassungen. Dabei soll geklärt werden, ob diese Entwicklungen zu erweiterten Perspektiven für Frauen führen. Das Anliegen wird in drei Abschnitten ausgearbeitet, wobei Grundideen und Analysen mehr oder weniger von anderen Veröffentlichungen der Autorinnen schon bekannt sind.

In einem ersten Abschnitt werden Perspektiven der Arbeit analysiert (Hilde-

gard-Maria Nickel, Sabine Gensior, Gudrun Trautwein-Kalms).

Nickel konstatiert verschärfte Verteilungs- und Geschlechterkämpfe um Erwerbsarbeit als Teil eines allgemeinen Problemstaus und beschreibt am Beispiel des ostdeutschen Dienstleistungssektors, daß dieser zur Zeit nicht als "Hoffnungsträger für Beschäftigung" von Frauen gelten kann. Als "Gestaltungsalternativen" fordert Nickel einen "neuen Geschlechtervertrag", eine "neue Art von Vollbeschäftigung", bei der jede/r über ein selbsterwirtschaftetes und existenzsicherndes Einkommen verfügt, das sich auf nützliche und öffentlich anerkannte Beschäftigung stütze, eine "familienfreundliche" Umverteilung von Erwerbsarbeit. Sie übernimmt Forderungen nach bezahlbaren öffentlichen Angeboten für Kinder-, Kranken- und Altenpflege. Gensior ergänzt Nickels Analysen durch den Bezug auf westdeutsche Verhältnisse, die erstaunlicherweise noch immer getrennt von den ostdeutschen analysiert werden. Sie polemisiert gegen konservative Vorstellungen und konstatiert den Widerspruch zwischen zunehmend höherer Bildung der Frauen ("stille Revolution" hinsichtlich Bildungsmotivation und Berufsorientierung) und ihrer nach wie vor diskriminierten Stellung auf dem Arbeitsmarkt. Marianne Braig bestätigt das durch ihre Analyse der Situation in Lateinamerika, wo die Hoffnung, über mehr Chancengleichheit im Bildungswesen auch die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt überwinden zu können, sich nicht erfüllt hat. Wie dieser Widerspruch zu lösen wäre, bleibt offen, auch im Beitrag von Trautwein-Kalms: "Qualifizierung in neuen Arbeitsformen:

Erfolge, Rollback – und neue Chancen?" Sie betont zwar, daß die aktuellen Anforderungen der Unternehmen an eine allumfassende Verfügbarkeit für den Betrieb ("Single-life-style") den Hauptschlüssel dafür liefern, daß selbst neue Berufe, wie in Multimedia, Frauen kaum Chancen in hochqualifizierten Positionen bieten. Auch bedeute der Fortschritt von Frauen hin zur Gleichheit mit Männern nicht per se sozialen Fortschritt und Gerechtigkeit.

Mit dieser Feststellung machten westdeutsche Feministinnen nach der "Wende" ostdeutsche Frauen auf ihre demokratischen und Gleichstellungsdefizite aufmerksam, inzwischen erweist sich ihre generelle Gültigkeit. Leider erreichen die vorgeschlagenen politischen Interventionen kaum das Erkenntnisniveau der konkreten Analysen. Sie beruhen mehr oder weniger auf dem Wünschenswerten und dem Erfahrungsniveau der Vergangenheit, und es wird kaum sichtbar, wie und auf welche Weise unter den doch deutlich anderen Bedingungen ihre Realisierung denkbar wäre. Wenn eingeschätzt wird, daß Männer auf dem Arbeitsmarkt zunehmend in bisher frauentypische prekäre Situationen geraten, bleibt die Frage offen, wie bisher frauenpolitische nun zu gesamtgesellschaftlichen Sichten weiterzuführen wären, damit politische Interventionen greifen können. Angesichts der Gefahr einer wachsenden Herausbildung von quasi-persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen drängt sich auch die Frage auf, ob die Forderung nach einem "neuen Geschlechtervertrag" (Nickel, Stolz-Willig) hierbei wirklich greift und ob nicht vielmehr an einem "neuen Gesellschaftsvertrag" im Sinne allgemeiner freiheitlicher und gleichheitlicher Beziehungen

gearbeitet werden müßte, um frauenpolitisch wieder Biss zu gewinnen.

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit "Neuen Grenzziehungen: Arbeit, Familie und Gesellschaft" (Ute Klammer/Christina Klenner, Brigitte Stolz-Willig, Sabine Berghahn, Susanne Schunter-Kleemann). Er konzentriert sich auf Bedingungen, Entwicklungen, Hoffnungen und Illusionen der Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen im "Dritten Sektor". Kann neue Erwerbsarbeit geschaffen werden und wenn ja, wie? Dabei stehen neue Beschäftigungsfelder im Vordergrund, die in jenen Bereichen entstehen (könnten), die auf Marktsteuerung nicht reagieren, aber dennoch gesellschaftlich sinnvoll wären.

Klammer/Klenner sehen die Beschäftigungsmöglichkeiten in diesen Bereichen als einen "gesellschaftlich relevanten Reformansatz" an, dessen Kernpunkte aus Frauenperspektive Felder emanzipatorischer, selbständiger Arbeit seien. Was aber wäre emanzipatorisch? Sie nennen: Vorrang für bezahlte Arbeit in diesen Bereichen; neue Formen der Vereinbarkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit (u.a. durch Humanisierung der Arbeit, neuartige Arbeitsmodelle wie Entdiskriminierung von Teilzeitarbeit, die (alte) Jobrotation, Regelungen für Erziehungsurlaub und Elternteilzeit). Sei eine Existenzsicherung über Erwerbsarbeit sichergestellt, dann wären vielfältige Vereinbarkeitsmodelle denkbar, mit einer Entwicklung hin zur "Tätigkeitsgesellschaft". Im Konkreten sind das interessante Einzelvorschläge, auch werden konservative Vorstellungen in allen Beiträgen einer treffenden Kritik unterzogen. Dennoch wird von den Voraussetzungen und nächsten

Schritten abgesehen, die notwendig wären, um überhaupt erst existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen. Daß damit Entwicklungen angegangen werden müßten, die über den Rahmen der derzeitigen Gesellschaft hinausgehen, bleibt unausgesprochen. Wenn z.B. als "offene Frage" die Gefahr behandelt wird, daß der "Dritte Sektor" zum Billiglohnsektor werde, dieser Prozeß tatsächlich aber schon voll im Laufen ist, dann wäre doch wichtig gewesen, darauf einzugehen, wie ihm entgegen gewirkt werden kann.

Ein dritter Abschnitt beschäftigt sich mit "Globalisierung, Sozialstaat und Gender" (Marianne Braig, Mechthild Veil, Birgit Sauer). Ausgehend von der Feststellung, daß sich die wohlfahrtsstaatlichen Verhältnisse und die Geschlechterbeziehungen gleichermaßen im Wandel befinden, wird untersucht, ob und in welchen Richtungen die Theorie weiterzuentwickeln wäre, um diesen Veränderungen zu entsprechen. Veil spricht sich ausdrücklich dafür aus, eine emanzipatorische Perspektive der Gleichberechtigung von Frauen nicht aus den Augen zu verlieren, und stellt sich hierbei gegen die Mainstreamforschung. Sie beurteilt Schlüsselbegriffe wie die Hausarbeitsdebatte, den Patriarchatsbegriff und das Vergleichskriterium der Dekommodifizierung (nicht in Warenform verausgabte soziale Leistungen, wie Sozialhilfe) aus der (eingeschränkten) Sicht des Erkenntniswertes für komparative Studien zum Wandel des Wohlfahrtsstaates und der Geschlechterbeziehungen. Weitergehende Wirkungen sieht sie im Einfluß der Hausarbeitsdebatte auf Theorien der Neubewertung von Arbeit, und sie hält am inzwischen vom Mainstream der

Frauenforschung aufgegebenen Patriarchatsbegriff fest. Sauer sucht den neoliberalen Diskurs geschlechterkritisch neu zu interpretieren. Wenn sie das "Ende der Arbeitsgesellschaft" in korrekter Weise als das "Ende der männlich-erwerbszentrierten Gesellschaft" bezeichnet und die Femi-nisierung der Arbeit als Begleitmoment dieses Prozesses ansieht, dann kann dem als Beschreibung derzeitiger Entwicklungstendenzen wohl zugestimmt werden. Vermißt werden aber auch hier emanzipatorische politische Folgen, die den veränderten Bedingungen entsprechen.

Anneliese Braun

Annotationen

Willi Harzheim 1904-1937. Arbeiterschriftsteller aus Horst. Hrsg. und eingeleitet von Wilhelm Mensing, Klartext Essen 2002, 119 S.

Erstmals las W. Mensing 1991 den Namen des Gelsenkirchners Willi Harzheim in der Publikation des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, "In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors". Das war der Beginn seiner systematischen Forschungen nach den Opfern Stalinscher "Säuberungen" aus dem Ruhrgebiet. Weitere Veröffentlichungen wie die Erinnerungen von Emma Tromm (BzG, 1992, H. 2) und der Beitrag von F. Zimmermann über Emma Tromm (siehe Ulla Plener, Hrsg., *Leben mit Hoffnung in Pein. Frauenschicksale unter Stalin*, Frankfurt/Oder 1997), in denen Willi Harzheims tragisches Schicksal in der

Sowjetunion geschildert wird, regten ihn an, dem Arbeiterschriftsteller - neben seinem Buch "Von der Ruhr in den GULag. Opfer des Stalinschen Massenterrors aus dem Ruhrgebiet", Essen 2001 - eine gesonderte Publikation zu widmen.

Dem Büchlein, das in seinem Hauptteil aus den Veröffentlichungen Willi Harzheims aus den Jahren 1929-1932 besteht, ist eine biographische Skizze über "das kurze Leben des Willi Harzheim" (S.9) vorangestellt. Es ist das Leben eines Arbeiterjungen, der Bergarbeiter wurde und sich in der kommunistischen Parteiarbeit zum Journalisten und Arbeiterschriftsteller entwickelte. Es gelang dem Autor in aufwendiger Forschungsarbeit, viele Details aus dem Leben Harzheims aufzudecken. Er konnte auch die Unge-
wißheit aufklären, was aus Willi Harzheim nach seiner Verhaftung im November 1937 in der UdSSR geworden ist. Bereits fünf Wochen später wurde er als Opfer des Stalinschen Terrors zum Tode verurteilt und erschossen.

Bei den gesammelten Veröffentlichungen aus der Feder Harzheims handelt es sich im ersten Teil um elf meist kurze Reportagen oder Erzählungen aus dem Ruhrgebiet, die 1929 bis 1932 in kommunistischen Presseorganen erschienen sind. Nur eine davon, eine Erzählung über den Kampf gegen die französisch-belgische Ruhrbesetzung 1923, erschien als Broschüre, die Anfang 1933 von mehreren kommunistischen Tageszeitungen in Fortsetzungen nachgedruckt wurde.

Der zweite Teil der Veröffentlichung umfaßt sieben karge Korrespondenzen Harzheims in der Moskauer "Deutschen Zentral-Zeitung" von 1935 bis 1937 über das Leben im sibirischen Prokopjewsk, wo

er neben der Arbeit als Bergmann vor allem auf kulturellem Gebiet tätig war.

Wilhelm Mensing hat mit dieser Publikation einen auch in seiner Heimatregion vergessenen Kumpel und Arbeiterschriftsteller in die Erinnerung zurückgerufen.

Fritz Zimmermann

Günter Gleising: Heinz Renner. Eine politische Biographie, RuhrEcho Verlag, Bochum 2000, 264 S.

Biographische Skizzen zu Politikern der bundesdeutschen KPD sind eine Rarität. So verwundert es kaum, daß bisher eine Biographie Heinz Renners, einem der markantesten und profiliertesten Parlamentarier der Nachkriegs-KPD, ausstand.

Der Autor gliedert seine Arbeit in zehn Kapitel. Nach dem Abschnitt über die Jugend und Kindheit, werden Weimarer Republik und NS-Zeit behandelt. Den breitesten Raum nimmt mit Recht die Zeit zwischen 1945 und 1953 ein, in der Renner Oberbürgermeister in Essen und Landesminister in Nordrhein-Westfalen war und die KPD im Parlamentarischen Rat und im Bundestag vertrat. Die abschließenden Kapitel sind dem letzten Lebensjahrzehnt Renners sowie einem Ausblick auf "Erinnerungen und Bleibendes" gewidmet. Eingeleitet wird der Band mit einem Geleitwort von Fritz Rische, der Heinz Renner aus der gemeinsamen politischen Arbeit gut kannte, leider jedoch gegenüber dem von Gleising Dargelegten wenig beizusteuern vermag.

Zur Person Renners sei hier nur das Notwendigste resümiert: Nach dem Gymnasium schloß er eine Lehre als Bankkauf-

mann ab, wurde 1914 SPD-Mitglied. Aus dem Ersten Weltkrieg kehrte er - dekoriert mit EK I und II - als Kriegsbeschädigter zurück und widmete sich in der Weimarer Republik engagiert der Fürsorgearbeit, insbesondere für Kriegsbeschädigte. 1920 trat er in der KPD ein, seit 1924/25 gehörte er der KPD-Bezirksleitung Ruhr und dem Provinziallandtag an, seit 1924/25 war er in Essen Stadtverordneter (1932 Fraktionsvorsitzender). Der Faschismus vertrieb ihn ins Saarland und nach Frankreich, wo er insbesondere für die deutschen Emigranten aktiv war, über das Internierungslager Vernet und Gefängnisse wurde er der Gestapo ausgeliefert. Nach dem Kriege wurde er - ehrenamtlicher - Oberbürgermeister in Essen, gehörte zweimal der Landesregierung Nordrhein-Westfalen an und wurde in den Parlamentarischen Rat berufen. Im ersten Bundestag führte er die Fraktion der 15 Abgeordneten der KPD. Nach dem KPD-Verbot arbeitete er als Journalist und wurde 1958 verhaftet. Aufgrund seines Gesundheitszustands haftunfähig, kam er bald frei. 1964 verstarb er in (Ost-) Berlin.

Den Höhepunkt seines politischen Wirkens stellte zweifellos das erste Nachkriegsjahrzehnt dar. Zu Schwerpunkten seiner Parlamentsarbeit zählten insbesondere soziale Fragen, vehement wandte er sich aber auch gegen Demontagen und setzte sich für Sozialisierung ein. Interessant sind die Passagen, die über sein Verhältnis zu politischen Widersachern, zu denen seit der Weimarer Republik namentlich Konrad Adenauer gehörte, berichten. Zu vermerken ist, daß der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann in Renners Zeit als Oberbürgermeister Essens dessen Stellvertreter war.

Insgesamt gelingt es dem Autor, sowohl die Rahmenbedingungen - international, national, parlamentarisch - für das Wirken Renners und seiner Partei als auch die Persönlichkeit Renner deutlich zu machen.

Doch gerade in diesem Zusammenhang fallen einige Schwächen des Bandes auf. Die KPD-Politik betreffend - sowohl vor als auch nach 1945 - werden zwar mehr oder weniger ausführlich Erfolge konstatiert, auf Defizite, Schwächen oder Fehler wird kaum eingegangen, oder sie werden gar heruntergespielt. Die enge Verbindung von KPD-Politik und Renners Agieren geht verloren. So wird lediglich vermittelt, Renner habe sich in den zwanziger Jahren an "innerparteilichen Richtungskämpfen wenig beteiligt", in der Nachkriegs-KPD habe er Mehrheitsmeinungen vertreten und sei "kein Exponent ‚rechter‘ oder ‚linker‘ Strömungen in der Kommunistischen Partei" (S.171) gewesen. Auch tritt oft anstelle einer Analyse das Referieren, teilweise das ausführliche Zitieren von Reden Renners aus Parlamentsprotokollen. Ein Mangel des Bandes besteht darin, daß die Materialien der KPD aus dem früheren ZPA der SED im IML nicht ausgewertet wurden. Dieses wird zwar - allerdings falsch als "heute Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung" - im Quellenverzeichnis genannt, jedoch in keiner der Fußnoten aufgeführt. Auffällig ist auch, daß teilweise auf ältere Literatur zurückgegriffen wird, oder z.B. der subjektive Erinnerungsband von Heinz Prieß oft für die Einschätzung der KPD-Entwicklung herangezogen wird. So begrüßenswert es ist, dem Band ein über das Übliche hinausgehendes Personenregister und ein Sachregister bei-

zugeben, so treten darin leider einige Unzulänglichkeiten zutage (z.B. fehlt bei Kurt Müller das Todesjahr, unbefriedigend bleiben auch einige Stichworte wie z.B. Kominform, Sozialfaschismus oder Antifaschistische Aktion).

Dennoch gibt der Band insgesamt interessante Einblicke in das Leben eines Politikers, der in der Nachkriegszeit eine nicht zu unterschätzende Rolle in der westdeutschen Politik spielte, seither aber - auch bei Geschichtsbetrachtungen über die Nachkriegszeit - weitgehend in Vergessenheit geraten ist.

Herbert Mayer

Dokumente der Polnischen Arbeiterpartei.

Protokol obrad KC PPR. Maj 1945, Warszawa 1992, 94 S.

Protokoly posiedzen Biura Politycznego KC PPR. 1944 - 1945, Warszawa 1992, 112 S.

Protokoly posiedzen Sekretariatu KC PPR. 1945 - 1946, Warszawa 2001, 495 S.

Nach den Protokollen der Sitzungen des Zentralkomitees (ZK) der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) im Mai 1945 und den Protokollen der Sitzungen des Politbüros des ZK dieser Partei in den Jahren 1944-1945 legt Aleksander Kochanski nunmehr die Protokolle der Sitzungen des Sekretariats des ZK der PPR in den Jahren 1945-1946 vor.

Die drei genannten Quelleneditionen erschienen als Folge 1 und 2 sowie 14 in der Reihe "Dokumente zur Geschichte der VRP" (Volksrepublik Polen). Die mit einem gründlichen wissenschaftlichen Apparat versehenen Primärquellen wer-

den bis auf wenige Ausnahmen erstmals editiert. Die jüngste Folge ist besonders deshalb wichtig, weil für 1946 bis Frühjahr 1947 keine Protokolle des Politbüros, aber nunmehr die Protokolle eines weiteren wichtigen Entscheidungsträgers in der entstehenden Volksrepublik zur Verfügung stehen.

Einschränkend sei vorausgeschickt, daß sowohl die Protokolle des PB als auch die des Sekretariats referierenden Charakter tragen. Sie geben in keinem Fall den Wortlaut der während der jeweiligen Tagesordnungen behandelten Themen wider. Aleksander Kochanski hat jedoch durch sorgfältig recherchierte Angaben zu einzelnen Tagesordnungspunkten - z. B. zur Vorgehensweise gegenüber der nach 1945 in Polen verbliebenen deutschen Minderheit, (u.a. S.98) oder zum Wirken der "Genossenschaftlichen Vereinigung des Verbandes der Bäuerlichen Selbsthilfe" (u.a. S.173) sowie zu Lohn- und Versorgungsfragen, zur Währungsreform, die anstelle des Besatzungsgeldes den Zloty der neuen Ordnung brachte, oder zur Demontagepolitik der Roten Armee in Polen und zu zahlreichen weiteren Themen - dem interessierten Leser zusätzliches Material in die Hand gegeben, das erlaubt, sich ein vollständigeres Bild vom jeweiligen Geschehen zu machen. Darüber hinaus sind die vom Herausgeber beigefügten detaillierten biografischen Angaben zu jeder der handelnden bzw. genannten zeitgenössischen Personen vor allem für den ausländischen Leser ein wesentliches Hilfsmittel, das das Verständnis des Textes vertieft.

Sowohl das PB als auch das Sekretariat des ZK befaßten sich (auch in den Folgejahren) mit nahezu jedem Thema. Die

Tagesordnungspunkte reichen von den internationalen Beziehungen über die Bildung von Eisenbahndirektionen oder die Lehre an der Parteihochschule bis zur Ordnung in den Garagen des ZK. Dem faksimilierten Protokoll der Sitzung des Sekretariats vom 20. Juni 1945 zufolge wurden beispielsweise an diesem Tag behandelt: "1.) Bericht über die Wojewodschaft Kielce; 2.) Beschluß über den ZWM (d.h. den Verband der Kämpfer der Jugend -G.K.); 3.) Information über die Militärberatung zum Kampf gegen den Banditismus; 4.) Budgetentwurf und 5.) Verschiedenes."

Aus den Protokollen erfahren wir, wie die Funktionsmechanismen einer kommunistischen Partei wirkten, die nach ihrer willkürlichen Auflösung durch die Komintern 1938, nach der Dezimierung ihrer Führungskräfte vor allem im Jahrzehnt 1930-1940 durch die repressive Politik der UdSSR, nach dem Blutzoll im Kampf gegen die faschistische Okkupation und zur Befreiung des Landes im Rahmen der Antihitlerkoalition sich angeschickt hatte, führende politische Kraft in dem nahezu völlig zerstörten Land zu sein. Wir erfahren, wie die Partei als Gesamtorganisation funktionierte, wie ihre führenden Kader formiert und eingesetzt wurden, vor allem jedoch, warum in die an die Macht gelangte Partei "Zehntausende neuer Mitglieder kamen, Freiwillige im direkten Sinne des Wortes, die an die ehrenhaften Losungen des Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit glaubten, sich hinter das Programm des wirtschaftlichen und kulturellen Aufblühens... stellten."(S.9)

Die publizierten Dokumente umfassen den Zeitraum von April bis Dezember 1947.

Auftrag und Anliegen des Sekretariats war es - und dies spiegelt sich in den Protokollen wider -, "die Partei und die Gesellschaft zu indoktrinieren"(S.9).

Das Sekretariat wurde von Roman Zambrowski geleitet. Dieser - damals Mitte dreißig - verfügte über politische Erfahrungen in der Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes Polens und der Kommunistischen Jugendinternationale sowie im Politapparat der Polnischen Armee. Seit September 1944 leitete er, dem der damalige Generalsekretär der PPR Wladyslaw Gomulka nach eigener Aussage "uneingeschränkt vertraute" (S.10), die Organisationsabteilung des ZK; seit Mai 1945 gehörte er dem PB der PPR an. Mitglieder des Sekretariats waren u.a. die Abteilungsleiter im ZK der PPR für Personal, für Propaganda und für Landwirtschaft sowie der Nachfolger Zambrowskis als Leiter der Organisationsabteilung Leon Kasman. Regelmäßig zu den Sitzungen des Sekretariats zugezogen wurden u.a. die Leiter der Auslandsabteilung, der Zentralen Partei-Kontrollkommission sowie der Sekretär der hauptstädtischen Parteiorganisation. Zu den Sitzungen eingeladen wurden je nach Tagesordnung weitere Abteilungsleiter, die Leiter der Zentralen Parteischule oder des Parteiverlags und besonders häufig die Sekretäre von Parteiorganisationen in den Wojewodschaften bzw. leitende Mitglieder der PPR in den Gewerkschaften, im Bauern- oder Jugendverband.

Die sechzig vorgelegten Protokolle (dazu kommt eine Reihe als Anlage beigefügter Beschlüsse zu den jeweils behandelten Themen) werden bis auf sechs erstmals veröffentlicht. Sie sind erweitert um die oben erwähnten sorgfältigen biogra-

fischen, institutionellen und thematischen Forschungsergebnisse des Herausgebers, dazu kommen noch ein Personenregister und eine Übersicht über die benutzten zeitgenössischen Abkürzungen für Institutionen, eine wesentliche und unverzichtbare Grundlage für Forschungen zur Partei- und Sozialgeschichte Polens 1945/46 aus erster Hand.

Gerd Kaiser

Jerzy Kochanowski: W polskiej niewoli. Niemieccy jency wojenni w Polsce. 1945-1950. (In polnischer Gefangenschaft. Deutsche Kriegsgefangene in Polen 1945-1950), Wydawnictwo Neriton, Warszawa 2001.

Deutsche Soldaten wurden entweder von der Polnischen Volksarmee, deren 1. und 2. Armee gegen Kriegsende in Richtung Berlin bzw. Dresden vorstießen, gefangengenommen, oder sie wurden aus Gefangenenlagern der Roten Armee an Polen überstellt. Insgesamt befanden sich nach Ende der Kampfhandlungen etwa 50.000 Wehrmachtsoldaten in polnischem Gewahrsam. Über ihr Schicksal zwischen 1945 und 1950 berichtet erstmals eine ausführliche Studie.

Die meisten Kriegsgefangenen wurden im oberschlesischen Kohlenbergbau eingesetzt. Ihr Einsatz und ihre Arbeitsbedingungen ähnelten eher denen von Arbeits- denn von Kriegsgefangenenlagern. Der Hauptgrund dafür waren die beträchtlichen Zerstörungen Polens im Laufe der der Aggression im September 1939 folgenden sechsjährigen Ausbeutung des Landes. Auch Frankreich und Großbritannien sowie die UdSSR setzten

Kriegsgefangene in beträchtlichem Umfang im Bergbau ein, die Briten außerdem beim Minenräumen, die UdSSR auch im Bauwesen, in der Metall- und Schwerindustrie sowie im Forstwesen.

Der Bergbau war auf jeden Fall Schwerstarbeit. Sie erfolgte für die Kriegsgefangenen in Polen lange Zeit ohne Bezahlung, bei schlechten Arbeitsbedingungen und einer Verpflegung, die - wie für die meisten Polen - infolge der Kriegsfolgen unzureichend war. Auch die Arbeitskleidung und die Unterbringung waren mangelhaft. Die Schwerstarbeit, gerichtet auf hohe Förderleistung, gekoppelt mit den schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen, unzureichender Verpflegung und mangelhafter oder fehlender medizinischer Versorgung, führte vor allem in den ersten Nachkriegsjahren zu erhöhter Sterblichkeit. Dazu kamen mancherorts Mißhandlungen. Da wirkten individuelle Erlebnisse von Polen während der deutschen Okkupationszeit nach. Demgegenüber gab es zahlreiche polnische Bergarbeiter, die ihre unfreiwilligen deutschen Arbeitskollegen hilfreich unterstützen. 1945/46 verstarben in polnischer Gefangenschaft etwa 6.000 Gefangene, d. h. ungefähr 13 Prozent der Gefangenen von 1945. (Zum Vergleich: In deutscher Gefangenschaft verstarben annähernd 60 Prozent der sowjetischen Kriegsgefangenen; in sowjetischer Gefangenschaft während des und nach dem Krieg ungefähr 40 Prozent der deutschen Kriegsgefangenen.) Kochanowski berichtet detailliert und den historischen Rahmen beachtend, über die Alltagsgeschichte deutscher Kriegsgefangener. Dabei geht es auch um die vor allem ab 1947 erlassenen Weisungen des federführenden polnischen Ministeriums für

Öffentliche Sicherheit und der zuständigen Ministerien (u.a. für Bergbau), um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Gefangenen nach verbindlichen Regelungen zu gestalten. 1948 setzten Initiativen des von der SED nach Polen entsandten Karl Wloch ein, der u.a. mit Justyna Sierp von der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zusammenwirkte, um die politisch-kulturelle Betreuung und soziale Lage der deutschen Kriegsgefangenen zu erleichtern.

Der kenntnisreichen und erstmals auf ursprünglichen Quellen beruhenden Studie ist eine kompetente und baldige Übersetzung ins Deutsche zu wünschen.

Gerd Kaiser

Thüringen 1989/90. Quellen zur Geschichte Thüringens. Bd. 17/I und Bd. 17/II. Hrsg. von Jürgen John, Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen, Erfurt 2001, 428 S.

"Thüringen 1989/90". Hrsg. Bernhard Dornheim und Stephan Schnitzler, Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen, Erfurt 1995, 357 S.

Annähernd 200 Dokumente aus staatlichen, kommunalen, privaten, Partei- und Kirchenarchiven werden in den vorliegenden beiden Halbbänden publiziert, die meisten waren bisher unveröffentlicht. Zu diesen erstmals erschlossenen archivalischen Zeitzeugnissen kommen nur unter Schwierigkeiten einzusehende zeitgenössische regionale Pressestimmen und Flugblätter. Sie alle dokumentieren Ereignisse zwischen Herbst 1989 und Herbst 1990 im derzeitigen Freistaat Thüringen. Dieser bestand in dem Zeitabschnitt, den die Quellenedition behandelt, noch nicht.

Seine Einrichtung ist jedoch maßgeblich auf die Ereignisse zurückzuführen, die Gegenstand der Quellenedition sind.

Sie fußt allerdings allein und ausschließlich auf Quellen, die seinerzeit in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl entstanden sind, aus denen, unter Hinzufügung einiger weiterer Territorien, der Freistaat gebildet wurde. Die Einflußnahme von Politikern und Länderregierungen Bayerns, Hessens sowie Niedersachsens auf die Ereignisse in Thüringen (beispielsweise die belegte personelle und finanzielle sowie materielle Unterstützung der DSU, aber auch anderer Parteien und Strömungen) wird in der vorliegenden Quellenedition nicht berücksichtigt.

Die beiden Bände wurden von Studentinnen und Studenten des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Rahmen einer vom Herausgeber Jürgen John geleiteten Lehrveranstaltung recherchiert und zusammengestellt. (17/I, S.28) Ihr Nutzen besteht darin, daß bisher verstreut vorhandene Quellen konzentriert vorgelegt und zugänglich gemacht worden sind. Insgesamt vermitteln sie ein vielseitiges Bild vor allem vom politischen Geschehen in der Endphase der DDR, von der Neuformierung bzw. Erneuerung oder Aktivierung politischer Kräfte in zahlreichen Städten und Landgemeinden Thüringens. Das betrifft Parteien, Kirchen, regionale und kommunale Behörden und Wahlgremien, Schriftsteller, Künstler usw. Dokumentiert wird vor allem das Geschehen an der Basis: in Versammlungen, auf Straßen und Plätzen, an Grenzübergangsstellen, "Runden Tischen" während der Wahlkampagne im Frühjahr 1990. Die Dokumente vermitteln Einblicke in den Alltag der Wende-

zeit. Sie halten Spuren der "Implosion eines scheinbar festgefügtten Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems" und des nachfolgenden Beginns der "Transformation in das...Gefüge der Bundesrepublik" fest. (17/1, S.25)

Damit kann der interessierte Leser sich ein grobes Bild sowohl von der Dramatik des Geschehens als auch vom konstituiven Charakter der Vorgänge in einem relativ kurzen historischen Zeitraum und in einem relativ begrenzten Territorium machen. Die Sammlung von Zeitzeugnissen ähnelt in der vorliegenden Form einem Puzzle. Ein Gesamtbild wird wohl nicht angestrebt und sicher nicht vermittelt. Dazu kommt, daß den beiden Halbbänden ein angemessener quellenkritischer wissenschaftlicher Apparat fehlt. Es ist weder ein Personen- noch ein Ortsregister beigelegt. Das erschwert die Arbeit mit den Quellen und vor allem eine zusammenfassende Sicht auf die Abläufe.

Die beigelegte Auswahl wichtiger, seit 1990 erschienener Literatur (17/2, S.419f.) ist - vor allem, weil sie auch auf Publikationen verweist, die das Geschehen in Städten wie Arnstatt, Ilmenau, Mühlhausen, Suhl z.T. minutiös dokumentieren - hilfreich. Zu weiterführenden Publikationen gehören u.a. die Interviews und Erlebnisberichte von Akteuren des Umbruchs in Thüringen.

Erhard Dietz

Der Autor unternimmt den begrüßenswerten Versuch, "anhand der Gebäudegeschichte (des Dresdener Gewerkschaftshauses – W.H.) die Erfolge und Niederlagen, Brüche und Neubeginn der sächsischen Arbeitnehmerorganisation nachzuzeichnen" (S.8). Anlaß war ihm der Abschluß der Rekonstruktion des Dresdner "Volkshauses" unter Federführung des sächsischen DGB im Jahre 1999 - ein ebenfalls bemerkenswerter Vorgang, vergleicht man ihn mit dem Umgang des DGB und seiner Einzelgewerkschaften mit derartigen Gebäuden in den neuen Bundesländern nach 1990, etwa mit der ehemaligen Bundesschule des ADGB in Bernau.

Entstanden ist eine trotz ihrer Knappheit gut lesbare, informative und reich illustrierte Schrift, die partiell auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügt (Anmerkungsapparat, Literaturverzeichnis, Personenregister). Sie wird abgerundet durch in den Text eingearbeitete zeitgenössische Dokumente und durch zahlreiche Kurzbiographien. Das Kapitel "Das FDGB-Haus 1945 bis 1990" (S. 89–109) fällt allerdings durch seine strukturelle Unausgewogenheit (für den Zeitraum von 1953 bis 1990 veranschlagt der Autor lediglich 2 Seiten) und durch z. T. grobschlächtigen Antikommunismus von den übrigen Teilen ab.

Wolfgang Heyn

Peter Russig: Das Dresdner "Volkshaus" der Gewerkschaften 1902 bis 1999. Vom ADGB-Haus über das DAF- und FDGB-Gebäude zum Haus des DGB, ALBATROS Dresden 1999, 136 S.

NachSatz

Liebe Leserinnen und Leser, eingedenk des NachSatzes zum JahrBuch I (Januar 2002) legen wir Ihnen nunmehr den Teil II (Mai 2002) vor.

Den thematischen Schwerpunkt bildet die II. Parteikonferenz der SED vom Juli 1952. Stellungnahmen zu den Beiträgen – Widerspruch, Ergänzungen, Korrekturen u. a. m. – sind ausdrücklich erwünscht.

Wir freuen uns, einen jungen Autor, Peter Birke, mit seinem Beitrag aus der Regionalforschung vorzustellen. Die Redaktion will künftig mehr Ergebnisse aus der regionalen und lokalen Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung veröffentlichen. Wir bitten, uns dazu Manuskripte einzusenden.

Petra Clemens erweitert unser Themenspektrum mit ihrem Bericht über eine bisher wenig beachtete Quelle – die historische Photographie. Da sie an einem umfangreichen Projekt zu diesem Gegenstand arbeitet, werden von ihr hoffentlich weitere Anregungen dazu kommen.

Ein Blick auf das nächste Heft. Ein thematischer Schwerpunkt des JahrBuchs, Teil III, das im Herbst d. J. erscheint, wird die internationale Arbeiterbewegung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts sein. Er wird mit dem Beitrag von Helmut Bock "Die Russische Revolution. Historisch-kritische Reflexionen 85 Jahre danach" eingeleitet und enthält u. a. ein bisher unbekanntes Dokument von Rosa Luxemburg aus dem Jahr 1906. (Redaktionsschluß des Heftes ist der 15. August d. J.).

Eine Bitte an unsere Autoren: Damit möglichst viele Autoren in der Zeitschrift zu Wort kommen können, sollten die wissenschaftlichen Beiträge den Umfang von 30 bis 35 Tausend Zeichen möglichst nicht überschreiten, Berichte – bis zu 8 Tausend, Rezensionen – nicht mehr als 6 Tausend Zeichen.

Unser Dank gilt den Abonentinnen und Abonnenten, die ihr Abonnement für das laufende Jahr bezahlt und damit das weitere Erscheinen der Zeitschrift gesichert haben.

Die Redaktion

Autorenverzeichnis

Peter Birke, M.A., Promovend an der Universität Hamburg
 Stefan Bollinger, Dr. sc., Freie Universität Berlin
 Anneliese Braun, Prof. Dr., Neuenhagen
 Michael Brie, Prof. Dr., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V., Berlin
 Petra Clemens, Dr., Schönfeld
 Erhard Dietz, Dr., Berlin
 Joachim Eichler, Dr., Berlin
 Gerhard Fischer, Prof. Dr., Berlin
 Gerlinde Grahm, Dr., Potsdam
 Ulrich van der Heyden, Dr. Dr., Humboldt-Universität, Berlin
 Wolfgang Heyn, Dr. sc., Bernau
 Gerd Kaiser, Dr., Berlin
 Harald Lange, Prof. Dr., Berlin
 Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin
 Francois Melis, Dr., Berlin
 Detlef Nakath, Dr. sc., Potsdam
 Wilfriede Otto, Dr., Berlin
 Rolf Richter, Prof. Dr., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V., Berlin
 Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin
 Elke Scherstjanoi, Dr., Deutsches Institut für Zeitgeschichte München, Außenstelle Berlin
 Fritz Zimmermann, Prof. Dr., Berlin

Berichtigung

Im Teil I des "JahrBuchs", Januar 2002, wurde Julius Waldschmidt im Autorenverzeichnis mit Angabe akademischer Titel aufgeführt, die er nicht hat. Wir bedauern mit ihm diesen Irrtum.

Bildnachweis S. 109

nach Ulrich Bauche u.a. (Hrsg.): „Wir sind die Kraft“. Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1995, VSA-Verlag, Hamburg 1988, S. 76

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber: Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion: Helga Brangsch, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Herbert Mayer (Verantw. Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler.

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin.

e-mail-Adresse: mayer.berlin.pb@t-online.de

Erscheint in der NDZ GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Satz: Joanna Boegendorff

Realisiert in den Typowerkstätten des
Gambattista-Bodoni-Museums e. V.

Redaktionsschluß 15. Mai 2002